

DIE BERLINER STADTREINIGUNGS-BETRIEBE

Betrachtung eines öffentlichen Städtereinigungsbetriebes aus gesamtwirtschaftlicher Sicht

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Grades Dr.rer.pol.

**am Fachbereich Philosophie und Sozial-
wissenschaften I an der Freien Universität
Berlin**

vorgelegt von

Christoph Landerer

aus Tettnang

Januar 1984

Erstgutachter
Prof.Dr. Heiner Ganßmann

Zweitgutachter
Prof.Dr. Theo Thiemeyer

Tag der mündlichen Prüfung: 27.3.1984

Inhaltsverzeichnis	Seite
Einleitung	10
Kapitel I:	
Öffentliche Unternehmen und Effizienz	14
Zur Diskussion um Wirtschaftlichkeits- und Bewertungs- prinzipien im privaten und öffentlichen Sektor	
I.1 Vorwort	15
I.2 Wirtschaftsprinzipien für private und öffentliche Unternehmen	16
I.2.1 Der liberale bzw. marktorthodoxe Ansatz	16
I.2.2 Die Gemeinwirtschaftslehre	18
I.2.3 Die 'Arbeitsorientierte Einzel- wirtschaftslehre' (AOEWL)	22
I.3 Zur Kritik der Ansätze	25
I.3.1 Zur Kritik des liberalen bzw. marktorthodoxen Ansatzes	25
I.3.2 Zur Kritik der Gemeinwirtschaftslehre	27
I.3.3 Zur Kritik der AOEWL	29
I.4 Bedeutung der Ansätze und Entwicklung der eigenen Fragestellung	31
I.5 Zum Verhältnis von privaten und öffentlichen Unternehmen	33
I.5.1 Rentabilitätsprinzip und Marktpreisorientierung	33
I.5.2 Über den Produktionsprozeß der privatwirtschaftlichen Unternehmung	34
I.5.2.1 Konsequenzen für die stofflichen Faktoren	35
I.5.2.2 Konsequenzen für die Arbeitskräfte	37
I.5.2.3 Konsequenzen für die produzierten Waren	39
I.5.3 Unterschiede zwischen privater	40

	und öffentlicher Produktion	
I.5.3.1	Das öffentliche Unternehmen im Gegensatz zur privaten Unternehmung	41
I.5.3.2	Die stofflichen Einsatzfaktoren der Produktion	45
I.5.3.3	Einsatz der Arbeitnehmer	45
I.5.3.4	Art und Preisstruktur der produzierten Waren	46
I.6	Eigenbetriebe im Vergleich zu privaten Unternehmen	47
I.6.1	Was sind Eigenbetriebe?	47
I.6.2	Bedeutung der Eigenbetriebe	53
I.7	Kriterien zu einer sachgerechten Bewertung der Eigenbetriebe	54
I.7.1	Begründung für eine erweiterte Rechnungslegung	54
I.7.2	Leitsätze für eine adäquate Bewertung öffentlicher bzw. privater Unternehmen	55

Kapitel II:

M E S I S 57

Mehrdimensionales Sozialindikatorensystem zur erweiterten Rechnungslegung für private und öffentliche Unternehmen

II.1	Vorwort	58
II.2	Die verschiedenen Ansätze einer erweiterten Rechnungslegung	59
II.3	MESIS - Mehrdimensionales Sozialindikatorensystem zur erweiterten Rechnungslegung für private und öffentliche Unternehmen	66
II.3.1	Das Konzept	66
II.3.2	Die Operationalisierung des Konzepts - das mehrdimensionale Sozialindikatorensystem	69
II.3.2.1	Stoffliche Einsatzfaktoren und Abfälle der Produktion	72

II.3.2.1.1	Der Einsatz von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen	72
II.3.2.1.2	Der Einsatz von Werkzeugen, Maschinen, Fahrzeugen und Anlagen	73
II.3.2.1.3	Die Verwendung von Gebäuden und Grundstücken	74
II.3.2.1.4	Die gasförmigen, flüssigen und festen Abfälle der Produktion	74
II.3.2.2	Die Arbeitnehmer im Betrieb	76
II.3.2.2.1	Beschäftigung	76
II.3.2.2.1.1	Fluktuation	77
II.3.2.2.2	Qualifikation	79
II.3.2.2.3	Arbeitszeit	81
II.3.2.2.4	Arbeitsgestaltung	83
II.3.2.2.5	Einkommen	84
II.3.2.2.6	Mitbestimmung und Information	86
II.3.2.2.7	Gesundheit und Arbeitssicherheit	87
II.3.2.3	Die produzierten Waren bzw. Leistungen	88
II.3.2.3.1	Die Struktur des Angebots und die Waren bzw. Leistungen an sich	88
II.3.2.3.2	Die Preisstruktur des Angebots	89
II.3.2.3.3	Die Konsumenten der produzierten Waren bzw. Leistungen	90

Kapitel III:

Die Berliner Stadtreinigungs-Betriebe (BSR) 91

Portrait eines öffentlichen Entsorgungsunternehmens

III.0	Vorwort	92
III.1	Kurzer historischer Abriß	94
III.2	Die Leistungen der BSR und die Perspektiven der Nachfrage	96
III.2.1	Die Abfallbeseitigung	96
III.2.1.1	Die Abfallbeseitigung von Haushaltsabfall und haushaltsähnlichem Abfall	96
III.2.1.2	Die Abfallannahme von Fremdanlieferern	98
III.2.1.3	Die Abfallverbringung auf Deponien im Stadtgebiet von Berlin(West) und der DDR	98
III.2.1.4	Das Müllverbrennungswerk Ruhleben	102
III.2.2	Die Straßenreinigung	103
III.2.3	Die Sonderdienste	104
III.2.3.1	Die Reinigung der Bedürfnisanstalten	105
III.2.3.2	Die Sperrmüllabfuhr	105
III.2.3.3	Die Marktreinigung	106
III.2.3.4	Die Reinigung der Bundesautobahn/Stadtring	106
III.2.3.5	Der Straßenwinterdienst	106
III.3	Die Beschäftigten der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe	107
III.3.1	Die allgemeine Personalentwicklung	107
III.3.2	Die Personalentwicklung in den drei Hauptbereichen	109
III.3.2.1	Die Abfallbeseitigung	109
III.3.2.2	Die Straßenreinigung	109
III.3.2.3	Die Sonderdienste	109

III.3.3	Arbeitsbedingungen und ausgewählte Sozialdaten	110
III.3.3.1	Allgemeine Vorbemerkung	110
III.3.3.2	Tarifliche Leistungsvorgaben ausgewählter Berufsgruppen	110
III.3.3.3	Die Arbeitszeiten	111
III.3.3.4	Der Arbeitsschutz	111
III.3.3.5	Krankenstandsquote und Arbeitsunfälle	112
III.3.3.6	Fluktuationsquote und Durchschnittsalter	113
III.4	Die BSR in Mark und Pfennig	114
III.4.1	Die Ertragsstruktur	114
III.4.2	Die Aufwandsstruktur	115
III.4.3	Die Bilanzstruktur	117
III.4.4	Kosten und Erträge der Sonderdienste	118
III.4.5	Kosten und Erträge der Straßenreinigung	119
III.4.6	Kosten und Erträge der Abfallbeseitigung	119
III.5	Die Perspektiven der BSR	124
III.5.1	Die neuen Aufgaben der BSR	125
III.5.1.1	Sammlung und Verwertung von Altglas	125
III.5.1.2	Sammlung und Verwertung von Altpapier	126
III.5.1.3	Kompostierung von Laub, Schlachtabfällen und tierischen Exkrementen	127
III.5.1.4	Sammlung und Zerkleinerung von Altreifen	127
III.5.1.5	Beteiligung an Pilotprojekten zum Energierecycling	128
III.5.1.6	Getrennte Erfassung von Kunststoffabfällen	128
III.6	Tabellen	129

Kapitel IV:

Interpretation der durch MESIS erhobenen Daten bei den Berliner Stadtreinigungs-Betrieben	140
IV.1 Die stofflichen Einsatzfaktoren und Abfälle der Produktion	141
IV.1.1 Der Einsatz von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen	141
IV.1.2 Der Einsatz von Werkzeugen, Maschinen, Fahrzeugen und Anlagen	144
IV.1.3 Die Verwendung von Gebäuden und Grundstücken	149
IV.1.4 Die gasförmigen, flüssigen und festen Abfälle der Produktion	149
IV.2 Die Arbeitnehmer im Betrieb	150
IV.2.1 Beschäftigung	151
IV.2.1.1 Fluktuation	157
IV.2.2 Qualifikation	161
IV.2.3 Arbeitszeit	163
IV.2.4 Arbeitsgestaltung	167
IV.2.5 Einkommen	171
IV.2.6 Mitbestimmung und Information	179
IV.2.7 Gesundheit und Arbeitssicherheit	184
IV.3 Die produzierten Waren bzw. Leistungen	192
IV.3.1 Die Struktur des Angebots und die Waren bzw. Leistungen an sich	192
IV.3.2 Die Preisstruktur des Angebots	197
IV.3.3 Die Konsumenten der produzierten Waren bzw. Leistungen	207

Kapitel V:

Materialien aus der Umsetzung des mehrdimensionalen Sozialindikatorensystems bei den Berliner Stadtreinigungs-Betrieben	208
V.0 Vorbemerkung	209
V.1 Materialien zu: Die stofflichen Einsatzfaktoren und die Abfälle der Produktion	210
V.1.1 Materialien zu: Der Einsatz von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen (Indikatoren #1 - #5)	210
V.1.2 Materialien zu: Der Einsatz von Werkzeugen, Maschinen, Fahrzeugen und Anlagen (Indikatoren #6 - #9)	221
V.1.3 Materialien zu: Die Verwendung von Gebäuden und Grundstücken (Indikatoren #10 - #11)	225
V.1.4 Materialien zu: Die gasförmigen, flüssigen und festen Abfälle der Produktion (Indikatoren #12 - #14)	226
V.2 Materialien zu: Die Arbeitnehmer im Betrieb	228
V.2.1 Materialien zu: Beschäftigung (Indikatoren #15 - #23)	228
V.2.1.1 Materialien zu: Fluktuation (Indikatoren #24 - #28)	239
V.2.2 Materialien zu: Qualifikation (Indikatoren #29 - #34)	248
V.2.3 Materialien zu: Arbeitszeit (Indikatoren #35 - #44)	252
V.2.4 Materialien zu: Arbeitsgestaltung (Indikatoren #45 - #51)	262
V.2.5 Materialien zu: Einkommen (Indikatoren #52 - #60)	284
V.2.6 Materialien zu: Mitbestimmung und Information (Indikatoren #61 - #65)	290

V.2.7	Materialien zu: Gesundheit und Arbeitssicherheit (Indikatoren #66 - #73)	295
V.3	Materialien zu: Die produzierten Waren bzw. Leistungen	306
V.3.1	Materialien zu: Die Struktur des Angebots und die Waren bzw. Leistungen an sich (Indikatoren #74 - #77)	306
V.3.2	Materialien zu: Die Preisstruktur des Angebots (Indikatoren #78 - #82)	312
V.3.3	Materialien zu: Die Konsumenten der produzierten Waren bzw. Leistungen (Indikatoren #83 - #84)	322

Anmerkungen		324
--------------------	--	------------

Einleitung

Die vorliegende Arbeit ist im Rahmen eines Forschungsprojekts der "Berlin-Forschung" an der Freien Universität Berlin entstanden. Das Forschungsprojekt "Die Relevanz der Berliner Eigenbetriebe aus ökonomischer und gesellschaftspolitischer Sicht - Privatisierung versus Erweiterung öffentlicher Unternehmen -" wurde von Dezember 1981 bis November 1983 gefördert und von Dipl.Vw. Otto Huter und mir durchgeführt.

Bei der Aufarbeitung der Privatisierungsdiskussion stand die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Wirtschaftlichkeits- und Effizienzvorstellungen im Vordergrund. Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Positionen, die sich hinter den Pro- bzw. Kontraargumenten in der Privatisierungsdiskussion verbergen, wurden herausgearbeitet und sind in Kapitel I dieser Arbeit dokumentiert.

Als eines der wichtigsten Resultate aus Kapitel I kann festgehalten werden, daß das traditionelle betriebliche Rechnungswesen nicht geeignet ist, um die Effizienz und Wirtschaftlichkeit öffentlicher Unternehmen adäquat zu bewerten.

Aus diesem Grund erfolgte eine theoretische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Modellen einer erweiterten betrieblichen Rechnungslegung. Das Resultat dieser Arbeit - die Entwicklung eines mehrdimensionalen Sozialindikatorensystems (MESIS) - ist in Kapitel II der vorliegenden Arbeit dargestellt. Dieses System ist vorwiegend auf der Basis der gesetzlichen französischen Sozialbilanz und dem Sozialindikatorenkatalog des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) entstanden.

Bei den Kapiteln I und II handelt es sich um eine gemeinsame Forschungsarbeit von Otto Huter und mir.

Bevor ich auf den Teil eingehe, den ich hier als Dissertation vorlege (Kapitel IV und V), noch einige Bemerkungen zu Kapitel III.

In einer relativ frühen Phase des Forschungsprojekts wurden zu allen acht Berliner Eigenbetrieben Betriebsportraits auf Basis der Geschäfts- und Prüfungsberichte angefertigt. Das in Kapitel III enthaltene Portrait der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe (BSR) wurde von mir auf Basis einer traditionellen betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise erarbeitet. Hierbei stand die Entwicklung der BSR seit 1970 unter den Aspekten Leistungserstellung, technologische Entwicklung, Nachfrage, Personal, Aufwandsstruktur, Ertragsstruktur und Bilanzstruktur im Vordergrund. Insofern dient das Portrait der BSR als Illustration einer traditionellen betriebswirtschaftlichen Vorgehensweise.

Nun besteht jedoch ein großes wissenschaftliches Defizit darin, daß keine empirischen Arbeiten über eine Umsetzung anspruchsvoller Modelle einer erweiterterten Rechnungslegung vorliegen. Dies hemmt meines Erachtens auch die Diskussion auf der betrieblichen und wissenschaftlichen Ebene.

Die von mir hier vorgelegte Dissertation (Kapitel IV und V) besteht aus der Darstellung der mit dem mehrdimensionalen Sozialindikatorensystem (MESIS) bei den BSR erhobenen und aufgearbeiteten Daten und Informationen (Kapitel V) und dem Versuch einer Interpretation der aufgearbeiteten Materialien (Kapitel IV).

Zu Kapitel V ist zu bemerken, daß ohne die Unterstützung der Geschäftsleitung und der Personalvertretung der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe - Eigenbetrieb von Berlin - diese Arbeit

nicht durchführbar gewesen wäre. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeitern der BSR bedanken, die an der Zusammenstellung der Daten zu den Indikatoren mit viel Geduld mitgewirkt haben. Auch möchte ich mich für die Unterstützung dieser Arbeit durch die Gewerkschaft ÖTV-Berlin und die Senatsverwaltung für Arbeit und Betriebe bedanken. Umso bedauerlicher ist es, daß mir nur sehr wenige Vergleichsdaten aus privaten Städtereinigungsbetrieben zur Verfügung standen. Leider gibt es keine vergleichbaren Untersuchungen aus diesem Bereich, und eine eigene Untersuchung hätte den Rahmen dieser Arbeit gesprengt.

Damit ist nun Kapitel IV angesprochen. Eine Interpretation des Materials der BSR ist somit darauf beschränkt, die Daten vorwiegend für sich zu interpretieren. Diese Tatsache hat die Aussagekraft der Ergebnisse im Hinblick auf die Privatisierungsdebatte eingeschränkt. An einigen Einzelpunkten gab es jedoch so signifikante Unterschiede zwischen den BSR und privaten Betrieben, daß klare Aussagen gemacht werden konnten.

Die empirische Umsetzung des MESIS bei den BSR stellt nicht die Lösung der Diskussion um das richtige Instrument zur Bewertung öffentlicher Unternehmen dar, sie soll vielmehr einen bisher nicht vollzogenen Rückkopplungsprozeß zwischen der betrieblichen Praxis und der theoretischen Weiterentwicklung von Instrumenten zur adäquaten Erfassung und Bewertung öffentlicher Leistungserstellung im Vergleich zu privaten Unternehmen gewährleisten.

Sei noch bemerkt, daß mit der Ausarbeitung von Instrumenten zur erweiterten Rechnungslegung von der Seite der Wissenschaft Schritte in die richtige Richtung gemacht werden, aber damit noch kein allgemeinverbindliches Indikatorensystem vorgelegt werden kann. Denn soll eine derartige erweiterte Rechnungslegung wie



z.B. das MESIS jährlich in Betrieben durchgeführt werden, so besteht die Minimalvoraussetzung hierfür in einem Konsens zwischen den betrieblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern; deshalb müssen Umfang und Struktur der Indikatorensysteme Resultat innerbetrieblicher Verhandlungsprozesse sein. Ist die Voraussetzung der innerbetrieblichen Einigung nicht vorhanden, so ist mit den Ergebnissen einer erweiterten Rechnungslegung wenig Außenwirkung zu erzielen. Dies kann z.B. an den von einigen deutschen Firmen erstellten Sozialbilanzen gezeigt werden, die teilweise von Wissenschaftlern, vor allem aber von den Gewerkschaften als public relations bezeichnet werden. Damit ist das MESIS nur ein Vorschlag von der Seite der Wissenschaft her für ein System zur erweiterten Rechnungslegung. Wird dieser Vorschlag aufgegriffen, so wird er entsprechend betrieblicher Interessen sicher in modifizierter Form Anwendung finden.

Kapitel I: Öffentliche Unternehmen und Effizienz

**Zur Diskussion um Wirtschaftlichkeits-
und Bewertungsprinzipien im privaten
und öffentlichen Sektor**

I.1 Vorwort

Vor dem Hintergrund einer sich immer mehr verschlechternden wirtschafts- und sozialpolitischen Situation tauchen z.Z. in der öffentlichen Diskussion immer wieder die beiden folgenden Argumentationsmuster auf:

- o Die einen behaupten, daß die hohe Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden, der hohe Anteil des Staates an der Wertschöpfung, die verstärkte Bürokratisierung vieler Bereiche des öffentlichen Lebens usw. schuld seien an der jetzigen Lage. Man habe jede private Initiative, jede Selbstverantwortung erstickt und damit diese Krise letztlich herbeigeführt. Deshalb sei mehr Markt und weniger Staat zur Lösung der Probleme nötig. Der öffentliche Sektor müsse rationalisiert und entbürokratisiert werden. Dabei sei gerade die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben und öffentlichen Unternehmen eine bedeutende Rationalisierungschance.(1)
- o Dem wird von anderen entgegengehalten, daß gerade das Marktversagen zu dieser Situation geführt hat. Deshalb sei der Staat gefordert und müsse die Folgen beseitigen. Die vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme seien nur durch die Ausweitung der öffentlichen Aufgaben zu lösen. Nicht weniger sondern mehr Staat sei nützlich und notwendig. Öffentliche Unternehmen könnten hier eine wichtige Rolle spielen und dort einspringen, wo private unternehmerische Initiative versage.(2)

Bezogen auf die öffentlichen Unternehmen sollen die dabei vorhandenen theoretischen Optionen und Probleme einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

1.2 Wirtschaftsprinzipien für private und öffentliche Unternehmen

Die hier vorgestellten aktuellen politischen Argumentationsmuster beruhen auf unterschiedlichen theoretischen Begründungszusammenhängen und Leitvorstellungen. Drei wesentliche Ansätze zum Problem des Wirtschaftens in privaten und öffentlichen Unternehmen(3) sollen daher in ihrer Grundstruktur betrachtet werden.

1.2.1 Der liberale bzw. marktorthodoxe Ansatz(4)

Für die Verfechter eines solchen ordnungspolitischen Ansatzes ist der Markt diejenige Instanz, die Produktion und Konsumtion am optimalsten koordiniert. Von daher hat der private eindeutig Vorrang vor dem öffentlichen Sektor.

Nach Auffassung dieser Lehre sorgt der Wettbewerb in einem dezentral organisierten Marktsystem für Leistungsanreize und Produktivitätssteigerungen. Ziel für die privaten, am Markt operierenden Unternehmen sei es, einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Deshalb seien sie bestrebt, die Kosten zu senken und die Erlöse zu steigern. Diese Form der Marktsteuerung bewirke demzufolge eine billige und bedarfsgerechte Versorgung mit Gütern und Diensten. Durch den effizient wirkenden Angebots-/Nachfrage-Mechanismus werde eine optimale Preisbildung gewährleistet. Das Streben nach Rentabilität sei daher im höchsten Maße rational und garantiere als "Motor" beste volkswirtschaftliche Ergebnisse.

Die These, ein solches Marktmodell garantiere das Zustandekommen einer pareto-optimalen Produktions- und Konsumtionsstruktur, läßt sich als allgemeingültiger Leitsatz nur unter sehr rigiden

Einschränkungen aufrechterhalten.(5) Ein solches "Modell der vollständigen Konkurrenz" geht z.B. von gegebenen Verteilungsverhältnissen aus und setzt die Marktpreise als Datum. Es ist aufgrund der Parameter in sich stabil und gelangt so immer zu einem Gleichgewicht oder Optimum. Ungleichgewichte oder Störungen gibt es in einem solchen Modell nicht. Krisen kommen nur durch exogene Faktoren bzw. "Schocks" wie zuviel Staat, zu hohe Löhne usw. zustande. Solche Faktoren werden dann als "Markthemmnisse" bezeichnet.

Ein so fundiertes Marktmodell ist nicht nur makroökonomisch ein höchst optimaler "Mechanismus". Bei solchen Annahmen können die Unternehmen und Haushalte bei ihren Einzelentscheidungen auch nur rational und effizient reagieren. Mikroökonomisch reagieren die Unternehmen optimal auf diese Marktsignale und setzen sie wirtschaftlich im Unternehmen um. Sind die Faktorpreise auf den Arbeits- und Gütermärkten gegeben, kann die einzelne Unternehmung die jeweils benötigte, bestmögliche Faktorkombination anwenden und demzufolge auch preisgünstig ihre Produkte am Markt anbieten.

Auch auf einzelwirtschaftlicher Ebene läßt sich auf Basis eines solchen Modells der vollständigen Konkurrenz zeigen, wie sich ein privates Unternehmen organisatorisch, personell und ökonomisch effizient den Marktverhältnissen anpaßt. Im Rahmen der Betriebswirtschaftslehre wird sich mit solchen Optimierungsstrategien befaßt und der Nachweis erbracht, daß eine privatwirtschaftliche, renditegesteuerte Unternehmensführung die rationellste Form der Wirtschaftsführung ist. Vermittels der entwickelten Formen privatwirtschaftlicher Betriebstechniken (Organisation, Kontrolle, Rechnungswesen, Finanzwirtschaft usw.) führt marktwirtschaftliches unternehmerisches Handeln zur rationellen Steuerung von Produktion und Konsumtion.

1.2.2 Die Gemeinwirtschaftslehre

Die Gemeinwirtschaftstheoretiker und -praktiker erkennen zunächst den privaten Sektor als notwendig und wichtig an. Sie heben allerdings auf die Ergänzungsbedürftigkeit des Marktprozesses durch gemeinwirtschaftliches Handeln ab. Von Bedeutung ist hier der von Ritschl als "dualistisch" bezeichnete Ansatz: Es gehe in der gegebenen Situation nicht um Alternativen zum privatwirtschaftlich-erwerbswirtschaftlichen System, sondern um das sich ergänzende Nebeneinander von marktwirtschaftlich-privatwirtschaftlichem Bereich und gemeinwirtschaftlichem Bereich. Gemeinwirtschaft erscheint daher einerseits als Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems - als "Infrastruktur" - und andererseits als Ergänzung überall dort, wo das marktwirtschaftliche System nach politisch vorherrschender Auffassung nicht zu allokatons- und verteilungspolitisch akzeptablen Ergebnissen führt. Der gemeinwirtschaftliche Sektor bekommt so eine "Lückenbüßerfunktion" zugeschrieben.(6)

Öffentliche Unternehmen haben gemäß diesem dualwirtschaftlichen Ansatz ein "Gemeinwohlziel" zu verfolgen - im Gegensatz zu dem "Individualwohlziel" der Privatwirtschaft.(7) Hier muß eine Ergänzungsfunktion zum Markt wahrgenommen werden, da private Unternehmen aus gewinnwirtschaftlichen Motiven handeln. Dies ist für Gemeinwirtschaftler ein wesentliches Kriterium um abzugrenzen. Exemplarisch sei hier John genannt, der formuliert, daß die Privatunternehmung um des Gewinnes willen tätig wird, "der möglichst groß sein soll; über das was sie herstellt, entscheidet die Rentabilität; sie will nicht 'versorgen' (daß diese Einstellung zu einer sehr guten Marktversorgung führen kann, ist eine Sache für sich). Die Auslese besorgt der Wettbewerb; das Ende kann der Konkurs sein."(8) Versorgung, Bedürfnisbefriedigung

mit lebenswichtigen Gütern sei daher für private Unternehmen eine zweitrangige Angelegenheit.

Für Nickel z.B. schließt diese Orientierung aus, "daß private Unternehmen gesellschaftspolitisch notwendige Unternehmensaufgaben erfüllen, die keine Gewinne bringen." (9) Zur Erklärung einer solchen privatwirtschaftlichen Dysfunktionalität wird immer wieder die "Theorie öffentlicher Güter" bemüht. Es handelt sich um einen wohlfahrtstheoretischen Ansatz (Konzept des allokativen Marktversagens). Von der Wohlfahrtsökonomie werden Marktversagen und die damit verbundene Notwendigkeit öffentlicher Güterproduktion wie folgt erklärt: Ausgehend von einem idealtypischen Wettbewerbsmodell wird formuliert, daß es Fälle gebe, wo der Markt nicht optimal wirksam sein könne. Er kann laut Musgrave z.B. dann "nicht wirksam funktionieren, wenn Externalitäten bestehen, worunter wir Situationen verstehen, in denen die Nutzen des Konsums nicht begrenzt und nicht einem bestimmten Konsumenten angelastet werden können, oder Situationen, in denen die ökonomische Aktivität zu Sozialkosten führt, die nicht von dem Produzenten oder Konsumenten bezahlt werden müssen, der sie verursacht hat." (10) Der Marktmechanismus als Instrument zur Bereitstellung privater Güter funktioniere, weil das Ausschlußprinzip wirke, d.h. der Nutzen der im Austausch erworbenen Güter fließt dem Konsumenten zu, der sie bezahlt. "Die Nutzen sind internalisiert und der Konsum rivalisiert." (11) Eine Bereitstellung von Gütern durch den Staat sei dann nötig, wenn diese beiden Prinzipien nicht mehr funktionieren - der Markt also versage. Aufgrund der Unteilbarkeit des Angebots von öffentlicher Sicherheit und Ordnung, Infrastruktur usw., wegen der Ineffizienz und Kostspieligkeit bei der Durchsetzung und der ausgeprägten externen Effekte dieser Güter sei das Ausschlußprinzip bei ihnen nicht anwendbar. Die Entscheidung, ob ein öffentliches Bedürfnis

durch die Bereitstellung öffentlicher Güter befriedigt werden soll, könne damit nur über einen politischen Mechanismus erfolgen. Dieser Mechanismus sei das Wahlverfahren, bei dem sich laut Musgrave das Individuum genauso verhält wie im idealtypischen Marktmodell - als Nutzenmaximierer.

Thiemeyer hat erhebliche Zweifel über den Aussagewert dieser Theorie zur Erklärung für öffentliche Güterproduktion.(12) Er hält die Instrumentalthese und den Hinweis auf Zielkataloge für einen tragfähigeren Ansatz zur Funktionsabgrenzung von privaten und öffentlichen Unternehmen. Öffentliche Unternehmen sind nach dieser in der Gemeinwirtschaftslehre vorherrschenden Auffassung Instrumente staatlicher und gemeindlicher Wirtschaftspolitik.

Da öffentliche Unternehmen Instrumente staatlicher Politik sind, können sie zu unterschiedlichen Zwecken eingesetzt werden. Die politischen Zielvorgaben sind entsprechend weit gefächert. Sie können z.B. für Beschäftigungs-, Finanz-, Struktur-, verkehrs- und sozialpolitische Zielvorstellungen eingesetzt werden.(13) Je nach Zielkatalogrichtung wird das öffentliche Unternehmen als Erfüllungsgehilfe (Instrument) im Rahmen des "Werkzeugkastens" der Wirtschafts- und Sozialpolitik genutzt. Solche eher pragmatisch formulierten Zielkataloge haben für Thiemeyer zwei wichtige Bedeutungen: Einmal erlauben sie als methodischer Ansatz einer Wirtschaftslehre öffentlicher Betriebe die Ausklammerung einer Diskussion über "Gemeinwohl", "öffentliches Interesse", "Gemeinwirtschaftlichkeit". Zum anderen liegt die politische Bedeutung darin, daß man "unter Verzicht auf Beweise unterstellt, daß öffentliche Unternehmen bestimmte Bedarfsdeckungs-, Bedarfslenkungs- und Verteilungsziele im Rahmen der gegebenen marktwirtschaftlich- erwerbswirtschaftlichen Ordnung verfolgen sollen."(14)

Im Gegensatz zu privaten Unternehmen richtet sich das Verhältnis von Kosten und Preisen nicht primär nach Gewinnprinzip und Marktsituation (Rentabilität und Rationalität des eingesetzten Kapitals), sondern nach den jeweiligen Zielvorgaben für das Unternehmen. Die Instrumentalfunktion öffentlicher Unternehmen schlägt sich demzufolge in Finanzierungs-, Beschaffungs-, Investitions-, Angebots- und Preispolitik nieder. Das Ziel flächendeckender bürgernahe Bedienung der Bevölkerung mit öffentlichem Personennahverkehr ist mit vollkostendeckenden Preisen für die Benutzer praktisch nicht durchsetzbar. Die Tarifpolitik richtet sich hier nach anderen Kriterien.(15) Entsprechend dem Finanzierungskonzept von Bund und Land werden hier Zuschüsse gewährt. Ein solches Unternehmen wäre aber nicht unwirtschaftlich. Entsprechend den politischen Zielvorgaben können die Aufgaben wirtschaftlich durchgeführt und die Mittel rationell eingesetzt werden. R Johns bemerkt dazu: "Was den so häufig geforderten 'kaufmännischen Geist' betrifft, so kann es sich nur um das Verfahren, nicht um das Ziel der Aufgabe handeln." D.h. nur, daß die stetige Erfüllung der jeweiligen Aufgabe nach den Grundsätzen von "Sparsamkeit", "gesunder Finanzierung" etc. erfolgen sollte.(16)

Für die ökonomische Beurteilung der Rationalität öffentlicher Unternehmen ergibt sich die Notwendigkeit, diese Zielvorgaben, unter denen sie wirtschaften, mit in die Bewertung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit einzubeziehen. Was heißt das für die Erfolgsrechnung bzw. Erfolgswürdigung solcher Unternehmen? Diese Zielvorgaben müssen bei ihrer Bewertung mitberücksichtigt werden. Ziele und Stoff der kaufmännischen Erfolgsrechnung entstammen der privatwirtschaftlichen Logik. Kriterien für die Wirtschaftlichkeit sind Gewinn oder Verlust eines Unternehmens. Die kaufmännische Erfolgsrechnung ist damit "ungeeignet, hinreichende Maßstäbe für die volkswirtschaftliche oder

gemeindewirtschaftliche und für die gesamt- oder teilgesellschaftliche Beurteilung des Erfolges öffentlicher Betriebe im allgemeinen und öffentlicher Versorgungs- und Verkehrsunternehmen im besonderen zu liefern." (17) Hinzu kommt, daß man laut Oettle für die Beurteilung öffentlich-wirtschaftlicher Erfolge eigener Rechnungsziele und damit auch nicht-betriebswirtschaftlichen Rechnungsstoffs bedarf. D.h. es müssen die sozialökonomischen oder gemeinwirtschaftlichen Kosten und Nutzen erfaßt werden. Hier bemüht man sich seitens der Gemeinwirtschaftslehre, Konzepte einer erweiterten Erfolgsrechnung zu entwickeln.

1.2.3 Die "Arbeitsorientierte Einzelwirtschaftslehre" (AOEWL)

Auf einzelwirtschaftlicher Ebene werden die Umsetzungs- und Handlungsstrategien für die am Markt operierende Unternehmung formuliert. An dieser Mikroebene, die im Rahmen der herrschenden BWL der gewinnwirtschaftlichen Rationalität verpflichtet ist, setzt eine gewerkschaftliche Kritik an: "Die BWL ist von ihren Grundlagen her auf das Ziel festgelegt, die Rationalität des eingesetzten Kapitals zu optimieren, und zwar unter den gesellschaftlich vorherrschenden Bedingungen des Privateigentums der Produktionsmittel, der Legitimation der Verfügung aus dem Kapitaleigentum und der marktwirtschaftlichen Steuerung der Produktion." Die Projektgruppe "Arbeitsorientierte Einzelwirtschaftslehre" im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI) (18) formuliert dagegen folgende Einwände: Erstens werden "selbständige Ziele, die aus der Rationalität der eingesetzten Arbeit fließen, ... nur insofern berücksichtigt, als sie im Rahmen der Kapitalorientierung formulierbar und operationalisierbar sind bzw. soweit sie dem vorgegebenen Zielsystem entsprechen." (19) "...Zweitens werden die

gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen eines ausschließlich rentabilitätsorientierten unternehmerischen Handelns weitgehend außer acht gelassen."(20)

Die Projektgruppe stellt der herrschenden Lehre eine arbeitsorientierte Rationalität/Rentabilität entgegen. Dieser 'interessenorientierte Ansatz' wird zunächst auf einzel- und gesamtwirtschaftlicher Ebene hinsichtlich der arbeitsorientierten Interessen konkretisiert, obwohl sich "diese aus analytischen Gründen vorgenommene Trennung ...in der Praxis nicht immer aufrecht erhalten lassen" wird.(21) "Im einzelwirtschaftlichen Bereich wird zwischen den Interessen an Arbeitsplatzsicherheit, Sicherung und Steigerung der Einkommen sowie optimaler Gestaltung der Arbeit unterschieden, und im gesamtwirtschaftlichen Bereich werden als arbeitsorientierter Interessenbezug die rationale Steuerung der Produktion sowie eine bedürfnisgerechte Versorgung mit Gütern und einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung unterschieden."(22)

Die Ziele bzw. Interessen der abhängig Beschäftigten werden in einem mehrdimensionalen emanzipatorisch-rationalen Modell gegen die kapitalorientierte BWL gewendet. Rentabilitäts-, Kostenbegriffe etc. werden einer arbeitsorientierten Kritik unterzogen. "Eine unabdingbare Voraussetzung für die Umorientierung einzelwirtschaftlicher Entscheidungen im Sinne arbeitsorientierter Interessen, ja geradezu die Grundlage hierfür, liegt in einer Neufassung des Kosten- und Leistungsbegriffs bzw. des Aufwands- und Ertragsbegriffs."(23)

Die Grenzen bzw. Schwächen der herrschenden Lehre werden durch die Formulierung einer arbeitsorientierten emanzipatorischen Rationalität als Maßstab des wirtschaftlichen Handelns deutlich gemacht.

Die Umsetzung dieser Vorstellungen ist nach Meinung der Autoren nur durch kollektive Handlungen der abhängig Beschäftigten zu erreichen.

Für alle formulierten ökonomischen und nicht-ökonomischen Interessen der abhängig Beschäftigten gelte dabei, "daß sie erst dann für politische Entscheidungen bestimmend werden können, wenn sie einerseits konkret formulierbar, mobilisierungsfähig und konfliktfähig sind und wenn andererseits über die organisierte Arbeitnehmerschaft sozio-ökonomische Macht zu ihrer Verwirklichung eingesetzt wird."(24)

Um "Ansätze einer Durchsetzungsstrategie für die Verwirklichung arbeitsorientierter Interessen" auf Basis der vorher formulierten Bestimmungen fixieren zu können, "ist der Einsatz von gesellschaftspolitisch wirksamen Instrumenten erforderlich."(25) Dies sind insbesondere - nach Meinung der Autoren - Mitbestimmung, Tarifpolitik und Vermögenspolitik.

1.3. Zur Kritik der Ansätze

Die kritische Würdigung der o.g. Ansätze beinhaltet ihre Überprüfung auf theoretische Konsistenz, Aussagefähigkeit und Operationalisierbarkeit.

1.3.1 Zur Kritik des liberalen bzw. marktorthodoxen Ansatzes

Bei diesem Konzept verbindet sich ein liberales ordnungspolitisches Leitbild mit begrenzt aussagefähigen modelltheoretischen Ansätzen zu einer politisch wirkungsvollen Aussage. Bezogen auf das Verhältnis private/öffentliche Unternehmen schlägt das Pendel bei einem solchen Ansatz immer zugunsten der ersteren aus: da den öffentlichen Unternehmen die Marktsteuerung fehle - und damit der Wettbewerbs- und Leistungsanreiz - seien sie im allgemeinen unwirtschaftlich, unproduktiv und bürokratisch. Das dabei zugrundeliegende Marktmodell ist bezüglich seines theoretischen Gehalts und der inneren Konsistenz sehr umstritten. Der ausführlichen Auseinandersetzung mit einer solchen Theorie sind Grenzen gesetzt. In Relation zur Darstellung können daher nur einige neuralgische Punkte benannt werden. Eine umfangreiche immanente Kritik des Modells muß an dieser Stelle unterbleiben.(26) Kritiker weisen immer wieder auf den mangelnden empirischen Gehalt der Axiome und auf ihre Implikationen hin. So garantiert die Wahl der Parameter bereits die entsprechenden optimalen Ergebnisse. Qua Definition ist der Markt eine in sich stabile und effiziente Instanz, der, wenn die "Marktgesetze" nur wirken, automatisch einem optimalen Gleichgewicht zusteuert. Die ökonomische Diskussion hat gezeigt, daß die "sogenannten Pareto-Bedingungen gänzlich ungenügend (sind), um eine Situation als Optimum zu charakterisieren."(27) Weder für die Nutzenvorstellungen der Haushalte noch für die Güterproduktion

der Unternehmen läßt sich eine eindeutige Bestimmung der Pareto-Optimalität erreichen. Strukturprobleme wie Krise, Arbeitslosigkeit, Umwelt- und Gesundheitsschäden werden aus einem solchen Erklärungszusammenhang verdrängt, sind exogene Größen. Die Ursachen des Strukturwandels, die sich aus der Dynamik und den immanenten Blockierungstendenzen des Marktes selbst ergeben, als auch die damit entstehenden Kosten dieses Prozesses können theoretisch konsistent aus einem solchen Ansatz nicht abgeleitet werden. Sie sind damit auf Basis eines solchen theoretischen Ansatzes nicht angemessen erklärbar. Solche Marktmodelle blenden daher aus, daß der Marktprozeß von vornherein ein ungleichgewichtiger, instabiler Vorgang ist, der zu den eben genannten Strukturproblemen führt. Außerdem werden bei diesem Ansatz andere Formen unternehmerischer Tätigkeit ignoriert.(28) Maßstab für rationales Wirtschaften wird allein eine gewinnwirtschaftlich orientierte private Unternehmung. Durch das privatwirtschaftliche Verhalten kommt es am Markt zu gesellschaftlichen Fehlrationaltäten. Diese interessieren den Unternehmer nicht, da es keine Auswirkungen auf die Marktpreise hat, die in seine Kalkulation eingehen. Kreislaufzusammenhänge, ökologische, ökonomische und soziale Folgekosten werden ausgeblendet. Das Hinterfragen eines solchen Begriffes von wirtschaftlicher Tätigkeit findet nicht mehr statt. Die Konsequenzen, die sich aus der Umsetzung eines derartigen Begriffes für die Volkswirtschaft und für den Betrieb ergeben, werden unter dem Aspekt der Gewinnmaximierung diskutiert. Auf diese Art und Weise könnten Produktionsprozeß und Wirtschaftswachstum nur dann effizient und optimal gesteuert werden, wenn man Folgewirkungen und ökologische und ökonomische Strukturzusammenhänge vernachlässigt. Negative Folgen für Beschäftigung und Umwelt werden nicht bei der Ermittlung des Unternehmenserfolges berücksichtigt. Sie müssen aber eingehen in die Wirtschaftlichkeitsberechnung, wenn man den wirtschaftlichen

Erfolg einer am Markt operierenden Unternehmung exakt bewerten will. Erst wenn man positive und negative externe Effekte mit einbezieht, können angemessene Effizienz- und Wirtschaftlichkeitskriterien entwickelt werden, die es erlauben, über Wirtschaftlichkeit oder Unwirtschaftlichkeit privater und öffentlicher Unternehmen zu urteilen. Damit wird auch erst die Grundlage geliefert, um überprüfen zu können, ob Privatisierung eine Strategie zu mehr Wirtschaftlichkeit und Effizienz ist. Argumente, die ausschließlich auf Marktsteuerung und gewinnorientiertes Wirtschaften setzen, sind für eine problemadäquate Behandlung der Frage wenig geeignet.

I.3.2 Zur Kritik der Gemeinwirtschaftslehre

Die Gemeinwirtschaft akzeptiert den Markt als wichtige Instanz zur Abstimmung von Produktion und Konsumtion. Gegenüber dem liberalen Ansatz hat die Gemeinwirtschaftslehre daher eine defensive Argumentation. Das Kriterium des Allgemeinwohls bei öffentlichen Gütern zur Rechtfertigung gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftens und der Pragmatismus der Instrumentalthese erweisen sich als problematisch:

- o Eine systematische Begründung allgemeiner theoretischer Natur über die Notwendigkeit öffentlicher Unternehmen (Ö.U.) gibt es nicht. Die Existenz der Unternehmen, ihre Verschiedenheit, bzw. ihre Abgrenzung zum privaten Sektor (Kostendeckung versus Gewinnmaximierung, Produktion öffentlicher Güter, Individualwohl versus Gemeinwohl etc.) und ihre Abgrenzung zur eigentlichen Verwaltung sind die Bereiche bzw. Versuche Ö.U. "abzuleiten".

Zentrales Problem jeder Theorie der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen ist die Möglichkeit der inhaltlich konkreten

Bestimmung von Gemeinwirtschaftlichkeit. Vokabeln wie "öffentliches Interesse", "Gemeinwohl", "öffentliche Güter" sind zunächst Leerformeln, die vielfältigen politischen Interpretationen offenstehen. Die bisherigen Versuche zur Konkretisierung haben zwar die Schwierigkeiten, die mit der theoretischen Fassung und Fundierung dieser Kategorien verbunden sind, verdeutlicht, jedoch nicht zu einer zweifelsfreien Klärung geführt.(29)

- o Gleichzeitig wird aber auch die Notwendigkeit ö.U. mit dem Marktgeschehen selbst begründet. So soll der Wettbewerb durch ö.U. ein entscheidender Beitrag zur Verhütung privater Marktbeherrschung sein und/oder überhaupt erst durch die Bereitstellung der Infrastruktur Wettbewerb möglich machen. Gemeineigentum wird so zu einer legitimen Form öffentlicher Kontrolle des Wirtschaftsgeschehens bzw. dient so in unterschiedlicher Form per se immer dem Allgemeinwohl. Die Nutzung des Instruments öffentlicher Unternehmen durch den Staat sei deshalb auch viel marktkonformer als fiskalisches oder administratives Handeln der Gebietskörperschaften selbst.

- o Hier wird das **"was"** der Produktion, die Art und Weise der Erstellung von Gütern und Diensten in den Vordergrund gerückt. Entscheidend ist aber **"wie"** ich produziere. D.h. jedes öffentliche Gut könnte auch privat produziert werden. Die Vertreter einer marktorientierten Steuerung haben es vor dem Hintergrund der ordnungspolitischen Akzeptanz des Marktmechanismus relativ leicht, der Privatisierung das Wort zu reden.

Die Abwehrstrategie der Gemeinwirtschaftslehre, ihr bloßes Festhalten an der Notwendigkeit einer dualen Volkswirtschaft

(Markt und öffentlicher Sektor) ist auf die ungenügende Fassung des Marktgeschehens selbst zurückzuführen. Dominant ist offenbar die Vorstellung, zusammen mit den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen könnte der Marktprozeß zu einem optimalen Wirtschaftsmodell geformt werden. Dieses Ergänzungs- und Kompensationsverständnis führt dazu, daß die Gemeinwirtschaftslehre die Dysfunktionalität des Marktmodells nicht weiter thematisiert. Das **"warum"** des "Marktversagens" bleibt unhinterfragt. Es wird nicht begründet, weshalb private Unternehmen am Markt "versagen".

I.3.3 Zur Kritik der AOEWL

Gegen die von der herrschenden BWL vertretenen Kapitalrationalitäts- bzw. Rentabilitätskalküle setzt die AOEWL eine arbeitsorientierte Rationalität. Damit werden zwar die Unzulänglichkeiten einer dominanten Form einzelwirtschaftlicher Betrachtung deutlich gemacht. Andererseits verbleibt man aber der Vorstellung verhaftet, es gäbe ein unabhängiges ökonomisches Rationalitäts- und Rentabilitätskalkül, das man je nach Standpunkt nur anzulegen brauche.

Dieser Maßstab des wirtschaftlichen Handelns, der hier formuliert wurde, greift zu kurz. Die Kritik an der Kapitallogik erfolgt durch Vereinseitigung eines Aspektes auf primär einzelwirtschaftlicher Ebene. Man stellt der Kapitallogik eine 'arbeitsorientierte emanzipatorische Rationalität' gegenüber und kritisiert mit diesem Maßstab wirtschaftlichen Handelns an der herrschenden Lehre, daß sie die Interessen der abhängig Beschäftigten nicht berücksichtige.

Das Dilemma der AOEWL zeigt sich in diesem Entgegensetzen eines anderen Standpunktes; die Kritik muß u.E. aus den

erwerbswirtschaftlichen Verhältnissen selbst heraus geführt werden. Demzufolge müssen die Widersprüchlichkeiten der Kapitallogik selbst zum Gegenstand der Auseinandersetzungen gemacht werden. Die Konsequenzen dieses methodischen Dilemmas der AOEWL haben Kaminski/Schwiering aufgezeigt: "In der AOEWL wird zwar die 'emanzipatorische Rationalität' als Maßstab angegeben, anhand dessen sowohl der Grad der jeweils erreichten 'Selbstverwirklichung der Arbeit' wie die Tauglichkeit der daran anknüpfenden weiteren Strategieschritte beurteilt werden sollen. Da emanzipatorische Rationalität selbst als Resultat eines Entwicklungsprozesses allein im Rahmen der AOEWL nicht einmal angegangen wird, verkümmert der Maßstab unter der Hand zur theoretischen Perspektive einer Zweck-Mittel- Rationalität, der die Reduzierung des Denkhorizontes auf das unter den jeweils bestehenden Verhältnissen instrumentell Machbare entspricht. Damit wird der Unterschied zwischen nahzielwirksamen Handlungsstrategien einerseits und langfristiger Entwicklung von Gesellschaftsstrukturen andererseits, deren radikale Veränderung als Voraussetzung für die Verwirklichung des Fernziels soziale Emanzipation erfüllt sein muß, zum Gegensatz, weil aufgrund der fehlenden Gesellschaftstheorie beide für jede emanzipatorische Theorie notwendigen Elemente als in bestimmter Weise zusammenhängend überhaupt nicht berücksichtigt werden können." (30)

I.4 Bedeutung der Ansätze und Entwicklung der eigenen Fragestellung

Die **liberalen Lehren** sind von ihrer Fundierung her ungeeignet, eine adäquate Erfassung des Marktgeschehens und der wirtschaftlichen Tätigkeit vorzunehmen. Der Markt wird per Definition zur effizientesten Form des Wirtschaftens (sowohl einzel- als auch gesamtwirtschaftlich). Damit entspricht die einzelwirtschaftliche auch der gesamtwirtschaftlichen Rationalität und bewirkt den höchstmöglichen Volkswohlstand. Derartige Modelle blenden aus, daß das Marktsystem zu Fehlrationaltäten führt, die Umwelt und Arbeitskräfte belasten. Sie sind damit auch für eine angemessene Erfassung und Bewertung der wirtschaftlichen Tätigkeit privater und öffentlicher Unternehmen ungeeignet.

Die **Gemeinwirtschaftslehre** hält ein duales Wirtschaftssystem für notwendig und nützlich. Die Begründungen für die Existenz öffentlicher Unternehmen sind eher pragmatisch. Der private Sektor selbst wird zunächst als dominantes Element akzeptiert. Die Notwendigkeit des öffentlichen Sektors wird aus dem "Marktversagen" privater Unternehmen abgeleitet. Die Gemeinwirtschaft wird so zum "Lückenbüßer" und zum Instrument staatlicher Politik. Aufgaben werden z.B. dort übernommen, wo gewinnorientiertes Wirtschaften privater Unternehmen keine bürgernahe, flächendeckende Bedürfnisbefriedigung zuläßt. Die Aufgaben richten sich nach den Zielvorgaben, die einem wie auch immer gearteten öffentlichen Interesse, Allgemeinwohl usw. entspringen. Die Übernahme von Infrastrukturaufgaben kann dann gegebenenfalls zu nicht kostendeckenden Formen des Wirtschaftens führen. Dies führt zu der Konsequenz, daß für solche öffentlichen Unternehmen eigenständige Effizienz- und Wirtschaftlichkeitskriterien entwickelt werden müßten. Deshalb

wird eine Erfassung und Bewertung gemeinwirtschaftlicher Unternehmen mit dem traditionellen Rechnungswesen als unzureichend kritisiert.

Die **AOEWL** formuliert demgegenüber eine vehemente Kritik an der kapitalorientierten Form des Wirtschaftens. Allerdings ist die Kritik primär einzelwirtschaftlich gehalten. Der kapitalorientierten Rentabilität und Rationalität wird ein arbeitsorientierter Standpunkt entgegengehalten. Dies verweist zwar auf wichtige Elemente einzelwirtschaftlicher Fehlrationallität - greift aber zu kurz in der Kritik wirtschaftlichen Handelns. Durch das bloße Entgegenhalten einer "arbeitsorientierten, emanzipatorischen Rationalität" verfällt man in eine Standpunktlogik, die eine systematische Erfassung und Kritik der erwerbswirtschaftlichen Verhältnisse verbaut.

Fassen wir noch einmal zusammen: die Erklärungsansätze erlauben keine vollständig befriedigende Lösung für die Erklärung und Abgrenzung wirtschaftlichen Handelns in privaten und öffentlichen Unternehmen. Um u.E. eine angemessene Fundierung wirtschaftlichen Handelns vornehmen zu können, sind zunächst noch einmal Grundlinien erwerbswirtschaftlichen Produzierens aufzuzeigen. Zu betrachten wäre, wie und mit welchen Folgen sich die privatwirtschaftliche Profilogik in der Sphäre des Marktes bei privaten Unternehmen umsetzt. Aus dieser Darstellung müssen sich Ansatzpunkte für eine Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen ergeben.

I.5 Zum Verhältnis von privaten und öffentlichen Unternehmen

Im folgenden sollen zunächst einige Grundlinien erwerbswirtschaftlichen Produzierens dargestellt werden. Einmal bezüglich der Orientierung der privaten Unternehmung am Markt, zum anderen bezüglich der sich daraus ergebenden Konsequenzen für den Produktionsprozeß. Dem wird dann das Produzieren in öffentlichen Unternehmen gegenübergestellt.

I.5.1 Rentabilitätsprinzip und Marktpreisorientierung

Innerhalb einer erwerbswirtschaftlichen Ordnung werden Produktion und Konsumtion über den Markt vermittelt. Es handelt sich um eine historische Form des Wirtschaftens: arbeitsteilige, privatwirtschaftliche Produktionsweise heißt Abstimmung zwischen Produzenten und Konsumenten über den Austausch. Das Medium dafür ist das Geld. Die Waren werden in Geldgrößen, also Preisen, gemessen und können so am Markt ausgetauscht werden. Ein solcher Preismechanismus erlaubt die Regulierung des Marktgeschehens.

Eine private Unternehmung orientiert sich bei seinen Produktionsentscheidungen immer an den vorhandenen Marktpreisen. Ziel einer am Erwerbsprinzip orientierten Unternehmung ist die Gewinnmaximierung. Nicht die Bedarfsdeckung sondern der höchstmögliche Profit bestimmt das privatwirtschaftliche unternehmerische Handeln. Dieser Rentabilitätsgesichtspunkt entscheidet auch über Art, Umfang und Gestaltung der zu produzierenden Waren und die dafür nötigen Einsatzfaktoren.

Im Wettbewerb gegen andere Unternehmen um Marktanteile in den jeweiligen Branchen versucht jede private Unternehmung am Markt ihr Kapital rentabel einzusetzen. Die Realisierung der

angebotenen Warenmenge hängt für die private Unternehmung von der hierfür zur Verfügung stehenden zahlungsfähigen Nachfrage ab. In Bereichen, wo sich keine profitablen Marktpreise erzielen lassen, würde eine private Unternehmung also nicht investieren. Will ein Unternehmen in eine entsprechend profitable Branche eindringen oder seinen Marktanteil erweitern, muß es günstiger anbieten als seine Konkurrenten. Die vorhandenen Marktpreise sind also immer die Orientierungsgrößen im Preiswettbewerb.

Ein solches marktpreisorientiertes Verhalten setzt sich in der privaten Unternehmung sowohl beim Faktoreinsatz als auch beim Warenausstoß um. Anders ausgedrückt: das Bestreben, gegenüber anderen Konkurrenten einen Extraprofit zu erzielen, zwingt das private Unternehmen beständig, sich marktpreiskonform zu verhalten und den vorhandenen Preisdruck durch die Konkurrenz innerhalb der Unternehmung umzusetzen.

Im folgenden soll gezeigt werden, wie dies innerhalb der privatwirtschaftlichen Unternehmung geschieht. Diese interne Umsetzung wird nach der Seite der stofflichen Faktoren, nach der Seite der Arbeitskräfte und nach der Seite der zu produzierenden Waren dargestellt.

I.5.2 Über den Produktionsprozeß der privatwirtschaftlichen Unternehmung

Die Tendenz zur Senkung der Faktoreinsatzpreise bestimmt die interne Struktur der Unternehmung. Über die Marktpreise der Einsatzstoffe und die Angebotspreise der Konkurrenten setzt sich ihr Rentabilitätskalkül um. Nach diesen Überlegungen werden Art, Umfang und Struktur des Angebots und die Art und Weise seiner Produktion festgelegt. Aber auch die technische, personelle und finanzielle Organisation der Unternehmung. Das betriebliche

Rechnungswesen wird für die Unternehmensführung zum zentralen Steuerungs- und Kontrollinstrument, daß alle internen Preisbewegungen der Unternehmungen erfaßt.

Das privatwirtschaftliche Unternehmen orientiert sich an den Marktpreisen. Sie sind der äußere und innere Orientierungspunkt für ihr erwerbswirtschaftliches Kalkül. Ob sie in der Lage ist, einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen, hängt von ihrer "flexiblen Reaktion" auf die Entwicklung der zahlungsfähigen Nachfrage ab. Für den eigentlichen Produktionsprozeß beinhaltet es die preisgünstigste Gestaltung des Produktionsgeschehens. Von der Einsatzseite her will sie die benötigten Arbeitskräfte, Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstände, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe usw. möglichst preisgünstig = billig erwerben. Eine ertragsorientierte Unternehmensführung ist bestrebt, mit einer möglichst geringen Preissumme bei den Faktoreinsatzmengen möglichst hohe Verkaufspreise bei den produzierten Waren zu erzielen. Das führt dazu, daß auch technische und organisatorische Bedingungen des Arbeitsablaufs sowie die Produktgestaltung beständig nach diesen Kriterien verändert werden.

I.5.2.1 Konsequenzen für die stofflichen Faktoren

Der effektive Einsatz von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Arbeitsmitteln und Maschinerie bedeutet beim Zwang zur Faktorpreissenkung im Produktionsprozeß deren preisgünstigste und kontinuierliche Anwendung. Für die Maschinerie heißt möglichst billige Kombination, deren Stillstandszeiten so gering wie möglich zu halten und preismäßige Vorteile durch Konzentration und massenhafte Anwendung zu gewinnen. Neue Technologie wird dann eingesetzt, wenn der Preis für die einzusparenden Arbeitskräfte mindestens gleich hoch ist wie der Preis für die

neue Maschinerie. Preisorientierte Anwendung der Technologie heißt, sie billig zu erwerben und maximal einzusetzen. Auch die Gefahr der raschen technologischen Veralterung trägt mit dazu bei. Das Betreiben der Anlagen rund um die Uhr und ihre beständigen Umstrukturierungen sind die Begleiterscheinungen dieser Anwendung. Eine solche preisorientierte Anwendung kennzeichnet auch, daß vorhandene tarifliche und gesetzliche Auflagen für Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz gerade eingehalten werden. Solche Vereinbarungen und Vorschriften verteuern für das Unternehmen die Faktorpreise, deren Senkung sie eigentlich anstrebt. Vorhandene Vorschriften werden gewöhnlich zwar nicht umgangen, aber neue Technologien schaffen neue Probleme, die die alten Bedingungen nicht regeln.

Das Prinzip der Faktorpreisminimierung wird auch beim Einsatz der Werkstoffe im Produktionsprozeß angewandt. Die Preise für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sollen so gering wie möglich sein. Nebenwirkungen oder besondere Gebrauchseigenschaften spielen so lange keine Rolle, wie es sich nicht preismäßig negativ im Unternehmen selbst niederschlägt.

Gleiches gilt für die Beseitigung von gasförmigen, flüssigen und festen Abfällen der Produktion. Eine Wiederverwendung oder -aufbereitung der unterschiedlichen Rückstände des Produktionsprozesses erfolgt nur, wenn es sich preismäßig lohnt, eine Beseitigung oder ein Verkauf der Rückstände also nicht billiger ist als das Recycling.

Gesetzliche Vorschriften, die die Beseitigung von gasförmigen, flüssigen und festen Rückständen regeln, sind für die betroffenen Unternehmen Preisaufschläge, die es zu minimieren gilt. Folglich werden die Grenzwerte eingehalten oder andere Stoffe und Verfahren eingesetzt (Substitution), die wieder andere - noch

nicht gesetzlich begrenzte - schädliche Belastungen an die Umwelt abgeben. Mit allen Mitteln wird versucht, umweltpolitischen Auflagen zu entgehen oder, falls sie vorhanden, gerade ihren Grenzwert einzuhalten. Die Abhängigkeit der Kommunen von privaten Unternehmen erlaubt es z.B. letzteren, Druck auszuüben, um so entsprechende Sonderbedingungen oder Ausnahmegenehmigungen zu erhalten. Diese Form der Rückstands-beseitigung führt zur Gefährdung der Pflanzen- und Tierwelt, zur Belästigung und gesundheitlichen Gefährdung der Anwohner. Anderen Produktionszweigen werden möglicherweise existenzgefährdende Schäden zugefügt. Diese Folgewirkungen berühren nicht das Verhalten der privatwirtschaftlichen Unternehmung. Für sie ist nur die Marktpreisbeziehung von Interesse. Da sich die Folgewirkungen nicht über die Marktpreise vermitteln, gehen sie auch nicht in ihr Kalkül ein.

1.5.2.2 Konsequenzen für die Arbeitskräfte

Die Effektivierung des Einsatzes von Arbeitskräften unter den Bedingungen der Profitproduktion bedeutet bei einem 8-Stunden-Tag: Überstunden, Schichtarbeit, Intensivierung der Arbeitsverausgabung, permanente Steigerung der Arbeitsproduktivität durch den Einsatz von Technologie.

Der Einsatz neuer Technologie ist in der Regel begleitet von höherer Arbeitsintensität und von Rationalisierungen in Arbeitsorganisation und Arbeitsablauf. Arbeitsvermögen, Qualifikation und Geschicklichkeit werden immer den Erfordernissen der Arbeitsmittel und des arbeitsteiligen Produktionsprozesses angepaßt. Das privatwirtschaftliche Unternehmen ist immer bestrebt, Preis und Umfang der Arbeitskräfte möglichst gering zu halten, bei gleichzeitiger Steigerung der von ihnen produzierten Warenmenge. Ihm geht es um

die Minimierung der Preissumme des Einsatzfaktors bei gleichzeitiger maximaler Nutzung der lebendigen Arbeit.

Um einen überdurchschnittlichen Verschleiß der Arbeitskräfte bei der Arbeitsverausgabung zu verhindern, werden tarifliche und gesetzliche Regelungen getroffen, die einen "unteren Schutzwall", einen Grundschatz bilden. Durch die permanenten Produktivkraftsteigerungen mit den Veränderungen in Technologie und Arbeitsorganisation werden aber immer wieder neue Verhältnisse geschaffen, die durch die bisherigen Vereinbarungen nicht mehr hinreichend abgedeckt werden. Es bleiben zwar immer einige grundlegende Schutzworschriften als Eckpfeiler stehen, aber die fortwährenden technischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen machen immer neue Regelungen notwendig. Diese müssen sich immer wieder auf bereits geschaffene bzw. vorhandene Formen der Arbeitsgestaltung beziehen.

Vereinbarungen und Vorschriften über humane Arbeitsbedingungen und Arbeitssicherheitsmaßnahmen verteuern für den Unternehmer die Faktoreinsatzpreise. Sein Ziel ist die Minimierung dieser Belastungen. Er versucht daher immer, vorhandene Auflagen gerade einzuhalten. Daß schlechte Arbeitsbedingungen und die Intensivierung der Arbeit die Zahl der Berufskrankheiten und Arbeitsunfälle erhöht, ist für ihn uninteressant. Diese Folgen tauchen im betrieblichen Rechnungswesen und in seiner Preiskalkulation nicht auf. Da er an den Marktpreisen orientiert ist und sich diese Beziehungen dort für ihn nicht bemerkbar machen, sind sie ohne Bedeutung.

I.5.2.3 Konsequenzen für die produzierten Waren

Unternehmerische Preispolitik nach der Seite des Absatzes hin wirkt auf Art, Umfang und Angebotsstruktur. Der Gebrauchswert selbst, das produzierte Produkt, wird unter verkaufspolitischen Gesichtspunkten gestaltet, wobei klar ist, daß der Unternehmer nur die Ware am Markt anbietet, wenn er sich auch Gewinnchancen ausrechnet. Um sich am Markt behaupten zu können, wird je nach Situation, Abnehmerstruktur, Konkurrenz usw. eine verkaufsfördernde Veränderung bei Gebrauchswert und Preis vorgenommen: Dem Gebrauchswert wird eine unverwechselbare "Verpackung" gegeben, die z.B. die optische Verkäuflichkeit erhöhen soll; es werden besondere Qualitäten herausgearbeitet, die das Produkt haben soll, oder Zusatzleistungen betont, die vergleichbare Konkurrenzprodukte nicht vorweisen, usw. Über Differenzierung und Diversifikation wird versucht, das Angebot auszufächern. Die Variationen in der Preisstruktur machen dies entsprechend deutlich und/oder befördern es noch.

Marktstrategien, Verbrauchsforschung, Imagepflege usw. sind die zusammenbindenden Strategien, um die Ware am Markt zu verkaufen und die Umsätze zu steigern.

Das Unternehmen interessiert sich für die Konsequenzen aus der verkaufsfördernden Gestaltung der Produkte nicht mehr. Die Weiterverwendung von Verpackungsmaterialien, die Beseitigung der schwer abbaubaren Substanzen in Haushaltsreinigern und Waschmitteln sind Folgen, die sich nicht in seinen Preisen niederschlagen und seine Marktbeziehungen nicht tangieren.

I.5.3 Unterschiede zwischen privater und öffentlicher Produktion

Wie bereits gezeigt, ordnet das private Unternehmen sein Handeln dem Ziel der Gewinnmaximierung unter. Das heißt, bei dem Einsatz der stofflichen Faktoren, der Arbeitskräfte und der Gestaltung der produzierten Waren läßt sich das Unternehmen ausschließlich von Preisgrößen leiten.

Von einer solchen Form erwerbswirtschaftlicher Produktion müssen öffentliche Unternehmen abgegrenzt werden. Aus den Anmerkungen zum Begriff der gemeinwirtschaftlichen und öffentlichen Unternehmen geht bereits hervor, wie verschwommen in der Gemeinwirtschaftslehre die Abgrenzung dieses Sektors ist. Im folgenden kann es daher nicht darum gehen, die verschiedenen Abgrenzungskriterien, wie sie in der gemeinwirtschaftlichen Diskussion gang und gäbe sind, zu rekapitulieren.(31) Eine genuin werttheoretische Abgrenzung bzw. Erklärung dieser Form staatlichen Wirtschaftens findet sich dort nicht.

Wir wollen uns daher im weiteren bei der Definition von öffentlichen Betrieben an die Definition von Resch anlehnen.(32) Resch entwickelt als erster eine genuin werttheoretische Bestimmung von Staatsbetrieben. Für eine ausführliche Darstellung dieses Erklärungsansatzes sei auf seine Dissertation verwiesen. Er versteht darunter einen eigenständigen Sektor produktiver staatlicher Tätigkeit. Er ist einerseits abzugrenzen von erwerbswirtschaftlichen Unternehmen - auch Staatskapitalen - und andererseits zu unterscheiden von originär durch Steuern zu finanzierenden staatlichen Diensten. Er gelangt dabei zu folgender werttheoretischer Definition: "Staatsbetriebe, die nach dem Prinzip der Kostendeckung arbeiten, sind staatlich organisierte Bereiche der Wertproduktion. Die Wertgröße der in

diesen Bereichen produzierten Waren wird durch die zahlungsfähige Nachfrage bestimmt. Die hier beschäftigten Arbeiter produzieren durch ihre Arbeit den Fonds, aus dem ihre Löhne gezahlt werden." (33)

Die Entscheidungen über den Gegenstand des öffentlichen Unternehmens, seine Rechtsform und die Grundsätze seiner Preispolitik sind gewöhnlich nicht betrieblicher Natur und gehören in die politische Sphäre. Zu zeigen wäre im folgenden, weshalb und auf welche Weise öffentliche Unternehmen von dieser Form der privatwirtschaftlichen Logik des Wirtschaftens abweichen können. Dabei ist auf die Konsequenzen für den Stoffeinsatz, die Arbeitskräfte und die Angebotsstruktur einzugehen. Ein solches Modell müßte mögliche Unterschiede in der Art und Weise öffentlicher zu privater Produktion herausarbeiten, mithin Ansatzpunkte für ein Abweichen von der privatwirtschaftlichen Logik fixieren.

I.5.3.1 Das öffentliche Unternehmen im Gegensatz zur privaten Unternehmung

Die Existenz öffentlicher Unternehmen gründet auf politische Entscheidungen. Es ist demzufolge nicht der Gebrauchswert, der den Sachzwang öffentlicher Produktion konstituiert, sondern der Willensbildungsprozeß der Staatsbürger. Dies ermöglicht einen grundsätzlich anderen Charakter der Produktion: im Vordergrund steht nicht die höchstmögliche Vermehrung staatlich eingesetzten Kapitals, sondern die Erfüllung politisch vorgegebener und politisch kontrollierter Aufgaben. In diesen Betrieben findet durch das Beschneiden privatwirtschaftlichen Handelns qua gesellschaftlicher Willensbildungsprozesse eine andere Art der Produktion statt. Ein solcher Eingriff in den Produktionsprozeß öffentlicher Unternehmen kann durch politische Entscheidungen

stattfinden, die ein Abweichen von privatwirtschaftlichen Preiskalkülen bei Umwelt, Arbeit und Produkt bewirken. Diese Abweichungsmöglichkeit ist unter Berücksichtigung der Ausführungen zur privaten Unternehmung zu konkretisieren.

Im öffentlichen Unternehmen kann in drei Hauptbereichen von der privatwirtschaftlichen Logik abgewichen werden. Erstens bei der Art und dem Umfang der stofflichen Einsatzfaktoren. Das bezieht sich sowohl auf Art und Umfang der eingesetzten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, wie auch auf die gesamte Technik (Maschinen, Fahrzeuge, Gebäude etc.). Zweitens auf die Art und Weise des Einsatzes und den Umfang der beschäftigten Arbeitnehmer und drittens auf Art, Umfang und Preisstruktur der produzierten Waren.

Nun ist zu erklären, wie dieses Durchbrechen der privatwirtschaftlichen Logik allgemein und in den drei Hauptbereichen stattfindet.

Allgemein findet immer dann eine Abweichung statt, wenn das Primat der Preissenkung bei einem oder mehreren Einsatzfaktoren teilweise oder ganz durchbrochen wird und/oder wenn bei den produzierten Waren nach Art, Umfang oder Preisstruktur nicht das Ziel der rentabilitätsgesteuerten Angebotserweiterung angestrebt wird. Diese Aussage impliziert, daß jede Abweichung von der privatwirtschaftlichen Logik bei den Einsatzfaktoren die Summe ihrer Kosten vergrößert und damit die Preise der Produktion des Outputs verteuert. Bei Art und Preisstruktur der Waren würde eine derartige Abweichung von der privatwirtschaftlichen Logik dazu führen, daß sich bei gegebenen Mengen die Summe der Preise der verkauften Waren verkleinert, damit die Rentabilität mindert und gegebenenfalls zu Verlusten führt.

An dieser Stelle muß auf die theoretischen Schwierigkeiten und Implikationen eingegangen werden, die sich bei der Formulierung dieses Ansatzes ergaben.

Die Durchbrechung der privatwirtschaftlichen Logik in der hier formulierten Art und Weise führt immer dazu, daß die Minimalkostenkombination erhöht wird. Dies erhöht die Preise der angebotenen Güter und Dienste. Diese Form der Identität von Kosten und Preisen führt uns in ein betriebswirtschaftliches Dilemma. Das Problem besteht hier darin, daß das, was betriebswirtschaftlich in Preisen und Kosten ausgedrückt wird, nicht alles ist, was gesamtgesellschaftlich in die Produktion eingeht. Externe Effekte, die gesamtgesellschaftlich zu Kosten bzw. Preiserhöhungen führen, werden in einer solchen einzelwirtschaftlichen Kalkulation nicht berücksichtigt. Der betriebswirtschaftliche Kostenbegriff selbst blendet dies systematisch aus. Dahinter steht das Problem, daß es Kosten an und für sich nicht gibt und die privatwirtschaftliche Kost Ausdruck einer historisch spezifischen Form des Wirtschaftens und damit auch der Wirtschaftsrechnung in Betrieben ist.

Ein solcher Kostenbegriff bzw. eine solche Form der Marktpreisfixierung ist inadäquat. Hier wird die Internalisierung von gesellschaftlichen Kosten gleichgesetzt mit Kostensteigerungen. Gesamtgesellschaftlich bilden Bemühungen - externe Effekte als Kalkulationsgrundlage mit einzubeziehen - volkswirtschaftlich einen Beitrag zur Kostensenkung.

Eine politisch gewollte Berücksichtigung solcher gesamtgesellschaftlicher Komponenten ist damit erst vor dem Hintergrund eines adäquaten Kosten- und Preisbegriffes

angemessen zu würdigen. Dieses muß von einem gewinnwirtschaftlichen Preis- und Kostenbegriff gelöst werden. Grundlage und Kriterium für eine angemessene Wirtschaftlichkeits- (Preis- und Kosten) rechnung muß ein gesamtgesellschaftlicher Wirtschaftlichkeitsbegriff sein.

Der Inhalt solcher politisch gewollter Abweichungen kann in unterschiedlicher Form festgelegt werden. Dies kann geschehen durch:

- a) Bundesgesetze, welche sich nur auf öffentliche Unternehmen beziehen,
- b) Landesgesetze, die sich nur auf öffentliche Unternehmen beziehen (z.B. Eigenbetriebsgesetz, Landeshaushaltsordnung etc.),
- c) Einzelentscheidungen, Weisungen, zeitlich begrenzte Verordnungen der jeweiligen Landesregierung,
- d) Entscheidungen des Verwaltungsrats oder Aufsichtsrats,
- e) Entscheidungen der Geschäftsleitung,
- f) Tarifverträge des öffentlichen Dienstes,
- g) betriebliche Zusatztarifverträge,
- h) Betriebsvereinbarungen.

Die verschiedenen Möglichkeiten einer Abweichung sollen nun anhand der drei Hauptbereiche (stoffliche Einsatzfaktoren, Arbeitskräfteeinsatz und Warenangebot) ausdifferenziert werden.

I.5.3.2 Die stofflichen Einsatzfaktoren der Produktion

Sie lassen sich zunächst in zwei Gruppen unterteilen; die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (mit besonderer Berücksichtigung der Beseitigung von Produktionsreststoffen) und die gesamten technischen Anlagen wie Maschinen, Fahrzeuge, Gebäude etc.

Bei einem oder mehreren Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen kann von der Maxime der kleinsten Preise abgegangen werden. So besteht z.B. die Möglichkeit, anstelle gesundheitsschädlicher Asbeststoffe ungefährliche Ersatzstoffe zu verwenden. Dasselbe ist bei der Beseitigung von Produktionsreststoffen oder Abfällen möglich. Hier könnte eine umweltunschädliche Beseitigungsart gewählt oder ein Verfahren installiert werden, das Abfälle zum Teil oder ganz aufbereitet und wiederverwendbar macht.

Bei der Auswahl von Maschinen, Fahrzeugen oder Gebäuden besteht die Möglichkeit, andere Größen als nur die Preise zum Gegenstand der Entscheidungen zu machen. Es können z.B. Gesichtspunkte wie Arbeitssicherheit, Geruchs- oder Lärmbelästigung, Emissionswerte, Qualifikationsveränderungen, Bedienungsfreundlichkeit etc. in die Entscheidungen aufgenommen werden.

I.5.3.3 Einsatz der Arbeitnehmer

Hier kann bei Beschäftigung, Qualifikation, Arbeitszeit, Arbeitsgestaltung, Einkommen, Mitbestimmung und Information, Gesundheit und Arbeitssicherheit von der privatwirtschaftlichen Logik abgewichen werden.

Bei den Arbeitszeiten trifft dies bei Entscheidungen über Einschichtbetrieb oder Mehrschichtbetrieb, Überstunden oder

Kurzarbeit zu. Auch bei Erholzeiten und Urlaub kann es zu Abweichungen kommen.

Bei den Arbeitsbedingungen kann bei der Arbeitssicherheit, der Arbeitsorganisation und der Arbeitsbelastung durch Lärm, Geruch, extreme Temperaturen, hohe Konzentrationsanforderungen, körperlich einseitigen und/oder schweren Belastungen von der Preissenkung der eingesetzten Arbeitnehmer abgewichen werden. Dies gilt auch für Maßnahmen der Weiterbildung und der Berufsausbildung.

I.5.3.4 Art und Preisstruktur der produzierten Waren

Die Gestaltung und/oder Verpackung der produzierten Waren kann so vorgenommen werden, daß z.B. statt des Gesichtspunktes der maximalen Nachfragesteigerung gesundheitliche, umweltpolitische etc. Gesichtspunkte im Vordergrund stehen.

Bei der Gestaltung der Preisstruktur können z.B. Ziele wie Nachfragesteigerung (Subventionierung der Preise beim öffentlichen Personennahverkehr) oder Nachfragedämpfung (keine Mengenrabatte) etc. verfolgt werden.

I.6 Eigenbetriebe im Vergleich zu privaten Unternehmen

Am Beispiel der Berliner Eigenbetriebe soll im folgenden das entwickelte Gunkonzept konkretisiert werden. Zunächst sind die politischen und juristischen Vorgaben und Rahmenbedingungen, unter denen Eigenbetriebe wirtschaften, aufzuzeigen.

I.6.1 Was sind Eigenbetriebe?

Bei einem Eigenbetrieb handelt es sich um ein aus dem Haushalt einer Kommune, eines Landes oder des Bundes ausgegliedertes Sondervermögen, das selbständig wirtschaftet. Ein Eigenbetrieb hat keine eigene Rechtspersönlichkeit. Rechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümer ist das Land Berlin. Rechtsgrundlage ist in Berlin das **Eigenbetriebsgesetz** (EigG), das z.Z. in der Fassung von 1978 gilt. Das Berliner Eigenbetriebsgesetz regelt die Existenz- und Funktionsbedingungen folgender acht Betriebe(34):

- die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- die Berliner Stadtreinigungs-Betriebe (BSR)
- die Berliner Gaswerke (GASAG)
- die Berliner Entwässerungswerke (BEW)
- die Berliner Wasserwerke (BWW)
- die staatliche Porzellan-Manufaktur (KPM)
- die Berliner Hafen- und Lagerhausbetriebe (BEHALA)
- der Vieh- und Schlachthof Spandau (VuS)

Gegenüber diesen Unternehmen hat der zuständige Senator (z.Z. der Senator für Arbeit und Betriebe) eine Aufsichtspflicht und eine Weisungspflicht gegenüber der **Geschäftsleitung** (GL). Die GL ist für die eigentliche wirtschaftliche und personelle Führung des Eigenbetriebs verantwortlich. Sie kann aus maximal drei

Geschäftsleitern bestehen. Ab 2000 Arbeitnehmern hat ein solches Unternehmen neben dem technischen und dem kaufmännischen Leiter auch einen, der ausschließlich für soziale und personelle Angelegenheiten zuständig ist. Gegenüber dieser Geschäftsführung übt der **Verwaltungsrat** (VR) eine abgestufte Kontrolle aus (vgl. §7 EigG). Er hat dabei Entscheidungs-, Zustimmung- und Anhörungsbefugnisse. Der VR entscheidet, "soweit nicht durch andere gesetzliche Vorschriften etwas anderes bestimmt ist", (§7, Abs.1 EigG) z.B. über:

- Bestellung und Abberufung der GL sowie die Aufteilung ihrer Zuständigkeit,
- Feststellung von Wirtschaftsplänen und Jahresabschlüssen,
- Übernahme neuer Aufgaben durch den Eigenbetrieb,
- Festsetzung der Tarife von KPM und BEHALA.

Die Tarife der anderen sechs Eigenbetriebe werden durch den Senat mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses festgelegt. Hier darf der VR nur eine Empfehlung abgeben. Der VR muß zustimmen, wenn die GL z.B.:

- Vermögensgegenstände oder Beteiligungen erwirbt oder veräußert,
- Vergleichsangeboten zustimmt,
- besonders bedeutsame Rechtsgeschäfte einleitet oder solche Verträge abschließt,
- von Wirtschaftsplänen abweicht,
- Dienstvereinbarungen nach dem Personalvertretungsgesetz abschließt.

Demgegenüber braucht der VR nur gehört zu werden bei einer Änderung der Betriebssatzung, bei der Auflösung des Eigenbetriebs oder bei seiner Umwandlung in ein rechtsfähiges wirtschaftliches Unternehmen (z.B. AG, GmbH) oder der Heranziehung eines Wirtschaftsprüfers durch den Rechnungshof zur Prüfung eines

Jahresabschlusses. Über die im VR vorliegenden Anträge und Vorlagen muß beraten und abgestimmt werden. Dabei ist dann die Zusammensetzung wichtig (vgl. §6 EigG). Hier sieht das Gesetz die **paritätische Mitbestimmung** vor. Das Eigenbetriebsgesetz schreibt vor, daß dem VR das zuständige Senatsmitglied als Vorsitzender sowie vier weitere vom Senat bestellte Mitglieder und fünf von der Personalvertretung bzw. dem Gesamtpersonalrat bestellte Mitglieder angehören. "Der Verwaltungsrat wird für die Dauer der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses gebildet... Der Senat und die Personalvertretung können die von ihnen bestellten Mitglieder jederzeit abberufen." (§6 Abs.4 EigG) Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt; nur bei Bestellung und Abberufung der Geschäftsleitung ist eine 2/3-Mehrheit erforderlich. Bei Stimmengleichheit gelten Vorlagen und Anträge als durch den Beschluß des VR abgelehnt. Das **Beanstandungsrecht** erlaubt dem zuständigen Senator darüber hinaus, Beschlüsse "mit aufschiebender Wirkung" zu beanstanden, wenn dadurch "das öffentliche Interesse beeinträchtigt wird". (§8, Abs.1 EigG) Wenn der VR in der nächsten Sitzung die Beanstandung nicht akzeptiert und an seiner Entscheidung festhält, entscheidet der Senat anstelle des VR. Eine uneingeschränkte Parität gibt es also weder inhaltlich noch personell für die Arbeitnehmervertreter.

Wirtschaftsführung und Rechnungswesen des Eigenbetriebs werden in einem weiteren Abschnitt geregelt. Er schreibt vor, daß diese Unternehmen als "Sondervermögen" selbständig verwaltet werden und nach betriebs- und finanzwirtschaftlichen Belangen zu führen sind.

Die unterschiedlichen **wirtschaftlichen Zielsetzungen** der Eigenbetriebe werden in §11 EigG festgeschrieben. Gemäß dieser gesetzlichen Vorgaben sollen BVG, GASAG und BWB "Gewinn erzielen". Entsteht in einem Geschäftsjahr ein Jahresverlust,

soll dieser "auf neue Rechnung vorgetragen und aus den Gewinnen der nächsten drei Geschäftsjahre oder aus dem Rücklagenkapital abgedeckt werden." (§11, Abs.1 EigG)(35) Von BSR und BEW wird im EigG verlangt, daß sie ihre Tarife kostendeckend zu gestalten haben (vgl. §8 Abs.3 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge vom 22.Mai 1957).(36) Auch der Schlachthof unterliegt dem Kostendeckungsprinzip. Der Gebührentarif wird durch Rechtsverordnung des Senats festgesetzt. Die Grundlage dafür ist das Gesetz über die Erhebung von Gebühren für den Vieh- und Schlachthof Spandau, Eigenbetrieb von Berlin, in der Fassung vom 15.1.1968. Ihre Kalkulation hat sich ebenso wie die aller anderen Eigenbetriebe nach §12 (Maßnahmen zur Vermögenserhaltung) zu richten. Bei den Aufwendungen müssen z.B. berücksichtigt werden: "angemessene Beiträge für den Unterhaltungsaufwand, angemessene Abschreibungen, die Steuern, die Zinsen für die zu Zwecken des Eigenbetriebs aufgenommenen Darlehen, angemessene Vergütungen für Lieferungen, Leistungen und Leihgelder von Verwaltungsstellen und von anderen Eigenbetrieben sowie angemessene Aufwand- und Gefahrenrückstellung." (§12, Abs.3 EigG) Zur Substanzerhaltung wird außerdem vorgeschrieben, daß das notwendige Rücklagenkapital zur technischen und wirtschaftlichen Entwicklung rechtzeitig und in ausreichender Höhe gebildet wird. Bei umfangreichen Erweiterungen wird auch eine Finanzierung auf Darlehensbasis zugelassen (vgl. §12, Abs.4 EigG).

Dieser Abschnitt über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen enthält außerdem Vorschriften über Kassenwirtschaft, Wirtschafts-, Erfolgs- und Finanzpläne. Zu diesem Zweck ist für jeden Eigenbetrieb eine Abteilung einzurichten, die diese Zweige des Rechnungswesens umfaßt - Wirtschaftsplan, Buchführung, Jahresabschluß, Jahresbericht, Kostenrechnung (vgl. §15 EigG). Das Erstellen von Zwischenberichten und Jahresabschlüssen wird vorgeschrieben. Für den Jahresabschluß werden auch Einzelfragen

wie Rücklagenbildung und Bewertung geregelt - dabei sollen die Vorschriften des Aktiengesetzes Anwendung finden (vgl. §§23 und 24 EigG).

Neben diesen gesetzlichen Vorschriften kommen vor allem Bestimmungen der **Landeshaushaltsordnung** (LHO) und der Betriebssatzung zur Anwendung. Die LHO schreibt für die Eigenbetriebe vor, daß ihr Wirtschaftsplan im Haushaltsplan für das Land Berlin nur im Anhang zusammen mit dem Stellenplan erscheint. Direkt ausgewiesen werden im Haushaltsplan nur Zuführungen oder Ablieferungen (§26 LHO). Außerdem müssen die Eigenbetriebe bei Änderung von Wirtschaftsplänen das Abgeordnetenhaus "unverzüglich" informieren (§33, Abs.2 LHO). Außerdem kann der Finanzsenator z.B. durch Bewilligen oder Sperren von Haushaltsmitteln und Stellen Einfluß auf die Eigenbetriebe ausüben (§§ 36, 38, 41 LHO). Die LHO schreibt auch vor, daß Lieferungen und Leistungen öffentlich auszuschreiben sind (§55 LHO).

Betriebssatzungen werden vom Senat per Rechtsverordnung erlassen. In ihr werden z.B. Name und Aufgabe des jeweiligen Eigenbetriebs, Stammkapital, Umfang der GL und ein Grundstücksverzeichnis festgelegt. Diese Betriebssatzung kann für BSR, BEW und VuS auch den Anschluß- und Benutzerzwang regeln.

Für die Vertragsverhältnisse zwischen den Konsumenten der Leistungen und dem jeweiligen Eigenbetrieb werden "Allgemeine Geschäftsbedingungen" festgelegt. So regeln 'Beförderungsbedingungen' und 'Tarifbedingungen' das Verhältnis zwischen BVG und Nutzer.

Daneben gibt es noch **sonstige Vorschriften**, die für verschiedenste Eigenbetriebe gelten: so z.B. für die BSR das

Abfallbeseitigungsgesetz und das Straßenreinigungsgesetz. Die BEW und BWW sind an das Berliner Wasserhaushaltsgesetz gebunden.

Die bisher genannten Vorschriften sind aber an vielen Punkten keine konkrete Handlungsanweisung, erlauben vielfach keine unmittelbare Umsetzung für die Politik der Eigenbetriebe. Es handelt sich bei den Vorgaben z.T. um Leerformeln, die erst inhaltlich gefüllt werden müssen - demzufolge politisch interpretierbar sind. Der Senat entwickelte daher für die Eigenbetriebe ein **Tarifkonzept**, das die entsprechenden Leerstellen des Eigenbetriebsgesetzes politisch füllt. In diesem Konzept werden Kalkulationsgrundlagen für die Tarife festgeschrieben. Die jeweilige Umsetzung auf die Belange der fünf Eigenbetriebe - BVG, BSR, GASAG, BEW, BWW - ist gleichfalls vorgesehen: Kostendeckungsgrade, Zuschüsse, Abschreibungsart, Leistungseinschränkungen werden aus der Sicht des Senats bindend für den einzelnen Eigenbetrieb vorgeschrieben.(37) Diese politische Ausgestaltung des Eigenbetriebsgesetzes beeinflußt die wirtschaftliche Situation und Perspektive dieser Eigenbetriebe entscheidend.

Das **Abgeordnetenhaus** hat hier gegenüber dem Senat insofern noch Gestaltungsräume, als es gegebenenfalls im Tarifkonzept vorgesehene Anpassungen oder Vorgaben in modifizierender Weise verändern kann. Dies kann sich z.B. bei Tarifierhöhungen oder Leistungseinschränkungen bemerkbar machen.

1.6.2 Bedeutung der Eigenbetriebe

Die Existenz der Eigenbetriebe gründet sich auf politische Entscheidungen. Sie sind in ihren wirtschaftlichen Handlungen nicht dem Prinzip der Gewinnmaximierung unterworfen. Ihr wirtschaftliches Handeln orientiert sich an gesetzlichen und politischen Vorgaben, die im allgemeinen das Erreichen eines bestimmten Kostendeckungsgrades (Teil- oder Vollkostendeckung) vorschreiben. Dadurch setzen sie sich von den privatwirtschaftlichen Unternehmen ab, die auf die höchstmögliche Vermehrung ihres eingesetzten Kapitals orientiert sind. Der Unterschied zu den rein aus Steuermitteln finanzierten staatlichen Tätigkeiten (z.B. der Verwaltungen) besteht in der Finanzierung der laufenden Aufwendungen über die Tarife. Die Eigenbetriebe stellen damit einen eigenständigen Bereich produktiver staatlicher Tätigkeit dar. Die primär kostendeckende Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch Eigenbetriebe erlaubt damit die Berücksichtigung unterschiedlicher gesetzlicher und politischer Vorgaben wie flächendeckende Ver- und Entsorgung, soziale Preisgestaltung, Kostendeckung usw. Dies erlaubt einen höheren Grad an umweltpolitischer Sicherstellung, als das bei einer renditegesteuerten Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben der Fall ist. Solche politisch gewollten Abweichungen von der privatwirtschaftlichen Logik können auch in den Bereichen Umwelt, Arbeit und Produkt erfolgen. Hier besteht die Möglichkeit, auf betrieblicher Ebene Veränderungen vorzunehmen, die von einer rentabilitätsgesteuerten Wirtschaftlichkeit sowohl bei den Einsatzfaktoren als auch bei den produzierten Waren und Leistungen abweichen.

Die Nutzung solcher gesellschaftlicher Produktionsvorteile durch kostendeckend wirtschaftende Eigenbetriebe wird in ihrem Rechnungswesen nur als Aufwandssteigerung verbucht. Mögliche

positive externe Effekte werden so zu einer "unwirtschaftlichen Maßnahme". Ebenso werden politisch gewollte Subventionen bei den Tarifen auch im Rechnungswesen nicht als Erlösminderung ausgewiesen, was zu einem Betriebsverlust führen kann. Das vorhandene Rechnungswerk der Eigenbetriebe erweist sich damit als unangemessen zur Erfassung solcher Abweichungen.

1.7 Kriterien zu einer sachgerechten Bewertung der Eigenbetriebe

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß Eigenbetriebe in unterschiedlicher Form von der privatwirtschaftlichen Logik abweichen können. Ihre primären Unternehmensziele lassen sich auf gesetzliche Regelungen und politische Entscheidungen zurückführen. Politisch gewollte Abweichungen von der privatwirtschaftlichen Logik werden vom traditionellen Rechnungswesen nicht adäquat erfaßt.

Diese Aussage ist im Hinblick auf die Bewertung und Erfassung wirtschaftlicher Tätigkeit privater und öffentlicher Unternehmen zu präzisieren.

1.7.1 Begründung für eine erweiterte Rechnungslegung

Das herkömmliche Rechnungswerk der Unternehmung ist an der Messung, Planung und Kontrolle einer rentabilitätsgesteuerten Wirtschaftlichkeit orientiert. Dabei werden sowohl die internen Prozesse als auch die Außenbeziehungen der Unternehmung wertmäßig unter Renditegesichtspunkten erfaßt. Unternehmensinterne Kostenrechnung und Finanzbuchhaltung sind wichtige Instrumente, mit denen die Steuerung des Leistungsprogramms nach Rentabilitätsgesichtspunkten erfolgt.(38) Nicht marktpreisvermittelte externe Effekte bleiben ausgeklammert.

Privatwirtschaftlich orientierte Rechnungslegung interessiert sich nur für eine am Rentabilitätsziel orientierte Würdigung des Unternehmensgeschehens in einem Geschäftsjahr. Negative Wirkungen auf Arbeit und Natur werden z.B. in der Rechnungslegung völlig ausgeblendet. Zur Würdigung einer gesellschaftlichen Wirtschaftlichkeit ist ein solches Konzept unzureichend. Die Wirkungen einer Unternehmenspolitik im Hinblick auf soziale Kosten und Nutzen können damit nicht erfaßt werden.

Dieses Problem haben auch öffentliche Unternehmen.(39) Das betriebliche Rechnungswesen ist unter erwerbswirtschaftlichen Aspekten entwickelt worden und somit als kaufmännische Erfolgsrechnung ungeeignet, hinreichende Maßstäbe für die Beurteilung des gesellschaftswirtschaftlichen Ertrages von öffentlichen Unternehmen zu liefern. Die politischen Vorgaben und die Wirkungen öffentlicher Unternehmensziele, z.B. im Hinblick auf soziale Kosten und soziale Nutzen oder der Zielerreichungsgrad der jeweiligen politischen Auflage, lassen sich aus den herkömmlichen kaufmännischen Rechnungswerken nicht herauslesen. Zur Erfassung der exogen vorgegebenen Politikziele der öffentlichen Unternehmen und der externen Effekte privater und öffentlicher Unternehmungen bietet die gesellschaftsbezogene Rechnungslegung geeignete Maßstäbe.

1.7.2 Leitsätze für eine adäquate Bewertung öffentlicher bzw. privater Unternehmen

Da die traditionelle Rechnungslegung, wie sie in privaten und in öffentlichen Unternehmen angewendet wird, kein ausreichendes Meßinstrument für die adäquate Erfassung der öffentlichen und der privaten Unternehmen ist, gilt es diese zu ergänzen. Dabei müssen sowohl nicht marktpreisvermittelte externe Effekte

(soziale Kosten und Nutzen) als auch politische Vorgaben und Abweichungen von der privatwirtschaftlichen Logik mit einem solchen Instrument erfaßbar sein. Es sind zunächst folgende Fragen zu beantworten:

- a) Was soll das Meßinstrument leisten?
- b) Nach welchen Prinzipien soll es aufgebaut sein?

Zu a) Das Instrument muß sowohl auf private wie auch öffentliche Unternehmen anwendbar sein und damit Vergleiche ermöglichen. Es muß sich vorwiegend auf bereits von den Betrieben erfaßte Daten stützen können.

Zu b) Die gesellschaftsbezogene Rechnungslegung ist gemäß unseren theoretischen Vorgaben in drei Blöcke zu gliedern:

- die stofflichen Faktoren des Produktionsprozesses,
- die Art und Weise des Einsatzes
der Arbeitnehmer und ihr Umfang,
- Gestaltung, Umfang und Preisstruktur
der produzierten Waren.

Im folgenden geht es darum, diese Fragen nach einem angemessenen Instrument zur Erfassung und Bewertung privater und öffentlicher Unternehmen zu präzisieren und ein konkretes Modell zu entwickeln.

Kapitel II: M E S I S

**Mehrdimensionales Sozialindikatorensystem
zur erweiterten Rechnungslegung für
private und öffentliche Unternehmen**

II.1 Vorwort

Daß eine Bewertung öffentlicher Unternehmen mit dem Instrument der traditionellen betrieblichen Rechnungslegung unzulänglich ist, geht aus dem ersten Teil der vorliegenden Arbeit hervor und soll an dieser Stelle nicht mehr behandelt werden. Es ist vielmehr notwendig, auf die derzeitige Diskussion über Versuche einer erweiterten Rechnungslegung einzugehen.

Modelle und theoretische Ansätze für eine erweiterte Rechnungslegung werden in der Bundesrepublik seit Anfang der 70er Jahre mit zunehmendem Eifer entwickelt und diskutiert. Durch Ansätze, die aus den USA und Frankreich stammen, wurde die Diskussion angereichert. Der Umfang der heute existierenden Modelle einer erweiterten Rechnungslegung und deren verschiedene Varianten ist kaum noch zu übersehen. Wir erheben deshalb nicht den Anspruch, alle Varianten systematisch darzustellen, sondern geben einen Überblick über die aus unserer Sicht wichtigen oder praxisrelevanten Modelle. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es auch nicht, sich ausführlich mit allen relevanten Modellen auseinanderzusetzen. Vielmehr sollte durch eine empirische Umsetzung eines von uns auf Basis existierender Ansätze entwickelten Modells ein Beitrag zu einer positiven Weiterentwicklung einer gesellschaftlich-rationalen Unternehmensbewertung geleistet werden.

II.2 Die verschiedenen Ansätze einer erweiterten Rechnungslegung

In der Begründung der Notwendigkeit einer erweiterten Rechnungslegung sind fast alle Autoren einig, wenngleich unterschiedliche Ziele verfolgt werden. "Die Erkenntnis, daß die auf der Finanzbuchhaltung aufgebaute Rechnungs- und Rechenschaftslegung von Unternehmen in Form des Jahresabschlusses nur jene Beziehungen zur Mit- und Umwelt erfaßt, die auf Zahlensvorgängen beruhen, läßt den Wunsch verständlich werden, gesellschaftsbezogene Rechnungs- oder Berichtssysteme zu entwickeln, die in der Lage sind, die darüber hinausgehenden Umweltbeziehungen von Unternehmen durch geeignete Meßgrößen abzubilden."(1)

In Bezug auf gemeinwirtschaftliche Unternehmen formuliert Peter Eichhorn: "Diese herkömmliche Rechnungslegung vermag dennoch die erwerbswirtschaftlichen Unternehmensziele abzubilden. Mit anderen Worten: Es besteht eine Kongruenz von Gewinnziel und Nachweis.

Diskrepanzen treten auf, wenn Unternehmen zusätzliche oder ausschließlich gemeinwirtschaftliche Ziele anstreben. Ein Nachweis dieser Zielerreichung ist mittels der traditionellen Bestands- und Erfolgsrechnungen nicht zu führen. Hierzu bedarf es einer ergänzenden Rechnung..."(2)

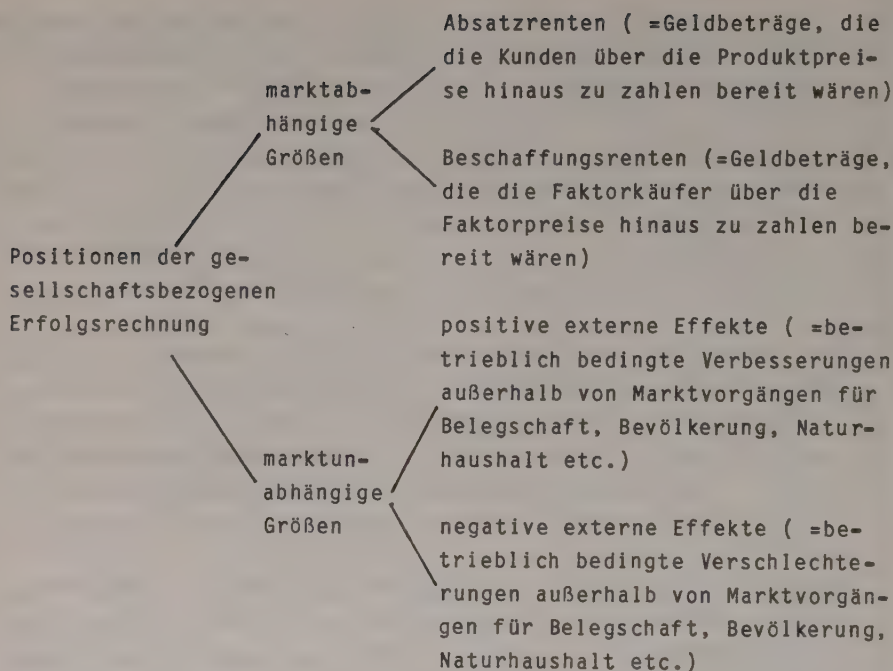
Sogenannte **Sozialberichte oder Sozialbilanzen** haben in der bundesrepublikanischen Praxis an Bedeutung gewonnen. Diese Formen einer gesellschaftsbezogenen Unternehmensrechnung sind grundsätzlich an zwei Punkten zu kritisieren. Erstens werden die Geschäftsberichte von Unternehmen als Ausgangspunkt genommen, und es werden nur positive Wirkungen ausgewiesen. Zweitens handelt es sich lediglich darum, Teile aus der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung herauszulösen und z.B. Löhne und Gehälter als

zahlungsfähige Nachfrage auszuweisen. Sozialbilanzen, die von der Unternehmensleitung erstellt und publiziert werden, erhalten oft den Vorwurf, reine Public Relations zu sein. "Insgesamt ist also der Charakter von Sozialbilanzen als Instrument des Public Relations vor allem gegenüber Belegschaften und Gewerkschaften recht deutlich." (3) Peter Eichhorn charakterisiert den Wert von Sozialberichten und Sozialbilanzen folgendermaßen: "Die Sozialberichte enthalten grundsätzlich nur positiv zu wertende Maßnahmen und Wirkungen und lassen jegliche vom Unternehmen zu verantwortende Belastungen der internen oder externen Umwelt unerwähnt. Eine einseitige und verfälschende Darstellung muß auch den als Sozialbilanzen oder Sozialrechnungen genannten Zahlenwerken a la Steag und Nachfolgern vorgeworfen werden... Eine gesellschaftsbezogene Unternehmensrechnung im Sinne der Bilanzierung gemeinwirtschaftlicher Vor- und Nachteile (sogenannte soziale Nutzen und Kosten) liegt damit ebensowenig vor." (4)

Eine der Sozialrechnung oder der Sozialbilanz relativ nahestehende Variante sind die sogenannten **Wertschöpfungsrechnungen**. Sie verfolgen als Hauptziel, den in einem Zeitraum geschaffenen Wertzuwachs als Beitrag des Unternehmens zum Sozialprodukt auszuweisen. Diese Ansätze werden in ähnlicher Weise wie die Sozialrechnung kritisiert. "Die Kritik an der vorgeschlagenen Form der Wertschöpfungsrechnung richtet sich zunächst darauf, daß die Wertschöpfungsentstehung und die Wertschöpfungsverwendung aus den Aufwands- und Ertragspositionen der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitet werden sollen. Eine so aufgestellte Wertschöpfungsrechnung bietet deshalb... keine zusätzlichen Informationen." (5) Auch Eichhorn wendet sich gegen die Wertschöpfungsrechnung. "Die erwünschte wirklichkeitsgetreue Abbildung gesellschaftsbezogener Effekte wird auch nicht von den in jüngerer Zeit in verschiedenen Spielarten zu findenden betriebswirtschaftlichen Wertschöpfungsrechnungen erreicht." (6)

Partielle Ansätze gesellschaftsbezogener Unternehmensrechnung stammen aus den USA. Es handelt sich hierbei um das **"Human Resource Accounting"**, das **"Corporate Social Accounting"**, das **"Corporate Social Audit"** und das **"Technology Assessment"**. Das letztgenannte Modell ähnelt der traditionellen Nutzen-Kosten-Analyse. Auf diese Modelle soll jedoch an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Es bleibt lediglich festzuhalten, daß diese Modelle u.E. für eine adäquate gesellschaftsbezogene Unternehmensrechnung unzulänglich erscheinen.(7)

Aus dem Bereich der Gemeinwirtschaftslehre stammen eine Reihe von Verfahren der Erfolgswürdigung öffentlicher Unternehmen. Als Hauptanliegen wird verfolgt, den Zielerreichungsgrad gemeinwirtschaftlicher Ziele, die neben die Gewinnorientierung treten oder diese ersetzen, zu messen und zu bewerten. Hierbei sind grundsätzlich eindimensionale (monetarisierbare bzw. quantifizierbare) von mehrdimensionalen Verfahren zu unterscheiden. Das eindimensionale und deduktive **Verfahren von Peter Eichhorn** zum Erfolgsnachweis bei einem Gesamtziel erhebt einen relativ hohen Anspruch. "Kern der gesellschaftsbezogenen Unternehmensrechnung ist die gesellschaftsbezogene Erfolgsrechnung für eine bestimmte Rechnungsperiode. Als Positionen kommen einerseits marktabhängige Größen in Betracht, und zwar Absatzrenten als Ausdruck für die über die bezahlten Produktpreise hinausgehende Wertschätzung von Gütern seitens der Kunden und Beschaffungsrenten für die über die gezahlten Faktorpreise hinausgehende Wertschätzung seitens der Faktorverkäufer. Andererseits sind auch die außerhalb von Marktvorgängen liegenden Wirkungen (sogenannte externe Effekte) in die gesellschaftsbezogene Erfolgsrechnung einzubeziehen.



Außer einer solchen Periodenrechnung benötigt man analog zur herkömmlichen Rechnungslegung auch eine gesellschaftsbezogene Bestandsrechnung." (8) Diese Bestandsrechnung gliedert sich in innerbetriebliche Bestände (Humanvermögen und Humanschulden) und außerbetriebliche Bestände (Gemeinvermögen und Gemeinschulden).

Thiemeyer äußert zu diesem Verfahren: "Zweifelsohne besticht der Eichhornsche Ansatz durch die Einbeziehung aller sozialen Größen in eine einheitliche Rechnung und besonders durch die Möglichkeit des Ausweises eines einheitlichen Erfolgssaldos. Die Schwierigkeiten des Verfahrens können indes nicht übersehen werden." (9) Die Operationalisierung und Umsetzung des Eichhornschen Ansatzes in der Praxis wirft fast unlösbare Probleme auf. Aus diesem Grund konnten wir dieses Verfahren

nicht weiter verfolgen.

Weitere Verfahren aus dem Bereich der Gemeinwirtschaftslehre sind z.B. die **Kosten- Wirksamkeitsanalyse**, die **Nutzwertanalyse**, die **Kosten- Nutzen- Analyse** und die **Programmbudget- Techniken**. All diese Modelle haben uns wichtige Anregungen gegeben, jedoch machte die Beschäftigung mit den Ansätzen deutlich, daß aus Gründen unzlänglicher Operationalisierbarkeit, nicht allgemeingültiger Kriteriensysteme, nicht haltbarer Eindimensionalität etc. eine Verwendung der Modelle für die empirische Umsetzung nicht in Frage kamen.

Die Erfolgswürdigung aus der Sicht der Unternehmensmorphologie weist starke Analogien zur Kostenwirksamkeitsanalyse auf. "In Analogie zur KWA lassen sich nun in Hinsicht auf diese fallspezifischen Zielkataloge ebenso fallspezifische Erfolgsindikatoren entwickeln. Die Entwicklung solcher Indikatoren, die monetär-quantifizierend sein oder sich auch qualitativ-verbaler Aussagen bedienen können, wirft selbst bei einem solchen 'wenig ambitiösen' Verfahren noch eine Fülle von Problemen auf." (10) Die von Theo Thiemeyer angesprochenen Probleme bestehen in der Vielgestaltigkeit der Erfolgswürdigungsverfahren und der Erfolgsmaßstäbe, der Auswahl der Indikatoren und dem dabei auftretenden Relevanzproblem und dem Problem der Validität der Erfolgsindikatoren. Unter Berücksichtigung der angeführten Probleme führt jedoch Thiemeyer aus: "Aus der Fülle der im Rahmen der Sozialindikatoren-Literatur entwickelten Indizes lassen sich solche herausgreifen, die für die Erfolgsaussage von Verwaltungshandeln allgemein oder für die Wirkungen der Unternehmenspolitik öffentlicher Betriebe von Bedeutung sind. Die Literatur zur Kosten- Nutzen- Analyse und Kosten- Wirksamkeitsanalyse bietet in großem Umfang Indikatoren, die sich als fruchtbar erweisen, wenn man auf voreilige Quantifizierung und Amalgamierung heterogener Größen verzichtet." (11) Dieser Aussage können wir uns in vollem Umfang

anschließen. U.E. sollte jedoch das Ziel der Erfolgswürdigung etwas breiter gesteckt werden. Auf diesen Punkt kommen wir später zurück.

Bevor die Entwicklung unseres Modells vorgestellt wird, wollen wir noch auf den **Ansatz von Achim von Lösch** eingehen. Er will eine gemeinwirtschaftliche Erfolgsrechnung in Form von drei Erfolgsausweisen aufstellen.

"Der erste Erfolgsausweis würde gegenüber dem Träger zu erbringen sein, inwieweit seine ökonomischen Oberziele verwirklicht wurden. Hier würde die Soll-Ist-Rechnung sinnvoll sein, wie sie in den Haushalten und bei den Regie- und Eigenbetrieben Anwendung findet."(12) Bei den politisch beeinflussten Soll-Vorgaben sei jedoch darauf zu achten, daß sie eng mit Finanzierungs- und Leistungszielen verwoben sind.

"Der zweite Erfolgsausweis würde das von den Oberzielen abgeleitete Finanzierungsziel betreffen. Hier würde die gemeinwirtschaftliche Leistung als eine bestimmte Art der Gewinnverwendung bzw. als Gewinnverzicht verstanden, deren Zusammensetzung und Höhe es zu ermitteln gilt. Mit seiner Hilfe könnte zugleich gezeigt werden, wie das für gemeinwirtschaftliche Zwecke in gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zur Verfügung gestellte Kapital für die metaökonomischen Oberziele verwendet wird, sie würde also die Rationalität des Kapitaleinsatzes im gemeinwirtschaftlichen Sinne deutlich machen."(13)

"Der dritte Erfolgsausweis würde die Leistungsziele des gemeinwirtschaftlichen Unternehmens, seinen Aufwand und seinen Nutzen im materiellen Sinne betreffen,... für einen solchen Leistungsziel-Erfolgsausweis müßten materiell zu messende Erfolgsindizes für das gemeinwirtschaftliche Unternehmen ermittelt werden, die dann zu größeren Indizes-Gruppen zu aggregieren und zu einer gemeinwirtschaftlichen Erfolgsrechnung

(nach Art einer - subjektiven! - Nutzen- Kosten- Analyse für einzelne Investitionsvorhaben) weiter zu entwickeln wären."(14)

Hauptmanko bei dem Vorschlag von Achim von Lösch erscheint uns die Unterbelichtung der positiven und negative externen Effekte, wie sie bei Peter Eichhorn aufgenommen sind. Außerdem dürfte die Messung der Leistungsziele ausschließlich mit quantifizierbaren Indizes zu Einschränkungen führen.

Ein sehr interessanter Ansatz wurde auch von Wolfram Elsner entwickelt, der sich allerdings auf die gesamtwirtschaftliche und nicht auf die einzelbetriebliche Ebene bezieht.(15) Ausgehend von einer Kritik an der Aussagefähigkeit der Marktpreise und dem nationalen Sozialprodukt als Ausdruck von Wohlfahrt entwickelt er ein Sozialindikatorensystem zur Bewertung der Qualität des Arbeitslebens. Eine Erhebung der für die Indikatoren notwendigen Daten erfolgt auf Basis statistischer Reihen der Bundesministerien. Mit Hilfe eines differenzierten Bewertungssystems können sowohl Einzelbewertungen wie auch eine Gesamtbewertung vorgenommen werden. Durch dieses Verfahren konnte die theoretische Kritik an der Identität von Sozialprodukt und Wohlfahrt auch empirisch belegt werden.

II.3 MESIS - Ein mehrdimensionales Sozialindikatorensystem zur erweiterten Rechnungslegung für private und öffentliche Unternehmen

Im Anschluß an die Darstellung der Konzeption folgt die Operationalisierung in Form der Darstellung des mehrdimensionalen Sozialindikatorensystems.

II.3.1 Das Konzept

Der Anspruch an ein Verfahren zur erweiterten Rechnungslegung für öffentliche Unternehmen muß unseres Erachtens aus verschiedenen Blickwinkeln formuliert werden. Erstens sind alle Unternehmensziele, die neben die Gewinnorientierung treten oder diese ersetzen, in ihrer konkreten Zielfunktion zu analysieren. D.h. sie müssen hinsichtlich ihrer Wirkungsweise auf die Finanzierung und die Leistungserstellung im Unternehmen bewertet werden. Gleichzeitig ist ihre Wirkung auf die Konsumenten, die konkurrierenden Anbieter (soweit vorhanden), die Bevölkerung, den Naturhaushalt und die staatlichen Institutionen zu erfassen. Die aus den vorwiegend politisch motivierten Unternehmenszielen sich ergebenden Auswirkungen auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind zu erfassen und zu bewerten.(16)

Zweitens sollte dem Anspruch eines rationellen und wirtschaftlichen Umgangs mit den Ressourcen dadurch Rechnung getragen werden, daß die positiven und negativen externen Effekte des betrieblichen Handelns in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dies kann durch entwickelte Sozialindikatoren ermöglicht werden. Aus der Sicht der externen Effekte ist dann auch der Vergleich zum konkurrierenden privaten Unternehmen möglich, denn jegliche betriebliche Entscheidung, die nach anderen als marktabhängigen Kriterien getroffen wird, stellt tendenziell auch eine Abweichung von der betrieblichen Logik der Gewinnorientierung dar. Genau an dieser Stelle gilt es dann,

einen Vergleich der externen Effekte vorzunehmen.(17)

Ein Verfahren zur erweiterten Rechnungslegung, das den oben genannten Ansprüchen gerecht wird, muß u.E. eng an den betrieblichen Abläufen systematisiert werden. D.h. das öffentliche Unternehmen wird von der betrieblichen Logik der Gewinnorientierung abweichen, wenn andere Unternehmensziele formuliert und umgesetzt werden. Diese Umsetzung kann sich in Abweichungen beim Einsatz der stofflichen Produktionsfaktoren und der Beseitigung von Abfällen, bei der Art und Weise des Einsatzes der Arbeitnehmer und bei der Quantität, Qualität und Preisstruktur der produzierten Waren oder Leistungen bemerkbar machen. In diesen drei Bereichen des Unternehmens müssen sowohl marktabhängige als auch marktunabhängige Größen erfaßt werden. Zu diesem Zweck scheinen nach dem derzeitigen Stand der Diskussion über Modelle der erweiterten Rechnungslegung nur mehrdimensionale Indikatorenmodelle operationalisierbar, d.h. es müssen monetäre, quantitative und qualitative Größen in ein Indikatorensystem einfließen. Hierdurch entsteht zwar der Mangel einer einheitlichen Bewertung mit einer Meßgröße, jedoch können einzelne Indikatoren und Werte zu Blöcken zusammengefaßt und bewertet werden. Diese Auffassung wird von verschiedenen Theoretikern aus dem Bereich der erweiterten Rechnungslegung bestätigt. "Bei einem gemeinwirtschaftlichen Unternehmen können sie (die Unternehmensziele, d.Verf.) in wettbewerbs-, forschungs-, raumordnungs-, verkehrs-, vorsorge-, sozial-, gesundheits-, umwelt- und anderen politischen Zielen bestehen. Diese Ziele sind zu operationalisieren... Dazu greift man auf soziale Indikatoren zurück, die Schlüsse über den Zielerreichungsgrad zulassen...

Schwierigkeiten bereitet regelmäßig das Fehlen eines gemeinsamen monetären Nenners, so daß die Einzelziele letzten Endes isoliert nebeneinander existieren. Dennoch dürfte dieser ... Ansatz wegen seiner Praktikabilität für gemeinwirtschaftliche

Unternehmen ein erster Schritt in Richtung auf eine gewissermaßen aus einzelnen Blöcken aufgebaute gesellschaftsbezogene Unternehmensrechnung sein."(18) Klaus von Wysocki bemerkt dazu: "Das Schwergewicht der nachfolgenden Erörterungen liegt auf dem Sozialindikatoren- Ansatz, d.h. auf der mehrdimensional-quantitativen Berichterstattung, da m.E. auf diesem Gebiet die interessantesten Entwicklungen zu erwarten sind."(19)

Nachdem nun das Ziel einer erweiterten Rechnungslegung fixiert ist und ein grober Rahmen für die Systematisierung der Sozialindikatoren vorliegt, sind noch drei Fragen zu klären, bevor die Operationalisierung beginnt.

- a) Soll eine gesetzliche Festschreibung den Umfang der Indikatoren und deren Schwerpunkte bestimmen? Wenn nein, wie soll dann der Umfang festgelegt werden?
- b) Wer soll Adressat der erweiterten Rechnungslegung sein?
- c) In welchen Perioden soll die Erstellung der Berichte erfolgen?

zu a): Gegen eine gesetzliche Fixierung, wie sie z.B. in Frankreich praktiziert wird, sprechen unseres Erachtens zwei Argumente. Erstens erscheint in naher Zukunft die Durchsetzbarkeit einer gesetzlichen Sozialbilanz in der Bundesrepublik nicht realisierbar. Zweitens wäre die Festschreibung zu starr, da sie den dynamischen Entwicklungen auf diesem Sektor nicht gerecht werden könnte. Wesentlich sinnvoller wäre es, wenn Umfang und Inhalt der Sozialindikatorenkataloge zwischen den betrieblichen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern unter Wahrung der Tarifautonomie ausgehandelt würden.

zu b): Als Adressaten einer erweiterten Rechnungslegung sollten Politiker, die direkten Konsumenten und die interessierte Öffentlichkeit angesprochen werden. Bei öffentlichen Unternehmen, die mit privaten Unternehmen konkurrieren, müßte eventuell eine Einschränkung der zu veröffentlichenden Daten vorgenommen werden.

zu c): Grundsätzlich sollten die zu erhebenden Daten entsprechend dem Geschäftsjahr erhoben werden, da bei vielen Indikatoren eine Interpretation nur im Zeitverlauf möglich ist. Es ist jedoch auch denkbar, einzelne - Indikatorenblöcke vierteljährlich oder halbjährlich umzusetzen. Die Entscheidung hierüber sollte aber ebenfalls den Verhandlungspartnern überlassen bleiben.

Aus den Ausführungen zu a) und c) geht hervor, daß das von uns entwickelte Sozialindikatorensystem einen von Betrieb zu Betrieb anpaßbaren Vorschlag für eine gesellschaftlich und betrieblich rationale Rechnungslegung darstellt.

Im folgenden Abschnitt werden die Kriterien zur Systematisierung differenziert und mit Verweis auf den Ursprung der einzelnen Sozial-Indikatoren ein mehrdimensionales Sozialindikatorensystem (MESIS) erstellt.

II.3.2 Die Operationalisierung des Konzepts

- das mehrdimensionale Sozialindikatorensystem

Bei der Suche nach verwertbaren Sozialindikatorenmodellen sind insbesondere zwei Ansätze aufgefallen. Es handelte sich erstens um die gesetzlich fixierte französische Sozialbilanz.(20) Die französische Sozialbilanz weist allerdings den Mangel auf, daß sie nur das Bezugsfeld "Arbeitnehmer" in die Betrachtung aufnimmt. Dieser Teil ist jedoch tief gegliedert und hat es ermöglicht, eine Reihe von Indikatoren zu übernehmen.

Als zweiten Ansatz haben wir den Sozialindikatorenkatalog des DGB aus dem Jahr 1979 übernommen.(21) Da dieses Modell sehr tief gegliedert ist und unserer Systematisierung sehr nahe kam, haben wir hieraus einen großen Teil von Indikatoren entnommen. Berichts- bzw. Bezugsfelder, die uns nach einer Zusammenstellung von Sozialindikatoren aus den beiden genannten Ansätzen zu schwach repräsentiert erschienen, wurden von uns durch eigene Indikatoren ergänzt.

Die weiter oben angesprochenen Kriterien zu einer Systematisierung der einzelnen Sozialindikatoren werden im folgenden mit Hilfe von drei Ebenen differenziert.

Das mehrdimensionale Sozialindikatorensystem (MESIS) beinhaltet drei verschiedene Ebenen. Die **erste Ebene** ergibt sich aus der Unterscheidung beim Einsatz von stofflichen Produktionsfaktoren, der Art und Weise des Einsatzes der Arbeitnehmer und den produzierten Waren. Diese Ebene ist bereits in einer vertikalen Gliederung umgesetzt:

- 1 Die stofflichen Einsatzfaktoren
und Abfälle der Produktion
 - 1.1 Der Einsatz von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen
 - 1.2 Der Einsatz von Werkzeugen, Maschinen,
Fahrzeugen und Anlagen
 - 1.3 Der Einsatz von Gebäuden und Grundstücken
 - 1.4 Die gasförmigen, flüssigen und festen
Abfälle der Produktion
- 2 Die Arbeitnehmer im Betrieb
 - 2.1 Beschäftigung
 - 2.1.1 Fluktuation
 - 2.2 Qualifikation
 - 2.3 Arbeitszeit
 - 2.4 Arbeitsgestaltung

- 2.5 Einkommen
- 2.6 Mitbestimmung und Information
- 2.7 Gesundheit und Arbeitssicherheit

3. Die produzierten Waren bzw. Leistungen

- 3.1 Die Struktur des Angebots und die Waren bzw. Leistungen an sich
- 3.2 Die Preisstruktur des Angebots
- 3.3 Die Konsumenten der produzierten Waren bzw. Leistungen

Die **zweite Ebene** bezieht sich auf die Entscheidungsträger. Mit den Indikatoren gemessene Veränderungen müssen auf die Verantwortlichkeit hin überprüft werden, d.h. ob die Veränderungen auf Entscheidungen der Geschäftsleitung, politische Instanzen, Personalrat, Gewerkschaft, Konsumenteninitiativen etc. zurückzuführen sind. Da dies nicht im voraus für jeden einzelnen Indikator entscheidbar ist, kann dies nur für den gesamten Indikatorenkatalog als Arbeitsanweisung festgehalten werden.

Die **dritte Ebene** bezieht sich auf den Nutzen bzw. Schaden, den die Veränderung der mit den Indikatoren zu messenden Tatbestände mit sich bringt. Für jeden Indikator muß entschieden werden, wer von einer Änderung betroffen ist. Hier soll aber nur die primäre Wirkung festgestellt werden, von der unterschiedliche Personengruppen betroffen sind. Jeder Indikator wird also dementsprechend kommentiert.

Zusätzlich werden alle Indikatoren nach ihrer Herkunft gekennzeichnet. Sie sind entweder aus dem Sozialindikatoren-Katalog des DGB, der französischen Sozialbilanz oder von uns selbst entwickelt. Hinsichtlich der Erfäßbarkeit wird bei jedem Indikator angegeben, ob er sich in Geldeinheiten (DM), also monetär, oder in Mengeneinheiten, also quantitativ, oder beschreibend, also qualitativ/verbal, erfassen läßt.

In der nun folgenden kommentierten Auflistung des Sozialindikatorensystems wird folgende Technik angewendet. Die erste Ebene schlägt sich in der vertikalen Gliederung nieder. Die zweite Ebene gilt für alle Indikatoren und wird deshalb nicht einzeln erwähnt. Die dritte Ebene wird bei jedem Indikator angegeben. Für die Kommentierung der Indikatoren werden folgende Abkürzungen verwendet:

Herkunft der Indikatoren

Deutscher Gewerkschaftsbund DGB
 Französische Sozialbilanz FSB
 Projekt Berliner Eigenbetriebe PBE

Erfaßbarkeit

In Geldeinheiten - monetär M
 In Mengeneinheiten - quantitativ Qa
 Beschreibend - qualitativ/verbal Qt/V

MESIS - Ein mehrdimensionales Sozialindikatorensystem zur erweiterten Rechnungslegung für private und öffentliche Unternehmen

II.3.2.1 Stoffliche Einsatzfaktoren und Abfälle der Produktion

II.3.2.1.1 Der Einsatz von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen

- (1) Ersatz gesundheitsschädlicher Rohstoffe zur Beseitigung der Ursache der Gesundheitsschädigung am Arbeitsplatz.
 (Anzahl der Arbeitsplätze im Betrieb und Aufwand in DM)
 PBE, M, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (2) Ersatz gesundheitsschädlicher Hilfs- und Betriebsstoffe zur Beseitigung der Ursache der Gesundheitsschädigung am Arbeitsplatz (Anzahl der Arbeitsplätze im Betrieb und Aufwand in DM)
PBE, M, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (3) Ersatz umweltschädlicher Rohstoffe zur Beseitigung der Ursache der Umweltschädigung. (Ersetzte Menge und zusätzlicher Aufwand in DM)
PBE, M, Qa, (betrifft Bevölkerung)

- (4) Ersatz umweltschädlicher Hilfs- und Betriebsstoffe zur Beseitigung der Ursache der Umweltschädigung. (Ersetzte Menge und zusätzlicher Aufwand in DM)
PBE, M, Qa, (betrifft Bevölkerung)

- (5) Schutzbekleidung und Schutzmittel zur Verhinderung gesundheitsschädlicher Einwirkungen auf die Arbeitnehmer. (Betroffene Arbeitnehmer und Aufwand in DM)
PBE, M, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

II.3.2.1.2 Der Einsatz von Werkzeugen, Maschinen, Fahrzeugen und Anlagen

- (6) Einsatz von Werkzeugen oder werkzeugähnlichen Hilfsmitteln zur Erleichterung der Arbeit. (Betroffene Arbeitnehmer und Aufwand in DM)
PBE, M, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (7) Abwendungen der Ursachen besonderer Belastungen durch Veränderung von Werkzeugen, Maschinen, Fahrzeugen oder Anlagen (Anzahl der betroffenen Arbeitsplätze und zusätzlicher Aufwand in DM)
PBE, M, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (8) Abschirmungen von Lärm, Staub, Qualm, extremen Temperaturen, Erschütterungen an ihren Entstehungsquellen gegenüber Arbeitnehmern. (Anzahl der Arbeitsplätze und Aufwand in DM)
DGB, M, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)
- (9) Abwendungen von Ursachen für Lärm, extreme Temperaturen, Erschütterungen usw. gegenüber der Umwelt. (Beschreibung der Maßnahmen und Aufwand in DM)
PBE, M, Qt/V, (betrifft Bevölkerung)

II.3.2.1.3 Die Verwendung von Gebäuden und Grundstücken

- (10) Bauliche Veränderungen an Produktionsgebäuden zur Reduzierung von Lärm, extremen Temperaturen, Erschütterungen, usw. an den Arbeitsplätzen. (Betroffene Arbeitsplätze und Aufwand in DM)
PBE, M, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)
- (11) Bauliche Veränderungen an Produktionsgebäuden oder Grundstücken zur Reduzierung von Lärm, extremen Temperaturen, Erschütterungen etc. gegenüber der Umwelt. (Beschreiben der Maßnahmen und Aufwand in DM)
PBE, M, Qt/V, (betrifft Bevölkerung)

II.3.2.1.4 Die gasförmigen, flüssigen und festen Abfälle der Produktion

- (12) Emissionen von Schadstoffen (Art und Meßwerte) in den Bereichen:
Luft

Wasser

Boden

Müll- und Abfallerzeugung

sonstige Belastungen

(Art und Meßwerte)

Maßnahmen zur Verringerung des Ausstoßes gasförmiger
Schadstoffe (Beschreibung) Meßwerte und Aufwand in DM)

Maßnahmen zur Verringerung flüssiger Schadstoffe

Beschreibung, Meßwerte, Mengen und Aufwand in DM)

Maßnahmen zur Reduzierung des Ausstoßes fester Abfälle.

(Beschreibung, Mengen und Aufwand in DM)

Maßnahmen zur sachgerechten Abfallbeseitigung (Beschreibung
und Aufwand in DM)

PBE, M, Qa, Qt/V, (betrifft Bevölkerung)

- (13) Übererfüllung bzw. Unterschreitung gesetzlicher Normen
für

Schadstoffausstoß

Lärmerzeugung

(Meßwerte, Differenzen). Bezieht sich auf den
letztgenannten Indikator

DGB, Qa, Qt/V, (betrifft Bevölkerung)

- (14) Kompensationszahlungen an Personen, Gebietskörperschaften,
gezahlte Geldbußen, verhängte Strafen für Verletzungen der
Umweltbestimmungen, anhängige Verfahren etc.

(Beschreibung der Sachverhalte, Straftaten, Vorwürfe und
Aufwand in DM)

DGB, M, Qa, Qt/V, (Betroffenheit zweifelhaft)

II.3.2.2 Die Arbeitnehmer im Betrieb

II.3.2.2.1 Beschäftigung

(15) Beschäftigte insgesamt (Jahresdurchschnitt)

davon (jeweils absolut und in %):

Männer

Frauen

Ausländer

Auszubildende

Schwerbehinderte

DGB, Qa, (Betrifft alle Arbeitnehmer)

(16) Beschäftigungsverhältnisse

Vollzeitbeschäftigte

Teilzeitbeschäftigte

befristete Arbeitsverhältnisse

Leih- und Fremdarbeiter

(Absolute Zahlen)

DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

(17) Offene Stellen (absolute Zahlen), davon:

ausgeschrieben

- intern

- extern

dem Arbeitsamt gemeldet

DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

(18) Absolute Zahl der Arbeiter (unterteilt nach Lohngruppen)

kaufmännische Tarifangestellte (" " Gehaltsgruppen)

technische Tarifangestellte (" " ")

AT-Angestellte (mit Unterteilung)

Leitende Angestellte

DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (19) Anzahl der Beamten
PBE, Qa, (betrifft beamtete Arbeitnehmer)

- (20) Versetzungen insgesamt
davon verbunden mit:
Wechsel des Betriebes
Höhergruppierungen
Abgruppierungen
DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (21) Änderungskündigungen
davon verbunden mit:
Wechsel des Betriebes
Höhergruppierung
Abgruppierung
DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (22) Durchschnittsalter der Arbeitnehmer
Arbeitnehmer unterteilt nach Altersgruppen
DGB, Qa, (betrifft Bevölkerung)

- (23) Durchschnittsalter der Arbeitnehmer,
gegliedert nach Betriebsteilen
PBE, Qa, (betrifft Bevölkerung)

II.3.2.2.1.1 Fluktuation

- (24) Durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit aller
Beschäftigten
DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (25) Durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit der:
Angestellten
Arbeiter

Arbeiter nach Betriebsteilen

PBE, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

(26) Einstellungen insgesamt

darunter:

Auszubildende

Übernahme aus eigener Ausbildung

Umschüler (§47 AFG)

schwer zu vermittelnde Arbeitnehmer (§54 AFG)

Rehabilitanden

Schwerbehinderte

Im Rahmen von Maßnahmen zur Resozialisierung

eingestellte Arbeitnehmer

DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer außerhalb des Betriebs)

(27) Beendigung von Arbeitsverhältnissen

Altersgrenze

Tod, Invalidität

Kündigung durch den Arbeitnehmer

Frühpensionierungen

Einvernehmliche Auflösung

Kündigung durch das Unternehmen

DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

(28) Arbeitnehmer mit Unkündbarkeit ("Kündigung nur aus wichtigem Grund")

Arbeitnehmer mit Kündigungsfristen von 6 Monaten und mehr

" " " von 3 - 6 Monaten

Arbeitnehmer mit geringerer Kündigungsfrist

DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

II.3.2.2.2 Qualifikation

(29) Qualifikationsstruktur

Zahl der Arbeitnehmer in den einzelnen

Qualifikationsgruppen:

Ungelernte Arbeiter

Angelernte Arbeiter

Facharbeiter

Ungelernte Angestellte

Angelernte Angestellte

Übrige Angestellte

DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

(30) Berufsabschluß (Zahl der Arbeitnehmer)

Ohne Berufsausbildung

Gewerbliche Lehre

davon im Betrieb

Kaufmännische Lehre

davon im Betrieb

Fachhochschule/Akademien

Hochschule

Übrige

DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

(31) Bildungsmaßnahmen und Bildungsaufwand

Bildungsurlaub-Regelungen (begünstigte Arbeitnehmer, Dauer)

Tarifvertraglich bzw. gesetzlich geregelter Bildungsurlaub

Bildungsurlaub aufgrund betrieblicher Vereinbarungen

einzelvertraglich geregelter Bildungsurlaub

Inanspruchnahme von Qualifikationsmaßnahmen (jeweils Zahl der Freistellungen in % der Gesamtbelegschaft)

Erwachsenenbildung

Fortbildung

Teilnahme an überbetrieblichen Berufsfortbildungsmaßnahmen

Teilnahme an sonstigen Maßnahmen der Fortbildung

Teilnahme an Umschulungsmaßnahmen
 Teilnahme an Rehabilitations- und
 Resozialisierungsmaßnahmen
 DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (32) Bildung mit anschließender Höhergruppierung (Zahl der Arbeitnehmer)

Bildungsaufwand insgesamt (in 1000 DM)
 Davon Bildungsaufwand je Arbeiter (DM)
 Davon Bildungsaufwand je Tarifangestellter (DM)
 Davon Bildungsaufwand je AT-Angestellter (DM)
 Davon Bildungsaufwand je leitender Angestellter (DM)
 DGB, M, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (33) Berufsausbildung

Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze
 Neu eingestellte Auszubildende
 Berufsausbilder
 Insgesamt
 Davon im Sinne von §111 II BIG
 Vorzeitig beendete Ausbildungsverhältnisse
 Abschlußprüfungen
 Davon:
 Nicht bestanden
 In ein Arbeitsverhältnis übernommen
 DGB, Qa, (betrifft Auszubildende im Betrieb)

- (34) Bildungsaufwand Berufsausbildung (DM)

Davon:
 Ausbildungsvergütungen (DM)
 Bildungsaufwand für Ausbilder (DM)
 Bildungsaufwand für Bildungsbeauftragte (DM)
 Staatliche bzw. öffentliche Zuschüsse für Maßnahmen zur
 Berufsausbildung
 DGB, M, (betrifft Auszubildende im Betrieb)

II.3.2.2.3 Arbeitszeit

- (35) Am Stichtag Beschäftigte in Schichtarbeit
 - insgesamt
 - davon in:
 - zwei Schichten
 - drei Schichten
 - vier Schichten
 - fünf Schichten
 - Konti-Arbeit
 - DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (36) Wechselschicht
 - davon:
 - Arbeiter
 - Angestellte
 - Frauen
 - Ausländer
 - DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (37) Feiertagsarbeit (in Stunden)
 - Gleitende Arbeitszeit (Anzahl der Arbeitnehmer)
 - DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (38) Bezahlte Mindesteholzeit (Stunden je begünstigten Arbeitnehmer)
 - davon:
 - Arbeiter
 - Angestellte
 - Organisierte Eholzeit
 - Individuelle Eholzeit
 - DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (39) Durchschnittlicher Urlaub je Arbeitnehmer
davon betrieblich
DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (40) Urlaubsüberhang am 30.6. und 31.12. (Summe aller
überhängenden Tage)
PBE, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (41) Urlaubsüberhang (Summe der Tage) nach Betriebsteilen
PBE, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (42) Überstunden je betroffenen Arbeitnehmer und Monat
DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (43) Summe aller Überstunden im Betrieb vom 1.1. - 31.12.
davon abgegolten durch:
 - Freizeit (Summe und %)
 - Bezahlung (Summe in DM und in %)
PBE, M, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (44) Ausfallzeiten (Stunden)
davon:
 - Urlaub (%)
 - Erholzeiten (%)
 - Krankheit (%)
 - Unfälle (%)
 - Bildung (%)
 - sonstige Gründe (%)
DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb und
Eigentümer des Unternehmens)

II.3.2.2.4 Arbeitsgestaltung

- (45) Arbeitnehmer mit gleichen monotonen Arbeitsvorgängen innerhalb eines kurzen Zeitabstandes (Anzahl)
DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (46) Arbeitnehmer ohne unmittelbare Kommunikationsmöglichkeit mit Kollegen (Anzahl)
DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (47) Arbeitsplätze mit erweitertem Arbeitsinhalt (Anzahl)
DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (48) Arbeitnehmer, die überwiegend außerhalb geschlossener Räume arbeiten (Anzahl)
PBE, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (49) Arbeitnehmer, die schwere körperliche Arbeit leisten (Anzahl)
PBE, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (50) Arbeitnehmer, die unter erschwerten Umständen arbeiten (Anzahl und Umstände wie ekelerregender Geruch, Lärm, Hitze etc.)
PBE, Qa, Qt/V, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (51) Arbeitsorganisation, wie sie aus Zusatztarifverträgen hervorgeht (Anzahl der betroffenen Arbeitnehmer und Beschreibung)
PBE, Qa, Qt/V, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

II.3.2.2.5 Einkommen

- (52) Verhältnis zwischen dem Durchschnitt der Gehälter des Zehntels der Beschäftigten, die die höchsten Gehälter erhalten, und dem Durchschnitt der Löhne und Gehälter des Zehntels der Beschäftigten, die die niedrigsten Entgelte erhalten.
FSB, M, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)
- (53) Zahl der Arbeitnehmer
im Akkord
im Gedinge
im Prämienlohn
im Zeitlohn
mit Festgehältern
mit sonstigen Lohnformen
DGB, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)
- (54) Verfahren bei Eingruppierung
durch paritätische Kommission
durch andere Verfahren
DGB, Qt/V, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)
- (55) Durchschnittslohn je Arbeiter (in DM)
davon tariflich in %
Durchschnittsgehalt je Tarifangestellten (in DM)
davon tariflich in %
DGB, M, Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)
- (56) Vergütung je Auszubildender (erstes Ausbildungsjahr) in DM
DGB, M, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)
- (57) Zuschläge für Mehrarbeit (Summe in 100DM) je betroffenen Arbeitnehmer in DM
Zuschläge für Schicht- und Nachtarbeit (Summe in 1000 DM)

je betroffenen Arbeitnehmer in DM
Erschwerniszulagen (Summe in 1000 DM) Summe je betroffenen
Arbeitnehmer in DM
DGB,M, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

(58) sonstige Zahlungen und Leistungen

davon:

Urlaubsgeld in DM

Weihnachtsgeld in DM

Vermögenswirksame Leistungen in DM

Darlehen an Arbeitnehmer in DM

Aufwand für Betriebskrankenkasse in DM

Wohnungszuschüsse in DM

Essenzzuschüsse in DM

Fahrgeldzuschüsse in DM

DGB,M, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

(59) Zusatzaltersversorgung (Jahresaufwand und Anzahl der
begünstigten Arbeitnehmer)

DGB,M,Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

(60) Soziale Einrichtungen, davon:

Erholungseinrichtungen (Zahl der Plätze, Aufwand in DM)

Sport- und Freizeitförderung in DM

Betriebsfeiern in DM

Werksbücherei in DM

Kindergarten in DM

Sozialbetreuung und Beratungsstellen

Werksküche

Durchschnittspreis je Essen in DM

DGB,M,Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb und deren
Familien)

II.3.2.2.6 Mitbestimmung und Information

- (61) Mitbestimmungsgremien im Betrieb
 (Beschreibung der Gremien, Sitzverteilung und Funktion)
 PBE,Qt/V, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)
- (62) Zahl der Personalräte
 davon freigestellt
 Jugendvertreter
 Wirtschaftsausschuß
 Betriebsversammlungen (Anzahl)
 Teilversammlungen (Anzahl)
 DGB,Qa,Qt/V, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)
- (63) Wahlbeteiligung bei der Wahl der Personalvertretungen
 in %)
 PBE,Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)
- (64) Anzahl der Sitzungen der Arbeitnehmervertreter
 in den verschiedenen Gremien
 PBE,Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)
- (65) Besondere Konflikte
 Zahl der Beschwerden nach §§ 84 und 85 BetrVG, entspr.
 PersVG
 Zahl der Einigungsstellen-Verfahren
 Zahl der anhängigen Arbeitsgerichtsverfahren
 davon Kündigungsschutzverfahren
 davon Weiterbeschäftigung gem. §102 BetrVG,
 entspr. PersVG
 davon Klage seitens des Arbeitnehmers/des Betriebsrats
 Zahl der entschiedenen (durch Vergleich bzw. Urteil)
 Arbeitsgerichtsverfahren
 DGB,Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

II.3.2.2.7 Gesundheit und Arbeitssicherheit

- (66) Durchschnittlicher Krankenstand der Arbeiter und Angestellten
im Berichtszeitraum in %

- (67) Durchschnittlicher Krankenstand getrennt nach Arbeitern und Angestellten und nach Betriebsteilen
PBE,Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (68) Angezeigte Arbeitsunfälle (§1552 RV0)
tödlich
nicht tödlich
mit weniger als 6 Wochen Ausfallzeit
mit mehr als 6 Wochen Ausfallzeit
Anzahl der Wegeunfälle
DGB,Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (69) Angezeigte (§1552 RV0) Arbeitsunfälle, differenziert nach Arbeitern, Angestellten und Betriebsteil
PBE,Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (70) Schwerpunkte der Arbeitsunfälle und Maßnahmen zur Behebung (Beschreibung und Aufwand in DM)
PBE,M,Qt/V, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (71) Fachkräfte für Arbeitssicherheit
hauptamtlich
nebenamtlich
Einsatzzeiten insgesamt
Einsatzzeiten überbetrieblicher Dienste
DGB,Qa, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (72) Beschäftigte Fachkräfte im betriebsärztlichen Dienst
hauptamtlich

nebenamtlich

Einsatzzeiten insgesamt

Im Erhebungszeitraum durchgeführte Untersuchungen

bei Arbeitern

bei Angestellten

Untersuchungen insgesamt

PBE, Qa, Qt/V, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

- (73) Aufwand für Gesundheitssicherung/Verbesserung der Arbeitssicherheit in DM
DGB,M, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)

II.3.2.3 Die produzierten Waren bzw. Leistungen

II.3.2.3.1 Die Struktur des Angebots und die Waren bzw. Leistungen an sich

- (74) Das Gesamtvolumen des Angebots (Mengeneinheit)
Die Hauptgruppen des Angebots (Beschreibung der angebotenen Waren bzw. Leistungen)
PBE,Qa,Qt/V, (betrifft Arbeitnehmer im Betrieb)
- (75) Anzahl der konkurrierenden Anbieter
Verteilung bei den Hauptgruppen des Angebots auf dem Markt (Beschreibung und %-Anteile)
PBE, Qa, Qt/V, (betrifft die Konsumenten)
- (76) Nicht dem Ziel der Gewinnmaximierung unterworfenen Veränderungen der Angebotsstruktur grundsätzlicher Art. (Davon betroffene Waren und geschätzter mengenmäßiger Effekt)
PBE, Qa, Qt/V (betrifft die Konsumenten)
- (77) Veränderung der Qualität der angebotenen Waren oder

Leistungen aus Gründen:

der Absatzsteigerung

der Absatzreduzierung

der Umweltpolitik

der Arbeitsmarktpolitik

oder anderer Ziele

Welche Mengeneffekte bzw. Kosteneffekte haben
stattgefunden?

PBE, M, Qa, Qt/V, (betrifft die Konsumenten)

II.3.2.3.2 Die Preisstruktur des Angebots

(78) Präzise Beschreibung der Preisstruktur

(Gibt es Mengenrabatte? Entspricht die Preisstruktur der
Kostenstruktur? etc.)

PBE, M, (betrifft die Konsumenten)

(79) Veränderungen der Preisstruktur im Berichtszeitraum
aus Gründen:

der Absatzsteigerung

der Absatzreduzierung

der Sozialpolitik

der Wirtschaftspolitik

der Arbeitsmarktpolitik

anderer Ziele

Welche Effekte sind dadurch erzielt worden?

(mengenmäßig und in DM)

PBE, M, Qa, Qt/V, (betrifft die Konsumenten)

(80) Sind durch die kalkulierten Preise Aufwendungen abzudecken,
die aufgrund allgemeiner politischer Entscheidungen
entstanden sind? (Beschreibung und Aufwand in DM)

PBE, M, Qt/V, (betrifft die Konsumenten)

- (81) Verkaufspreissubventionen, d.h. Abgabe von Waren zu Preisen unterhalb der Selbstkosten, an:
 Verbrauchergruppen (Warenmenge und Höhe der Subvention)
 private Unternehmen (" " " " ")
 öffentliche Unternehmen (" " " " ")
 PBE, M, Qa (betrifft Verbrauchergruppen und/oder private und/oder öffentliche Unternehmen)
- (82) Erfolgen staatliche Zuschüsse für Subventionierungen von Konsumenten oder -gruppen (in DM)?
 PBE, M, (betrifft subventionierte Konsumenten)

II.3.2.3.3 Die Konsumenten der produzierten Waren bzw. Leistungen

- (83) gesamte verkaufte Warenmenge (mengenmäßig und in DM)
 davon an:
 private Haushalte (in DM und %)
 private Unternehmen (" ")
 Kommune, Land und Bund (" ")
 PBE, M, Qa, (betrifft die Konsumenten)
- (84) Möglichkeiten, von seiten der Konsumenten Einfluß auf Struktur, Qualität oder Preis der produzierten Waren oder Leistungen zu nehmen. Wenn ja, in welcher Form?
 Existieren Gremien, in denen Konsumenten vertreten sind?
 PBE, Qt/V, (betrifft die Konsumenten)

Kapitel III: Die Berliner Stadtreinigungs-Betriebe

**Portrait eines öffentlichen
Entsorgungsunternehmens**

III.0 Vorwort

Seit Jahren stehen die Berliner Stadtreinigungs-Betriebe im Kreuzfeuer der Kritik. Dem Eigenbetrieb von Berlin werden Verfehlungen der Geschäftsleiter, des Personalrats oder einzelner Beschäftigter vorgeworfen. Hieraus wurden oft globale Vorwürfe der Ineffizienz oder der Mißwirtschaft abgeleitet. Auch die in den letzten Jahren aufgetretenen hohen Defizite wurden darauf zurückgeführt.

Da das Projekt "Berliner Eigenbetriebe" sich als ein Forschungsziel die Versachlichung der Diskussion über öffentliche Unternehmen gesetzt hatte, war es eine vordringliche Aufgabe, die Berliner Stadtreinigungs-Betriebe zu untersuchen. Zu diesem Zwecke mußten zuerst die Besonderheiten des "eigenbetrieblichen" Wirtschaftens, soweit sie durch das Eigenbetriebsgesetz von Berlin bestimmt sind, erarbeitet werden.

Der Eigenbetrieb Berliner Stadtreinigungs-Betriebe (BSR) ist ein öffentliches Wirtschaftsunternehmen des Landes Berlin ohne eigene Rechtsfähigkeit. Die Aufsicht über den Eigenbetrieb führt der Senator für Arbeit und Betriebe (§2,(3) EigG). Die Geschäftsleitung der BSR besteht aus 3 Mitgliedern (§3 EigG). Diese werden vom Verwaltungsrat der BSR bestellt und abberufen (§7,(1) a) EigG). Der Verwaltungsrat der BSR besteht aus 10 Mitgliedern, wovon 5 vom Senat und 5 von der Personalvertretung bestellt werden (§6, (1) EigG). Diese paritätische Mitbestimmung wurde 1973 durch Änderung des Eigenbetriebsgesetzes eingeführt. Die Tarife der BSR werden vom Senat zu "beliebigen" Zeitpunkten festgesetzt (§2,(4)).

Die Berliner Stadtreinigungs-Betriebe sind zur Kostendeckung verpflichtet (§11,(2)), d.h. Gewinne bzw. Verluste müssen auf neue Rechnung vorgetragen und in den folgenden Jahren ausgeglichen werden.

Diese Besonderheiten, die sich aus dem Eigenbetriebsgesetz ergeben, machen deutlich, daß eine Analyse der BSR unter besonderer Berücksichtigung der Einflußnahme durch den Senat zu betrachten ist. Dies gilt sowohl für die Analyse der Entwicklung der Leistungserstellung und der Nachfrage, als auch für die Betrachtung der Aufwands- und Ertragsstrukturen. Beschäftigungsart und -umfang sind ebenfalls davon tangiert.

Die im folgenden dargestellten Untersuchungsergebnisse basieren auf uns zur Verfügung gestellten Unterlagen und Expertengesprächen. Es handelt sich hierbei um Geschäftsberichte und Wirtschaftsprüfungsberichte der BSR und um Expertengespräche mit Vertretern des Senators für Arbeit und Betriebe, Vertretern der Geschäftsleitung der BSR, Vertretern der Personalvertretung und Vertretern der Gewerkschaft öTV-Berlin. Für die gute Zusammenarbeit möchte ich mich an dieser Stelle bedanken.

Auf der Grundlage der vorliegenden Untersuchungsergebnisse hat die Gewerkschaft öTV-Berlin im Februar 1983 eine Schrift mit dem Titel "Die Berliner Stadtreinigungs-Betriebe - Perspektiven für ein leistungsfähiges öffentliches Unternehmen" herausgegeben.

III.1 Kurzer historischer Abriß

Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts ernährte die Müllbeseitigung in Berlin noch mehr als 60 Fuhrunternehmen, die in gegenseitiger Konkurrenz die Hausbesitzer betreuten. Zu dieser Zeit gab es keine einheitlich geregelte Deponierung des Abfalls, so daß von den privaten Unternehmen nicht selten ein Straßengraben oder ein Feldweg als ein "günstiger" Abladeplatz benutzt wurde. Die Stadt Berlin versuchte durch die zeitweise Einrichtung von Abladeplätzen diesen Zuständen ein Ende zu machen.

Eine Polizeiverordnung von 1895 und eine Verfügung des Regierungspräsidenten von Potsdam von 1901 vereinheitlichten erstens die Sammlung von Abfällen nach bestimmten Behältern und Fahrzeugsystemen und zweitens die Ablagerung außerhalb des späteren Groß-Berlin. 1894 entstand die "Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer eGmbH", die wenige Jahre später 3/4 der Berliner Grundstücke bediente. Der größte Teil der kleinen Unternehmen war damit verschwunden. 1922 mußte dieses Unternehmen seine Pforten wieder schließen. Die mangelnde Zahlungsmoral der Grundbesitzer und die Auswirkungen der Inflation hatten das Unternehmen zahlungsunfähig gemacht. 1921 entstand durch die Unfähigkeit des Unternehmens, den Forderungen der Arbeiter nach Inflationsausgleich ihrer Löhne nachzukommen, der bis dahin größte Müllkutscherstreik, den Berlin je erlebt hatte. Nach drei Monaten Streik konnten die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen.

1922 wurde die Wirtschaftsgenossenschaft durch die "Berliner Müllabfuhr A.G." - kurz BEMAG genannt - übernommen. Der Magistrat von Berlin hielt zu diesem Zeitpunkt 25% des Aktienkapitals. 1927 wurde dieser Anteil auf eine Aktienmajorität aufgestockt, und 1929 war die BEMAG zu 100% im Besitz des Magistrats von Berlin. Es waren vorwiegend Gründe der

Wirtschaftlichkeit und der Aufrechterhaltung einer kontinuierlichen Abfallentsorgung, die den Magistrat von Berlin bewogen, die Müllabfuhr in die eigenen Hände zu nehmen. 1937 erfolgte vor dem Zweiten Weltkrieg der letzte Schritt, indem die BEMAG in eine Gebührenanstalt des öffentlichen Rechts überführt wurde.

Die Berliner Straßenreinigung war Ende der 20er Jahre in Form von 20 Bezirksbetrieben (Regiebetriebe) organisiert, die aber schon wesentlich früher als die Müllabfuhr unter staatliche Regie gestellt waren.

Unter Erweiterung des Aufgabenbereiches wurde 1945 die "Groß-Berliner Stadtreinigung und Müllabfuhr" gegründet; die Leitung, Planung und Überwachung aller Arbeiten lag bei einer im östlichen Teil Berlins gelegenen Zentralverwaltung. Nach der Teilung der Stadt im Jahre 1948 wurde es notwendig, eine eigene Verwaltung für Berlin (West) aufzubauen, die 1951 den Namen "Berliner Stadtreinigung" bekam. Am 1.1.1967 erfolgte die Überführung dieser bisherigen Gebührenanstalt in die Rechtsform des Eigenbetriebes. Der letzte Schritt zu den heutigen "Berliner Stadtreinigungs-Betrieben" wurde am 1.1.1970 mit der Einbeziehung des ehemals kameralistisch verwalteten Müllverbrennungswerkes und der Bedürfnisanstalten vollzogen.

III.2 Die Leistungen der BSR und die Perspektiven der Nachfrage

Die Berliner Stadtreinigungsbetriebe haben drei Leistungsschwerpunkte. Die Abfallbeseitigung (Abfalleinsammlung und Abfallverbringung), die Straßenreinigung und die Sonderdienste. Diese drei Bereiche sollen im folgenden nach Aufgabenstellung, Leistung und Nachfrage im Zeitraum von 1970 bis 1981 dargestellt werden.

III.2.1 Die Abfallbeseitigung

Die Abfallbeseitigung gliedert sich wiederum in vier Bereiche. Die Abfalleinsammlung von Haushaltsabfall und haushaltsähnlichem Abfall, die Abfallannahme von Fremdanlieferern, die Abfallverbringung auf Deponien im Stadtgebiet von Berlin (West) und der DDR und die Müllverbrennung.

III.2.1.1 Die Abfalleinsammlung von Haushaltsabfall und haushaltsähnlichem Abfall

Von 1970 bis 1981 hat sich das Aufkommen von Haushaltsabfällen von 609 000 t um 20,2% auf 732200 t erhöht. Dieses Wachstum des Abfallaufkommens ist auf die Jahre 1970 bis 1976 zurückzuführen. Ab 1976 ist eine Stagnation zu beobachten. Von 1979 auf 1981 liegt ein Rückgang von 4,9% des Aufkommens an Haushaltsabfall vor.

Würde man die Entwicklung nur am Wachstum des Gewichts messen, so erhielte man ein unvollständiges Bild. Denn von 1970 bis 1980 (seit 1981 nur noch Gewichtsangaben) hat sich das Volumen des Hausmülls von 3,14 Mio. cbm um 67% auf 5,24 Mio. cbm erhöht. Auch hier liegt der Schwerpunkt des Wachstums zwischen 1970 und 1976. Das bedeutet, daß der Haushaltsabfall in den letzten zehn Jahren pro Volumeneinheit immer leichter geworden ist und mit dem

Ende der 70er Jahre sowohl im Volumen als auch gewichtsmäßig Stagnation bzw. bereits ein Rückgang eingetreten ist.

Eingesammelt wird der Haushaltsabfall mit Gefäßen von 35l, 110l, 1100l und mit Containern. Der Umfang der mit den einzelnen Gefäßgrößen eingesammelten Mengen hat sich in den letzten zehn Jahren erheblich verändert. Während mit dem sehr arbeitsintensiven 35l-Gefäß 1970 2,5% des Haushaltsabfalls eingesammelt wurden, lag der Anteil 1981 bei 2%. Eine starke Verschiebung fand zwischen dem 110l-Gefäß und dem 1100l Großbehälter statt. 1970 wurden mit dem 110l-Gefäß 80% und mit dem 1100l-Behälter 15% des Haushaltsabfalls eingesammelt. 1981 entfielen noch 44% auf das 110l-Gefäß und 47% auf den 1100l-Behälter. Die Containerabfuhr, die es 1970 noch nicht gab, erreichte 1981 einen Anteil von knapp 7%.

Auf Basis dieser technisch-organisatorischen Veränderungen fand in den letzten 10 Jahren im Bereich der Mülleinsammlung eine beträchtliche Leistungssteigerung statt. Dies ist sowohl auf eine Steigerung der Produktivität durch den vermehrten Einsatz großer Behälter zurückzuführen, als auch auf eine Intensivierung der Arbeit. Die absolute Leistung in cbm pro Arbeiter ist von 1970 bis 1981 um 46% gestiegen. Das bedeutet, daß die Abfallmenge, die 1970 von drei Arbeitern der Müllabfuhr eingesammelt wurde, 1981 von zwei Arbeitern bewältigt wird.

Seit dem Herbst 1981 läuft bei den BSR eine Versuchstour mit 120l- und 240l-Behältern bei der Hausmüllabfuhr. Die Ergebnisse dieser Tour wurden systematisch ausgewertet und eine Konzeption zur Einführung dieser Behältersysteme erarbeitet. Hierdurch soll die Sammlung mit den 110l-Behältern entfallen. Die Einführung der 120l/240l-Behälter erfordert eine Änderung der Zusatztarifverträge der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe zum BMT-G. Aus diesem Grund hat die Arbeitsrechtliche Vereinigung Berlin (AV) die öTV zu Verhandlungen aufgefordert. Diese haben

am 12.7.1983 begonnen. Da die Einführung mit großen Problemen, wie drohendem Personalabbau und der Frage einer zumutbaren Leistungsbemessung, verbunden ist und die Verhandlungen noch andauern, werde ich nur weiter unten auf das derzeit existierende Belastungsniveau eingehen.

III.2.1.2 Die Abfallannahme von Fremdanlieferern

Hierbei handelt es sich um die Anlieferung von normal zu behandelnden Abfällen und Sonderabfällen durch Privatfirmen oder Privatpersonen. Die Annahme erfolgt heute fast ausschließlich bei den Umladestationen der BSR, und bis Mitte der siebziger Jahre auf Deponien im Stadtgebiet von Berlin (West).

Die von Fremden angelieferten Abfallmengen sind von 1970 bis 1981 von 177000 t um 138% auf 422000 t inklusive Sonderabfälle gestiegen. Die Wachstumsraten bei der privaten Abfallentsorgung liegen um ein Mehrfaches über den Wachstumsraten der Abfalleinsammlung durch die BSR.

III.2.1.3 Die Abfallverbringung auf Deponien im Stadtgebiet von Berlin (West) und der DDR

In diesem Aufgabenbereich haben in den letzten 10 Jahren die tiefgreifendsten Veränderungen stattgefunden. Bis 1972 wurde noch der gesamte in Berlin (West) anfallende Abfall innerhalb des Stadtgebiets verbracht (incl. Müllverbrennungsanlage). Ende 1972 drohte das steigende Abfallaufkommen die Kapazitäten der BSR zu sprengen. Da keine neuen Standorte für Deponien innerhalb des Stadtgebietes in Aussicht standen, gab es nur zwei Möglichkeiten. Entweder mußte ein zweites Müllverbrennungswerk gebaut werden oder ein Teil der Abfälle außerhalb der Stadtgrenzen von Berlin (West) verbracht werden können. Dieses Problem mußte jedoch vom Senat von Berlin gelöst werden, da es die Entscheidungskompetenzen der BSR überschritt. Der Senat schloß

daraufhin mit der DDR einen Kurzfristvertrag von 1972 bis 1975 über die Verbringung von 4,5 Mio. cbm auf die DDR-Deponie Groß-Ziethen ab. Am 11. Dezember 1974 schloß dann die Firma Berlin-Consult GmbH im Auftrag des Senats einen Langfristvertrag mit der Firma Bergbau-Handel GmbH im Auftrag der DDR ab. Bei einer Laufzeit vom 1.1.1975 bis 31.12.1994 wurde eine Verbringung von 35 Mio. Tonnen Siedlungsabfällen, 38 Mio. Tonnen Bauschutt und 18 Mio. Tonnen Bodenaushub in die DDR vereinbart. Für den Zeitraum 1975-1977 wurde die Verbringung von 1,0 Mio.t Siedlungsabfälle, für 1978-1980 3,4 Mio.t, für 1981-1983 4,2 Mio.t, für 1984 1,6 Mio.t und für 1985-1994 24,8 Mio.t vereinbart.

Für die BSR war dies mit dem Bau der Umladestationen Nord und Süd und der Umladestation für Sonderabfälle verbunden, da der Transport mit großen Containerfahrzeugen durchgeführt werden sollte. Hierfür sind 1981 allein 80 Fahrzeuge im Einsatz gewesen. Die Kosten für den Bau und den Betrieb der Umladestationen, den Ferntransport in die DDR und die zu entrichtenden Schüttgebühren haben die Abfallbeseitigungskosten explosionsartig ansteigen lassen. Aber hierzu später.

Bevor die Entwicklung der Beseitigungswege des Abfalls dargestellt wird, ist auf die Entwicklung des gesamten Abfallaufkommens einzugehen. Das Volumen des eingesammelten Hausmülls und das Volumen der Anlieferung von Fremden ist oben schon angesprochen worden. Dies ist zu ergänzen um die Abfalleinsammlung der Straßenreinigung und der Sonderdienste. Hierzu gehört bei der Straßenreinigung der Kehricht, das Laub und der Gullyschlamm und bei den Sonderdiensten im wesentlichen der Sperrmüll und die Marktabfälle.

Von 1970 bis 1981 stieg das Aufkommen an Kehricht, Laub, Gullyschlamm und Marktabfällen von 103000 t um 50% auf 154700 t. Die Einsammlung von Sperrmüll und Unrat auf Freiflächen

verzehnfachte sich von 4000 t 1970 auf 33500 t in 1981. Die enorme Steigerungsrate ist zum größten Teil auf die Einführung der kostenlosen Sperrmüllabfuhr seit 1972 zurückzuführen.

Das gesamte Abfallvolumen stellt sich also wie folgt dar:

	1 9 7 0		1 9 8 1	
	in	% des	in	% des
	1000t	Ges.aufk.	1000t	Ges.aufk.
Gesamtes Abfallaufkommen..	893	100	1346	100
BSR-Einsammlung				
von Hausmüll.....	609	68	733	55
BSR-Abfalleinsammlung				
der Straßenreinigung				
und Sonderdienste.....	107	12	191	14
Abfallannahme von Fremden.	177	20	422	31

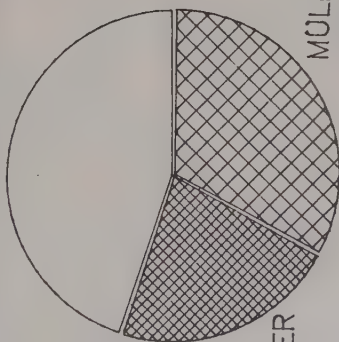
Von 1970 bis 1981 hat sich das gesamte Abfallaufkommen also von 893000 t um 51% auf 1346000 t erhöht. Auch hier liegt der Schwerpunkt der Zuwachsraten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Von 1976 bis 1981 war nur noch ein Zuwachs von knapp 11% erzielt worden.

Nun zu der Entwicklung der Abfallbeseitigungswege. Da die Umladestationen erst 1977/78 fertiggestellt wurden, ist die Entwicklung von 1976 bis 1981 von besonderem Interesse. 1976 wurden von 1,2 Mio.t Siedlungsabfällen 45% auf Deponien in Berlin (West), 33% im Müllverbrennungswerk und 22% auf Deponien in der DDR beseitigt. 1981 wurden auf Deponien in Berlin (West) von 1,35 Mio.t Siedlungsabfällen noch 7%, im Müllverbrennungswerk 23% und auf Deponien in der

ABFALLESEITIGUNGSWEGE DER BSR

GESAMTAUFKOMMEN 1976=1, 217 Mio. t GESAMTAUFKOMMEN 1981=1, 346 Mio. t

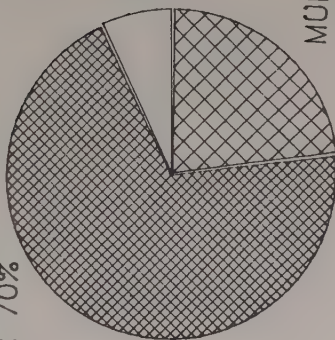
DEPONIEREN IN BERLIN/W 45%



DEPONIEREN IN DER DDR 22%

MÜLLVERBRENNUNGSANLAGE 33%

DEPONIEREN IN DER DDR 70%



DEPONIEREN IN BERLIN/W 7%

MÜLLVERBRENNUNGSANLAGE 23%

DDR 70% beseitigt, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Verbrennungsreststoffe ebenfalls in die DDR verbracht werden. 1981 gingen 110500 t Reststoffe in die DDR. Damit erhöht sich der Anteil der Verbringung auf Deponien in der DDR zusätzlich um 8%. Das heißt, über das Müllverbrennungswerk hinaus hat die BSR innerhalb Berlins keine Kapazitäten mehr. Besonders fatal ist hierbei die vom Senat bzw. der Berlin-Consult GmbH ausgehandelte Liefermenge. Diese beruht auf Wachstumsraten des Abfallaufkommens, welche schon Ende der siebziger Jahre nicht mehr vorhanden waren. Eine Unterschreitung der Liefermengen unterhalb von 80% der vereinbarten Liefermengen würde nach derzeitigem Vertragstext zu höheren Kosten pro Einheit führen. Um Kostensteigerungen für die Verbringung zu verhindern - auch im Hinblick auf eine weitere Reduzierung des Abfalls durch Recycling - muß von der verantwortlichen Stelle, dem Senat von Berlin, eine Vertragskorrektur herbeigeführt werden. Diese Möglichkeit besteht laut Vertragstext im Jahr 1984.

III.2.1.4 Das Müllverbrennungswerk Ruhleben

1970 wurde das Müllverbrennungswerk den Berliner Stadtreinigungs-Betrieben angegliedert. Vor 1970 wurde es als Regiebetrieb des Landes Berlin geführt. Die Durchsatzleistung (Menge des jährlich verbrannten Abfalls) der Müllverbrennungsanlage stieg von 1970 bis 1981 von 199000 t um 56% auf 309400 t, wobei der höchste Durchsatz bei 419000 t 1977 lag. Wegen der Fehleinschätzung des Abfallaufkommens in Berlin wurde in den Jahren 1980 und 1981 die Durchsatzleistung des Müllverbrennungswerkes zurückgefahren, um nicht unter die 80%-Marge der Liefermenge zu sinken. Seit 1982 geschieht dies jedoch nicht mehr. Der bei der Müllverbrennung produzierte Dampf wird zum größten Teil an fremde Firmen verkauft. Die Dampfproduktion stieg von 1970 bis 1981 von 302000 t um 95% auf 588000 t. Die Produktionsspitze lag 1979 bei 775000 t.

III.2.2 Die Straßenreinigung

Der Betriebsbereich Straßenreinigung hat die Aufgabe, das gesamte öffentliche Straßenland und das Straßenbegleitgrün zu reinigen, die Straßeneinläufe (Gullys) freizuhalten, Laub und Gartenabfälle einzusammeln und die Straßenpapierkörbe zu entleeren.

Der Umfang der Reinigungsleistung ist im wesentlichen durch zwei Faktoren bestimmt. Erstens durch die Länge des zu reinigenden Straßenlandes. Diese wird in berechneten Straßenfrontlängen ausgedrückt. Sie betrugen 1970 3820 km und stiegen bis 1981 um 12,6% auf 4301 km. Zweitens durch die Einteilung der Straßen in verschiedene Reinigungsklassen, durch welche die Reinigungshäufigkeit pro Straße und Woche festgesetzt wird. Diese Einteilung wird im Straßenreinigungsgesetz von Berlin festgesetzt. Die nachgefragte Reinigungsleistung, die sich aus den beiden oben genannten Faktoren ergibt, betrug 1981 1,16 Mio.km. Seit 1976 ist jedoch eine Stagnation festzustellen.

Zu Beginn der siebziger Jahre wurde die Handreinigung folgendermaßen organisiert. Vier Handreiniger und ein Vorarbeiter bildeten eine sogenannte Kolonne und hatten gemeinsam ein Gebiet zu fegen. Dieses System hatte den Nachteil, daß im allgemeinen die Laufleistung der Handreiniger deren Fegeleistung erheblich überstieg, da jeder Handreiniger auch die Fegelänge der anderen Kolonnenmitglieder als Laufleistung erbringen mußte. Somit wurde potentielle Leistungszeit in Laufzeit umgewandelt.

Das neue System, das bis heute gilt, teilt jedem Handreiniger ein festes Gebiet ("seine" Tour) zu. Die Fegeleistung beträgt 20 km pro Woche. Außerdem wurde den Handreinigern die Entleerung der Papierkörbe übertragen. Für je 5 Handreiniger ist ein Kraftfahrer mit einem Kehrichtsammelwagen zuständig, der sie täglich zu ihrer Tour fährt und wieder abholt. Somit ist im Gegensatz zu der alten Regelung im neuen System die Laufleistung

und die Fegeleistung nahezu identisch. Durch eine Untersuchung in einer ausgewählten Betriebsstelle wurde durch diese Umstellung eine Mehrleistung von 71% ermittelt. Die Umstellung begann versuchsweise 1973 und war 1975 weitestgehend abgeschlossen. 1976 führte die Umstellung zur Einführung des Gedingelohns für Handreiniger. Im Zusatztarifvertrag Nr.1 vom 4.11.1976 wurde die Leistung fixiert.

Die Übernahme der Reinigung des Straßenbegleitgrüns und der Straßenmittelstreifen im April 1974 führte zu einem Mehrbedarf von 170 Arbeitnehmern. Der Anteil Berlins am Gesamtaufwand der Straßenreinigung wurde damit von 30% auf 40% erhöht. Die Anzahl der zu reinigenden Gullys stieg von 65000 (1970) um 46% auf 94800 (1981) Stück, wobei die größten Zuwachsraten von 1970 bis 1974 zu verzeichnen waren.

Technische und organisatorische Änderungen fanden auch bei der maschinellen Straßenreinigung statt. Bis 1976 waren relativ viele verschiedene Fahrzeuge mit Beifahrer im Einsatz. Ab 1976 wurden nur noch selbstaufnehmende Kehrmaschinen und Spülwagen benutzt. Durch technische Umstellungen sind diese Fahrzeuge nur noch mit einem Kraftfahrer besetzt. 1981 wurde die gesamte Straßenreinigung zu 75% von Hand und zu 25% maschinell vorgenommen. Eine weitere Ausdehnung der maschinellen Reinigung - z.B. auf Gehwegen - ist an der begrenzten Belastbarkeit der gepflasterten Gehwege gescheitert und wird auch in den nächsten Jahren schwer veränderbar bleiben.

III.2.3 Die Sonderdienste

Die Aufgaben und Leistungen der Sonderdienste bestehen aus der Instandhaltung und Reinigung der Bedürfnisanstalten, der Sperrmüllabfuhr, der Marktreinigung, der Reinigung der Bundesautobahn/Stadtring und dem Winterdienst.

III.2.3.1 Die Reinigung der Bedürfnisanstalten

Von 1970 bis 1981 wurde die Anzahl der ortsfesten und der mobilen Bedürfnisanstalten von 303 Stück um 4% auf 291 Stück reduziert. Im gleichen Zeitraum wurden die in diesem Bereich beschäftigten Lohnempfänger um 7% auf 255 Beschäftigte abgebaut. Die überproportionale Verringerung des Personals ist auf eine Umstellung im Reinigungssystem zurückzuführen. Bis 1976 wurden einzelne Bedürfnisanstaltsreiniger eingesetzt. Seither arbeiten auf neuen Reinigungsfahrzeugen Kolonnen mit einem Kraftfahrer und drei Anstaltsreinigern. Pro Kolonne sind 10 bis 12 Vollanstalten zweimal täglich zu reinigen. Diese Leistung wurde erstmals im Zusatztarifvertrag der BSR zum BMT-G von 1976 als Gedinge festgeschrieben.

III.2.3.2 Die Sperrmüllabfuhr

In diesem Aufgabenbereich hat sich von 1970 bis 1975 viel geändert. Bis 1972 gab es nur eine entgeltliche Sperrmüllabfuhr mit 32 Beschäftigten und einer Abfuhrleistung von 37700 cbm. 1972 wurde die kostenlose Sperrmüllabfuhr eingeführt. Die Abfuhrleistung des an der Straße abgelagerten Sperrmülls stieg bereits 1973 sprunghaft auf 438000 cbm an. Dieses Volumen wurde mit 164 Beschäftigten der Sperrmüllabfuhr bewältigt. Die Art der Abfuhr machte jedoch erhebliche Nachreinigungsarbeiten erforderlich. Ende 1975 wurde deshalb die individuelle Abholung von Sperrmüll nach telefonischer Vereinbarung eingeführt. Das ging 1976 bei einem leichten Rückgang der Abfuhrleistung um 2% mit einer Personalreduzierung um 17% von 156 auf 130 Beschäftigte einher. Hiermit war eine erhebliche Leistungssteigerung pro Arbeitnehmer erzielt worden.

Von 1977 bis 1979 war das Sperrmüllaufkommen rückläufig. Von 1979 bis 1981 stieg die Nachfrage allerdings wieder um 17% auf 508000 cbm. Bewertet man die Entwicklung der Sperrmüllabfuhr

nach Gewicht, so handelt es sich seit 1979 um einen stagnierenden Bereich.

III.2.3.3 Die Marktreinigung

Die Anzahl der Markttage pro Jahr, an denen eine Marktreinigung durchgeführt wurde, stieg von 1970 bis 1981 von 4087 Tagen um 7,4% auf 4388 Tage. Hierbei wuchs jedoch der zu beseitigende Marktkehricht um 122% von 49400 cbm auf 109700 cbm an. Somit wurde die durchschnittliche Entsorgungsleistung pro Markttag von 12 cbm um 108% auf 25 cbm erhöht.

III.2.3.4 Die Reinigung der Bundesautobahn/Stadtring

Die Länge der zu reinigenden Autobahn stieg von 1977 bis 1981 von 49 km auf 68 km um 39%. Die Autobahnreinigung erfolgt in Kolonnen von 2 Kraftfahrern, 2 Warnposten und 5 Handreinigern. Pro Woche muß die Kolonne 35 km reinigen.

III.2.3.5 Der Straßenwinterdienst

Eine durchgängige Leistungsentwicklung läßt sich für den Winterdienst nicht darstellen, da die Nachfrage (der Einsatz) wetterabhängig und dadurch unberechenbar ist. Die Hauptaufgaben bestehen in den Schneepflugeinsätzen und der Ausbringung von Streugut. Das Minimum an Aufwand lag 1975 bei 17 km Schneepflugeinsatz und 5800 cbm ausgebrachtem Streugut. Der strenge Winter von 1979 machte hingegen 189000 km Schneepflugeinsatz und die Ausbringung von 38400 cbm Streugut notwendig. An diesen Zahlen ist zu erkennen, welche große Kapazitätsvorhaltung und welche Flexibilität in diesem Aufgabenbereich notwendig sind.

Durch die Einschränkung des Streusalzes und den verstärkten Einsatz von Granulat sind für die BSR einige Nachteile

entstanden. Das Hauptproblem liegt bei der sehr aufwendigen Beseitigung. Die Straßenreinigung hat nicht nur das vom eigenen Winterdienst ausgebrachte Granulat zu beseitigen, sondern auch die großen Mengen, welche von Privatfirmen ausgebracht wurden. Da die Privatfirmen für die Beseitigung des Streuguts nicht aufkommen müssen, findet hier eine einseitige Belastung eines öffentlichen Unternehmens statt. Die Straßenreinigung hat z.B. im Frühjahr 1982 ca. 15000 cbm Granulat von Privatfirmen eingesammelt.

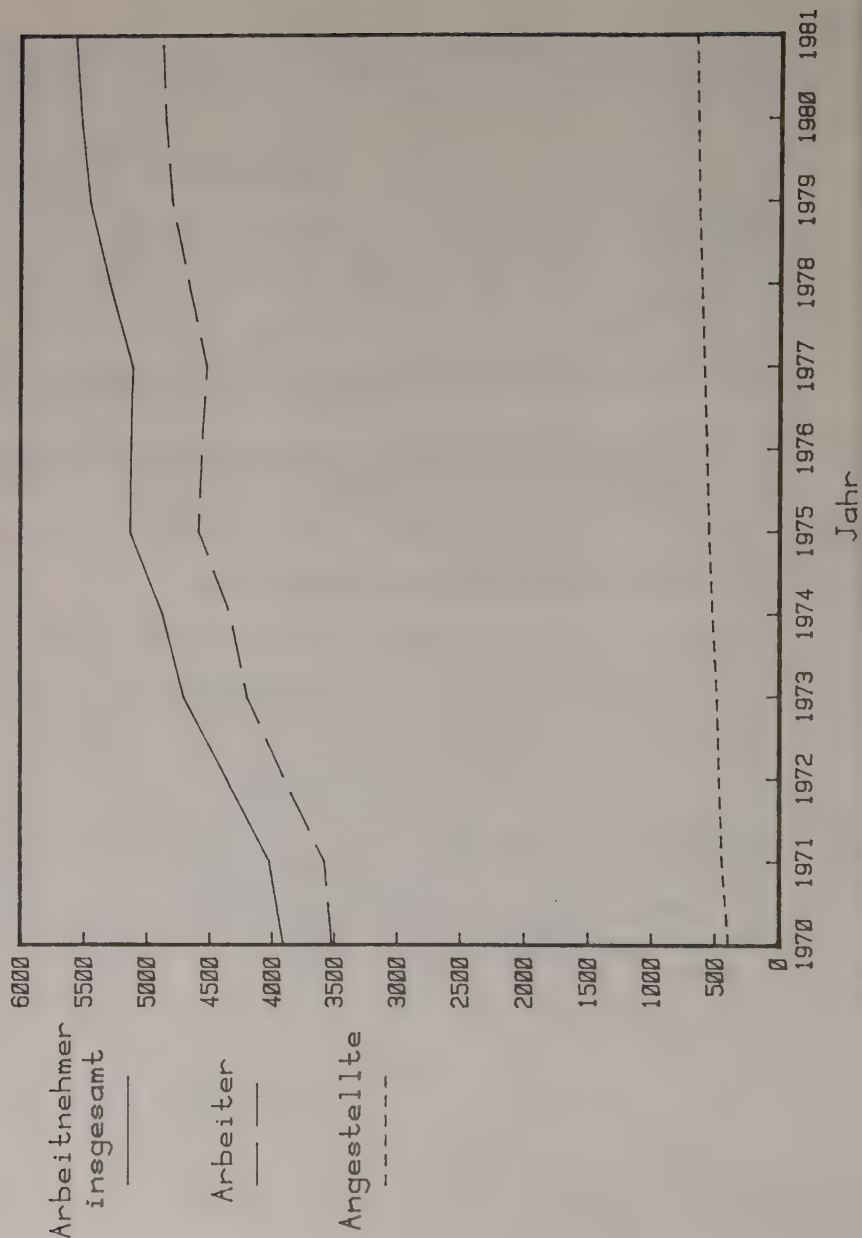
III.3 Die Beschäftigten der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe

In diesem Kapitel wird sowohl auf die allgemeine und detaillierte Personalentwicklung eingegangen wie auch auf die Arbeitsbedingungen und verschiedenen Sozialdaten.

III.3.1 Die allgemeine Personalentwicklung

Von 1970 bis 1981 ist die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer bei den BSR von 3910 um 42,6% auf 5575 gestiegen. Diese Entwicklung geht auf einen Anstieg der Arbeiter von 3519 (1970) um 38,9% auf 4888 und einen Anstieg der Angestellten von 381 auf 643, um 68,8%, zurück. Darüber hinaus waren Ende 1981 noch 5 Beamte und 26 Auszubildende beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten lag 1981 bei 7,1%. Der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer betrug von 1970 bis 1981 immer ca. 5%. Der Anteil der schwerbehinderten Arbeitnehmer stieg von 1978 bis 1981 von 4,4% auf 5,3%.

ARBEITNEHMER BEI DEN BSR 1970 bis 1981



III.3.2 Die Personalentwicklung in den drei Hauptbereichen

III.3.2.1 Die Abfallbeseitigung

Die Anzahl der Arbeiter ist von 1970 bis 1981 von 1797 um 44,8% auf 2602 gestiegen. Betrachtet man die Entwicklung der Anzahl der Arbeiter getrennt nach den Bereichen "Einsammeln und Transport" und "Beseitigungsanlagen", so ergibt sich folgendes Bild: Von 1970 bis 1981 stieg die Anzahl der Arbeiter im Bereich "Einsammeln und Transport" von 1612 Arbeitern um 22,8% auf 1980 Arbeiter (ab 1981 sind hierin auch die Arbeiter der Sperrmüllabfuhr enthalten). Im Bereich "Beseitigungsanlagen" stieg die Zahl der Arbeiter im gleichen Zeitraum um 236% von 185 auf 622 an. Bleibt noch anzumerken, daß die Zahl der Arbeiter bei der Abfalleinsammlung von 1976 bis 1980 sogar um 8% zurückging. Die dargestellte Personalentwicklung geht - wie weiter oben gezeigt - auf Leistungssteigerungen bei der Abfalleinsammlung, den Bau der Umladestationen und den Ferntransport in die DDR zurück.

III.3.2.2 Die Straßenreinigung

Die Anzahl der Arbeiter bei der Straßenreinigung ist von 1970 bis 1981 von 1322 auf 1917 Arbeiter um 45% gestiegen. Von 1976 bis 1981 betrug der Zuwachs jedoch nur 10%. Diese Entwicklung ist die Folge der Leistungssteigerungen bei der Straßenreinigung und der Übernahme der Reinigung des Straßenbegleitgrüns und der Straßenmittelstreifen.

III.3.2.3 Die Sonderdienste

Hier stieg die Zahl der Arbeiter von 400 (1970) um 37% auf 549 (1980). Dies geht auf Leistungsausdehnungen der Sperrmüllabfuhr, der Marktreinigung und der Reinigung der Autobahn zurück.

III.3.3 Arbeitsbedingungen und ausgewählte Sozialdaten

III.3.3.1 Allgemeine Vorbemerkung

In vielen Tätigkeitsfeldern der Arbeiter bei den BSR (z.B. Müllabfuhr, Sperrmüllabfuhr, Marktreinigung etc.) kann davon ausgegangen werden, daß es sich um schwere körperliche Arbeit handelt. Sowohl im Bereich der Abfallbeseitigung als auch bei der Straßenreinigung und den Sonderdiensten handelt es sich darüberhinaus um Arbeiten, die das ganze Jahr über außerhalb geschlossener Räume ausgeführt werden (d.h. bei jedem Wetter). Belastungen sind bei allen Arbeitern der Abfallbeseitigung der ekelerregende Geruch und bei den Arbeitern der Straßenreinigung die bei trockener Witterung starke Staubeentwicklung. Bei den Angestellten der BSR haben sich die Arbeitsbedingungen durch die Einführung von EDV-Anlagen stark geändert. Die Arbeit an den Bildschirmgeräten z.B. ist anerkanntermaßen mit großen Belastungen verbunden. Die in den nächsten Jahren geplante weitergehende Umstellung auf Computeranlagen, Textverarbeitungsgeräte etc. wird diesen Prozeß der Produktivkraftsteigerung und der Intensivierung der Arbeit fortsetzen.

III.3.3.2 Tarifliche Leistungsvorgaben ausgewählter Berufsgruppen

Im Zusatztarifvertrag der BSR Nr.1 zum BMT-G sind folgende Leistungen vereinbart:

- Bereich Müllabfuhr:

Die Fahrzeuge zur Entleerung der 110l-Gefäße sind mit einem Kraftfahrer und vier Müllwerkern besetzt. Pro Müllwerker und Woche ist eine effektive Leistung von 72 bis 75 cbm zu erbringen. Die Fahrzeuge zur Entleerung der 1,1cbm-Rollenbehälter sind mit einem Kraftfahrer und zwei

Müllwerkern besetzt. Bei einer Fahrleistung von 600 km ist pro Fahrzeug und Woche eine Entleerung von 600 Behältern zu erbringen.

- Bereich Straßenreinigung:

Die wöchentliche durchschnittliche Fegeleistung beträgt pro Handreiniger 20000m Kantenlänge.

- Reinigung der Bedürfnisanstalten:

Die Kolonne besteht aus vier Anstaltsreinigern, wovon einer das Kraftfahrzeug fährt. Die tägliche Leistung der Kolonne besteht aus dem zweimaligen Reinigen von 12 Vollanstalten/Sanitärcontainern.

III.3.3.3 Die Arbeitszeiten

Betrug 1970 die wöchentliche Arbeitszeit noch 43 Stunden und bis zum 1.10.1974 noch 42 Stunden, so wurde danach die 40-Stunden-Woche eingeführt. Bei der Mülleinsammlung gibt es keine Schichtarbeit. Das Müllverbrennungswerk wird jedoch im 3-Schichtbetrieb gefahren; auf den Umladestationen wird im 2-Schichtbetrieb gearbeitet. Bei der Straßenreinigung findet sowohl 2-Schichtbetrieb als auch Wochenendarbeit statt. Dies ist bei der Reinigungsklasse 1 (7 Reinigungen pro Woche) und der Cityreinigung notwendig. Im Bereich der Sonderdienste findet bei der Reinigung der Bedürfnisanstalten der 2-Schichtbetrieb Anwendung. Beim Straßenwinterdienst ist in den Wintermonaten eine Rufbereitschaft notwendig.

III.3.3.4 Der Arbeitsschutz

Bei den BSR gibt es zur Gewährleistung und Verbesserung des Arbeitsschutzes ein Referat für Arbeitssicherheit. Hier sind vier Fachkräfte für Arbeitssicherheit beschäftigt.

Für alle Beschäftigten wird eine ausreichende Sicherheitskleidung zur Verfügung gestellt. Dies ist vor allem für die Arbeitnehmer in den Außenbetrieben von großer Bedeutung. Z.B. werden den Müllwerkern und Handreinigern in Warnschutzfarbe eine Latzhose, eine Jacke, eine Bluse, ein Unterhemd, eine Regenschutzjacke, eine Kälteschutzjacke und eine Sommer- und Wintermütze zur Verfügung gestellt. Außerdem erhalten sie Sicherheitsschnürstiefel. Derartige - gesetzlich vorgeschriebene - Sicherheitskleidung ist in der Regel bei Beschäftigten von privaten Müllabfuhrunternehmen nicht vorzufinden.

Das Referat des betriebsärztlichen Dienstes nimmt regelmäßige Untersuchungen der Beschäftigten vor. Außerdem werden Arbeitnehmer an besonders gefährdeten Arbeitsplätzen beobachtet. Nicht vertretbare Beeinträchtigungen der Gesundheit sollen beseitigt werden:

III.3.3.5 Krankenstandsquote und Arbeitsunfälle

Verständlicherweise ist die durchschnittliche Krankenstandsquote bei den Arbeitern höher als bei den Angestellten, da die Arbeiter zum größten Teil bei jedem Wetter außerhalb geschlossener Räume arbeiten. So schwankt die Krankenstandsquote bei den Arbeitern von 1970 bis 1981 zwischen 8,1% und 9,5%. Bei den Angestellten schwankt dieser Wert zwischen 5,2% und 7,7%, allerdings in den letzten Jahren mit ansteigender Tendenz. Der relativ hohe Krankenstand bei den Arbeitern ist stark von der Altersstruktur geprägt. Das Durchschnittsalter aller Arbeiter beträgt 1981 40,2 Jahre.

Bei den Arbeitsunfällen liegt der Schwerpunkt in den Außenbetrieben und dort wiederum bei den Arbeitern. 1981 ereigneten sich bei den BSR 547 meldepflichtige Arbeitsunfälle. Hiervon waren die Arbeiter zu 97% betroffen, während auf die Angestellten 3% der Unfälle entfielen. Die Unfallschwerpunkte

lagen bei der Müllabfuhr beim Transport und Umgang mit Müllgefäßen und bei der Straßenreinigung beim Ein- und Aussteigen am Kehrrechtsammelfahrzeug. Berechnet man die Ausfalltage pro Beschäftigten, so ist von 1970 bis 1981 eine rückläufige Tendenz zu beobachten. Berechnet man die meldepflichtigen Unfälle pro 1000 Arbeitnehmer, so ergibt sich für 1979 und 1980 eine 1000-Mann-Quote von 108 Unfällen und für 1981 von 98 Unfällen. Eine Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung weist für den Bereich Müllabfuhr bei Stadtreinigungsunternehmen in der Bundesrepublik eine 1000-Mann-Quote von 160 bis 200 Unfällen aus.

III.3.3.6 Fluktuationsquote und Durchschnittsalter

Die Fluktuation ergibt sich aus der Gesamtbeschäftigtenzahl und den jährlichen Abgängen. Die Abgangsgründe gliedern sich in Ruhestand, Berufsunfähigkeit, auf eigenen Wunsch, Kündigungen durch die BSR und Tod. Die gesamten Abgänge lagen seit 1977 immer unter 200 Beschäftigten, wobei 1981 nur 1/4 der Abgänge auf eigenen Wunsch zurückzuführen waren. 1980 und 1981 lag die Fluktuationsquote lediglich bei 3,4%. Diese Entwicklung hat sich erheblich auf das Durchschnittsalter der BSR-Beschäftigten ausgewirkt. Es ist von 1970 bis 1981 von 38,8 Jahren auf 40,6 Jahre gestiegen. Dieser Durchschnitt kommt 1981 folgendermaßen zustande: Arbeiter der Abfallbeseitigung 41,7 Jahre, der Straßenreinigung 38,1 Jahre, der Sonderdienste 40,2 Jahre und Angestellte mit 43,3 Jahren. Das Durchschnittsalter bei den BSR-Beschäftigten ist erstaunlich hoch. Setzt sich dieser Trend in den nächsten Jahren fort, so könnte dies zu erheblichen Problemen bei der Leistungserstellung führen.

III.4 Die BSR in Mark und Pfennig

In diesem Kapitel wird zunächst auf die Entwicklung der Ertrags- und Aufwandsstruktur und der Bilanzstruktur eingegangen. Danach erfolgt eine genauere Betrachtung der Erträge und Kosten der Bereiche Straßenreinigung, Sonderdienste und zuletzt der Abfallbeseitigung.

III.4.1 Die Ertragsstruktur

Von 1970 bis 1981 stieg der Gesamtertrag von 135,2 Mio.DM um 188% auf 389,9 Mio.DM. Dies ist auf Wachstumsraten von über 100% in den Jahren 1972 bis 1977 zurückzuführen. Ab 1977 stieg der Ertrag nur noch um 8,8% an. Da die Umsatzerlöse immer mindestens 96% der Gesamterträge ausmachten, läßt sich die Entwicklung der siebziger Jahre leicht erklären.

Da bis 1975/76 fast alle Bereiche der BSR noch expandierten und der Betrieb in den Jahren 1973, 1974, 1976 und 1977 die Preise erhöhte, erklärt sich der hohe Ertragszuwachs in den Jahren 1972 bis 1977. Da zum Ende der siebziger Jahre die Nachfrage in fast allen Bereichen der BSR stagnierte und zwischen dem 1.1.1977 und dem 1.4.1982 keine Preiserhöhung stattfand, wird auch die schwache Ertragsentwicklung ab 1977 verständlich.

Untersucht man die Preis- bzw. Tarifentwicklung und vergleicht sie mit den Preissteigerungen der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten, so ergibt sich folgendes Bild. Von 1970 bis März 1982 sind die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten um 76,8 Indexpunkte gestiegen. Die Preise bzw. die Tarife der BSR sind im selben Zeitraum um 76,6 Indexpunkte angewachsen. Das heißt, die Preisentwicklung der BSR lief in den siebziger Jahren im Durchschnitt absolut parallel mit der Preisentwicklung bei den Lebenshaltungskosten.

III.4.2 Die Aufwandsstruktur

Der Gesamtaufwand der BSR ist von 1970 bis 1981 von 125,9 Mio. DM um 251% auf 442,3 Mio. DM angewachsen und liegt damit erheblich über dem Wachstum der Erträge. Dieses Wachstum ist Resultat einer Steigerung der Personalkosten um 233%, der Abschreibungen um 270%, der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um 259% und der sonstigen Aufwendungen um 1104%. Hierbei fällt auf, daß die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe von 1970 bis 1976 um 24% ansteigen, während der Zuwachs von 1976 bis 1981 189% beträgt. Dagegen steigen die Personalkosten von 1970 bis 1976 um 137% und von 1976 bis 1981 nur noch um 40%. Auf die Ursachen dieser Entwicklung werden wir bei der Betrachtung der Kosten für die Abfallbeseitigung zurückkommen.

Zunächst ist festzuhalten, daß die Steigerungsraten der Personalkosten unter denen der übrigen Aufwandsposten liegen. Die weit überdurchschnittlichen Steigerungsraten bei den sonstigen Aufwendungen sind auf eine Ausdehnung bei der Vergabe von Fremdleistungen zurückzuführen. Da es sich hierbei um viele Einzelposten handelt (Summe 1981: 25 Mio. DM) ist zu überprüfen, welche Arbeiten in Zukunft wieder von den BSR ausgeführt werden können.

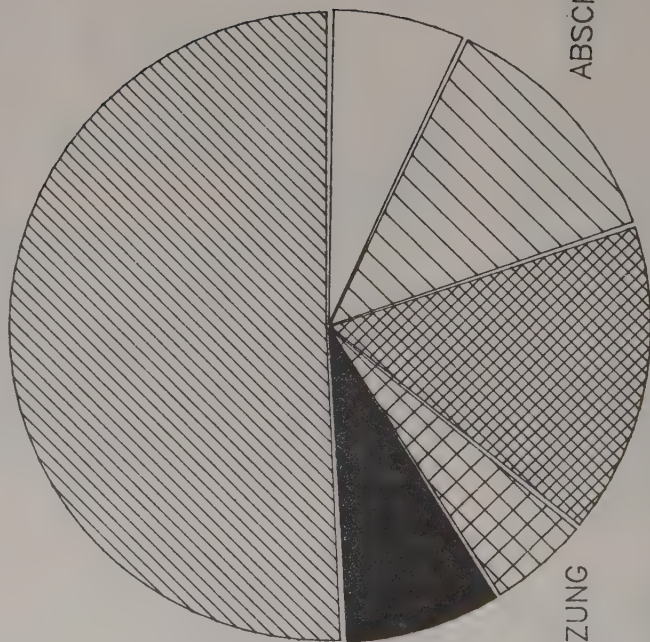
Zur Entwicklung von Gesamtaufwand und Gesamtertrag sei jedoch noch folgendes angemerkt. Addiert man von 1970 bis 1981 alle Gewinne und zieht davon die Verluste der Jahre '75, '79, '80 und '81 ab, so bleibt ein Gesamtverlust von 23 Mio. DM. Dieser Verlust muß nach dem Eigenbetriebsgesetz auf neue Rechnung vorgetragen und in den nächsten Jahren erwirtschaftet werden, da eine Verlustzuweisung des Landeshaushaltes nicht vorgesehen ist.

Die Aufwendungen des Betriebes müssen prinzipiell durch eine jährliche Preisgestaltung auf kostendeckende Erträge ausgeglichen werden. Unabhängig hiervon ist die Aufwands- und Ertragsstruktur

AUFWANDSSTRUKTUR DER BSR 1981

GESAMTAUFWAND: 442,3 MIO. DM

LÖHNE UND GEHÄLTER



GESETZL. SOZIALABGABEN

SONSTIGE AUFWENDUNGEN

ALTERSVERS./UNTERSTÜTZUNG

ABSCHREIBUNGEN

ROH-/HILFS-/BETRIEBSSTOFFE

der BSR an drei zentralen Punkten zu kritisieren. Erstens sind die politischen Kosten der Abfallbeseitigung, die durch den vom Land Berlin abgeschlossenen Langfristvertrag mit der DDR entstanden sind, nicht allein von den Kunden der BSR zu finanzieren, da sie durch den geographisch-politischen Standortnachteil verursacht sind. Zweitens widersprechen verdeckte Subventionen an Fremdanlieferer dem Kostenverursachungsprinzip. Drittens stehen Preisgeschenke an ausgewählte Dampfkunden einem wirtschaftlichen Betrieb des Müllverbrennungswerkes entgegen.

III.4.3 Die Bilanzstruktur

In der Bilanz der BSR spiegelt sich die technische und organisatorische Neustrukturierung der Abfallbeseitigung wider. Der Bau der Umladestationen und die Fahrzeugbeschaffung für den Ferntransport der Abfälle in die DDR läßt den Posten des Anlagevermögens in der Zeit von 1975 bis 1978 um 86% auf 499 Mio.DM sprunghaft ansteigen. Die Investitionen, die in Verbindung mit dem Langfristvertrag notwendig wurden, haben sich mit weit mehr als 200 Mio.DM in den Sachanlagen niedergeschlagen. Soweit zur Mittelverwendung.

Die hierfür erforderlichen Mittel wurden teilweise durch Kapitalzuführungen des Landes Berlin zur Erhöhung des Stammkapitals der BSR aufgebracht, welches von 1975 bis 1977 von 155 Mio.DM auf 300 Mio.DM aufgestockt wurde. Zusätzlich wurden Kapitalzuführungen zur Einstellung in die offenen Rücklagen durch das Land Berlin vorgenommen, so daß in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nur eine geringe Neuverschuldung der BSR notwendig war. Die enormen Investitionen führten aber zu einem starken Anstieg der jährlichen Aufwendungen, worauf im folgenden eingegangen wird.

III.4.4 Kosten und Erträge der Sonderdienste

Die jährlichen Kosten für die Sonderdienste werden mit Ausnahme der Marktreinigung vom Land Berlin erstattet, da es sich ausschließlich um öffentliche Aufgaben handelt (Bedürfnisanstalten, Winterdienst, Sperrmüll, Autobahnreinigung und sonst.). Die Marktreinigung wird von den Bezirksämtern erstattet, die wiederum Standgebühren erheben.

Bei den Sonderdiensten hat es relativ wenig Sinn, auf die gesamte Aufwandsentwicklung einzugehen, da die unterschiedlichsten Faktoren eine Rolle spielen. So hängen z.B. die Kosten des Winterdienstes vom Wetter ab, die Kosten der Sperrmüllabfuhr von den gesetzlichen Regelungen etc. Jedoch kann ein Einblick in die Aufwandsgrößen von 1981 näheren Aufschluß geben.

Die Aufwendungen für die Instandhaltung und die Reinigung der öffentlichen Bedürfnisanstalten haben 1981 20,6 Mio.DM betragen. Der Kostenanteil des Landes Berlin betrug 19,9 Mio.DM. 0,7 Mio.DM waren Resultat sonstiger Erträge und Entgelte Dritter. Die Kosten der Sperrmüllabfuhr, die ebenfalls vom Land Berlin zu erstatten sind, betrugen in diesem Jahr 15,2 Mio.DM. Bei der Kostenentwicklung der Sperrmüllabfuhr schlagen die Beseitigungskosten des Sperrmülls überproportional zu Buche. Die Kosten des Winterdienstes haben 1981 15,2 Mio.DM betragen. Im strengen Winter von 1979 lag der Aufwand bei 26,7 Mio.DM. In diesem Bereich gibt es wegen der Witterungsabhängigkeit die größten Aufwandsschwankungen. Der Aufwand für die Reinigung der Bundesautobahn, die Beseitigung von Unrat und Straßenverunreinigungen und die sonstigen Sonderdienste haben das Land Berlin 1981 mit 3,8 Mio.DM belastet. Der Aufwand der Marktreinigung - der zu Lasten der Bezirksämter geht - betrug 1981 1,4 Mio.DM.

III.4.5 Kosten und Erträge der Straßenreinigung

Die Erträge der Straßenreinigung setzten sich von 1970 bis 1974 aus 30% Erstattungsbeträgen des Landes Berlin und aus 70% Erträgen der Anlieger zusammen. Durch die Übernahme der Reinigung des Straßenbegleitgrüns und der Straßenmittelstreifen durch die Straßenreinigung erhöhte sich ab 1974 der Erstattungsbetrag Berlins auf 40% der Kosten. Die Ertragsentwicklung der Straßenreinigung verlief ähnlich der Gesamtentwicklung der BSR. Bis 1977 konnten aufgrund der Leistungsausdehnung und der Tarifierhöhungen die Erträge von 37,6 Mio.DM um 210% auf 116,7 Mio.DM erhöht werden. Von 1977 bis 1981 war durch die stagnierende Entwicklung nur noch ein Zuwachs um 10% zu erreichen.

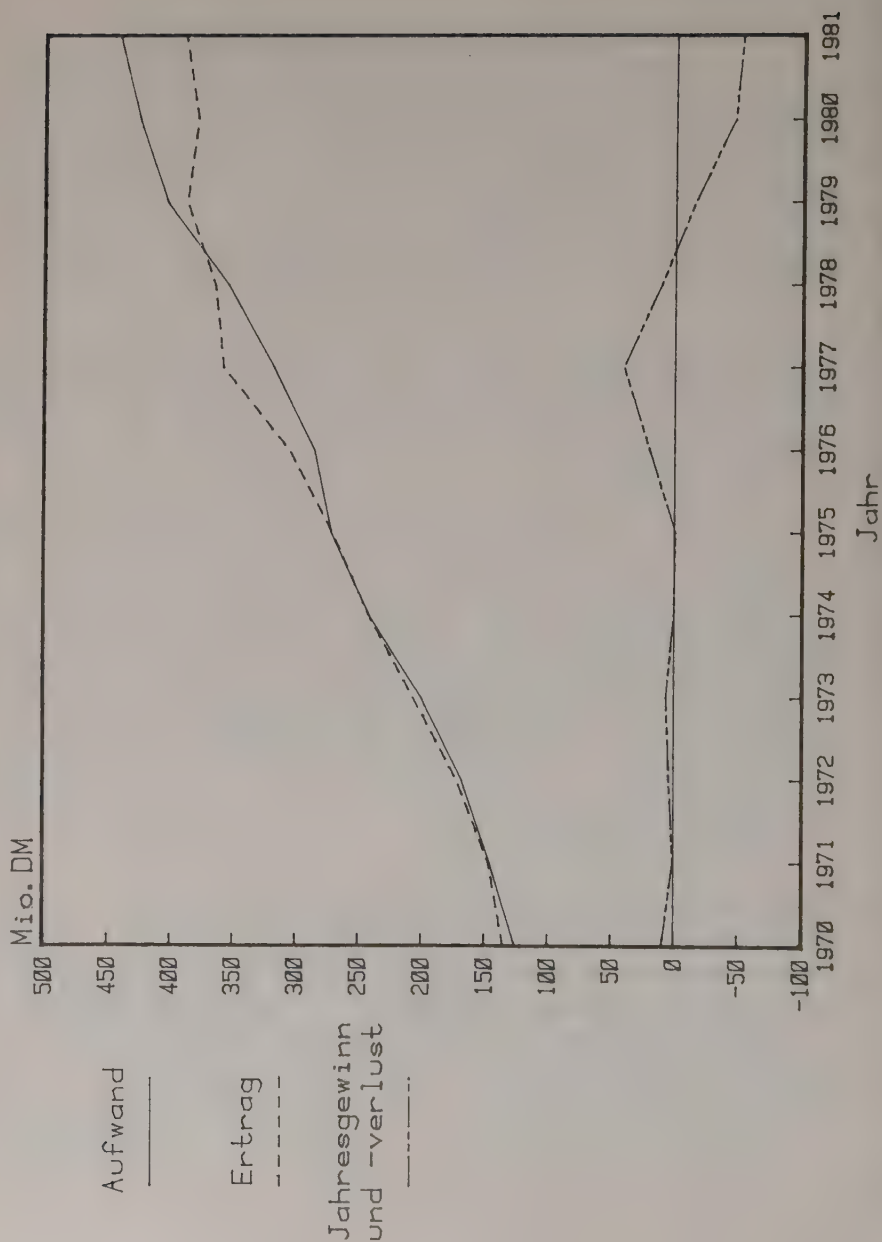
Die Aufwandssteigerung der Straßenreinigung von 1970 bis 1977 war geringer als die Ertragssteigerung: 193%. Jedoch stieg der Aufwand von 1977 bis 1981 um 42% und übertraf damit deutlich die Ertragsentwicklung in diesem Zeitraum. Somit wurde das Betriebsergebnis in den Jahren 1979, 1980 und 1981 defizitär. Maßgeblich für diese negative Entwicklung ab 1977 ist unter anderem die enorme Verteuerung der Abfallbeseitigung. Die Straßenreinigung wird intern mit den Kosten der Kehrichtverbringung belastet. Dieser Punkt wird im nächsten Abschnitt behandelt.

III.4.6 Kosten und Erträge der Abfallbeseitigung

Der Bereich der Abfallbeseitigung wird kostenmäßig zunächst ohne Müllverbrennungswerk dargestellt, da es sich hierbei um ein Sonderproblem handelt. An dieser Stelle ist insbesondere auf die Kostenentwicklung für die Abfallbeseitigung einzugehen. Hierunter fallen die Kosten für den Betrieb der Deponien in Berlin (West), den Betrieb der Umladestationen, den Ferntransport in die DDR und die Schüttgebühren für die Abfalldeponierung in

AUFWAND UND ERTRAG DER BSR

BSR -120-



der DDR.

1970, als noch aller Abfall innerhalb von Berlin (West) verbracht werden konnte, betrugen die Beseitigungskosten 4,5 Mio.DM. Bis 1976 stiegen die Kosten auf 15,6 Mio.DM. Hierin waren bereits Deponierungskosten für die Deponie Groß-Ziethen (DDR) von 8 Mio. DM enthalten, jedoch noch keine Aufwendungen für die Umladestationen und den Ferntransport nach Vorbetzin und Schöneiche in der DDR. Dies begann 1977, so daß die Abfallbeseitigungskosten 1981 92,9 Mio.DM betrugen. Von 1970 bis 1981 hatten sich die Abfallbeseitigungskosten damit verzwanzigfacht bzw. um 164 % erhöht.

Diese explosionsartige Kostensteigerung ist Resultat der politischen Entscheidungen des Senats von Berlin, den Abfall in die DDR zu verbringen. Der Abschluß des Langfristvertrages zwischen der DDR und dem Land Berlin, vertreten durch die Berlin-Consult GmbH, hat für die BSR Folgen: den Bau von drei Umladestationen, den Ferntransport in die DDR, hohe Schüttgebühren an die DDR und eine Blockierung der Müllverwertung durch völlige Fehleinschätzungen des Abfallaufkommens. Hierdurch entstanden 1981 folgende Kosten: Betrieb der drei Umladestationen und Abfalltransport in die DDR = 54,6 Mio.DM, Schüttgebühren an die DDR = 33,7 Mio.DM (incl. Verbrennungsrückstände) und die Betreuung der letzten Deponien in Berlin (West) = 4,6 Mio.DM. Der besondere Standort Berlin führt also in Verbindung mit dem Langfristvertrag zu Beseitigungskosten, die weit über den Kosten vergleichbarer Großstädte in der Bundesrepublik liegen. Im Durchschnitt lagen die Beseitigungskosten für feste Siedlungsabfälle in die DDR 1980 bei 80 DM je Tonne, während z.B. Hamburg Deponierungskosten von 16 DM pro Tonne hatte. In Berlin sind den BSR für die Umladestationen, die Schüttgebühren, den Ferntransport in die DDR und den Betrieb der Deponien in Berlin (West) von 1978 bis 1981 Kosten in Höhe von 295 Mio.DM entstanden. Haben sie 1978 noch 54,1 Mio.DM betragen, so waren

sie 1981 um 72 Prozent auf 92,9 Mio.DM gestiegen.

Aufwand in Mio.DM	1978	1979	1980	1981
Umladestation,	46.7	58.9	77.9	88.3
Schüttgebühr,				
Ferntransport				
Betrieb der Deponien	7.4	6.0	5.0	4.6
in Berlin (West)				
Müllverbrennungswerk	31.8	32.9	33.1	30.7
Beseitigung insg.	95.9	97.8	116.0	123.6

Darüber hinaus ist es unverständlich, weshalb die BSR ihre eigene Konkurrenz subventionieren muß. Bei Selbstkosten von 85,40 DM (1981) beträgt der Preis für eine von privaten Firmen angelieferte Tonne Normalabfall 44 DM. Auf diesem Weg hat die BSR ihre private Konkurrenz von 1978 bis 1981 mit ca. 56,6 Mio.DM subventioniert.

Subventionen an	1978	1979	1980	1981
private Abfallan-				
lieferer in Mio.DM	16.2	12.4	12.9	16.2

Berechnung: Anliefermengen in Tonnen (ohne Sonderabfall) multipliziert mit den Selbstkosten der Deponierung in die DDR abzüglich der Abladeentgelte an die BSR.

Nun zum Müllverbrennungswerk. Wie bereits weiter oben erwähnt, wurde das Müllverbrennungswerk 1970 in die BSR eingegliedert. Die Bedingungen für die Übernahme waren folgendermaßen: Das Land Berlin übernahm den nicht gedeckten Aufwand. Bis 1976 blieb dies auch gewährleistet. Von 1977 bis 1979 wurde der Erlösanteil für den nicht gedeckten Aufwand auf 25% reduziert und danach völlig

gestrichen. Betrug 1976 noch der Anteil Berlins 28,4 Mio.DM, so wird ab 1980 der Aufwand (in diesem Jahr 30,6 Mio.DM) in vollem Umfang von den BSR getragen.

Die Erlöse, die zum größten Teil aus verkauftem Dampf resultieren, sind von 1970 bis 1976 von 0,7 Mio.DM auf 2,2 Mio.DM gewachsen. Von 1976 bis 1981 haben sie sich mehr als verdoppelt und betrugen zuletzt 4,9 Mio.DM. Dadurch entstand 1981 ein nicht gedeckter Aufwand von 25,8 Mio.DM, der das Betriebsergebnis stark negativ beeinflußt hat.

Die geringen Umsatzerlöse aus dem Dampfverkauf sind allerdings Resultat der Preispolitik für ausgewählte Kunden. So wurde z.B. 1981 der meiste Dampf an drei Firmen verkauft. Während der marktübliche Preis pro Tonne bei ca. 30 DM lag, wurde der größte Teil des Dampfes für 8 bis 9 DM veräußert. Dadurch entstand eine rechnerische Subventionierung der Konkurrenz in Höhe von 9,7 Mio.DM. Seit 1974 wurden sogar Umsatzerlöse von über 40 Mio.DM an die Kunden verschenkt.

Zusammenfassend kann folgendes festgehalten werden:

Durch den Abschluß des Langfristvertrages sind die Abfallbeseitigungskosten der BSR explosionsartig gestiegen. Da der Eigenbetrieb seine Preise vom 1.1.1977 bis 1.4.1982 nicht erhöht hat, gleichzeitig seine eigene Konkurrenz mit 57 Mio.DM subventionieren mußte und durch zu billige Dampfpreise seit 1974 weitere 40 Mio.DM verschenkt werden mußten, ist ein defizitäres Betriebsergebnis nicht verwunderlich. Wäre es nicht zu derartigen Fehlentwicklungen gekommen, die vorwiegend von der aufsichtführenden Behörde oder dem Senat zu vertreten sind, so würden die BSR heute noch kostendeckende Betriebsergebnisse erzielen können, ohne seit 1977 auch nur einmal die Preise angehoben zu haben.

III.5 Die Perspektiven der BSR

Um für die BSR eine Perspektive auf eine tragfähige Basis zu stellen, sind drei Voraussetzungen zu schaffen.

- 1.) Der Senat von Berlin muß durch Verhandlungen mit der DDR, die 1984 möglich sind, eine Mengenkorrektur des Langfristvertrages erreichen. Bei neu auszuhandelnden Mengen sind die abfallwirtschaftlichen Aktivitäten und deren Perspektiven zu berücksichtigen; d.h. die bisher vereinbarte Menge muß mehr als halbiert werden. Diese Korrektur darf nicht zu finanziellen Mehrbelastungen des Betriebes BSR führen.
- 2.) Der Abschluß des Langfristvertrages mit der DDR hat die Abfallbeseitigungskosten in Berlin aufgrund der geographisch-politischen Lage auf ein Niveau anwachsen lassen, das erheblich über dem vergleichbarer Ballungsgebiete in der Bundesrepublik liegt. Dieser Standortnachteil sollte den BSR ausgeglichen werden.
- 3.) Alle Preise und Tarife der BSR sollten auf ein kostendeckendes Niveau angehoben werden. Dies gilt vordringlich für die Abladeentgelte für private Abfallbeseitigungsunternehmen mit einer Kostendeckung von 48% im Jahr 1981 und für die Dampfpreise, die für den größten Abnehmer nahezu verdreifacht (1981) werden könnten.

Würden diese drei Voraussetzungen erfüllt, so wären zumindest die größten wirtschaftlichen Probleme der BSR gelöst. Verbleibt eine stagnierende bzw. sinkende Nachfrage nach traditionellen Leistungen dieses Stadtreinigungsbetriebes.

Gestiegenes Umweltbewußtsein und neue Techniken in der Abfallwirtschaft deuten jedoch auf neue Tätigkeitsfelder hin.

Aus diesem Grunde befaßt sich seit ca. 2 Jahren eine Arbeitsgruppe beim Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz mit der Ausarbeitung eines Abfallwirtschaftsprogramms für Berlin. Aus dem Schlußbericht vom Sommer 1983 gehen vielschichtige Vorschläge für Strategien zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung hervor. Die folgenden Vorschläge sollen Möglichkeiten für volkswirtschaftlich und umweltpolitisch sinnvolle neue Tätigkeitsfelder für die BSR darstellen. Sie stehen im Einklang mit den Grundaussagen des Abfallwirtschaftsprogramms von Berlin.

III.5.1 Die neuen Aufgaben der BSR

Die Perspektiven der BSR könnten aus einer getrennten flächendeckenden und bürgernahen Sammlung von Altpapier und Altglas im Bereich der Abfalleinsammlung von Haushaltsabfällen und haushaltsähnlichen Abfällen, dem Bau und Betrieb einer Glashütte und einer Altpapierverwertungsanlage, der Kompostierung von Schlachtabfällen, tierischen Exkrementen und Laub, der Sammlung und Zerkleinerung von Altreifen, der aktiven Mitarbeit bei der Entwicklung und Installierung von Pilotprojekten zum Energierecycling und einem Versuch zur getrennten Erfassung von Kunststoffabfällen bestehen.

III.5.1.1 Sammlung und Verwertung von Altglas

Eine flächendeckende und bürgernahe Sammlung von Altglas könnte von den BSR folgendermaßen bewerkstelligt werden. Sammelbehälter für Altglas könnten direkt auf den Standplätzen der Hausmüllgefäße aufgestellt werden. In Wohngebieten mit geringerer Bevölkerungsdichte könnten kleine Wohneinheiten zusammengefaßt werden und mit entsprechendem Sammelgefäßen bedient werden. Dies hätte gegenüber der bisherigen Sammlung von Altglas in Straßenbehältern den Vorteil, daß die Altglasgefäße so dicht als möglich an die privaten Haushalte "herangeführt" würden

und damit das vorhandene Volumen optimal abgeschöpft werden könnte. Es existiert ein nicht abgeschöpftes Volumen von ca. 65 000 t pro Jahr. Durch die von den BSR erfaßten Mengen könnten die vorhandenen Abfallgefäße koordiniert reduziert werden. Derartige getrennte Sammlungen von Altglas sind in anderen Städten bereits erfolgreich erprobt worden (z.B. Frankfurt-Oberrad). Im Herbst 1982 hat der Verwaltungsrat der BSR beschlossen, einen Versuch zur getrennten Sammlung von Altglas und Altpapier direkt auf den Hausmüllstandorten durchzuführen. Der Versuch lief von Januar bis Juni 1983 und war erfolgreich. Der Verwaltungsrat hat daraufhin eine Ausdehnung der Sammlung auf ganz Berlin (West) beschlossen. Die Geschäftsleitung muß jedoch nachweisen, daß dieser Bereich kostendeckend arbeitet.

Da innerhalb von Berlin (West) keine Glashütte existiert, wird bisher alles Altglas in die Bundesrepublik transportiert. Bei einer optimalen Abschöpfung der Altglasanteile aus dem Haushaltsabfall wäre die Errichtung einer Glashütte mittlerer Größenordnung eine positive Alternative zu einem Ferntransport. Der Absatz der wiedergewonnen Glasprodukte dürfte bei den existierenden Getränkeproduktionsbetrieben in Berlin keine Probleme darstellen.

III.5.1.2 Sammlung und Verwertung von Altpapier

Aufgrund der ständig schwankenden Marktlage auf dem Altpapiermarkt findet derzeit in Berlin (West) weder eine kontinuierliche noch eine flächendeckende Sammlung von Altpapier im Bereich der privaten Haushalte statt.

Eine flächendeckende und bürgernahe Sammlung von Altpapier durch die BSR könnte in gleicher Weise praktiziert werden, wie dies für die Sammlung von Altglas formuliert worden ist. Es existiert ein nicht abgeschöpftes Volumen von ca. 120 000 t pro Jahr. Würden

die BSR diese Altpapiermengen auf den Markt bringen, so würde dies in Berlin (West) ohne Zweifel zu starken Absatzschwierigkeiten führen. Aus diesem Grund könnte es sinnvoll sein, eine Altpapierverwertungsanlage in Berlin aufzubauen. Schlechte Altpapierqualitäten könnten problemlos zum Energierecycling verwendet werden. Das Umweltbundesamt führt derzeit ein Projekt zur Energiegewinnung aus Altpapier im Heizkraftwerk Neukölln durch.

Der Absatz der produzierten Papierprodukte könnte zu kostendeckenden Preisen an die Berliner Verwaltungen, Hochschulen, Haupt-, Grund- und Realschulen etc. gewährleistet werden. Das verbrauchte, nicht wiederverwertbare Recyclingpapier wird dem Energierecycling zugeführt.

III.5.1.3 Kompostierung von Laub, Schlachtabfällen und tierischen Exkrementen

Neben der bisher in beschränktem Rahmen stattfindenden Kompostierung könnten die BSR auf der Deponie Wannsee die Kompostierung in großem Stil betreiben. Die dabei gewonnenen Mengen an fruchtbarem Boden könnten im Landschaftsbau und zur Abdeckung der Deponie verwendet werden. Seit dem Herbst 1983 wurde bereits mit der Kompostierung begonnen.

III.5.1.4 Sammlung und Zerkleinerung von Altreifen

Die nicht mehr runderneuerungsfähigen Altreifen werden noch zu einem großen Teil beseitigt (Schätzungen liegen zwischen 1000 und 5000 t pro Jahr), da der Transport von nicht zerkleinerten Altreifen in die Bundesrepublik zu teuer ist. Die BSR könnten diese Altreifen zentral sammeln, zerkleinern und zum Energierecycling in die Bundesrepublik transportieren.

III.5.1.5 Beteiligung an Pilotprojekten zum Energierecycling

Die aktive Mitarbeit bei der Entwicklung und Installierung von Pilotprojekten zum Energierecycling sollte vorangetrieben werden. Dies ist vor dem Hintergrund einer optimalen Abschöpfung des Recyclingpotentials bei Altpapier besonders vordringlich. (Z.Z. befindet sich bereits eine Pyrolysepilotanlage in Planung.)

III.5.1.6 Getrennte Erfassung von Kunststoffabfällen

Die BSR können einen Versuch zur getrennten Erfassung von Kunststoffabfällen starten. Hierbei könnten Erkenntnisse über Abschöpfungsmöglichkeiten und Sammelsysteme gewonnen werden. Derzeit enthält der Hausmüll ca. 30 000 t Kunststoffabfälle pro Jahr.

BERLINER STADTREINIGUNGS-BETRIEBE (BSR)

11) ohne Reststoffe der Müllverbrennungsanlage

Quelle: Geschäftsberichte der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe, Jahrgänge 1975-1980; Berichte über die Abschlusßprüfung für die Geschäftsjahre 1975-1981 der Wibera; Angaben der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe

Projekt "Berliner Eigenbetriebe"
September 1983

Mengen, Preise und Kosten der Abfallbeseitigung

BERLINER STADTREINIGUNGS-BETRIEBE (BSR)

Abfallannahme von Fremden-lieferern ohne Sonder-abfälle	1000t	% d.Vj	DM	% d.Vj	DM	Selbstkosten für die Be-seitigung it multipl. mit Menge fremd-angeliefer-ten Abfalls station	Selbstkosten minus Tarif	Abfallbesei-tigungskosten incl.MVA,Um-ladestationen Ferntransport u.Schüttgebüh-ren an d.DDR	Bezahlte Schüttgebüh-ren an die DDR	Gesamtaufwand des Müllver-brennungswer-kes (MVA) Runleben	Zuschuß des Landes Berlin zu den unge-deckten Kosten der MVA	Kosten der Deponien in Berlin/West						
		% d.Vj	DM	% d.Vj	DM	% d.Vj	Mio.DM	% d.Vj	Mio.DM	% d.Vj	Mio.DM	% d.Vj	Mio.DM					
1970	-	1)	15.00	-	-	-	-	-	-	-	-	3.10						
	-	2)	2.50	-	-	-	-	-	-	-	-	-						
1971	-	1)	15.00	0.00	-	-	-	-	-	-	-	-						
	-	2)	2.50	0.00	-	-	-	-	-	-	-	-						
1972	-	1)	25.00	66.67	-	-	-	-	-	-	-	-						
	-	2)	4.00	60.00	-	-	-	-	-	-	-	-						
1973	-	1)	25.00	0.00	-	-	-	-	0.80	-	-	-						
	-	2)	4.00	0.00	-	-	-	-	-	-	-	-						
1974	-	1)	26.50	6.00	-	-	-	-	2.50	30.00	26.40	-						
	-	2)	4.50	12.50	-	-	-	-	-	-	-	-						
1975	-	1)	26.50	0.00	-	-	-	-	2.90	25.70	31.20	4.00	27.30	3.41	-			
	-	2)	4.50	0.00	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
1976	307	1)	33.50	26.42	-	-	-	-	4.30	27.41	28.00	-10.26	23.20	-15.02	6.80			
		2)	5.70	26.67	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
1977	302	-1.65	344.0	31.34	-	-	-	-	13.00	28.47	28.90	3.21	18.50	-20.26	6.40	-5.88		
1978	314	3.97	44.00	0.00	95.66	16.20	95.90	17.90	29.58	31.80	10.03	11.50	-37.84	7.40	15.63			
1979	307	-2.23	44.00	0.00	84.22	-11.96	12.40	-23.46	97.80	1.98	22.60	30.35	32.90	3.46	6.40	-44.35	6.00	-18.92
1980	358	16.61	44.00	0.00	79.89	-5.14	12.90	4.03	116.00	18.61	30.70	31.59	33.10	0.61	0.00	-100	5.00	-16.67
1981	391	9.22	44.00	0.00	85.42	6.92	16.20	25.58	123.60	6.55	33.70	33.33	30.70	-7.25	0.00	0.00	4.60	-8.00

1) Tarif für die Verbrennung von einer Tonne Abfall.

2) Tarif für das Abladen von 1cbm Abfall auf einer Deponie in Berlin(West)

3) Abladentgelt auf den Umladestationen Nord und Süd

Quellen: Geschäftsberichte der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe von 1970-1981; Berichte über die Abschlußprüfung für die Ge- schäftsjahre 1970-1981 der Wibera; Angaben der BSR; eigene Berechnungen.

Projekt "Berliner Eigenbetriebe"
September 1983

**Dampfpreise und Dampfverkaufsmengen des Müllverbrennungswerkes
BERLINER STADTREINIGUNGS-BETRIEBE (BSR)**

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
	% d. Vorj	% d. Vorj	% d. Vorj	% d. Vorj	% d. Vorj	% d. Vorj
Produzierte Dampfmenge im Müllverbrennungswerk (1000 t).....	-	-	-	596.20	616.20	3.35 635.90 3.20
Einnahmen aus Dampfverkauf (Mio.DM)	-	-	-	2.02	2.17	7.43 2.27 4.61
Dampfverkaufspreise an die Firma Drauschke, pro t Dampf (DM).....1)	-	-	-	-	8.78	8.78 0.00
Durchschnittlicher Verkaufspreis an die BEWAG pro t Dampf (DM).....1)	3.60	3.60 0.00	3.60 0.00	3.66	3.67	0.27 3.61 -1.63
Verkaufte Dampfmenge an die BEWAG (1000 t).....	-	-	-	530.00	566.00	6.79 599.00 5.83
Dampfreisgeschenke an an die BEWAG (in Mio.DM).....2)	-	-	-	-	2.30	2.50 8.70
Produzierte Dampfmenge im Müllverbrennungswerk (1000 t).....	640.50	0.72 710.70	10.96 682.30	-4.00 775.50	13.66 667.90	-13.87 588.00 -11.96
Einnahmen aus Dampfverkauf (Mio.DM)	2.18	-3.96 2.16	-0.92 4.62	113.89 5.19	12.34 4.86	-6.36 4.89 0.62
Dampfverkaufspreise an die Firma Drauschke, pro t Dampf (DM).....1)	8.78	0.00 8.78	0.00 20.40	132.35 20.42	0.10 25.12	23.02 31.49 25.36
Durchschnittlicher Verkaufspreis an die BEWAG pro t Dampf (DM).....1)	3.43	-4.99 3.26	-4.96 7.40	126.99 7.42	0.27 7.92	6.74 8.74 10.35
Verkaufte Dampfmenge an die BEWAG (1000 t).....	614.00	2.50 641.00	4.40 608.00	-5.15 681.00	12.01 480.00	-29.52 403.00 -16.04
Dampfreisgeschenke an an die BEWAG (in Mio.DM).....2)	2.60	4.00 2.80	7.69 6.30	125.00 7.10	12.70 6.60	-7.04 9.70 46.97

1) Die gelieferten Dampfqualitäten an die BEWAG sind bedeutend besser als die der Lieferungen an die Firma Drauschke.

2) Berechnung: Dampfpreis der Fa. Drauschke minus Dampfpreis BEWAG multipliziert mit der Liefermenge an die BEWAG unter Berücksichtigung von 20% Mengenrabatt.

Projekt "Berliner Eigenbetriebe"
September 1983

Quellen: Geschäftsberichte der BSR von 1970-1981; Berichte über die Abschlussprüfung für die Geschäftsjahre 1970-1981; Angaben der BSR; eigene Berechnungen.

BERLINER STADTREINIGUNGS-BETRIEBE (BSR)

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
	% d. Vorj	% d. Vorj	% d. Vorj	% d. Vorj	% d. Vorj	% d. Vorj
Arbeitnehmer insg.....	3910	4020	4365	4709	4874	5133
Arbeiter.....	3519	3578	3901	4202	4357	4587
Angestellte.....	391	442	464	484	519	546
Beamte.....	1)	1)	1)	12	9	10
Auszubildende.....	1)	1)	1)	11	9	8
Anteil ausl. Arbeitn. (%)	4.7	-	-	-	-	-
Anteil Schwerbeh. AN. (%)	-	-	-	-	-	-
Berufsunfähige (abs.)	-	-	-	-	-	-
Krankenstandsquote in %	8.1	7.6	-	-	7.8	8.0
Fluktuationsquote in %..	12.7	8.6	9.8	10.4	8.4	7.1 3)
Arbeitnehmer insg.....	5128	5115	5298	5460	5529	5575
Arbeiter.....	4564	4527	4669	4806	4860	4888
Angestellte.....	564	588	609	633	643	656
Beamte.....	7	7	7	6	5	5
Auszubildende.....	11	10	13	15	21	26
Anteil ausl. Arbeitn. (%)	4.9	5.3	5.3	5.2	5.0	5.0
Anteil Schwerbeh. AN. (%)	-	-	4.2	4.4	4.9	5.3
Berufsunfähige (abs.)	-	-	-	-	24.0	18.0
Krankenstandsquote in %	7.8	7.8	7.9	8.6	9.0	9.2
Fluktuationsquote in %..	4.5	4.1	-	-	3.4	3.5

Projekt "Berliner Eigenbetriebe"
September 1983

- 1) Beamte und Auszubildende sind nicht getrennt ausgewiesen.
 2) 1982 = 45 Auszubildende
 3) Von 1970-1975 incl. interner Wechsel, ab 1976 nur absolute Abgänge
- Quellen: Jahresberichte der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe, Jahrgänge 1970-1981;
 Angaben der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe; eigene Berechnungen.

Entwicklung der Ertragsstruktur von 1970 bis 1981

BERLINER STADTREINIGUNGS-BETRIEBE (BSR)

	1970		1971		1972		1973		1974		1975	
	Mio DM	% d. Vorj	Mio DM	% d. Vorj	Mio DM	% d. Vorj	Mio DM	% d. Vorj	Mio DM	% d. Vorj	Mio DM	% d. Vorj
Gesamtertrag.....	135.20		146.90	8.65	172.30	17.29	206.60	19.91	241.70	16.99	271.70	12.41
Umsatzerlöse.....	102.50		111.90	9.17	169.00	51.03	202.30	19.70	234.60	15.97	260.60	11.08
Eigenleistungen...	0.40		0.60	50.00	0.60	0.00	0.60	0.00	0.70	16.67	0.60	-14.29
Zinserträge...	0.50		0.90	80.00	0.40	-55.56	1.40	250.00	2.40	71.43	1.50	-37.50
sonstige Erträge	31.80		35.50	5.35	2.30	-93.13	2.30	0.00	4.00	73.91	8.40	110.00
Jahresgewinne.....	9.30		0.90	-90.32	4.10	355.56	6.40	56.10	0.30	-95.31	-0.70	-333.33
Gewinnabfuhr, Ver- lustausgleich...	0.00		0.00		0.00		0.00		0.00		0.00	
Erträge aus Inve- stitionszulagen.	0.00		0.00		0.00		0.00		0.00		0.00	
Gesamtertrag.....	305.20	12.33	358.30	17.40	365.30	1.95	388.10	6.24	379.30	-2.27	389.90	2.79
Umsatzerlöse.....	298.80	14.66	344.00	15.13	350.20	1.80	372.40	6.34	363.90	-2.28	375.80	3.27
Eigenleistungen...	2.00	233.33	1.60	-20.00	2.10	31.25	2.30	9.52	1.90	-17.39	1.30	-31.58
Zinserträge...	0.70	-53.33	1.40	100.00	4.10	192.86	7.90	92.68	9.80	24.05	5.70	-41.84
sonstige Erträge	3.70	-55.95	11.30	205.41	8.90	-21.24	5.50	-38.20	3.70	-32.73	5.10	37.84
Jahresgewinne.....	19.90	-2942.86	40.50	103.52	10.80	-73.33	-15.50	-243.52	-46.60	200.65	-52.40	12.45
Gewinnabfuhr, Ver- lustausgleich...	0.00		0.00		0.00		0.00		0.00		0.00	
Erträge aus Inve- stitionszulagen.	0.00		0.00		0.00		0.00		0.00		0.00	

1) ab 1972 wurden die Erstattungen des Landes Berlin für öffentliche Leistungen nicht mehr unter 'sonstige Erträge' sondern unter 'Umsatzerlöse' gebucht.

Quelle: Geschäftsberichte der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe, Jahrgänge 1970-1981

BSR-TARIFE UND ENTWICKLUNG
DER LEBENSHALTUNGSKOSTEN

Jahr	LEBENSHALTUNGSKOSTEN		BSR-TARIFE		BSR-TARIFE deflatio- niert	
	Veränderungen gg. Vj. in % 1970=100		Veränderungen gg. Vj. in % 1970=100		1970=100	
1970	3.40	100.00	0.00	100.00	100.00	
1971	5.30	105.30	0.00	100.00	94.97	
1972	5.50	111.09	0.00	100.00	90.02	
1973	6.90	118.76	10.00	110.00	92.63	
1974	7.00	127.07	6.40	117.04	92.11	
1975	6.00	134.69	0.00	117.04	86.89	
1976	4.30	140.49	25.60	147.00	104.64	
1977	3.70	145.68	20.10	176.55	121.19	
1978	2.70	149.62	0.00	176.55	118.00	
1979	4.10	155.75	0.00	176.55	113.35	
1980	5.50	164.32	0.00	176.55	107.44	
1981	6.30	174.67	0.00	176.55	101.08	
1982, Mrz	1.25	176.85	0.00	176.55	99.83	

Quellen: BMWI-Leistungen in Zahlen,
Stat. Beihefte zu den Monatsbe-
richten der Deutschen Bundesbank
Geschäftsberichte der Berliner
Stadtreinigungs-Betriebe,
Jahrgänge 1970-1981

Projekt "Berliner Eigenbetriebe"
September 1983

Entwicklung der Aufwandsstruktur von 1970 bis 1981

BERLINER STADTREINIGUNGS-BETRIEBE (BSR)

	1970		1971		1972		1973		1974		1975		
	Mio	% d.	Mio	% d.	Mio	% d.	Mio	% d.	Mio	% d.	Mio	% d.	
	DM	Vorj	DM	Vorj	DM	Vorj	DM	Vorj	DM	Vorj	DM	Vorj	
Gesamtaufwand	125.90		145.90	15.89	168.20	15.28	200.20	19.02	241.30	20.53	271.80	12.64	
Personalaufwand	85.20		101.30	18.90	117.70	15.60	140.60	20.07	167.10	18.85	194.40	16.34	
Löhne, Gehälter	67.10		78.70	17.29	93.40	18.68	112.50	20.45	133.60	18.76	150.70	12.80	
Sozialabgaben	8.40		9.90	17.86	11.70	18.18	14.50	23.93	17.40	20.00	21.30	22.41	
Altersversorgung	9.70		12.70	30.93	11.90	-6.30	13.60	14.29	16.00	17.65	22.30	39.38	
Abschreibungen	15.40		16.80	9.09	19.00	13.10	22.10	16.32	27.50	24.43	29.80	8.36	
RHB-Stoffe	19.90		21.40	7.54	13.20	-38.32	16.40	24.24	20.60	25.61	21.40	3.88	
Steuern, Konzessionen ..	0.10		0.10	0.00	0.10	0.00	0.10	0.00	0.10	0.00	0.10	0.00	
sonstige Aufwendungen ..	5.30		6.30	18.87	18.90	200.00	21.00	11.11	26.10	24.29	26.20	0.38	
Investitionen	23.40		39.30	67.95	42.00	6.87	16.40	-60.95	4.90	-70.12	51.50	951.02	
	1976		1977		1978		1979		1980		1981		
	Mio	% d.	Mio	% d.	Mio	% d.	Mio	% d.	Mio	% d.	Mio	% d.	
	DM	Vorj	DM	Vorj	DM	Vorj	DM	Vorj	DM	Vorj	DM	Vorj	
Gesamtaufwand	285.40		5.00	317.90	11.39	354.50	11.51	403.60	13.85	425.90	5.53	442.30	3.85
Personalaufwand	202.00		3.91	216.40	7.13	233.80	8.04	261.10	11.68	271.40	3.94	283.80	4.57
Löhne, Gehälter	160.60		6.57	172.00	7.10	186.20	8.26	209.70	12.62	215.80	2.91	225.10	4.31
Sozialabgaben	23.90		12.21	26.00	8.79	28.10	8.08	30.60	8.90	33.40	9.15	35.50	6.29
Altersversorgung	17.60		-21.08	18.30	3.98	19.50	6.56	20.80	6.67	22.30	7.21	23.20	4.04
Abschreibungen	34.50		15.77	44.90	30.14	52.30	16.48	55.60	6.31	53.90	-3.06	57.00	5.75
RHB-Stoffe	24.70		15.42	33.40	35.22	43.20	29.34	54.60	26.39	64.70	18.50	71.40	10.36
Steuern, Konzessionen ..	0.10		0.00	0.10	0.00	0.10	0.00	0.10	0.00	0.10	0.00	0.10	0.00
sonstige Aufwendungen ..	24.00		-8.40	23.20	-5.33	25.10	8.49	32.20	28.29	35.70	10.87	30.00	-15.97
Investitionen	199.60		287.57	97.80	-51.00	67.40	-31.08	61.60	-8.61	54.40	-11.69	32.70	-39.89

Quelle: Geschäftsberichte der Berliner Stadt-
reinigungs-Betriebe, Jahrgänge 1970-1981

Projekt »Berliner Eigenbetriebe«
September 1983

Quelle: Geschäftsberichte der Berliner Stadt-
reinigungsbetriebe, Jahrgänge 1970-1981
Projekt "Berliner Eigenbetriebe"
September 1983

Entwicklung der Bilanzstruktur von 1970 bis 1981

BERLINER STADTREINIGUNGS-BETRIEBE (BSR)

	1970			1971			1972			1973			1974			1975		
	Mio DM	% d. Vorj		Mio DM	% d. Vorj		Mio DM	% d. Vorj		Mio DM	% d. Vorj		Mio DM	% d. Vorj		Mio DM	% d. Vorj	
Anlagevermögen...	178.80			198.50	11.02		221.80	11.74		233.20	5.14		246.50	5.70		267.80	8.54	
Sachanlagen.....	178.80			198.40	10.96		221.70	11.74		235.10	5.14		246.40	5.71		267.70	8.04	
Finanzanlagen....	0.00			0.10			0.10	0.00		0.10	0.00		0.10	0.00		0.10	0.00	
Umlaufvermögen...	23.40			19.70	-15.81		20.20	2.54		27.70	37.13		47.80	72.56		77.60	62.34	
Vorräte.....	4.60			5.50	19.57		5.90	7.27		7.10	20.34		9.20	29.58		9.60	4.35	
Eigenkapital.....	104.70			107.80	2.96		119.50	10.85		133.60	11.80		158.00	18.26		210.40	33.16	
Rücklagen.....	14.30			15.50	8.39		16.20	4.52		22.50	38.89		30.30	34.67		55.20	82.18	
Verbindlichkeiten...	94.20			104.50	10.93		120.70	15.50		128.10	6.13		138.10	7.81		136.20	-1.38	
kurzfrist. Verb...							14.70			14.30	-2.72		17.10	19.58		16.60	-2.92	

	1976			1977			1978			1979			1980			1981		
	Mio DM	% d. Vorj		Mio DM	% d. Vorj		Mio DM	% d. Vorj		Mio DM	% d. Vorj		Mio DM	% d. Vorj		Mio DM	% d. Vorj	
Anlagevermögen...	432.10	61.35		484.20	12.06		499.10	3.08		504.80	1.14		504.70	-0.02		480.20	-4.85	
Sachanlagen.....	432.00	61.37		484.10	12.06		499.00	3.08		504.70	1.14		504.60	-0.02		480.20	-4.84	
Finanzanlagen....	0.10	0.00		0.10	0.00		0.10	0.00		0.10	0.00		0.10	0.00		0.00	-100.00	
Umlaufvermögen...	36.00	-53.61		91.50	154.17		177.00	93.44		174.60	-1.36		116.40	-33.33		87.00	-25.26	
Vorräte.....	9.00	-6.25		11.10	23.33		10.20	-8.11		13.70	28.43		15.50	18.32		17.30	11.61	
Eigenkapital.....	319.50	51.85		413.70	29.48		535.80	107.51		570.60	6.49		562.40	-1.44		534.90	-4.89	
Rücklagen.....	93.20	68.84		113.70	22.00		235.80	29.39		270.60	14.76		262.40	-3.03		234.90	-10.48	
Verbindlichkeiten...	133.20	141.30		126.30	-5.18		126.10	-0.16		119.60	-5.15		96.60	-19.23		91.00	-5.80	
kurzfrist. Verb...	20.90	-84.65		21.70	3.83		29.90	37.79		34.70	16.05		24.70	-28.82		29.90	21.05	

Quelle: Geschäftsberichte der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe, Jahrgänge 1970-1981

Projekt "Berliner Eigenbetriebe"
September 1983

BERLINER STADTREINIGUNGS-BETRIEBE (BSR)

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
	Mio DM	Mio DM	% d. Vorj	% d. DM	% d. DM	% d. DM
Umlaufvermögen.....	23.40	19.70	-15.81	20.20	2.54	27.70
Guthaben bei Kreditinsti- tuten, Kassenbestand und Postscheckguthaben...	13.60	5.50	-59.56	11.60	110.91	20.60
Verbindlichkeiten....	94.20	104.50	10.93	120.70	15.50	128.10
" Laufzeit unter 4 J.				14.70	-2.70	14.30
Ruecklagen gesamt....	14.30	15.50	8.39	16.20	4.52	22.50
Zinsortrag.....	0.50	0.90	80.00	0.40	-55.56	1.40
Zinsaufwand.....	3.10	3.80	22.58	4.30	13.16	5.30
Jahresgewinn/Verlust.	9.30	0.90	-90.32	4.10	355.56	6.40

	1976	1977	1978	1979	1980	1981
	Mio DM	% d. Vorj	% d. DM	% d. DM	% d. DM	% d. DM
Umlaufvermögen.....	36.00	-53.61	91.50	154.17	177.00	93.44
Guthaben bei Kreditinsti- tuten, Kassenbestand und Postscheckguthaben...	5.40	-73.66	62.40	1055.6	144.00	130.77
Verbindlichkeiten....	133.20	-2.20	126.30	-5.18	126.10	-0.16
" Laufzeit unter 4 J.	20.90	25.90	21.70	3.83	29.90	37.79
Ruecklagen gesamt....	93.20	68.84	113.70	22.00	235.80	107.39
Zinsortrag.....	0.70	-53.33	1.40	100.00	4.10	192.86
Zinsaufwand.....	6.60	4.35	6.10	-7.58	5.60	-8.20
Jahresgewinn/Verlust.	19.90	-2943.	40.50	103.52	10.80	-73.33

**Kapitel IV: Interpretation der durch MESIS
erhobenen Daten bei den
Berliner Stadtreinigungs-Betrieben**

Bei privaten und öffentlichen Wirtschaftsunternehmen kann im wesentlichen in drei Bereichen von der Logik der Gewinnmaximierung abgewichen werden. Hierbei handelt es sich erstens um die stofflichen Einsatzfaktoren und die Abfälle der Produktion, zweitens um die Art und Weise des Einsatzes der Arbeitnehmer und drittens um die Qualität, die Angebots- und Preisstruktur der produzierten Waren bzw. Leistungen.

IV.1 Die stofflichen Einsatzfaktoren und Abfälle der Produktion

In Punkt 1 geht es um die Art und Weise des Einsatzes stofflicher Produktionsfaktoren und die Abfälle der Produktion.

IV.1.1 Der Einsatz von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen

- a) Seit dem November 1981 führen die BSR einen Versuch zum Einsatz von asbestfreien Bremsbelägen durch. Bei einem Fahrzeugbestand von ca. 1800 Fahrzeugen ist eine Umstellung auf asbestfreie Bremsbeläge von erheblicher Bedeutung.

Der Abrieb von Bremsbelägen wird in Form von feinem Staub freigesetzt. Das Einatmen von asbesthaltigem Staub stellt nachgewiesenermaßen eine starke Gefährdung der Gesundheit dar. Zu dieser Maßnahme sind die BSR nicht verpflichtet, d.h. ein privates Unternehmen würde diese Umstellung norma-

Fußnote: Wenn nach Interpretationen Zahlenangaben in Klammern mit # angeführt sind, so handelt es sich um die Nummern der Indikatoren, deren Daten dann in Kapitel V eingesehen werden können.

lerweise nicht durchführen, wenn hierdurch eine Erhöhung der Kosten entstünde.

Da der Versuch noch nicht abgeschlossen ist, konnten weder die Kosten des Versuches noch die jährliche zusätzliche Kostenbelastung ermittelt werden. (#4)

- b) Seit 1981 beteiligen sich die BSR an einem Methanol-Forschungsprogramm. Durch den Einsatz von Methanol in Verbrennungsmotoren wird ein Beitrag zur Verbesserung der Luft geleistet, da die Abgasfracht bei Methanol wesentlich geringer als bei Dieselmotoren ist.

Zu dieser Maßnahme sind die BSR nicht verpflichtet. Die Mehraufwendungen sind jedoch noch nicht quantifizierbar, da der Versuch noch nicht abgeschlossen ist. (#4)

- c) Über die Ausstattung der Beschäftigten mit Schutzkleidung gibt es bei den BSR eine Betriebsvereinbarung zwischen der Geschäftsleitung und dem Gesamtpersonalrat. Bis zum Juli 1981 erfolgte eine turnusmäßige Ausgabe von Schutzkleidung. Durch eine Änderung der Betriebsvereinbarung wird Schutzkleidung seit Juli 1981 nur noch nach Bedarf ausgegeben, d.h. wenn die Schutzkleidung verbraucht oder beschädigt ist.

Die Ausstattung der einzelnen Beschäftigtengruppen mit Schutzkleidung entspricht in vollem Umfang den Unfallverhütungsvorschriften (UVV) und geht teilweise darüber hinaus. Z.B. werden Warn-Kälteschutzwesten ausgegeben. Welche Schutzkleidungsstücke an die einzelnen Beschäftigtengruppen ausgegeben werden, ist aus Kapitel V, Indikator #5 ersichtlich.

Der Aufwand für die Schutzkleidung hat 1975=1,24 Mio.DM,

1978=1,60 Mio.DM, 1979=1,06 Mio.DM, 1980=1,59 Mio.DM und 1981=1,41 Mio.DM betragen.

Zu diesem Aufwand (abgesehen von Warn-Kälteschutzwesten) sind die BSR verpflichtet. Jedoch kann festgestellt werden, daß die privaten Stadtreinigungsbetriebe den Vorschriften gemäß UVV nicht in gleicher Weise wie die BSR nachkommen. Das bedeutet, daß die BSR gegenüber ihrer privaten Konkurrenz mit höheren Kosten belastet sind. (#5)

Zusammenfassung zu IV.1.1:

Durch die Versuche zum Einsatz von asbestfreien Bremsbelägen und Methanol als Kraftstoff leisten die BSR einen umweltpolitischen Beitrag, zu dem sie nicht verpflichtet sind. Der Kostenbelastung, die sich noch nicht abschätzen läßt, stehen keine betrieblichen Einnahmen gegenüber. Den Nutzen haben unmittelbar die betroffenen Bevölkerungsteile von Berlin.

Die Ausstattung der Arbeitnehmer bei den BSR mit Schutzkleidung ist vorbildlich und geht geringfügig über die geltenden Vorschriften hinaus. Der Aufwand beträgt ca. 1,5 Mio.DM pro Jahr. Von dieser Leistung der BSR sind die Arbeitnehmer des Betriebes begünstigt. Die BSR haben jedoch eine höhere Kostenbelastung als vergleichbare private Unternehmen, da diese den Vorschriften nicht in gleicher Weise nachkommen.

IV.1.2 Der Einsatz von Werkzeugen, Maschinen, Fahrzeugen und Anlagen

- a) Für die Handreiniger der Straßenreinigung wurden folgende, die Arbeit erleichternde Hilfsmittel angeschafft:

Bestand heute: 200 Grünstreifenkarren

809 Kehrrihtkarren

450 Kippjapaner

Diese 1459 Karren erleichtern die Arbeit, indem alle Arbeitsmittel des Handreinigers damit transportiert werden können. Außerdem haben diese Karren eine Vorrichtung, mittels der die Abfallsäcke befestigt werden können. Dies stellt eine Erleichterung der Arbeit dar. Die gesamten Anschaffungskosten für diese 1459 Karren betragen 0,96 Mio.DM. Die sich daraus ergebenden jährlichen Kosten konnten nicht erhoben werden. (#6)

- b) Für die Müllwerker, die in der 110l-Behälterabfuhr eingesetzt sind, wurden 748 Tonnenkarren (Stand 7/1983) angeschafft. Hierdurch wird der Transport der 110l-Behälter erleichtert, da die Tonnen ohne Karren entweder getragen oder in schräger Stellung gerollt werden müßten. Der Anschaffungswert dieser 748 Tonnenkarren beträgt 0,19 Mio.DM. Die sich daraus ergebenden jährlichen Kosten waren nicht erhebbar. (#6)

- c) Die 181 Fahrzeuge (Stand 7/1983) der 110l-Behälterabfuhr sind mit besonderen geräumigen Führerhäusern (Baumgärtner-Führerhaus) ausgestattet. Die Anschaffungskosten und der jährliche Aufwand waren nicht erhebbar. (#6)

- d) Für 309 Fahrzeuge (Stand 7/1983), die mit dem Abfalltransport befaßt sind, wurden Achslastanzeiger beschafft, damit ständig die Achslast der Fahrzeuge abgelesen werden kann. Dies ist vor allem bei den Abfallsammelfahrzeugen von Bedeutung, da

damit das Überladen der Fahrzeuge vermieden werden kann. Somit wurde eine wichtige Unfallquelle beseitigt. Zu dieser Maßnahme waren die BSR nicht verpflichtet, zumal das Risiko und die Verantwortung beim Überladen bei dem Kraftfahrer liegt. Die Anschaffungs- und Einbaukosten beliefen sich auf 1,95 Mio.DM. Der jährliche Aufwand war nicht erhebbar.(#6)

e) Bei 29 Kehrfahrzeugen, 5 Spülfahrzeugen und 2 Containerfahrzeugen (Stand 7/1983) wurden Monitoranlagen zur Beobachtung des rückwärtigen Fahrzeugverkehrs beim Rückwärtsfahren eingebaut. Dies verringert zwar die Arbeitsbelastung und die Unfallgefahren, gleichzeitig ist bei einer Bewährung der Monitoranlagen an Containerfahrzeugen eine Rationalisierung geplant. Dann soll versucht werden, das Containerfahrzeug nur noch mit einem statt zwei Arbeitnehmern wie heute zu besetzen. Dies trifft auf die Kehr- und Spülfahrzeuge nicht zu, da diese seit 1976 nur noch mit einem Kraftfahrer besetzt sind. Die Anschaffungskosten für die Monitoranlagen betrugen 0,13 Mio.DM. Der jährliche Aufwand war nicht erhebbar.(#6)

f) In allen schweren LKW sind luft- bzw. hydraulisch gefederte Fahrersitze eingebaut. Der zusätzliche Aufwand beträgt ca. 600 DM pro Sitz. Diese Maßnahme ist für Berufskraftfahrer von erheblicher Bedeutung, da durch gute Sitze die Wirbelsäule weniger belastet wird. Außerdem sind alle Fahrzeuge der BSR mit atmungsaktiven Sitzbezügen ausgestattet. Die jährliche Kostenbelastung aus diesen Maßnahmen war nicht erhebbar.

Die BSR sind zu einer derartigen Fahrzeugausstattung nicht verpflichtet. Sie leisten damit allerdings einen Beitrag zur Verringerung der körperlichen Belastung aller Kraftfahrer bei den BSR.(#7)

- g) Zur Abschirmung bei hohen Temperaturen sind in 47 Kraftfahrzeugen (Stand 7/1983), die mit geringer Geschwindigkeit fahren, elektrische Dachlüfter eingebaut worden. 5 Kehrfahrzeuge wurden mit einer Klimaanlage und ca. 50 Fahrzeuge mit einer motorunabhängigen Standheizung ausgerüstet. Anschaffungskosten und Jahresaufwand waren nicht erhebbar. (#8)
- h) Derzeit führen die BSR in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung (BAU) und den "Schalltechnischen Büros Berlin" ein Forschungsvorhaben zur Lärminderung durch. Es handelt sich um die Baggersaugfahrzeuge (Gullyreinigung) und die Kehrfahrzeuge (maschinelle Straßenreinigung), die einen hohen Geräuschpegel von ca. 100 Dezibel erzeugen. Bei einer derartigen Geräuschentwicklung findet bei den Arbeitnehmern, die mit diesen Fahrzeugen arbeiten, eine hohe Gesundheitsgefährdung statt. Außerdem sind die Anwohner stark belastet.

Aus diesen Gründen wurde nun ein Prototyp des Baggersaugfahrzeugs mit schalldämmenden Maßnahmen und der Änderung einer Pumpe hergestellt. Die Entwicklungs- und Umrüstkosten haben ca. 140000 DM gekostet. Davon haben die BAU 80000 DM und die BSR 60000 DM aufgebracht.

In den folgenden zwei Jahren sollen alle 25 Baggersaugfahrzeuge umgerüstet werden. Pro Fahrzeug werden ca. 30000 DM Umbaukosten veranschlagt, so daß der Gesamtaufwand für die Lärminderung bei den Baggersaugfahrzeugen auf ca. 800000 DM kommt.

Für alle Kehrfahrzeuge sollen ebenfalls Lärminderungsmaßnahmen ergriffen werden. Dieses Forschungsvorhaben ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Zu den beiden Lärmschutzprojekten war der Betrieb nicht verpflichtet. Ein privates Unternehmen würde diese Maßnahmen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht durchführen, da aus dem erhöhten Aufwand keine Erträge resultieren. Es werden aber die Gesundheitsrisiken für die Arbeitnehmer gesenkt und die Lärmbelastung der Anwohner reduziert. (#8)

- i) Bei den 80 Fahrzeugen, die im Abfallferntransport eingesetzt sind, ist 1982 mit einer Untersuchung über Bremsenquietschen begonnen worden. Diese starke Lärmbelastung der Anwohner (immer dieselbe Strecke) soll durch Veränderungen des Bremssystems beseitigt werden. Da die Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist, konnte der Aufwand noch nicht erhoben werden.

Auch zu dieser Maßnahme sind die BSR nicht verpflichtet, da keine Grenzwerte überschritten werden. (#9)

Zusammenfassung zu IV.1.2:

Die im Punkt 1.2 aufgeführten Hilfsmittel für Handreiniger und Müllwerker, die besondere Ausstattung der Führerhäuser für die Abfallsammelfahrzeuge (110l-Behälter), die Ausstattung von 309 Fahrzeugen mit Achslastanzeigern, der Einbau von Monitoranlagen in 29 Kehrfahrzeugen, 5 Spülfahrzeugen und 2 Containerfahrzeugen, die Ausrüstung der schweren LKW mit luft- bzw. hydraulisch gefederten Fahrersitzen und die Ausstattung von Fahrzeugen mit elektrischen Dachlüftern, Klimaanlage und motorunabhängigen Standheizungen schlagen sich alle positiv auf die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer bei den BSR nieder. Alle Maßnahmen führen zu einer Erleichterung der Arbeit oder zu einer notwendigen bzw. sinnvollen Reduzierung von Belastungsfaktoren an den einzelnen Arbeitsplätzen. Damit werden auch potentiell Folgen der Arbeit wie Krankheit, Unfälle, Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit reduziert, die sowohl individuelle

Auswirkungen wie auch kostenmäßige Auswirkungen nach sich ziehen.

Mit den Lärminderungsmaßnahmen bei den Baggersaugfahrzeugen, den Kehrmaschinen und den LKW im Abfallferntransport wirkt sich die geringere Lärmbelastung sowohl auf die Arbeitnehmer als auch auf die Anwohner aus.

Da alle diese Verbesserungen ohne gesetzlichen Zwang von den BSR umgesetzt wurden und hierdurch höhere Kosten entstanden sind, kann davon ausgegangen werden, daß vergleichbare private Unternehmen diese Maßnahmen nicht umsetzen würden. Insofern ist der Aufwand für diese Leistungen getrennt zu erfassen.

Da die Datenlage dies nicht zuläßt, können lediglich die Anschaffungskosten, soweit überhaupt vorhanden, summiert werden. Es handelt sich um erfaßbare Anschaffungswerte von 2,398 Mio.DM. (Stand Juli 1983)

IV.1.3 Die Verwendung von Grundstücken und Gebäuden

Zu diesem Unterpunkt konnten keine Daten erhoben werden.

IV.1.4 Die gasförmigen, flüssigen und festen Abfälle der Produktion

Da die BSR nicht Abfallerzeuger sondern Abfallentsorger sind und fast der gesamte Abfall entweder zum Müllverbrennungswerk der BSR oder in die DDR gebracht wird, kann eine Betrachtung der Deponierung durch die BSR außer acht gelassen werden. Ein produktionsbedingter Ausstoß von Schadstoffen in das Wasser liegt auch nicht vor. Deshalb ist das Augenmerk vor allem auf den Ausstoß gasförmiger Schadstoffe zu richten.

Zu dem gasförmigen Schadstoffausstoß, der von ca. 1450 Fahrzeugen der BSR ausgeht, kann keine Mengenangabe gemacht werden. Eine Maßnahme zur Reduzierung von Fahrzeugabgasen besteht in der Teilnahme an einem Forschungsvorhaben zum Einsatz von Methanol als Kraftstoff.

Das Müllverbrennungswerk

Der zulässige Ausstoß von Rauchgasen bei Müllverbrennungswerken unterliegt den Grenzwerten nach der "Technischen Anleitung Luft" für Staub, Chlorverbindungen, Fluorverbindungen und Kohlenmonoxid.

Die Staubemissionen stellen bei dem Müllverbrennungswerk der BSR kein Problem dar, da eingebaute Elektro-Filter eine elektrostatische Trockenentstaubung der Rauchgase vornehmen.

Die Fluorverbindungen und das Kohlenmonoxid werden zwar nicht eliminiert, stellen kein großes Problem dar, da die Emissionen

nur geringfügig über den Grenzwerten liegen.(1)

Bei den Chlorverbindungen wird der Grenzwert der TA-Luft um ein mehrfaches überschritten. Um diesen Wert unter den Grenzwert zu senken, muß eine Rauchgaswäsche eingebaut werden. Der Verwaltungsrat der BSR hat diese Maßnahme im Sommer 1983 beschlossen. An diese Rauchgaswaschanlage soll bis 1986 der letzte Kessel angeschlossen sein. Die Investitionen für diese Anlage belaufen sich auf ca. 17 Mio.DM. Der jährliche Betrieb soll 6-7 Mio.DM kosten und damit die Verbrennungskosten um ca. 17 DM pro t Abfall erhöhen.

Das Müllverbrennungswerk muß die Grenzwerte der TA-Luft einhalten. Der Verwaltungsrat hat sich deshalb zu dieser sinnvollen umweltpolitischen Maßnahme entschieden.(#12)

Zusammenfassung zu IV.1.4:

Mit der Teilnahme an dem Methanolforschungsprojekt und der Entscheidung, im Müllverbrennungswerk eine Rauchgaswäsche zu bauen, setzen die BSR an den Hauptpunkten ihrer umweltpolitischen Verantwortlichkeit an. Für einen Betriebsvergleich mit privaten Unternehmen wären deshalb die jährlichen hieraus resultierenden zusätzlichen Kosten getrennt zu erfassen.

IV.2 Die Arbeitnehmer im Betrieb

Dieser Punkt gliedert sich in die Unterabschnitte Beschäftigung, Fluktuation, Qualifikation, Arbeitszeit, Arbeitsgestaltung, Einkommen, Mitbestimmung und Information sowie Gesundheit und Arbeitssicherheit.

IV.2.1 Beschäftigung

- a) Von 1975 bis 1981 nimmt die Zahl der Beschäftigten bei den BSR noch um 8,6% zu. 1982 ist bereits ein Rückgang um 1,4% zu verzeichnen. Dies geht auf einen Rückgang der Arbeiterstellen um 1,9% zurück. Die Anzahl der Angestellten bleibt nahezu konstant. Von 1975 bis 1982 geht die Anzahl der beschäftigten Beamten von 8 auf 5 Beamte zurück.

Der Personalrückgang ab 1982 geht auf folgende Faktoren zurück:

- Sinkende Abfallmengen bei der Müllabfuhr.
- Verstärkter Einsatz von 1,1m³-Großbehältern auf Kosten der 110l-Behälter.
- "optimale" Auslegung der Leistungsvorgaben nach dem Zusatztarifvertrag bei der Müllabfuhr. Die Stagnation der Nachfrage und die Leistungssteigerung haben sich am stärksten im Bereich Abfalleinsammlung bei den Arbeitern bemerkbar gemacht.

Eine Leistungssteigerung unter Ausnutzung aller tarifvertraglicher Möglichkeiten durch die Geschäftsleitung und der nachfolgende Personalabbau unterscheiden sich in keiner Weise von Zielen der Betriebsführung eines privaten Unternehmens, da das private Unternehmen immer eine Minimierung der Kosten anstrebt. (#15)

- b) Der Anteil an ausländischen Arbeitnehmern bei den BSR beträgt von 1975 bis 1982 immer ca. 5%. Der Anteil ausländischer Arbeitnehmer bei Städtereinigungsbetrieben in der Bundesrepublik liegt 1976 im Durchschnitt bei 18%. Die Gründe für diesen Unterschied sind nicht ersichtlich. (#15)

- c) 1975 betrug der Anteil der schwerbehinderten Arbeitnehmer 3,4%. Bis 1982 wurde dieser Anteil auf 6,2% angehoben. Die BSR kommen somit heute ihrer gesellschaftspolitischen Verpflichtung zur Beschäftigung von 6% schwerbehinderten Arbeitnehmern nach. Eine Übererfüllung dieser Quote dürfte bei den BSR relativ schwierig sein, da keine große Anzahl an geeigneten Arbeitsplätzen zur Verfügung steht. (#15)
- d) 1982 gab es bei den BSR 4 teilzeitbeschäftigte Arbeiter (20 Stunden) und 13 teilzeitbeschäftigte Angestellte (20 Stunden). Dies entsprach 0,3% aller Beschäftigten. Dieses Niveau ist sehr gering. Das Niveau teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst von Berlin liegt bei ca. 10%. Ein Ausbau der Teilzeitbeschäftigung - soweit dies überhaupt möglich ist - wäre arbeitsmarktpolitisch wenig sinnvoll, da das gesamte Arbeitszeitvolumen dadurch eingeschränkt werden könnte, weil bei Teilzeitbeschäftigung die Arbeitsintensität gesteigert werden kann. Dies liegt natürlich im Interesse eines privatwirtschaftlich geführten Unternehmens. Insofern stellt das geringe Niveau der Teilzeitbeschäftigung bei den BSR eine positive Abweichung dar. (#16)
- e) Während es 1978 noch 142 befristete Arbeitsverhältnisse gab, so sinkt die Anzahl 1982 auf 9 ab. Der Grund des starken Rückgangs ist darin zu sehen, daß vor 1981 die Einstellungen bei den Arbeitern nicht mit einer Probezeit, sondern mit Halbjahresverträgen durchgeführt wurden. In den letzten Jahren wirkten sich auch bereits die rückläufigen Einstellungen aus. Die geringe Anzahl befristeter Arbeitsverhältnisse unterscheidet sich ebenfalls positiv von dem Bestreben privater Unternehmen, eine möglichst hohe Arbeitsflexibilität zu erreichen, d.h. Arbeitskräfte möglichst kurzfristig den wechselnden betrieblichen Auslastungen anzupassen. Diese Flexibilität wird zum größten

Teil zu Lasten der Arbeitnehmer umgesetzt. (#16)

- f) Regelmäßiger Einsatz von Fremdpersonal findet bei den BSR nur in einem verschwindend geringen Umfang statt. Lediglich im Wintereinsatz werden bei Arbeitsspitzen Aushilfskräfte in größerem Umfang eingesetzt. Hier gilt als Wertung das gleiche wie in Punkt e). (#16)
- g) Die offenen Stellen bei den BSR erreichten 1978 mit 553 nicht besetzten Stellen ihr höchstes Niveau. 1980 lag die Anzahl bei 206 und stieg bis 1982 auf 374 offene Stellen an. Unberücksichtigt blieb bei dieser Betrachtung die Anzahl der mit einem Sperrvermerk gekennzeichneten Stellen.

Zieht man die Stellen mit Sperrvermerk ab, so erhält man die offenen, tatsächlich besetzbaren Stellen:

1978 = 282

1979 = 197

1980 = 177

1981 = 278

1982 = 328

1981 und 1982 wurden jedoch nur 70 bzw. 72 Stellen ausgeschrieben; d.h. es bestand aus der Sicht der Geschäftsleitung nicht die Notwendigkeit, die besetzbaren Stellen in vollem Umfang zu besetzen. Vorgaben wie verbindliche Wirtschafts- oder Stellenpläne durch den Verwaltungsrat gibt es in gleicher Form bei privaten Unternehmen nicht. Deshalb ist eine vergleichende Wertung nicht möglich. (#17)

- h) Bei der Struktur der Arbeiter bilden die Lohngruppen IV/Va (Kraftfahrer), III (Müllwerker), II/III und II (Handreiniger) die größten Beschäftigtengruppen. Der Anteil dieser Lohngruppen an allen Arbeitern beträgt von 1975 bis 1982 immer zwischen 85% und 90%.

Eine weitere Gruppe bilden die Lohngruppen V/VI, VI/VII und VII. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Handwerker (Facharbeiter) der Hauptwerkstatt, den Umladestationen und dem Müllverbrennungswerk. Ihr Anteil an allen Arbeitern beträgt 1982 7,4%. Die Lohngruppe I umfaßt zwischen 1975 und 1982 immer zwischen 60 und 70 Arbeiter. Es handelt sich hierbei fast ausschließlich um Reinigungskräfte. In den Lohngruppen II/IV bis IV/V arbeiten angelernte Arbeiter mit handwerklicher Tätigkeit, Maschinisten, Bedürfnisanstaltsreiniger mit Fahrzeug und Kranführer. Diese Stellen umfassen 1982 3,8% aller Arbeiterstellen. Eine vergleichende Wertung mit privaten Stadtreinigungsbetrieben kann nicht vorgenommen werden, da keine vergleichbaren Daten vorhanden sind. (#18)

- i) Bei der Struktur der Angestelltenstellen sind zwei Punkte besonders hervorzuheben. Während die leitenden Angestellten und die an- und ungelernten Angestellten einen leichten Zuwachs verbuchen konnten, ging der Anteil der Angestellten in den Vergütungsgruppen von III/IIa - VII/VIIb von 83% in 1975 auf 78% in 1982 zurück. Da keine Vergleichsdaten aus privaten Unternehmen vorliegen, kann keine vergleichende Wertung vorgenommen werden. (#18)
- k) k) Das Durchschnittsalter bei den BSR insgesamt ist von 1976 bis 1982 von 38,9 auf 41,1 Jahre gestiegen. Dies geht auf einen Anstieg des Durchschnittsalters bei den Arbeitern von 38,4 auf 40,9 Jahre und bei den Angestellten und Beamten von 42,7 auf 42,8 Jahre zurück.

Bei den Arbeitern ist der Betriebsteil Straßenreinigung mit 38,8 Jahren (1982) noch der jüngste Bereich. Ihm folgen die Sonderdienste mit 40,5 Jahren (1981) und der Bereich Abfallbeseitigung mit 42,4 Jahren. Diese Entwicklung geht im

Zeitraum von 1975 bis 1982 auf ein Sinken der Altersgruppen bis 39 Jahre und über 60 Jahre und einen starken Anstieg der Altersgruppen 40 bis 49 Jahre und 50 bis 59 Jahre zurück.

Bleibt es in den nächsten Jahren bei einem Personalstillstand oder sogar Rückgang, so wird das Durchschnittsalter noch schneller als in den letzten Jahren ansteigen.

Zum Vergleich des Durchschnittsalters mit privaten Unternehmen kann für 1982 auf Daten der Firma Alba (Berlin) zurückgegriffen werden. Der prozentuale Anteil der Arbeiter nach Altersgruppen verteilt sich wie folgt:

Altersgruppe	bis 19	20-29	30-39	40-49	50-59	über 60J.

Arbeiter Alba	0,0%	27,7%	48,9%	22,8%	5,4%	1,0%
Arbeiter BSR	0,7%	12,6%	24,8%	45,8%	15,3%	0,8%

Während bei der Firma Alba 70,6% der Arbeiter im Alter von 20 bis 39 Jahren und 28,2% zwischen 40 und 59 Jahre alt sind, beträgt der Anteil der Arbeiter zwischen 40 und 59 Jahren bei den BSR 61,1%.

Der Vergleich der Daten läßt folgende Interpretation zu. Einerseits kann davon ausgegangen werden, daß ein höheres Durchschnittsalter zu einem Sinken der gesamten Leistungsfähigkeit führt. Andererseits kann das starke Absinken der Anteile der Arbeiter in den Altersgruppen von 40 bis über 60 Jahre ein Zeichen dafür sein, daß die geforderte Arbeitsleistung so hoch ist, daß die Arbeiter frühzeitig aus dem Berufs- oder sogar aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Das bedeutet umgekehrt für die BSR, daß die abgeforderten Leistungen der Arbeiter einen Umfang haben, der es möglich macht, daß die Arbeit über einen längeren Zeitraum ausführbar

ist. Darin ist ein erheblicher Unterschied zu privaten Unternehmen zu sehen, der jedoch wesentlich auf den hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad bei den BSR und die existierenden Zusatztarifverträge zum BMT-G zurückzuführen ist. Die positiven externen Auswirkungen dieses Tatbestands werden noch in den Punkten Fluktuation und Arbeitssicherheit behandelt. (#22)(#23)

Zusammenfassung zu IV.2.1:

Das gesamte Beschäftigungsniveau der BSR ist seit 1982 rückläufig. Die Ursachen hierfür liegen im sinkenden Abfallaufkommen der letzten Jahre, dem "vollen Ausschöpfen" der tariflichen Leistungsvorgaben in allen Beschäftigungsbereichen und dem verstärkten Einsatz von Müllgroßbehältern. In diesem Punkt unterscheidet sich das betriebliche Handeln nicht von dem privaten Unternehmer. Die Art und Weise des Personalabbaus stellt jedoch eine Abweichung dar. Es finden keine gezielten Entlassungen statt, sondern durch die Nichtbesetzung freiwerdender Stellen wird die Gesamtzahl der Arbeitnehmer reduziert.

Unterschiede ergeben sich auch beim Einsatz von teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern, bei der Anzahl befristeter Arbeitsverhältnisse und dem Einsatz von Leiharbeitnehmern. Diese drei Beschäftigungsverhältnisse finden bei den BSR nur marginale Anwendung. Eine Erweiterung dieser drei Beschäftigungsverhältnisse wird in der Regel als Erhöhung der Flexibilität des betrieblichen Arbeitszeitvolumens gefaßt. Daß die BSR bisher auf eine derartige Strategie verzichtet haben, kann als Unterschied zu privaten Unternehmen aus beschäftigungs- und sozialpolitischen Gründen positiv gewertet werden, da sich bei einer Flexibilisierung zwar die Zahl der Arbeitsplätze erhöhen kann, jedoch das Ziel in einer Reduzierung des gesamten betrieblichen Arbeitszeitvolumens und damit auch des Lohnvolumens

besteht.

Die Struktur der Arbeiter und Angestellten nach Lohn- bzw. Gehaltsgruppen kann nicht bewertet werden, da keine Vergleichsdaten zur Verfügung stehen.

Die größten Unterschiede ergeben sich bei einem Vergleich des Durchschnittsalters bzw. der Altersstruktur zwischen den BSR und dem größten privaten Städtereinigungsbetrieb in Berlin. Während bei der privaten Firma 1982 70,2% der Arbeiter zwischen 20 und 39 Jahre alt sind, beträgt der Anteil der 40- bis 59jährigen Arbeiter bei den BSR 61,1%. Dieser Sachverhalt läßt im wesentlichen folgende Interpretation zu. Erstens wird das Durchschnittsalter nicht ohne Einfluß auf die Gesamtleistung der beschäftigten Arbeitnehmer bleiben. Zweitens deutet das hohe Durchschnittsalter bei den BSR daraufhin, daß die Arbeitsleistung so bemessen ist, daß sie von einem größeren Teil der Arbeiter bis zum gesetzlichen Rentenalter erbracht werden kann, als dies bei der Privatfirma der Fall ist. Die höhere Arbeitsplatzsicherheit bei den BSR wird ebenfalls Auswirkungen auf das Durchschnittsalter haben. Darüberhinaus besteht die Interpretationsmöglichkeit, daß private Unternehmen bei entsprechenden Arbeitsanforderungen ältere Arbeitnehmer diskriminieren.

IV.2.1.1 Fluktuation

a) Betrachtet man die Dauer der Betriebszugehörigkeit aller Beschäftigten, so ergab sich im Juni 1983 folgendes Bild: Von 5434 zu diesem Zeitpunkt beschäftigten Arbeitnehmern waren

1281 (23,6%) unter 6 Jahren,
 1587 (29,2%) 6 bis 10 Jahre,
 1287 (23,7%) 11 bis 15 Jahre,
 und 1279 (23,5%) über 16 Jahre ununterbrochen bei
 den BSR beschäftigt.

Das bedeutet, daß 47,2% aller Arbeitnehmer länger als 10 Jahre bei den BSR beschäftigt sind. Bei den Arbeitern beträgt dieser Anteil 49,5% und bei den Angestellten 29,6%. (#24)

b) Bei den Arbeitern der Straßenreinigung waren 16,6% länger als 15 Jahre und 35,6% länger als 10 Jahre bei den BSR im Betrieb.

Bei den Arbeitern der Müllabfuhr sind 43,8% länger als 15 Jahre und 72,2% länger als 10 Jahre im Betrieb.

Bei den übrigen Arbeitern sind 18,5% länger als 15 Jahre und 38,7% länger als 10 Jahre im Betrieb.

Bei den Arbeitern der Müllabfuhr ist die Dauer der Betriebszugehörigkeit weit überdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Arbeiter- oder Angestelltenbereichen bei den BSR ausgeprägt.

Obwohl hinsichtlich der Dauer der Betriebszugehörigkeit keine direkten Vergleichsdaten vorliegen, kann von einem überdurchschnittlichen Niveau ausgegangen werden. Die überdurchschnittlich lange Betriebszugehörigkeit, vor allem der Arbeiter der BSR, deutet auf eine überdurchschnittliche Betriebszufriedenheit hin.

Die Betriebszugehörigkeit in Verbindung mit der Altersstruktur ergibt auch einen großen Anteil der Beschäftigten, die nur noch aus "wichtigem Grund" (§52 BMT-G) gekündigt werden können, weil sie länger als 15 Jahre im Betrieb beschäftigt sind, und einen hohen Anteil von Arbeitnehmern, denen nach §28 BMT-G Sicherung

des Lohnstandes bei Leistungsminderung zusteht.

Dieser Sachverhalt sollte bei einer Erhöhung der Arbeitsleistung durch Änderung von Tarifverträgen insofern berücksichtigt werden, als nicht einfach Leistungsvorgaben privater Unternehmen (mit geringerem Durchschnittsalter) als "objektive" Richtwerte anzusehen sind. (#25)

c) Von 1975 bis 1982 gehen die gesamten Einstellungen von Arbeitnehmern von 704 auf 132 Arbeitnehmer zurück. 1982 handelte es sich um 75 Arbeiter, 35 Angestellte und 22 Auszubildende. Bei einem so geringen Niveau an Neueinstellungen ergibt sich zwangsläufig ein erheblicher Anstieg des Durchschnittsalters. (#26)

d) Die Abgänge bei den BSR gingen von 363 Arbeitnehmern in 1975 auf 170 Arbeitnehmer in 1982 zurück. Von den 170 Arbeitnehmern, die 1982 den Betrieb verlassen haben, sind 46 in den Ruhestand getreten (hiervon waren 28 Abgänge gemäß der Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin - VVA - mit einem Durchschnittsalter von 54 Jahren), 24 Arbeitnehmer wegen Berufsunfähigkeit ausgeschieden, 49 Beschäftigte auf eigenen Wunsch und 33 wegen Kündigung durch die BSR ausgeschieden. Außerdem sind 18 Arbeitnehmer wegen Tod ausgeschieden. 1982 betrug somit der Abgang 3% der gesamten Beschäftigten.

Zu der Abgangsstatistik liegen leider keine Vergleichszahlen privater Unternehmen vor.

Die Abgänge wegen Berufsunfähigkeit und wegen Tod fanden hauptsächlich im Arbeiterbereich statt. Um präzisere Aussagen zu treffen, wäre jedoch eine Untersuchung der Einzelfälle erforderlich. (#27)

e) 1982 hatte der Betrieb einen Bestand an 44 Arbeitnehmern, die nach §28 BMT-G als erwerbsgeminderte Arbeiter beschäftigt waren. Die 44 Arbeiter, die Anspruch auf Lohnsicherung bei Leistungsminderung (§28 BMT-G) haben, stellen ein sozialpolitisches und ökonomisches Problem dar. Bei der geplanten Änderung der Arbeitsleistung der Müllabfuhr sollte auf den Arbeitnehmerkreis Rücksicht genommen werden, der beim Eintreten einer Leistungsminderung unter den §28 BMT-G fallen würde. Bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) sind die negativen Folgen bereits deutlich zutage getreten. Durch Rationalisierung und eine Zunahme der Belastungsfaktoren bei den Busfahrern ergibt sich jährlich ein Neuzugang an fahrdienstuntauglichen Busfahrern von ca. 100 Arbeitnehmern, denen bei Sicherung des Lohnstandes ein anderer Arbeitsplatz zugewiesen werden muß. Diese Entwicklung erscheint weder sozialpolitisch noch ökonomisch sinnvoll und sollte deshalb bei den BSR verhindert werden. (#27)

f) Bei den BSR waren 1983 (Juni) 1272 Arbeiter beschäftigt, die gemäß §52 BMT-G unkündbar sind. Dies entspricht 26,7% aller beschäftigten Arbeiter. (#28)

Zusammenfassung zu IV.2.1.1:

Da die Abgangsquote der BSR in den letzten Jahren immer geringer wurde (1982 betrug sie 3,1%), und die Neueinstellungen ebenfalls abnahmen (1982: 2,4%), ist eine Erhöhung der Dauer der Betriebszugehörigkeit und des Durchschnittsalters verständlich. Die geringe Fluktuation deutet jedoch auch auf eine hohe Betriebszufriedenheit hin, wobei die allgemeine Arbeitsmarktsituation nicht außeracht gelassen werden darf.

Relativ wichtig erscheinen die Konsequenzen hoher Dauer der Betriebszugehörigkeit und eines hohen Durchschnittsalters bei dem Vergleich mit privaten Unternehmen. Die §§52 und 28 des BMT-G

verhindern bei den BSR einen gezielten Abbau von älteren Beschäftigten. Eine Belastungsverdichtung könnte bei den BSR also zu einer Erhöhung der Anzahl der nach §28 BMT-G beschäftigten Arbeitnehmer führen, während sich dieser Effekt beim privaten Unternehmen nicht ergibt. Dort würden die Arbeitnehmer den Betrieb verlassen müssen, ohne einen Anspruch auf einen anderen Arbeitsplatz oder gar Lohnsicherung zu haben. Durch diesen Sachverhalt bestehen bei den BSR geringere Möglichkeiten zur Externalisierung betrieblicher Kosten. Ein quantitativer Nachweis über die Differenz wäre jedoch nur mit Vergleichsdaten zu führen.

IV.2.2 Qualifikation

a) Die Qualifikationsstruktur der Arbeiter hat sich von 1975 bis 1982 nur gering verändert. Sie kann nur danach bemessen werden, in welcher Tätigkeit die Arbeiter eingestellt sind und nicht danach, welche Qualifikation sie erworben haben, da hierzu keine Daten vorliegen. Waren 1975 4,6% als ungelernte, 60% als angelernte und 35,4% als Facharbeiter beschäftigt, so sind 1982 1,3% als ungelernte, 61,4% als angelernte und 37,3% als Facharbeiter beschäftigt. Eine Interpretation ist mangels Vergleichsdaten nicht möglich. Die leichte Erhöhung des Qualifikationsniveaus könnte an sich interpretiert werden. Jedoch sind die Effekte, die z.B. durch die Möglichkeit des Bewährungsaufstiegs entstehen, nicht zu quantifizieren. Insofern wäre hier eine Aussage zu spekulativ. (#29)

b) Bei den Angestellten waren 1975 6,6% als leitende (incl. Geschäftsleitung), 83% als qualifizierte, 8,8% als angelernte und 1,5% als ungelernte Angestellte beschäftigt. 1982 waren 8% leitende, 79,1% qualifizierte, 11,5% angelernte und 1,4% ungelernte Angestellte. Relativ zugenommen hat also nur die Anzahl der leitenden und der angelernten Angestellten.

An den Qualifikationsstrukturen hat sich sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten relativ wenig verändert. Diese Entwicklung resultiert daraus, daß es weder bei den BSR noch bei anderen Städtereinigungsbetrieben tiefgreifende technologische Veränderungen gegeben hat. Es handelt sich in diesem Sektor nach wie vor um eine relativ personalintensive Leistungserstellung. (#29)

c) Innerbetriebliche Fortbildungsmaßnahmen wurden im Betrieb nur in sehr geringem Umfang durchgeführt. So gab der Betrieb seit 1980 jährlich für Fortbildung (ohne Lohnfortzahlung) lediglich 150000,- DM aus. Über den Umfang der Inanspruchnahme von Bildungsurlaub liegen keine Daten vor. Jedoch werden derzeit eine Reihe neuer innerbetrieblicher Fortbildungsmaßnahmen geplant. (#31)

d) In den letzten Jahren sehr viel aktiver ist der Betrieb in der Berufsausbildung geworden. Bildeten die BSR 1975 nur 10 Auszubildende aus, so waren es 1980 = 25, 1981 = 30, 1982 = 45, und 1983 sind die Ausbildungsplätze sogar auf 100 aufgestockt worden. Bis 1982 konnten alle Ausgebildeten von den BSR übernommen werden. Ab Mitte der 80er Jahre wird dies nicht mehr möglich sein. Die Ausbildungskosten (nur Ausbildungsvergütungen) sind von 41200,- DM (1975) auf 239600,- DM (1982) angewachsen. (#33) und (#34)

Zusammenfassung zu IV.2.2:

Die relativ geringen Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur sind auf Basis der geringen technologischen Veränderungen der BSR erklärbar. Da keine weitergehenden Daten der BSR und keine Vergleichsdaten privater Unternehmen vorliegen, ist eine weitergehende Interpretation nicht möglich.

Eine Bewertung der betrieblichen Fortbildungsmaßnahmen ist wegen der schlechten Datenlage nicht möglich. Eine erhebliche Ausdehnung fand jedoch bei dem Angebot an Ausbildungsplätzen vor allem in den letzten Jahren statt. Wurden 1975 nur 10 Ausbildungsplätze angeboten, so waren es 1980 schon 25 und 1983 100 Ausbildungsplätze. Diese sprunghafte Ausdehnung hat natürlich auch die Kosten der Berufsausbildung erhöht, wobei zu bemerken ist, daß die BSR im Unterschied zu privaten Unternehmen nicht am Förderprogramm des Senats partizipieren konnten (Prämie von 5000,- DM für jeden neu geschaffenen Ausbildungsplatz seit 1982).

Vergleichsdaten privater Unternehmen liegen zwar nicht vor, jedoch kann bei einer Verzehnfachung der Ausbildungsplätze seit 1975 von einem überdurchschnittlichen Niveau ausgegangen werden.

IV.2.3 Arbeitszeit

a) Im Juli 1983 waren bei den BSR 1201 Arbeiter und 50 Angestellte in Schichtarbeit beschäftigt. Hiervon waren im Zweischichtbetrieb 980 Arbeiter und 27 Angestellte eingesetzt. Die zwei Schichten werden von Montag bis Freitag von 5 Uhr 30 bis 14 Uhr und von 14 Uhr bis 22 Uhr 30 gefahren. Dieser Zweischichtbetrieb findet auf den Betriebshöfen der Straßenreinigung, bei den Kraftfahrern im Müll-Ferntransport und bei den Handwerkern der Umladestationen und dem Müllverbrennungswerk Anwendung.

Im Dreischichtbetrieb sind 221 Arbeiter und 23 Angestellte eingesetzt. Da die drei Schichten bei den BSR im 5-Schichtsystem gefahren werden, handelt es sich bei diesen Arbeitsplätzen gleichzeitig um Wechselschichtarbeitsplätze. Der Dreischichtbetrieb findet auf den Umladestationen, dem Müllverbrennungswerk, im Wächterdienst und bei den

Bereitschaftswagen Anwendung.

Von den 221 Arbeitern im Dreischichtbetrieb arbeiten 206 Arbeiter während des ganzen Jahres in drei Schichten und leisten damit regelmäßig Arbeit an Sonn- und Feiertagen. Die anderen 15 Arbeiter sind von Montag bis Freitag in drei Schichten beschäftigt. Von den 23 Angestellten arbeiten 14 während des ganzen Jahres in drei Schichten und 9 Angestellte von Montag bis Freitag. Ob die Arbeitsplätze im Zwei- bzw. Dreischichtbetrieb von der Sache her unbedingt den ausgewiesenen Umfang haben müssen, konnte nicht überprüft werden. Eine Ausdehnung von Schichtarbeit scheint nicht erforderlich. Da die Schichtarbeit nachgewiesenermaßen eine Gesundheitsgefährdung für die Arbeitnehmer darstellt, sollte diese Tatsache bei möglichen Änderungen der betrieblichen Arbeitszeiten berücksichtigt werden.

Gleitende Arbeitszeit, die eine humane Arbeitszeitregelung darstellt, findet bei ca. 600 Angestellten der Hauptverwaltung Anwendung und ist bei insgesamt 660 Angestellten bei den BSR schon fast auf das Maximum ausgedehnt. Vergleichsdaten aus privaten Unternehmen liegen nicht vor. (#35), (#36) und (#37)

b) Die Urlaubsquote bei den BSR insgesamt ist von 1978 bis 1982 von 13,2% auf 14,5% gestiegen. Sie liegt bei den Arbeitern der BSR mit 14,7% (1982) höher als die der Angestellten mit 13,5%. Dies liegt an dem Zusatzurlaub, den die Arbeiter für verschiedene besondere Belastungen gemäß dem Zusatztarifvertrag der BSR zum BMT-G vom 28.2.1980 erhalten.

Alle sonstigen Urlaubsansprüche ergeben sich aus dem BMT-G und dem BAT. In diesem Zusammenhang erhöht natürlich das hohe Durchschnittsalter der Arbeitnehmer die Urlaubsquote. Ein Vergleich kann mangels Daten nicht vorgenommen werden. (#39)

c) Die Resturlaubstage bzw. der Urlaubsüberhang waren in den

Jahren 1979-82 relativ hoch.

Resturlaubstage am 31.12.1978	1979	1980	1981	1982

	2801	5140	9753	7602 6955

Der Urlaubsüberhang von 1980 entsprach umgerechnet ca. 38 Arbeitsplätzen und 1982 ca. 27 Arbeitsplätzen. (#40) und (#41).

d) Der Umfang an insgesamt geleisteten Überstunden konnte nur für 1981 erhoben werden und betrug 427650 Stunden. Pro Arbeitnehmer wurden im Monat durchschnittlich 6,4 Überstunden geleistet.

Von den gesamten Überstunden wurden 98,8% finanziell und 1,2% durch Freizeit abgegolten. 51% der Überstunden waren für Vor- und Nachladearbeit (wegen Feiertagen) erforderlich, und 49% kamen aufgrund verschiedener Ursachen zustande.

Während die Überstunden wegen Vor- und Nachladearbeit tarifvertraglich fixiert sind, verbleiben 209482 Überstunden, die nur teilweise auf den Winterdienst zurückgeführt werden können. Es scheint also die Möglichkeit zu bestehen, einen Teil der Überstunden in feste Planstellen umzuwandeln. Dies wiederum auf dem Hintergrund nicht besetzter Planstellen einerseits und den hohen Kosten für Überstunden andererseits. Vergleichsdaten privater Unternehmen liegen nicht vor. (#42) und (#43)

e) Der Umfang der Ausfallzeiten wegen Urlaub und Krankheit ist von 21,1% in 1978 auf 24,0% in 1982 gestiegen. Die Ausfallzeiten durch Ausfalltage wegen Unfall sind seit 1980 rückläufig und betrugen 1982 1,9 Tage pro Betriebsangehörigen. Dies entspricht einer Quote von ca. 0,7%.

Während der Anstieg der Urlaubsquote ausschließlich auf tarifvertragliche Vereinbarungen zurückzuführen sein dürfte,

steht der Anstieg der Krankenstandsquote entscheidend mit dem Anstieg des Durchschnittsalters in Zusammenhang. (Krankenstand und Unfallgeschehen werden jedoch noch in Punkt 2.7 aufgenommen.)(#44)

Zusammenfassung zu IV.2.3:

22% oder 1251 Arbeitnehmer bei den BSR arbeiten im Zwei- bzw. Dreischichtbetrieb. Hiervon sind 1201 Arbeiter und 50 Angestellte betroffen.

980 Arbeiter und 27 Angestellte sind von Montag bis Freitag im Zweischichtbetrieb eingesetzt. Dieser wird bei der Straßenreinigung, den Umladestationen und dem Müllverbrennungswerk praktiziert.

Für 206 Arbeiter und 14 Angestellte findet bei dem Dreischichtbetrieb das Fünf-Schicht-System das ganze Jahr über Anwendung; d.h. diese Arbeitnehmer sind mit Wechselschicht und regelmäßiger Sonn- und Feiertagsarbeit belastet. 15 Arbeiter und 9 Angestellte arbeiten von Montag bis Freitag im Dreischichtbetrieb. Der Dreischichtbetrieb erfolgt auf den Umladestationen, dem Müllverbrennungswerk, im Wächterdienst und bei den Bereitschaftswagen.

Von der Gleitzeitregelung können ca. 90% der Angestellten Gebrauch machen.

Da die Urlaubsquote abgesehen vom Einfluß des hohen Durchschnittsalters ausschließlich von tarifvertraglichen Vereinbarungen abhängt, wird sie nicht näher betrachtet. Jedoch eröffnet die Untersuchung des Urlaubsüberhangs und die Anzahl der Überstunden interne Interpretationsmöglichkeiten. In welchem Umfang Überstunden durch die Einstellung zusätzlicher Arbeitnehmer abgebaut werden könnten, müßte durch eine

Überstundenanalyse ermittelt werden. Ein Vergleich mit privaten Firmen kann mangels Daten nicht erfolgen.

IV.2.4 Arbeitsgestaltung

a) Direkt monotone Arbeit wird von einem relativ geringen Teil der Arbeitnehmer bei den BSR ausgeführt. Seit 1978 liegt der Anteil der Arbeitnehmer mit monotonen Arbeitsvorgängen bei ca. 1,5% der insgesamt Beschäftigten. Die Abgrenzung der monotonen Arbeitsplätze von den Arbeitsplätzen mit erweitertem Arbeitsinhalt wurde nicht aus empirischer Analyse gewonnen, sondern in Anlehnung an das Lohngruppenverzeichnis des Zusatztarifvertrags der BSR Nr.2 ermittelt. Damit wurden die Arbeiter der Lohngruppe I und die Angestellten der Vergütungsgruppen IXb/IXa und X/IXb den monotonen Arbeitsplätzen zugeordnet, während die Arbeiter der Lohngruppen II bis VII und die Angestellten der Vergütungsgruppen IXb/VII bis I den Arbeitsplätzen mit erweitertem Arbeitsinhalt zugeordnet wurden.

Eine derartige Zuordnung ist zunächst sicher sehr grobschlächtig und nicht am Arbeitsplatz selbst überprüft. Außerdem ergibt sich ein Verzerrungseffekt durch den sogenannten Bewährungsaufstieg, der nach 5 Jahren einen Übergang in die nächste Lohngruppe ermöglicht, ohne daß sich die Tätigkeit inhaltlich geändert hat. Eine nähere Differenzierung der Arbeitsplätze nach inhaltlichen Kriterien muß jedoch einer arbeitswissenschaftlichen Untersuchung vorbehalten bleiben. Im folgenden werden deshalb nur exemplarisch einige Belastungsfaktoren erhoben. (#45) und (#47)

b) Der Anteil von Einzelarbeitsplätzen bei den Arbeitern, also Arbeitsplätzen ohne unmittelbare Kommunikationsmöglichkeit mit Kollegen, lag 1982 bei über 25%. Präzise Angaben über die genaue Anzahl können mangels ausreichender Datenlage nicht gemacht werden.

Bei den Einzelarbeitsplätzen handelt es sich um die Handreinigerstellen, um die Kraftfahrerstellen für Kehrfahrzeuge, Spülfahrzeuge und den Abfalltransport in die DDR, um die Pförtner- und Wächterstellen und Arbeitsplätze in einigen anderen kleinen Bereichen. Bei den Angestellten war keine Differenzierung möglich.

Für einen Vergleich mit privaten Unternehmen lagen keine Daten vor. (#46)

c) Bei den Arbeitern, die überwiegend außerhalb geschlossener Räume bei jedem Wetter arbeiten, handelt es sich um die Müllwerker und Kraftfahrer der Müllabfuhr (alle Behälter incl. Container), die Handreiniger und die Kraftfahrer der Kehrichtsammelfahrzeuge, die Baggerer bei der Gullyreinigung, die Arbeiter der Sperrmüllabfuhr, die Arbeiter der Autobahn- und der Marktreinigung und einige Arbeitsplätze in kleinen Bereichen. Insgesamt waren dies 1982 ca. 3400 Arbeiterstellen. Das entspricht einem Anteil von ca. 70% aller Arbeiterarbeitsplätze bei den BSR. (#48)

d) Will man die Anzahl der Arbeitsplätze erheben, bei denen körperlich schwere Arbeit als bedeutender Belastungsfaktor auftritt, so müssen die Arbeitsplätze der Müllwerker der Müllabfuhr und der Sperrmüllabfuhr benannt werden. Seit 1978 handelt es sich um ca. 1300 Müllwerkerarbeitsplätze. Dieser Belastungsfaktor ist vor allem dadurch gegeben, daß die Berliner Altbaustruktur zu ungünstigen Standplätzen der Abfallbehälter führt, wie z.B. Hinterhöfe, die nur über mehrere Treppen erreichbar sind, 2 bis 3 Hinterhöfe, die zu langen Wegen führen, Kellerstandorte etc.

Dieser Belastungsfaktor, der sowohl Einfluß auf den Leistungsumfang als auch auf die Kosten hat, ist bei den privaten

Berliner Abfallentsorgern in geringerem Umfang vorhanden, da diese vorwiegend im gewerblichen Bereich tätig sind und dort größere Behälter auf günstigeren Standorten eingesetzt werden. (#49)

e) Es gibt noch eine Reihe weiterer Belastungsfaktoren wie Hitze, Kälte, Gestank, Staub, Lärm, Nässe, Zugluft etc. Hiervon sind in unterschiedlichem Umfang fast alle Arbeiter der BSR betroffen. Eine Differenzierung und Auswertung der Belastungsfaktoren nach verschiedenen Arbeitsplätzen konnte jedoch nicht geleistet werden.

Hinsichtlich des Auftretens der genannten Belastungsfaktoren dürfte es wenig Unterschiede zu privaten Unternehmen geben. (#50)

f) Die Arbeitsorganisation und die Arbeitsleistungen sind im Zusatztarifvertrag der BSR Nr.1 zum BMT-G für die Arbeiter im Bereich Müllabfuhr, im Bereich Straßenreinigung und im Bereich Sonderdienste festgelegt.

Die verschiedenen Festlegungen der Arbeitsorganisation und der Arbeitsleistungen werden hier nicht aufgeführt. Sie können unter Indikator #51 eingesehen werden. Bemerkenswert ist jedoch, daß durch diesen Zusatztarifvertrag die Einführung neuer Technologie und damit verbundener Rationalisierungsprozesse nicht ohne eine Beteiligung bzw. Zustimmung der Arbeitnehmervertreter im Betrieb durchgesetzt werden können. D.h. Rationalisierungseffekte können nicht einseitig auf Kosten der Arbeitnehmer durchgesetzt werden, sondern ihnen muß ein Verhandlungsprozeß zwischen den betrieblichen Interessenvertretern vorausgehen.

Hier ist ein erheblicher Unterschied zu privaten Abfallbeseitigungsunternehmen festzustellen, da es derartig weitgehende Tarifverträge für den privaten Abfallentsorgungsbereich nicht gibt. Im Bundesmanteltarifvertrag

zwischen dem Verband privater Städtereinigungsbetriebe e.V. (VPS) in Köln und dem ÖTV-Hauptvorstand in Stuttgart wird nur in §4 die Arbeitszeit, in §5 die Kurzarbeit und in §6 die Mehr-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit geregelt. Vereinbarungen über die Arbeitsleistungen oder die Arbeitsorganisation sind nicht enthalten. (#51)

Zusammenfassung zu IV.2.4:

Die Abgrenzung und Erfassung verschiedener Belastungsfaktoren kann mit den Indikatoren #45 bis #51 nur grob durchgeführt werden. Im Rahmen dieser Einschränkung kann folgendes festgestellt werden:

- 1.5% der BSR-Beschäftigten müssen monotone Arbeiten verrichten.
- 25% bis 30% der Arbeiter haben Einzelarbeitsplätze ohne direkte Kommunikationsmöglichkeit mit Kollegen.
- 70% aller Arbeiter bei den BSR arbeiten vorwiegend außerhalb geschlossener Räume.
- 27% aller BSR-Arbeiter leisten vorwiegend schwere körperliche Arbeit.
- Fast alle Arbeiter sind in unterschiedlicher Weise darüberhinaus Belastungsfaktoren wie Hitze, Kälte, Gestank, Staub, Lärm, Nässe, Zugluft etc. ausgesetzt.

Die genannten Belastungsfaktoren werden sich nicht wesentlich von denen in privaten Abfallbeseitigungsunternehmen unterscheiden. Ein Unterschied besteht jedoch darin, in welchem Umfang sich der Betrieb bemüht, die Beschäftigten vor den negativen Auswirkungen der Belastungen zu schützen, z.B. durch das Stellen ausreichender Schutzkleidung, Schutzräume, Heizungen, Belüftungen, Arbeitshilfsmittel etc. Auf diese Unterschiede ist jedoch schon bei der Interpretation der Indikatoren #1 bis #9 hingewiesen worden; die Auswirkungen werden noch in Punkt 2.7 angesprochen.

Ein sehr wesentlicher Unterschied zu privaten Entsorgern besteht in der tarifvertraglichen Festschreibung der zu erbringenden Leistungen der Areiter bei den BSR. Es sind nicht nur die Leistungen festgeschrieben, sondern auch die technischen Bedingungen, unter denen diese zu erbringen ist. D.h. Rationalisierungseffekte können in den wichtigen Tätigkeitsbereichen nicht ohne eine Änderung der Zusatztarifverträge und damit nicht ohne Zustimmung der betrieblichen Arbeitnehmerseite erzielt werden.

Diese Tatsache verhindert nicht etwa die Einführung neuer Technologien und damit die Steigerung der Produktivität. Sie verhindert im Unterschied zu privaten Abfallbeseitigungsunternehmen allerdings Rationalisierungsprozesse, über die keine Einigung zwischen den betrieblichen Tarifpartnern erzielt werden konnte. Auf die Auswirkungen überzogener Leistungsanforderungen werde ich noch in Punkt 2.7 zu sprechen kommen.

IV.2.5 Einkommen

a) Alle Arbeiter erhalten einen Zeitlohn gemäß BMT-G. 1982 traf dies für 4796 Arbeiter zu. Hiervon waren 4162 Arbeiter zusätzlich im Gedinge beschäftigt. Die hierfür zu erfüllenden Leistungsvorgaben bzw. die Höhe der verschiedenen Gedingezulagen sind im Zusatztarifvertrag der BSR zum BMT-G festgelegt.

Das Gedinge ist eine Lohnform, die im Gegensatz zum Akkord nicht jede zusätzliche Arbeitsleistung honoriert, sondern eine zu erbringende Mindest- und eine Höchstleistung festlegt. Hierdurch werden negative Auswirkungen, wie hohe Unfallquoten, Frühinvalidität etc. im Gegensatz zum Akkord eingeschränkt.

Andere Lohnformen gibt es im Arbeiterbereich der BSR bisher nicht. (#53)

b) Die Eingruppierung der Arbeiter bei den BSR erfolgt nach dem BMT-G in Verbindung mit dem Lohngruppenverzeichnis aus dem Zusatztarifvertrag der BSR zum BMT-G. Die Eingruppierung der Angestellten erfolgt nach dem BAT. eine Kommission, die sich mit Eingruppierungsproblemen befaßt, gibt es bei den BSR nicht.

Die Eingruppierung der Arbeitnehmer bei den privaten Städtereinigungsbetrieben erfolgt nach dem Bundes-Vergütungstarifvertrag vom 17.5.1983 zwischen dem Verband privater Städtereinigungsbetriebe e.V., Köln, und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr - Hauptvorstand -, Stuttgart. (#54)

c) Der Durchschnittsbruttolohn der Arbeiter ist bei den BSR von 1975 bis 1981 um durchschnittlich 5,4% pro Jahr gestiegen. Diese Entwicklung ist nicht außergewöhnlich, sagt aber auch nicht viel aus, da sich Effekte wie zunehmendes Durchschnittsalter, Einführung von Gedinge-Zulagen für die Straßenreinigung und die Bedürfnisanstaltsreinigung, Überstundenentgelte und sonstige Zuschläge sowohl hinter der absoluten Höhe der Bruttolöhne wie auch teilweise hinter den jährlichen Wachstumsraten verbergen. Dieser Tatbestand wird auch dadurch deutlich, daß seit 1978 ca. 60% des durchschnittlichen Bruttolohns auf dem Tabellenlohn beruhen. Die restlichen 40% des Durchschnittsbruttolohns setzen sich zusammen aus Gedingezulagen, Funktionszulagen, Zeitzuschlägen, Erschwerniszuschlägen, Sozialzuschlägen, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Essenzzuschüssen und sonstigen kleineren Bruttolohnbestandteilen.

Die Durchschnittsbruttogehälter sind von 1975 bis 1981 um durchschnittlich 5,3% pro Jahr gestiegen. Auch hier ist der Aussagewert nicht gerade groß, da sich neben ähnlichen

Verzerrungsfaktoren wie bei den Arbeitern hier auch Änderungen durch eine Änderung der Qualifikationsstruktur ergeben können. Für die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter spielen die jährlichen Tariferhöhungen natürlich die größte Rolle.

Vergleichsdaten über die effektiven Bruttoeinkommen der privaten Entsorger liegen nicht vor. Ein Interpretationsversuch auf Basis der Bruttoeinkommen wäre jedoch sinnlos, da eine Bewertung erst nach einer Analyse der einzelnen Lohn- und Gehaltsbestandteile sinnvoll wäre. (#55)

d) Die Ausbildungsvergütungen (im ersten Ausbildungsjahr) sind von 1975 mit 340,- DM bis 1981 mit 518,- DM um 52,4% erhöht worden. Das entspricht einer durchschnittlichen Erhöhung um 7,5% pro Jahr. Diese Ausbildungsvergütungen gelten für alle Auszubildenden bei Bund, Ländern und Gemeinden. Die Ausbildungsvergütung für Auszubildende beträgt bei den privaten Städtereinigungsbetrieben im ersten Ausbildungsjahr 1983 465,- DM.

Obwohl die Ausbildungsvergütungen in privaten Städtereinigungsbetrieben niedriger sind als in den öffentlichen Unternehmen und in Berlin jeder neu geschaffene Ausbildungsplatz in privaten Unternehmen vom Senat mit einer Prämie von 5000,- DM honoriert wird, liegt der Hauptzuwachs an Ausbildungsplätzen bei den BSR. Hier wurden die Ausbildungsplätze von 1980 bis 1983 von 25 auf 100 vervierfacht. (#56)

e) Von dem durchschnittlichen Bruttolohn der Arbeiter bei den BSR sind 1982 durchschnittlich:

59,3 %	Monatstabellenlohn
14,3 %	Gedingezulagen
2,1 %	Funktionszulagen
3,3 %	Zeitzuschläge
3,3 %	Erschwerniszuschläge
7,9 %	Weihnachtszuwendungen
1,9 %	Urlaubszuschläge
2,6 %	Sozialzuschläge
0,6 %	Essenzzuschläge
4,7 %	sonstige Lohnbestandteile

Von dem durchschnittlichen Bruttogehalt der Angestellten bei den BSR sind 1982 durchschnittlich:

61,6 %	Grundvergütungen
2,1 %	Zulagen
4,0 %	Zeit- und Mehrarbeitszuschläge
19,1 %	Ortszuschläge
1,5 %	örtliche Sonderzuschläge
7,1 %	Weihnachtszuwendungen
0,6 %	Urlaubsgeld
0,5 %	Essenzzuschüsse
3,5 %	sonstige Gehaltsbestandteile

Alle Lohn- und Gehaltsbestandteile sind tarifvertraglich vereinbart. Vergleichsdaten, die eine derartige Aufschlüsselung der effektiven Löhne und Gehälter bei privaten Abfallbeseitigungsunternehmen ermöglichen, liegen nicht vor. Es kann nur darauf verwiesen werden, daß der Vergütungstarifvertrag zwischen dem VPS und der ÖTV die Höhe der monatlichen Tarifvergütungen (Vergütungsgruppe 1-6) festlegt, im Bundes-Manteltarifvertrag zwischen denselben Vertragspartnern in §7 die zu gewährenden Zeitzuschläge vereinbart und in §8 die Möglichkeit der betrieblichen Festlegung von Erschwerniszulagen eingeräumt wird. (#57) und (#58)

f) Bezüglich der zusätzlichen Altersversorgung im öffentlichen Dienst muß auf die VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder) und die VVA (Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin) eingegangen werden. Die VBL, in der alle BSR-Beschäftigten versichert sind, die nach dem 1.4.1955 ein Beschäftigungsverhältnis mit dem Bund oder dem Land Berlin eingegangen sind, unterscheidet sich im Grundsatz nicht von einer betrieblichen Alterszusatzversorgung in privaten Unternehmen.

Auf eine VVA-Rente hat derjenige Personenkreis Anspruch, der bereits vor dem 1.4.1955 ein Arbeitsverhältnis mit dem Land Berlin eingegangen war. Durch die Ablösung der VVA durch die VBL wurde der "betrieblichen" VVA die finanzielle Basis entzogen, während die Eigenbetriebe in vollem Umfang für die Leistungen aufkommen müssen. Die Berechnung und Auszahlung der VVA-Renten für alle Anspruchsberechtigten nimmt das Landesverwaltungsamt vor. Die BSR müssen die auf sie entfallenden VVA-Renten dem Landesverwaltungsamt erstatten. Bei allen anderen Beschäftigungsstellen des Landes Berlin (außer den Eigenbetrieben) ist dies nicht der Fall.

1981 waren 1488 ehemalige BSR-Beschäftigte VVA-Versorgungsempfänger und erhielten insgesamt in diesem Jahr 13,48 Mio.DM. Dies waren 4,8% des gesamten Personalaufwands.

Gegen die tarifvertraglich vereinbarten Alterszusatzversicherungen VBL und VVA ist absolut nichts einzuwenden, jedoch stellt die Art der Finanzierung eine wirtschaftliche Belastung für die BSR dar, die in vergleichbaren privaten Städtereinigungsunternehmen nicht zu finden ist. Da die Änderung der VVA-Finanzierung auf einen pragmatischen politischen Entschluß zurückgeht, sollte die Finanzierungsverpflichtung auf das Land Berlin übertragen werden. (#59)

g) - Die BSR verfügen über Sozialräume auf jedem Betriebshof der Müllabfuhr und der Straßenreinigung, auf jeder Betriebsstelle der Straßenreinigung, auf den Betriebshöfen der Sonderdienste, den Umladestationen, dem Müllverbrennungswerk und der Hauptwerkstatt. Die Sozialräume bestehen aus Umkleideräumen nach dem "Schwarz-weiß- System" (getrennte Räume und Schränke für Arbeitskleidung und private Kleidung) und Duschräumen. Die Betriebshöfe sind außerdem mit Hobbyräumen ausgestattet, die allen Beschäftigten zugänglich sind. Der zusätzliche finanzielle Aufwand für diese Einrichtungen war nicht getrennt zu ermitteln.

- Die Kantinen bei den BSR, die auf allen Betriebshöfen, den Umladestationen und der Hauptwerkstatt existieren, wurden in den 50er Jahren von der Personalvertretung und der Belegschaft aufgebaut und geführt. 1983 hat die Geschäftsleitung der BSR angeordnet, daß die Kantinen ausschließlich ihrer Leitung unterstellt werden. In dieser Frage entstand eine Auseinandersetzung mit der Personalvertretung. Bisher konnte noch keine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

Eine Untersuchung über die Arbeitsbedingungen bei den Stadtreinigungsbetrieben (2) der Bundesrepublik hat ergeben, daß in Städten mit mehr als 200000 Einwohnern nur 69% der Stadtreinigungsbetriebe mit Kantinen ausgestattet sind. Unter Einbeziehung aller Betriebe haben 70% keine Kantinen.

- Die BSR unterhalten seit 1974 ein Freizeit- und Erholungsheim in Kladow. Dieses wurde nach einem Beschluß des Verwaltungsrats, also mit der Zustimmung des Senats, gebaut. Ab April 1984 soll das Freizeit- und Erholungsheim nicht nur den BSR-Beschäftigten, sondern allen Arbeitnehmern der Berliner Eigenbetriebe zugänglich gemacht werden.

Der nicht gedeckte Aufwand, der aus dem Betrieb der Einrichtung erwächst, ist von 1978 bis 1981 um 12,9% auf 1,3 Mio.DM gestiegen.

Derartige Leistungen werden von den privaten Städtereinigungsbetrieben in Berlin nicht erbracht.

- Die bei den BSR existierenden Betriebssportgruppen werden in geringem Umfang unterstützt. Die Unterstützungen sind bis 1980 auf 25000,- DM gestiegen, jedoch bis 1982 auf 11000,- DM reduziert worden. Vergleichsdaten liegen hierzu nicht vor.
- Seit 1983 befindet sich bei den BSR eine Beratungsstelle zur Sozialbetreuung der Beschäftigten im Aufbau. (#60)

Zusammenfassung zu IV.2.5:

- Hinsichtlich der Lohn- und Gehaltsformen gibt es bei den BSR grundsätzlich Zeitlöhne bei den Arbeitern und Festgehälter bei den Angestellten. Bei 82% der Arbeiter findet zusätzlich ein Gedinge Anwendung; d.h. bei festgeschriebenen Mindest- bzw. Höchstansforderungen ist eine Gedingezulage vereinbart. Das Gedinge unterscheidet sich damit vom Prämien- oder Akkordlohn, da nicht jede zusätzliche Leistung honoriert wird. In der Regel kollidieren Prämien- oder Akkordlohnsysteme erstens mit der Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften und zweitens mit der Leistungsqualität. Es ergeben sich auch Auswirkungen auf die Dauer des Arbeitslebens der Arbeitnehmer bei diesen Lohnsystemen; d.h. höhere Quoten an Berufs- und Erwerbsunfähigen. Diese negativen Auswirkungen entfallen weitestgehend beim Gedinge.
- Eine Analyse der Bruttolohn- und Gehaltsbestandteile bei den BSR konnte vorgenommen werden. Es handelt sich ausschließlich um Lohn- und Gehaltsbestandteile, wie diese sich aus dem BAT,

dem BMT-G und den Zusatztarifverträgen der BSR zum BMT-G ergeben. Mangels Daten ist eine vergleichende Interpretation nicht möglich.

- Obwohl die Ausbildungsvergütungen bei den privaten Städtereinigungsbetrieben etwas geringer sind als bei den BSR und private Unternehmen bei der Schaffung eines Ausbildungsplatzes eine einmalige Prämie von 5000,- DM vom Senat von Berlin erhalten, haben nicht diese Betriebe ihr Ausbildungsplatzangebot erweitert, sondern die BSR. Von 1980 bis 1983 wurde die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze von 25 auf 100 erhöht. In dieser Frage weichen die BSR ganz erheblich von ihrer privaten Konkurrenz positiv ab.
- Die VBL stellt im Grundsatz eine Alterszusatzversorgung dar, wie es diese in privaten Unternehmen auch gibt. Die VBL findet bei den BSR-Beschäftigten Anwendung. In den privaten Städtereinigungsbetrieben in Berlin gibt es jedoch keine betriebliche Alterszusatzversorgung.

Die Finanzierung der VVA stellt eine zusätzliche finanzielle Belastung der BSR dar. 1981 mußten hierfür 13,5 Mio.DM aufgebracht werden.

Sowohl die Zusatzversorgung nach der VBL als auch nach der VVA sind Ergebnis von Tarifverhandlungen. Da jedoch in privaten Vergleichsunternehmen derartige Leistungen nicht erbracht werden, sind diese als Besonderheit hervorzuheben.

- Die BSR verfügen über qualitativ gut ausgestattete Sozialräume, Hobbyräume und Kantinen. Bei den privaten Städtereinigungsbetrieben in Berlin werden keine Kantinen unterhalten. Ein Vergleich der Qualität der Sozialräume kann mangels Daten nicht vorgenommen werden. Aus einer Untersuchung der bundesdeutschen Städtereinigungsbetriebe geht

jedoch hervor, daß 50% aller Betriebe ihre sanitären Einrichtungen als negativ, als zu klein oder als unhygienisch bezeichnen.(3)

- Die BSR unterhalten seit 1974 ein Freizeit- und Erholungsheim, das ab April 1984 nicht nur allen BSR-Beschäftigten, sondern allen Arbeitnehmern der Berliner Eigenbetriebe zur Verfügung stehen soll. Der nicht gedeckte jährliche Aufwand hierfür betrug 1981 1,3 Mio.DM. Dies ist eine soziale Leistung, die von privaten Betrieben in Berlin nicht erbracht wird.

IV.2.6 Mitbestimmung und Information

a) Bei den BSR gibt es fünf Mitbestimmungsgremien. Dies sind der Verwaltungsrat (VR), dessen Existenz auf das Eigenbetriebsgesetz (§§6 und 7) zurückgeht, der Gesamtpersonalrat (GPR), der Personalrat Müllabfuhr, der Personalrat Straßenreinigung und der Personalrat Hauptverwaltung. Die letztgenannten Gremien gehen auf das Personalvertretungsgesetz zurück.

Bei den privaten Städtereinigungsbetrieben gibt es auf Basis des Betriebsverfassungsgesetzes Betriebsräte. Ein Vergleich der Vor- bzw. Nachteile zwischen dem Personalvertretungs- und dem Betriebsverfassungsgesetz würde an dieser Stelle zu weit gehen.

Eine erhebliche Besonderheit bei den BSR stellt jedoch der Verwaltungsrat dar. In diesem werden 5 der 10 Mitglieder vom Gesamtpersonalrat bestellt. Der Verwaltungsrat ist ein Aufsichtsgremium, das ähnlich dem Aufsichtsrat bei Aktiengesellschaften die grundsätzlichen Entscheidungen über den Betrieb fällt, die Geschäftsleitung einsetzt und kontrolliert etc. Hervorzuheben ist jedoch, daß die Entscheidungen des Verwaltungsrats erstens durch die politischen Verhältnisse in Berlin beeinflußt sind und zweitens bei den Entscheidungen umweltpolitische, sozialpolitische, beschäftigungspolitische oder

strukturpolitische Überlegungen an die Stelle eines rein betriebswirtschaftlichen Kalküls treten können. (#61)

b) Die Sitzverteilung in den betrieblichen Mitbestimmungsgremien weist hinsichtlich des GPR und der drei örtlichen Personalräte keine Besonderheiten auf. Hier gilt das Personalvertretungsgesetz. Die paritätische Besetzung des Verwaltungsrates mit 5 Senatsvertretern und 5 Arbeitnehmervertretern existiert allerdings erst seit 1973 nach einer damaligen Änderung des Eigenbetriebsgesetzes. Die paritätische Mitbestimmung ist jedoch durch das Vetorecht des Verwaltungsratsvorsitzenden (immer der zuständige Senator) eingeschränkt.

Betrachtet man die Sitzverteilung im GPR getrennt nach Arbeitern, Angestellten und der Zugehörigkeit zu Gewerkschaften oder Verbänden, so hat sich hier seit 1977 nicht sehr viel geändert. Von den 21 Sitzen waren in diesem Zeitraum immer 17 Arbeitersitze von ÖTV-Kandidaten besetzt. Bei den Angestellten werden seit 1980 3 Sitze von ÖTV-Kandidaten und ein Sitz von einem DAG-Kandidaten besetzt. 1977 gab es noch einen Beamtsitz (ÖTV).

Der Personalrat Müllabfuhr setzt sich 1983 aus 15 Arbeiter- und 2 Angestelltenvertretern zusammen. Alle sind in der ÖTV organisiert.

Der Personalrat Straßenreinigung setzt sich 1983 ebenfalls aus 17 Mitgliedern zusammen. Hiervon waren 15 Arbeitervertreter (ÖTV) und 2 Angestelltenvertreter (ÖTV).

Der Personalrat Hauptverwaltung hatte 1980 und 1983 13 Mitglieder. Hiervon waren 8 Arbeitervertreter (ÖTV) und 5 Angestelltenvertreter (3 ÖTV, 2 DAG). 1977 gab es noch einen Beamtenvertreter (ÖTV).

Sowohl dem GPR als auch den drei örtlichen Personalräten gehören je ein Jugendvertreter und ein Schwerbehindertenvertreter an. Diese Vertreter sind jedoch in den 4 Gremien nicht stimmberechtigt. (#61)

c) Insgesamt gibt es bei den BSR seit den Personalratswahlen von 1980 68 Personalräte, 4 Jugendvertreter und 4 Schwerbehindertenvertreter. Aus dem GPR sind 2 Personalräte freigestellt, aus den Personalräten Müllabfuhr und Straßenreinigung jeweils 4 und aus dem Personalrat Hauptverwaltung drei.

Regelmäßige Sitzungen der vier Mitbestimmungsgremien finden in folgenden Zeiträumen statt.

- Der Verwaltungsrat tagt 4 bis 6mal pro Jahr.
- Der Gesamtpersonalrat hat in den letzten Jahren 12 bis 14 ordentliche und ca. 10 außerordentliche Sitzungen pro Jahr durchgeführt.
- Die Personalräte Müllabfuhr, Straßenreinigung und Hauptverwaltung tagen im Durchschnitt einmal pro Woche, d.h. ca. 50mal pro Jahr. (#62) und (#64)

d) Bis 1982 fand bei den BSR pro Jahr eine gemeinsame Personalversammlung statt. 1983 konnte dies so nicht durchgeführt werden. Stattdessen mußten entsprechend der örtlichen Personalratsbereiche drei Teilpersonalversammlungen durchgeführt werden.

Auf den einzelnen Betriebshöfen gibt es seit mehr als 20 Jahren Teilpersonalversammlungen, die als sogenannte Frühsprachen bezeichnet werden. Bis zum Juni 1983 wurden diese alle 1 bis 2 Wochen durchgeführt. Seit Juli 1983 dürfen die Frühsprachen nur noch nach vorheriger Anmeldung bei der Betriebsleitung abgehalten werden. Eine restriktive Handhabe der Frühsprachen durch die

Geschäftsleitung wäre allerdings unverständlich, da diese kostenneutral sind. Am Tag der Durchführung einer Fröhsprache wirkt diese nicht leistungsmindernd auf die Gedinge; das bedeutet, daß die im Zusatztarifvertrag festgeschriebene Tagesleistung erbracht werden muß. (#62)

e) Die BSR-Beschäftigten weisen mit ca. 90% Organisierten in der ÖTV seit Jahren einen sehr hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auf. Der Arbeiterbereich ist schon immer von der ÖTV dominiert. Im Angestelltenbereich der Hauptverwaltung hat die ÖTV seit 1980 zwei von 5 Sitzen an die DAG verloren.

Die Personalratswahlen wurden bei den BSR 1983 schon im Frühjahr durchgeführt. Dies war notwendig geworden, nachdem alle Personalräte am 29.11.1982 zurückgetreten waren. Hintergrund des Rücktritts war unter anderem eine gerichtliche Auseinandersetzung zwischen der DAG und dem Vorsitzenden des GPR als auch dem Vorsitzenden des Personalrats Hauptverwaltung, die mit einem Vergleich beigelegt wurde.

Betrachtet man auf diesem Hintergrund die Wahlbeteiligung bei den Personalratswahlen 1977, 1980 und 1983, so lassen sich zwei Tendenzen ausmachen. Die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum GPR und zu den Personalräten Müllabfuhr und Straßenreinigung gingen sowohl bei den Angestellten als auch bei den Arbeitern von 1977 zu 1980 zurück, sind aber 1983 wieder überall gestiegen. Dies ist mit Sicherheit auf die zu diesem Zeitpunkt geföhrten Auseinandersetzungen zurückzuführen. Bei der Wahlbeteiligung zur Wahl des Personalrats Hauptverwaltung ergab sich ein anderer Trend. Hier war sowohl von 1977 zu 1980 als auch zu 1983 ein Anstieg der Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Diese Entwicklung erklärt sich unter anderem aus zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen DAG und ÖTV seit Ende der 70er Jahre im Angestelltenbereich. Im Betrachtungszeitraum lag die niederste Wahlbeteiligung bei den Angestellten bei 79,4% (1977,

Hauptverwaltung) und die höchste bei 89,8% (1983, Stadtreinigung). Was besonders auffällt, ist, daß in allen Jahren und allen Bereichen die Wahlbeteiligung der Angestellten höher war als die der Arbeiter.

Die geringste Wahlbeteiligung der Arbeiter war mit 66,1% 1977 in der Hauptverwaltung zu verzeichnen. Der höchste Stand lag 1983 mit 84% bei der Müllabfuhr. (#63)

f) 1982 wurden 15 Einigungsstellenverfahren wegen Kündigungen oder Regressionsansprüchen abgeschlossen. 13 Verfahren aus 1982 sind noch nicht abgeschlossen. (#65)

Zusammenfassung zu IV.2.6:

Im Bereich der Mitbestimmungsgremien kann als elementarer Unterschied zu den privaten Städtereinigungsbetrieben die Existenz des paritätisch besetzten Verwaltungsrats der BSR hervorgehoben werden. Derartig weitgehende Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt es bei den Privaten nicht. Die Existenz der Personalräte bei den BSR findet ihre Entsprechung in den Betriebsräten der privaten Unternehmen.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt bei den BSR seit Jahren bei über 90%. Die ÖTV-Organisierten machen schon knapp 80% aus. Der ÖTV-Anteil liegt im Arbeiterbereich noch etwas höher, im Angestelltenbereich niedriger. Aus diesem Grunde sind seit Jahren die Arbeiter- Personalratskandidaten der ÖTV immer mit überwältigender Mehrheit gewählt worden. Im Angestelltenbereich findet der geringere Organisationsgrad auch im Personalrat seine Entsprechung. 3 der Angestellten-Personalräte sind von der ÖTV, 2 von der DAG.

Ein vergleichsweise hoher Organisationsgrad ist bei den Beschäftigten der privaten Städtereinigungsbetriebe nicht

vorzufinden.

Die Informationspolitik der Personalräte der BSR ist mit den vorhandenen Indikatoren nicht ausreichend erfaßbar. Jedoch geben die Anzahl der Sitzungen der Gremien und vor allem die in den vergangenen Jahren regelmäßig durchgeführten Frührsprachen einen Eindruck von der Quantität der Aktivitäten. Die hohen Wahlbeteiligungen und die geringen Veränderungen bei der Verteilung der Sitze lassen darüber hinaus eine Zufriedenheit der Beschäftigten mit ihren Personalräten erkennen.

Vergleichsdaten privater Unternehmen liegen mir nicht vor.

IV.2.7 Gesundheit und Arbeitssicherheit

a) Der Krankenstand ist im Durchschnitt aller Arbeitnehmer bei den BSR von 8,0% (1975) auf 9,5% (1982) angestiegen. Dies geht auf einen Anstieg der Krankenstandsquoten der Arbeiter von 8,2% (1978) auf 9,9% (1982) und einen Anstieg bei den Angestellten und Beamten von 5,8% (1978) auf 6,2% (1982) zurück.

Selbst bei den Arbeitern differieren noch die Quoten nach einzelnen Bereichen. 1982 betrugen die Krankenstandsquoten der Arbeiter der Sonderdienste 12,4%, der Arbeiter der Straßenreinigung 10,4%, der Arbeiter der Beseitigungsanlagen 9,4% und der Arbeiter der Müllabfuhr 9,2%.

Der allgemeine Anstieg der Krankenstandsquoten hat eine wesentliche Ursache sicher in dem ständigen Anstieg des Durchschnittsalters. Eine Betrachtung der Krankenstände nach Altersgruppen zeigt eine deutliche Zunahme der Krankentage bei zunehmendem Alter. Ein Zusammenhang, der kaum verwundert.

Die durchschnittlichen Krankenstandsquoten des größten privaten Städtereinigungsbetriebs in Berlin (Firma Alba) liegen von 1978

bis 1982 zwischen 3,2 und 4,4%. Für den großen Unterschied zur BSR können zwei Faktoren maßgeblich sein. Erstens weicht die Altersstruktur der Alba-Beschäftigten erheblich von der der BSR-Beschäftigten ab. Während 1982 70,6% der Alba-Arbeiter zwischen 20 und 39 Jahre alt sind, sind 65,0% der BSR-Arbeiter bei der Abfallbeseitigung zwischen 40 und 59 Jahre alt. Zweitens wird die größere Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes bei den Alba-Beschäftigten einen nicht unerheblichen Einfluß auf den Krankenstand haben.

Ob diese beiden Faktoren zur Erklärung des Unterschieds ausreichen, kann nicht festgestellt werden, da diese, übertragen auf den Krankenstand, nicht quantifizierbar sind. (#66) und (#67)

b) Die Unfallquoten bei den BSR sind seit 1980 rückläufig. Berechnet man die meldepflichtigen Unfälle pro 1000 Beschäftigte und Jahr, so ergab sich für 1978 eine Unfallquote von 87 Unfällen, für 1979 und 1980 eine Quote von 108 Unfällen, für 1981 von 98 und für 1982 von 93 Unfällen. Die etwas höheren Werte in den Jahren 1979/80 lagen an dem sehr strengen Winter dieses Jahreswechsels. Vergleicht man diese Unfallquoten mit dem bundesrepublikanischen Durchschnitt aller Städtereinigungsbetriebe, so ergibt sich ein signifikanter Unterschied. Eine Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund weist für die Jahre 1974/75 eine 1000-Mann-Quote für die Müllabfuhr von 160 bis 200 Unfällen aus.(4) Obwohl diese Daten schon älter sind, zeigen sie, daß die BSR eindeutig unterhalb des Bundesdurchschnitts liegt.

Von wesentlich aktuellerer und besserer Aussagekraft ist der Vergleich mit dem größten privaten Städtereinigungsbetrieb in Berlin (Firma Alba).

Meldepflichtige Unfälle pro 1000 Beschäftigte und Jahr

	1978	1979	1980	1981	1982
BSR	87	108	108	98	93
Alba	296	227	138	240	161

Würde man nur die Arbeiterbereiche vergleichen, so wäre der Unterschied wahrscheinlich noch größer, da die Firma Alba einen höheren Angestelltenanteil als die BSR hat und im Angestelltenbereich viel geringere Unfallquoten auftreten. Um die Dimensionen dieses Unterschiedes zu verdeutlichen, ist folgende Vergleichsrechnung aufzustellen:

Bei den BSR ereigneten sich von 1978 bis 1982 insgesamt 2705 meldepflichtige Arbeitsunfälle. Würde man die 1000-Mann-Quoten des privaten Städtereinigungsbetriebes zur Berechnung der Unfälle bei den BSR zugrundelegen, so hätten sich von 1978 bis 1982 5794 Unfälle ereignet. Das heißt, wenn bei den BSR von 1978 bis 1982 unter denselben Bedingungen wie bei der Firma Alba gearbeitet worden wäre, so hätten sich zusätzlich 3089 Unfälle ereignet. (#68) und (#69)

c) Die Unfallschwerpunkte lassen sich bei den BSR nach Arbeitsbereichen feststellen.

- Im Bereich Müllabfuhr gibt es drei Unfallschwerpunkte. Es handelt sich hierbei um den Transport und Umgang mit Müllgefäßen, das Ein- und Aussteigen am Müllsammelfahrzeug und das Auf- und Abladen am Müllsammelfahrzeug sowie das Einkippen von Müllgut. In den Jahren 1981 und 1982 entstanden hier vorwiegend Verletzungen an Fingern, Füßen und Beinen, die in Verbindung mit Prellungen und Brüchen standen.

- Im Bereich Straßenreinigung liegen die Unfallschwerpunkte beim Ein- und Aussteigen und Schließen der Beifahrertür am Kehrrechtsammelfahrzeug. Die verletzten Körperteile sind vorwiegend Finger, Füße und Beine.
- Im Bereich Sonderdienste sind die Tätigkeiten und damit Unfallquoten so verschiedenartig, daß sich hier keine Schwerpunkte bilden lassen.
- Im Bereich Abfallbeseitigungswerke liegt der Unfallschwerpunkt bei den Instandhaltungsarbeiten.
- Im Bereich Hauptwerkstatt liegen die Unfallschwerpunkte bei den Wartungs-, Instandsetzungs- und Reinigungsarbeiten. Hier entstanden meist Fingerverletzungen in Verbindung mit Prellungen und Brüchen.
- Im Bereich Hauptverwaltung konnte keine Schwerpunktbildung vorgenommen werden.

Die Maßnahmen zur Einschränkung des Unfallgeschehens werden vom Referat für Arbeitssicherheit erarbeitet und durchgeführt. Die Grundlage hierfür besteht zunächst in einer systematischen Erhebung und Auswertung von Unfällen und deren Ursachen. Hierüber werden jährlich Dokumentationen erstellt. Seit 1980 werden Sicherheitsaktionen vom Referat durchgeführt, die sich gezielt mit den Problemen im Bereich der Unfallschwerpunkte befassen. Hierzu werden Schautafeln aufgestellt, die einen aus der Sicht der Arbeitssicherheit korrekten Arbeitsablauf darstellen. Darüber hinaus erfolgte eine Ausstellung persönlicher Schutzausrüstungen wie Sicherheitsschuhe, Schutzhandschuhe, Warnschutzbekleidung etc. Außerdem wurden auf freiwilliger Basis Sehtests und Überprüfungen der privaten Fahrzeuge auf Verkehrssicherheit durchgeführt. Hierdurch wird eine Reduzierung der Wegeunfälle angestrebt.

1983 wurden die Sicherheitsaktionen das erste Mal mit einem Arbeitssicherheitspreisausschreiben verbunden, das vom Bundesverband der Unfallversicherungsträger erarbeitet worden ist. Als Preise wurden vom Betrieb Pannenkoffer, Warndreiecke, Erste-Hilfe-Kästen, Warnleuchten und Feuerlöscher beschafft.

Die vier Mitarbeiter im Referat für Arbeitssicherheit sind auch für die Beschaffung und Verbesserung der Arbeitsschutzbekleidung und sonstiger Schutzausrüstungen zuständig. Sie werden auch bei der Planung baulicher oder technischer Neuerungen im Betrieb einbezogen, damit sicherheitstechnische Gesichtspunkte schon in der Planungsphase berücksichtigt werden können.

Vergleichsdaten über die Unfallschwerpunkte und die Maßnahmen zur Reduzierung des Unfallgeschehens liegen mir nicht vor. (#70)

d) Das Referat für Arbeitssicherheit wurde 1973 eingerichtet. Es ist jedoch erst seit 1979 mit 4 Vollzeitstellen für Sicherheitsingenieure ausgestattet. Dies entspricht seit diesem Zeitpunkt in vollem Umfang den gesetzlichen Erfordernissen, wie sie in den Unfallverhütungsvorschriften (UVV) und den Vorschriften der gesetzlichen Unfallversicherung (GUV) 05 vorgeschrieben sind.

Nebenamtlich (ohne Bezahlung) gibt es bei den BSR heute 43 Sicherheitsbeauftragte. Sie gewährleisten in allen Fragen der Arbeitssicherheit den Kontakt zwischen den einzelnen Betriebseinheiten und dem Referat für Arbeitssicherheit. Der Erfolg der Tätigkeit des Referats für Arbeitssicherheit kann an der 1000-Mann-Quote der Unfälle abgelesen werden. Der Aufwand für Sicherheitsausrüstungen und Hilfsmittel ist bereits bei den Indikatoren #1 bis #9 angesprochen. Die Arbeitsgestaltung, wie sie in Punkt 2.4 untersucht worden ist, fördert natürlich auch die Möglichkeit einer Verbesserung der Arbeitssicherheit. Von

elementarer Bedeutung ist ebenfalls die Mitarbeit der Personalräte, die die Einhaltung der tariflichen wie der sicherheitstechnischen Vorgaben gewährleisten müssen.

Vergleichsdaten aus privaten Städtereinigungsbetrieben über den Aufwand für Arbeitssicherheit liegen nicht vor. Jedoch lassen die Unfallquoten der BSR und der Firma Alba die Vermutung zu, daß die Arbeitsbedingungen und die Arbeitssicherheit der privaten Städtereinigungsbetriebe wesentlich schlechter sein müssen. (#71)

e) Seit 1977 ist bei den BSR das Referat betriebsärztlicher Dienst eingerichtet. Heute ist es mit einer Betriebsärztin (Vollzeitstelle), einer Laborassistentin (Vollzeitstelle) und einer Schreibkraft (30 Stunden pro Woche) ausgestattet. Dies entspricht nicht den Anforderungen der Unfallverhütungsvorschriften. Unter Berücksichtigung der auf ganz Berlin verteilten Betriebshöfe, Betriebsstellen und Umladestationen wären gemäß dem nach UVV anzuwendenden Schlüssel zwei ärztliche Vollzeitstellen einzurichten. Durch eine Besetzung der zweiten Stelle könnten die betriebsärztlichen Leistungen wesentlich verbessert werden.

Heute werden zwar alle gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchungen der Arbeiter und Angestellten durchgeführt. Darüber hinaus gibt es auf freiwilliger Basis Gripeschutz-, Tetanusschutz- und Schluckimpfungen. Durch eine vorschriftsmäßige Ausstattung des Referats könnten aber weitergehende Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge und Gesundheitssicherung erarbeitet und umgesetzt werden.

Daten über Qualität und Umfang des betriebsärztlichen Dienstes bei privaten Städtereinigungsbetrieben liegen mir nicht vor. (#72)

Zusammenfassung zu IV.2.7:

Die Krankenstandsquote aller Arbeitnehmer bei den BSR hat sich von 1975 bis 1982 von 8,0% auf 9,5% erhöht. Dieser Anstieg ist vermutlich auf das gestiegene Durchschnittsalter der Beschäftigten bei den BSR zurückzuführen. Die Krankenstandsquoten der Beschäftigten bei dem größten privaten Städtereinigungsbetrieb in Berlin schwanken im Zeitraum von 1978 bis 1982 zwischen 3,2% und 4,4%.

Dieser signifikante Unterschied läßt sich im wesentlichen auf zwei Unterschiede zurückführen. Erstens unterscheidet sich die Altersstruktur der Arbeiter ganz erheblich. 1982 waren 70,6% aller Arbeiter des privaten Unternehmens zwischen 20 und 39 Jahre alt, während 65,0% der BSR-Arbeiter zwischen 40 und 59 Jahre alt waren. Da mit zunehmendem Alter der Krankenstand zunimmt, ist dies ein bedeutender Erhöhungsfaktor für die BSR. Zweitens wird bei den Arbeitnehmern des privaten Unternehmens die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes die Krankenstandsquote senken. Ob die beiden angeführten Faktoren genau den Unterschied der Krankenstandsquoten ergeben, kann nicht sicher gesagt werden, da die beiden Effekte nicht quantifizierbar sind.

Eine Betrachtung der Unfallquoten (sogenannte 1000-Mann-Quote, d.h. Unfälle pro 1000 Beschäftigte und Jahr) brachte ein erstaunliches Ergebnis. Vergleicht man die Unfallquoten der BSR mit dem Bundesdurchschnitt aller Städtereinigungsbetriebe von 1975, so liegen die BSR weit unter dem Durchschnitt.

Wären bei den BSR genau die gleichen Unfallquoten aufgetreten wie bei der Firma Alba, so hätten sich bei den BSR von 1978 bis 1983 3089 Unfälle mehr ereignet. Neben den individuellen Leiden der Arbeitnehmer hätte dies einen Mehraufwand von mehreren Millionen DM für die Sozialversicherungsträger bedeutet.

Die BSR haben ein nach UVV vorschriftsmäßig ausgestattetes Referat für Arbeitssicherheit. Von hier aus wird eine fundierte und den Unfallschwerpunkten entsprechend gezielte Sicherheitsarbeit betrieben. Mit dieser Arbeit sind 4 Sicherheitsingenieure beauftragt. Sie werden von 43 nebenamtlich tätigen Sicherheitsbeauftragten unterstützt.

Das seit 1977 existierende Referat betriebsärztlicher Dienst ist mit einer Betriebsärztin, einer Laborassistentin und einer Schreibkraft ausgestattet. Dies entspricht nicht den Vorschriften. Das Referat müßte mit zwei ärztlichen Vollzeitstellen ausgestattet sein. Hierdurch könnten die betriebsärztlichen Aktivitäten wesentlich verbessert werden.

Über den Umfang und die Qualität des Arbeitssicherheitsdienstes und den betriebsärztlichen Dienst bei den privaten Städtereinigungsbetrieben liegen keine Daten vor. Die Unfallquoten sind jedoch ein Indikator für eine wesentlich schlechtere Leistung der Privaten auf diesem Sektor.

IV.3 Die produzierten Waren bzw. Leistungen

IV.3.1 Die Struktur des Angebots und die Waren bzw. Leistungen an sich

a) Die Hauptaufgaben der BSR bestehen erstens aus einer auf ganz Berlin (West) bezogenen flächendeckenden Sammlung und Annahme von Haushaltsabfällen, gewerblichen Abfällen, Sonderabfällen und deren Beseitigung bzw. Verwertung. Zweitens aus der Reinigung (manuell und maschinell) aller öffentlichen Straßen (incl. Straßenbegleitgrün und Straßenmittelstreifen), Gehwege, Plätze und Freiflächen. Drittens aus den Sonderdiensten, die die Reinigung der Autobahn, die Unterhaltung der Bedürfnisanstalten, die Sperrmüllabfuhr, die Beseitigung von Unrat auf Freiflächen, den Straßenwinterdienst, die Reinigung von Marktplätzen und die sonstigen Sonderleistungen umfassen. Diese drei Hauptgruppen des Angebots unterteilen sich in 18 verschiedene Angebotsgruppen, die unter Indikator #74 eingesehen werden können.

b) Neben den BSR gibt es in Berlin (West) ca. 30 konkurrierende private Städtereinigungsbetriebe, die vorwiegend in der Müllabfuhr tätig sind. Eine vergleichende Angebotsanalyse der privaten Unternehmen war im Rahmen dieser Arbeit nicht realisierbar. Das Verhältnis zwischen den BSR und den konkurrierenden privaten Unternehmen kann jedoch hinsichtlich der Abfuhrmengen von normal zu behandelnden Siedlungsabfällen und der Sonderabfälle quantifiziert werden, da die privaten Unternehmen ihre Siedlungs- und Sonderabfälle bei den Umladestationen der BSR abliefern müssen. Das gesamte Abfallaufkommen ist von 1976 bis 1981 von 1,217 Mio.t auf 1,346 Mio.t gestiegen und 1982 auf 1,329 Mio.t gesunken. Die normal zu behandelnden Siedlungsabfälle am Gesamtaufkommen sind von 1976 bis 1981 von 1,202 Mio.t auf 1,314 Mio.t gestiegen und 1982 auf 1,290 Mio.t gesunken. Der Anteil der Sonderabfälle ist von 1976 bis 1982 von 15000 t auf 36230 t gestiegen. Die Sammlung der Siedlungsabfälle verteilte sich von

1976 bis 1982 wie folgt:

in 1000 t	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Sammlung BSR	895	917	923	949	932	923	912
Sammlung priv.	307	302	314	307	358	391	378

Während die von den BSR gesammelten Abfallmengen seit 1980 rückläufig waren, konnten die privaten Unternehmen ihren Anteil bis 1981 noch absolut ausdehnen und erlebten erst 1982 im Zuge des allgemeinen Rückgangs des Gesamtabfallaufkommens einen leichten Einbruch. Die Sammlung der Sonderabfälle teilte sich im Betrachtungszeitraum immer in ca. 30% BSR-Sammlung und ca. 70% Sammlung durch private Firmen. 1982 war das Verhältnis 50% zu 50%.

Die privaten Unternehmen arbeiten ausschließlich im gewerblichen Sektor, da der Anschluß- und Benutzungszwang in Berlin bei den privaten Haushalten zu Gunsten der BSR angewendet wird. Bis heute gibt es im gewerblichen Sektor keine Abgrenzung zwischen den BSR und den privaten Entsorgern. Der Senat von Berlin bemüht sich allerdings derzeit um eine eindeutige Regelung.

Aufgrund des Betätigungsfeldes der privaten Unternehmen arbeiten diese vorwiegend mit 1,1m³-Müllbehältern und Containern, während die BSR noch über 40% der privaten Haushalte mit 35l- und 110l-Behältern auf vielfach sehr ungünstigen Standorten bedienen. (#75)

c) Mitte der 70er Jahre erfolgte eine politisch motivierte Neuorganisation der Abfallbeseitigung. Da sich der vorhandene Deponieraum in Berlin (West) erschöpfte und keine neuen Standorte gefunden werden konnten, beauftragte das Land Berlin die Firma Berlin-Consult GmbH (BC), mit der Firma Bergbau-Handel GmbH

(BBH), die im Auftrag der DDR handelte, einen Vertrag über die Verbringung von Abfall in die DDR abzuschließen. Am 11.12.1974 wurde zwischen den genannten Firmen ein Langfristvertrag mit einer Laufzeit vom 1.1.1975 bis 31.12.1994 abgeschlossen. In diesem Vertrag wurde die Verbringung von 35 Mio.t Abfallstoffen in die DDR vereinbart. Diese Menge gliederte sich in 1 Mio.t für 1975 bis 1977, in 3,4 Mio.t für 1978 bis 1980, in 4,2 Mio.t für 1981 bis 1983, in 1,6 Mio.t für 1984 und in 24,8 Mio.t für 1985 bis 1994. 1984 besteht die Möglichkeit, eine Mengenkorrektur für den Zeitraum 1985 bis 1994 zu vereinbaren.

Die Abfälle werden von den BSR in gepreßtem Zustand in Containerfahrzeugen in die DDR verbracht. Hierzu war der Bau von zwei Umladestationen für Siedlungsabfälle und einer Umladestation für Sonderabfälle erforderlich. Die hieraus resultierenden erheblichen Kostensteigerungen (von 1970 bis 1981 von 4,5 Mio.DM auf 32,9 Mio.DM) sind in voller Höhe von den BSR zu tragen, obwohl die Neuorganisation der Abfallbeseitigung von der Regierung des Landes Berlin entschieden wurde.

Da die Entwicklung des Abfallaufkommens von 1975 bis 1994 völlig falsch eingeschätzt wurde und bei einer Abfalllieferung unterhalb 80% der vereinbarten Menge Ausgleichszahlungen durch die BSR erforderlich werden, ist zu Beginn der 80er Jahre der Durchsatz des Müllverbrennungswerkes zurückgefahren worden. Seit 1983 wird jedoch wieder maximaler Durchsatz gefahren. Von 1975 bis 1984 konnten dadurch immer mindestens 80% der vereinbarten Mengen geliefert werden. Für 1985 bis 1994 wird dies auf gar keinen Fall möglich sein. Kosten, die sich aus einer Vertragskorrektur ergeben sollten, wären deshalb vom Berliner Vertragspartner - dem Land Berlin - zu übernehmen. (#76)

d) 1975 wurde die Organisation der Sperrmüllabfuhr geändert. Bis zu diesem Zeitpunkt brachten die Berliner Bürger ihren Sperrmüll an angekündigten Tagen auf die Straße. Dort wurde er von den

Beschäftigten der BSR abgeholt. Da bei diesem Verfahren erhebliche Nachreinigungsarbeiten erforderlich waren, wurde die Abholung direkt bei den Haushalten nach vorheriger telefonischer Anmeldung eingeführt. Ein Verfahren, das sich bewährt hat. Bis 1983 wird diese Leistung in vollem Umfang aus dem Landeshaushalt finanziert. Ab 1984 sollen die Landeszuschüsse um 5 Mio.DM, ab 1985 um 10 Mio.DM und ab 1986 um 15 Mio.DM reduziert werden. Gleichzeitig wurde den BSR eine Einführung von Gebühren für die Sperrmüllabfuhr vom Abgeordnetenhaus abgelehnt. Hierdurch werden die BSR ungerechtfertigt wirtschaftlich belastet.

e) Von Januar 1983 bis Juni 1983 wurde in zwei Bezirken ein Versuch zur getrennten Erfassung von Altglas und Altpapier direkt auf den Hausmüllstandorten durchgeführt. Da dieser Versuch erfolgreich verlief (diese zusätzliche Leistung mußte kostendeckend erbracht werden), wurde auf Beschluß des Verwaltungsrats diese getrennte Sammlung seit Juli 1983 ausgedehnt. Es wird eine flächendeckende getrennte Erfassung von Glas und Papier angestrebt. Auf diesem Gebiet existiert eine starke Konkurrenz mit privaten Unternehmen.

Sowohl private Unternehmen als auch die BSR sind seit 1982 dabei, sogenannte Recyclinghöfe einzurichten. Die BSR verwenden hierzu die Betriebshöfe der Müllabfuhr und der Straßenreinigung. Dort können kostenlos Altglas, Altpapier, Altmetall, Altholz, Althausrat, Altreifen, Batterien, Laub und Gartenabfälle abgegeben werden. Diese Maßnahme wurde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz initiiert. (#77)

f) Auf der Grundlage eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses von Berlin wird im Straßenwinterdienst bei den BSR seit dem Winter 1979/80 zunehmend von der Salz- auf die Granulatstreuung umgestellt. Lag der Anteil von Streusalz am ausgebrachten Streugut 1979/80 noch bei 49%, so waren es im Winter 1981/82 nur noch 4%. (#77)

Zusammenfassung zu IV.3.1:

- Eine präzise vergleichende Analyse der Angebotspaletten zwischen den BSR und den konkurrierenden privaten Unternehmen in Berlin konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden.

Auf Basis des gesamten Abfallaufkommens in Berlin können jedoch die Anteile der Abfallsammlung durch die BSR und die privaten Unternehmen quantifiziert werden. Der Umfang der privaten Abfallsammlung am Gesamtaufkommen wurde von 1978 bis 1982 von ca. 25% auf 30% ausgedehnt. Dies ist größtenteils Resultat einer politisch erzwungenen Subventionierung der privaten Unternehmen durch die BSR (siehe Punkt 3.2).

- Durch den Abschluß des Langfristvertrags zwischen dem Land Berlin und der DDR wurde eine völlige Neuorganisation der Abfallbeseitigung durch die BSR erforderlich. Um den Abfalltransport in die DDR zu ermöglichen, mußten die BSR drei Umladestationen bauen und ca. 80 Containerfahrzeuge für den Ferntransport beschaffen. Hieraus resultierte auch ein erheblicher Personalmehrbedarf. Die Neuorganisation der Abfallbeseitigung brachte von 1970 bis 1981 eine Abfallbeseitigungskostensteigerung von 1964% mit sich.

Die völlige Fehleinschätzung des Abfallaufkommens in Berlin (West) und die daraus resultierenden Mengenvereinbarungen mit der DDR sind in ihren Folgen für die BSR noch nicht abzusehen.

- 1975 wurde die Sperrmüllabfuhr neu organisiert. Sie wurde von der Abholung auf der Straße auf eine Abholung direkt bei den privaten Haushalten umgestellt. Bis 1983 wurde diese Abholung für ganz Berlin aus dem Landeshaushalt finanziert.

- Auf Beschluß des Abgeordnetenhauses von Berlin wurde seit dem Winter 1979/80 der Winterdienst von Streusalz schrittweise auf Granulat umgestellt. 1981/82 wurden 96% Granulat und 4% Salz ausgebracht.
- Im ersten Halbjahr 1983 wurde von den BSR ein Versuch zur getrennten Erfassung von Glas und Papier direkt auf den Hausmüllstandorten erfolgreich durchgeführt. Der Verwaltungsrat der BSR hatte der Geschäftsleitung die Auflage erteilt, die Sammlung kostendeckend zu betreiben. Auf dieser Grundlage erfolgte im Juli 1983 die Genehmigung des Verwaltungsrats zur Ausdehnung dieser Sammlung.
- Seit 1982 beteiligen sich die BSR an der Einrichtung von sogenannten Recyclinghöfen. Diese werden auf den Betriebshöfen der BSR eingerichtet. Hier können kostenlos getrennt Alt- und Wertstoffe abgegeben werden.

IV.3.2 Die Preisstruktur des Angebots

Zu den Preisen bzw. Entgelten der BSR ist zunächst grundsätzlich festzuhalten, daß diese nicht von den BSR festgesetzt werden dürfen. Der Betrieb hat lediglich das Recht, bei anstehenden Preiserhöhungen seine Vorstellungen und deren Begründung vorzutragen. Dieser Entwurf wird dem Preisbeirat von Berlin vorgelegt. Dieser prüft den Antrag und leitet ihn mit einer Empfehlung an den Senat weiter. Dieser kann den Antrag aufgrund der Empfehlung des Preisbeirats oder eigener Vorstellungen ändern und im Abgeordnetenhaus zur Abstimmung stellen; d.h. eine Änderung der Preise oder Entgelte muß immer die Zustimmung des Abgeordnetenhauses finden.

a) Die Entgelte für die regelmäßige bzw. einmalige Entleerung von Hausmüllbehältern der verschiedenen Größen und der Container verschiedener Größen können bei Indikator (#78) eingesehen

werden. Für die allgemeine Entwicklung dieser Preise kann festgestellt werden, daß sie vom 1.1.1977 bis zum 1.4.1982 nicht erhöht wurden; d.h. konstante Preise über einen Zeitraum von 5 1/4 Jahren. Die Preise vom 1.4.1982 haben Gültigkeit bis zum 1.1.1985. Auf der Basis einer einzigen Preisanhebung innerhalb von 8 Jahren konnte im Bereich der eigenen Abfallsammlung 100% Kostendeckung realisiert werden.

b) Die Entgelte für die Müll- und Laubsäcke, für die Annahme von normal zu behandelnden Abfällen, für die Annahme von Sonderabfällen und die Annahme von Kleinmengen können ebenfalls unter Indikator (#78) eingesehen werden. Auch bei all diesen Entgelten gab es zwischen dem 1.1.1977 und dem 1.4.1982 keine Anhebung. Die Entgelte von 1982 galten auch während des ganzen Jahres 1983. Jedoch werden zum 1.1.1984 die Entgelte für die Annahme von normal zu behandelnden Abfällen von derzeit 57,- DM auf 63,- DM pro t erhöht werden. Von 1977 bis 1982 wurden sogar nur 44,- DM pro t berechnet. Ebenfalls zum 1.1.1984 wird das Entgelt für die Laubsäcke von 2,- DM auf 3,- DM angehoben.

Besonders bei der Annahme von normal zu behandelnden Abfällen besteht seit Mitte der 70er Jahre ein eklatantes Mißverhältnis zwischen den Preisen bzw. Tarifen, die vorwiegend von privaten Städtereinigungsbetrieben zu entrichten sind, und den Selbstkosten der Abfallbeseitigung seitens der BSR. Im folgenden werde ich für die Jahre 1978 bis 1984 eine Gegenüberstellung der Abladeentgelte und der tatsächlichen Selbstkosten vornehmen.

in DM pro t.	1978	1979	1980	1981	1982*)	1983	1984

Abladeentgelt	44.-	44.-	44.-	44.-	57.-	57.-	63.-
Selbstkosten**)	95.66	84.22	79.89	85.42	88.89	88.09	94.14

*) ab 1.4.1982 ***) 1982, 1983 und 1984 sind hochgerechnet							

Auf die sich aus diesem Mißverhältnis zwischen Selbstkosten und Entgelten ergebenden Mindereinnahmen, die auch als Subventionierung der eigenen Konkurrenz bezeichnet werden können, werde ich weiter unten eingehen. (#78)

c) Die Entgelte der Straßenreinigung wurden zwischen dem 1.1.1977 und dem 1.4.1982 konstant gehalten. Im Herbst 1978 gab es jedoch eine Änderung der Reinigungsklassen. Das Berliner Straßenreinigungsgesetz schreibt vor, welche Straßen in welchem Rhythmus gereinigt werden. Ende 1978 wurde durch dieses Gesetz die Einteilung der Straßen in 5 Reinigungsklassen zu einem Reinigungssystem mit 4 Reinigungsklassen geändert. Hiermit war jedoch keine Erhöhung der Straßenreinigungsentgelte verbunden.

Am 1.4.1982 wurden die Entgelte der Straßenreinigung um durchschnittlich 25% angehoben. Diese Entgelte hatten Gültigkeit bis zum 31.12.1983. Zum 1.1.1984 sollen nun die Straßenreinigungsentgelte um durchschnittlich 5,7% angehoben werden.

In diesem Betriebszweig wird zwar für das Geschäftsjahr 1984 mit einem Gewinn von ca. 7 Mio.DM gerechnet. Jedoch beträgt der Verlustvortrag bis Ende 1983 37,3 Mio.DM. Eine Ursache sind die weit überdurchschnittlichen Kostensteigerungen für die Beseitigung des Straßenkehrschmutzes und des Gullyschlamms. Diese Kosten werden dem Betriebsteil Straßenreinigung intern verrechnet. (#78)

d) Für die Reinigung der Bundesautobahn, für die Reinigung und Instandhaltung der öffentlichen Bedürfnisanstalten, für die Beseitigung von Unrat auf Freiflächen und für den Straßenwinterdienst werden von den BSR keine individuellen Entgelte erhoben. Der gesamte Aufwand diese Leistungen wird vom Berliner Landeshaushalt den BSR erstattet.

Für die Abholung von Althausrat - die sogenannte Sperrmüllabfuhr - wurde von 1977 bis 1983 kein Entgelt erhoben. Der Althausrat wurde nach vorheriger telefonischer Anmeldung kostenlos von den BSR abgeholt. Der gesamte Aufwand für diese Leistungen ging zu Lasten des Berliner Landeshaushalts.

Am 15.2.1983 hat der Senat von Berlin beschlossen, die Aufwandserstattung für die Sperrmüllabfuhr 1984 um 5 Mio.DM, 1985 um 10 Mio.DM und 1986 um 15 Mio.DM zu reduzieren. 1981 betrug der Gesamtaufwand der Sperrmüllabfuhr 15,2 Mio.DM. Das bedeutet also, daß der Senat seinen Zuschuß an die Sperrmüllabfuhr auf Null reduzieren will.

Ab dem 1.1.1984 wollten die BSR deshalb Gebühren für die Sperrmüllabfuhr einführen. Dies wurde vom Abgeordnetenhaus abgelehnt. Wenn den BSR über eine politische Entscheidung die kostenlose Sperrmüllabfuhr übertragen wird, sind auch die Kosten hierfür aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen. Die ab diesem Jahr praktizierte Handhabung stellt eine ungerechtfertigte wirtschaftliche Belastung dar.

Für die Reinigung der städtischen Wochenmärkte werden ebenfalls keine individuellen Entgelte erhoben. Der hierdurch entstehende Aufwand wird von den entsprechenden Bezirken des Landes Berlin an die BSR entrichtet. (#78)

e) Werden alle bisher unter 3.2 genannten Entgelte vom Abgeordnetenhaus festgesetzt, so gibt es eine Ausnahme. Die

Preise für den Dampf, der im Müllverbrennungswerk erzeugt wird, können von den BSR autonom festgesetzt werden. Hier besitzt jedoch die Bewag ein "Nachfragemonopol", so daß nicht von einem "freien" Aushandeln der Preise gesprochen werden kann.

1974 bezahlte die Bewag 3,67 DM pro t Dampf, während die Firma Drauschke bereits 8,78 DM pro t bezahlen mußte. 1981 lag der Dampfpreis an die Bewag bei 8,74 DM pro t, während Drauschke bereits 31,49 DM pro t bezahlte. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Dampfqualität an die Bewag wesentlich besser ist als die Dampfqualität, die der Firma Drauschke geliefert wird. Für 1983 wurde nun mit der Bewag ein Preis von 18,- DM vereinbart.

Bleibt also festzuhalten, daß die BSR bei ihrem Dampfverkauf erhebliche Mindereinnahmen im Vergleich zu marktüblichen Preisen hinnehmen mußten. Auf die Höhe werde ich weiter unten eingehen. Diese Mindereinnahmen als Ergebnis des "Bewag- Nachfragemonopols" hätten jedoch nicht auftreten müssen, da das Land Berlin 58% des Aktienkapitals besitzt und der Senat frühzeitig eine derartige Fehlentwicklung hätte verhindern können. (#78)

f) Betrachtet man die Preise der Abfallbeseitigung und der Straßenreinigung pauschal für den Zeitraum 1970 bis 3/1982, so kann festgestellt werden, daß die Preis- bzw. Entgeltentwicklung absolut parallel mit dem Anstieg der Lebenshaltungskosten verlaufen ist. Die Preisstruktur wurde im wesentlichen nur bei der Müllabfuhr bezüglich des 1,1m³-Behälters verändert. Die Entgelte für diesen Abfall-Behälter wurden weit unterdurchschnittlich angehoben. (#79)

g) Durch den bereits weiter oben erwähnten Langfristvertrag, der von der Firma Berlin-Consult GmbH im Auftrag des Landes Berlin ausgehandelt wurde, haben sich die Kosten der Abfallbeseitigung gegen Ende der 70er Jahre explosionsartig erhöht. Dies ist Resultat der besonderen politisch-geographischen Lage von Berlin

(West). Da die Beseitigungskosten in vergleichbaren Ballungsgebieten der Bundesrepublik erheblich geringer sind, kann der Differenzbetrag als politische Kosten bezeichnet werden.

Diese politischen Kosten wären somit durch den Landeshaushalt auszugleichen. Diese Sichtweise findet bei der Beseitigung von Bauschutt (auch über den Langfristvertrag geregelt) in extremer Form Anwendung. 90% der Kosten für die Bauschuttbeseitigung werden vom Landeshaushalt finanziert. Hierdurch entstehen Kippentgelte, die weit unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Eine unterschiedliche Behandlung der beiden betroffenen Eigenbetriebe bei dem Ausgleich eines politisch-geographischen Standortnachteils erscheint mir keine rationale Grundlage zu haben.

Ebenfalls im Bereich politischer Kosten bewegen sich die nicht beglichenen Forderungen an die Deutsche Reichsbahn, die von der DDR betrieben wird. Seit 1957 erbringen die BSR für die Deutsche Reichsbahn Straßenreinigungsleistungen, deren Kosten seither zu einer Summe von ca. 8,5 Mio.DM aufgelaufen sind. Hier kann nur eine politische Lösung über den Senat von Berlin erzielt werden. Eine Belastung der BSR mit diesen Kosten erscheint nicht gerechtfertigt. (#80)

h) Das bereits weiter oben erwähnte Auseinanderfallen von Abladeentgelten für die Abfallanlieferung durch Fremde und der Entwicklung der Selbstkosten bei der Abfallbeseitigung ergab folgende Subventionierung der privaten Städtereinigungsbetriebe (bzw. Mindereinnahmen) durch die BSR:

Subventionen an die privaten Städtereinigungsbetriebe
in Mio.DM 1978 1979 1980 1981 1982 1978-82

	16.2	12.4	12.9	16.2	14.1*)	71.8
--	------	------	------	------	--------	------

*) Hochrechnung

Die Berliner Stadtreinigungs-Betriebe sind also durch eine vom Abgeordnetenhaus beschlossene Entgeltspolitik gezwungen worden, von 1978 bis 1982 ihre eigene Konkurrenz mit insgesamt 71,8 Mio.DM zu subventionieren.

Da die BSR, wie oben schon gezeigt, erstens von 1977 bis 1983 ihre Preise nur einmal erhöht haben und zweitens dieser Eigenbetrieb sowohl Gewinne als auch Verluste auf neue Rechnung vortragen muß, kann folgende Aussage getroffen werden: Bis Ende 1982 beträgt der Verlustvortrag der BSR 39,3 Mio.DM. Stellt man diesem Verlustvortrag den Subventionsbetrag an die eigene Konkurrenz gegenüber, so würden die BSR bei kostendeckenden Abladeentgelten heute noch mit 32,5 Mio.DM Gewinnvortrag dastehen, d.h. die Tarifierhöhungen für private Haushalte vom 1.4.1982 wären nicht erforderlich gewesen.

Nun zu den auch bereits oben erwähnten zu geringen Dampfpreisen. Unterlegt man beim Dampfverkauf an die Bewag einen marktüblichen Preis, so ergeben sich erhebliche Mindereinnahmen bzw. Dampfpreisgeschenke.

Mindereinnahmen bzw. Dampfpreisgeschenke an die Bewag
in Mio.DM 1974 1975 1976 1977 1978 1979 1980 1981 1974-81

	2.3	2.5	2.6	2.8	6.3	7.1	6.6	9.7	39.9
--	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	------

Über die Subventionierung der eigenen Konkurrenz hinaus

entstanden auch noch beim Dampfverkauf Mindereinnahmen von fast 40 Mio.DM. Diese Mindereinnahmen hätten durch den Senat von Berlin verhindert werden können.

Bezieht man die 40 Mio.DM Mindereinnahmen aus dem Dampfverkauf in die Betrachtung von Betriebsergebnis und Tarifen ein, so wäre von 1977 bis 1983 keine einzige Tarifmaßnahme zu Lasten der privaten Haushalte erforderlich gewesen, und die BSR würden noch über einen erheblichen Gewinnvortrag verfügen, so daß vermutlich auch in den Jahren 1984/85 keine Tarifmaßnahme erforderlich gewesen wäre. (#81)

i) Ein Ausgleich aus dem Landeshaushalt für die genannten Subventionen bzw. Mindereinnahmen von insgesamt 111,7 Mio.DM an die BSR erfolgt nicht. (#82)

Zusammenfassung zu IV.3.2:

- Alle Preise bzw. Entgelte (mit Ausnahme der Dampfpreise) für Leistungen der BSR werden vom Abgeordnetenhaus festgesetzt.
- Die Entgelte für die Entleerung der Hausmüllbehälter und der Container wurden von 1977 bis 1983 nur einmal am 1.4. 1982 angehoben und gelten noch mindestens bis zum 31.12.1984.
- Auch bei der Annahme von Abfall oder Sonderabfall gab es von 1977 bis 1983 nur eine Tarifmaßnahme am 1.4.1982. Das Abladeentgelt wurde zu diesem Zeitpunkt von 44,- DM pro t auf 57,- DM pro t heraufgesetzt. Zum 1.1.1984 soll dieses auf 63,- DM angehoben werden. Die Selbstkosten der BSR zur Beseitigung dieser Abfälle betragen jedoch von 1980 bis 1983 zwischen 80,- DM und 90,- DM, so daß lediglich ein Kostendeckungsgrad von 50 - 60% existiert.

- Die Entgelte der Straßenreinigung wurden zwischen 1977 und 1983 einmal am 1.4.1982 um 25% angehoben. Zum 1.1.1984 wird eine weitere Erhöhung um 5,7% in Kraft treten. Der Betriebsteil Straßenreinigung schiebt jedoch trotzdem noch einen erheblichen Verlustvortrag vor sich her.
- Der Aufwand, der durch die Reinigung der Bundesautobahn/Stadtring, die Reinigung und Instandhaltung der öffentlichen Bedürfnisanstalten, die Beseitigung von Unrat auf Freiflächen, den Straßenwinterdienst und die Sperrmüllabfuhr entsteht, wird vom Berliner Landeshaushalt ausgeglichen. Die Reinigungskosten der Wochenmärkte werden von den entsprechenden Bezirksämtern erstattet.

Ab 1984 wird die Erstattung für die Sperrmüllabfuhr um 5 Mio.DM reduziert. Diese politische Entscheidung stellt eine ungerechtfertigte wirtschaftliche Belastung für die BSR dar.

- Bei dem Verkauf des im Müllverbrennungswerk erzeugten Dampfes konnte mit der Bewag kein marktüblicher Preis erzielt werden, da die Bewag als "Nachfragemonopolist" auftreten konnte. Dies ist auch daran zu erkennen, daß die Dampfpreise für die Bewag von 1974 bis 1981 um 140% angehoben wurden, während bei einem kleineren Abnehmer im gleichen Zeitraum um 260% angehoben wurde. Hierdurch entstanden seitens der BSR erhebliche Mindereinnahmen, die vom Mehrheitsaktionär der Bewag - dem Land Berlin - hätten verhindert werden können.
- Betrachtet man die Entwicklung aller Preise bzw. Entgelte der Abfallbeseitigung und der Straßenreinigung von 1970 bis 1982 (mit Ausnahme der Abladeentgelte und der Dampfpreise), so haben sich diese völlig parallel zur Entwicklung der Lebenshaltungskosten bewegt.

- "Politische Kosten" sind den BSR durch den vom Land Berlin abgeschlossenen Langfristvertrag entstanden, da sich hierdurch die Kosten der Abfallbeseitigung aufgrund der besonderen politisch-geographischen Lage Berlins weit über das Niveau vergleichbarer Ballungsgebiete erhöht haben.

Auch im Bereich der politischen Kosten befinden sich die Forderungen der BSR an die Reichsbahn (wird von der DDR betrieben) in Höhe von ca. 8,5 Mio.DM. Die Straßenreinigungsleistungen bei der Deutschen Reichsbahn wurden seit 1957 nicht mehr bezahlt.

- Durch das Auseinanderfallen der politisch festgelegten Abladeentgelte für die Anlieferung von Abfall und der Selbstkosten der Abfallbeseitigung durch die BSR entsteht eine immense Subventionierung der privaten Städtereinigungsbetriebe in Berlin. Von 1978 bis 1982 waren damit die BSR gezwungen, ihre eigene Konkurrenz mit 71,8 Mio.DM zu subventionieren.

Durch das Nachfragemonopol der Bewag entstanden von 1974 bis 1981 Mindereinnahmen bzw. "Dampfpreisgeschenke" in Höhe von 39,9 Mio.DM bei dem Dampfverkauf.

- Die Subventionen bzw. Mindereinnahmen belaufen sich damit auf insgesamt 111,7 Mio.DM. Stellt man dieser Summe den Verlustvortrag Ende 1982 von 39,3 Mio.DM gegenüber, so ist nicht schwer zu erkennen, daß die BSR heute noch kostendeckend arbeiten könnten, ohne seit 1977 auch nur einmal die Tarife für die privaten Haushalte angehoben zu haben.

IV.3.3 Die Konsumenten der produzierten Waren bzw. Leistungen

a) Im Bereich der Abfallbeseitigung ist eine präzise Zuordnung von Marktanteilen nach Konsumentengruppen nicht möglich. Es kann jedoch quantifiziert werden, welche Abfallmenge (ohne Sonderabfälle) im Bereich privater Haushalte und Kleingewerbe von den BSR und welche Abfallmengen von privaten Städtereinigungsbetrieben gesammelt werden. Das Verhältnis beträgt ca. 70% BSR und 30% private Städtereinigungsbetriebe. Dieses Verhältnis hat sich allerdings in den letzten Jahren zugunsten der privaten Unternehmen verschoben.

Diese Verschiebung hat ihre Hauptursache in den zu niederen Abladeentgelten, der ungünstigen Tarifstruktur bei den 1,1m³ Müllgefäßen und dem Verbot einer flexiblen Preisgestaltung. Damit sind die BSR in einer wesentlich schlechteren Konkurrenzsituation gegenüber den privaten Städtereinigungsbetrieben. (#83)

b) Im Bereich Straßenreinigung werden 60% der Leistungen direkt mit den Straßenanliegern verrechnet, während 40% vom Land Berlin als Eigentümer öffentlicher Straßen und Plätze bezahlt werden müssen. (#83)

c) An den Leistungen der Sonderdienste können alle Einwohner des Landes Berlin partizipieren. Bezahlt werden diese Leistungen allerdings vom Land Berlin bzw. den Berliner Bezirken. (#83)

d) Es gibt zwei Möglichkeiten für Konsumenten, auf Struktur, Qualität und Preise der Leistungen der BSR einzuwirken.

Erstens besteht durch die 5 Senatsvertreter im Verwaltungsrat der BSR die Möglichkeit, auf der politischen Ebene Konsumenteninteressen zu artikulieren. Dieselbe Möglichkeit

besteht hinsichtlich der Preise bzw. Tarife, da diese im Abgeordnetenhaus durch Mehrheitsbeschluß festgesetzt werden.

Zweitens kann auf die Preise über den Preisbeirat Einfluß genommen werden, in welchem die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind. Allerdings hat der Preisbeirat nur das Recht, eine Empfehlung abzugeben. (#84)

Zusammenfassung zu IV.3.3:

Eine aufschlußreiche Quantifizierung der Konsumentengruppen ist außer im Bereich der Abfallsammlung nicht möglich.

Die Möglichkeiten der Konsumenten, Einfluß auf die Angebotsstruktur, die Angebotsqualität und die Preise bzw. Tarife zu nehmen, sind nur auf dem "politischen Umweg" zu erreichen. Eine auf Bezirksebene institutionalisierte Rückkopplung zwischen den Konsumenten und den Betrieben könnte zu einer zusätzlichen Attraktivitätssteigerung der Leistungsangebote führen.

**Kapitel V: Materialien aus der Umsetzung des
mehrdimensionalen Sozialindikatorensystems
bei den Berliner Stadtreinigungs-Betrieben**

V.0 Vorbemerkung

Die in diesem Kapitel aufgearbeiteten Daten stammen, soweit sie die BSR betreffen, aus den Geschäftsberichten der BSR, aus den Berichten der Wibera Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft über die Abschlußprüfung der BSR, aus Daten, die von der Geschäftsleitung der BSR zur Verfügung gestellt wurden, oder aus Expertengesprächen, die mit Mitarbeitern der BSR Hauptverwaltung und mit Personalvertretern geführt wurden. Die Daten, soweit sie die Firma Alba GmbH & Co KG betreffen, wurden mir von der Geschäftsleitung zur Verfügung gestellt. Es handelt sich hierbei um die Daten zur Altersstruktur der Arbeitnehmer, um die Krankenstandsquoten und das Unfallgeschehen. Die übrigen Daten zu dieser Firma erhielt ich von der Bezirksverwaltung der Gewerkschaft ÖTV-Berlin.

V.1 Materialien zu:

Die stofflichen Einsatzfaktoren und Abfälle der Produktion

V.1.1 Materialien zu:

Der Einsatz von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen (Indikator #1 - #5)

#1. Ersatz gesundheitsschädlicher Rohstoffe zur Beseitigung der Ursache der Gesundheitsschädigung am Arbeitsplatz

keine Daten erhebbar

#2. Ersatz gesundheitsschädlicher Hilfs- und Betriebsstoffe zur Beseitigung der Ursache der Gesundheitsschädigung am Arbeitsplatz

keine Daten erhebbar

#3. Ersatz umweltschädlicher Rohstoffe zur Beseitigung der Ursache der Umweltschädigung

keine Daten erhebbar

#4. Ersatz umweltschädlicher Hilfs- und Betriebsstoffe zur Beseitigung der Ursache der Umweltschädigung

Seit November 1981 läuft bei den BSR ein Versuch zum Einsatz asbestfreier Bremsbeläge. Alle Fahrzeuge sollen damit ausgestattet werden. Hierdurch wird ein positiver Beitrag zur Beseitigung gesundheitsschädlicher Ursachen der Umweltverschmutzung geleistet. Der Abrieb der Bremsbeläge gelangt bei allen Fahrzeugen als Staub in die Luft. Eingeatmeter Asbeststaub stellt nachgewiesenermaßen eine hohe Gesundheitsgefahr dar.

Die Berechnung des zusätzlichen Aufwandes in DM ist derzeit noch nicht

möglich.

Seit 1981 sind die BSR mit mehreren Fahrzeugen an einem Methanol-Forschungsprogramm beteiligt. Damit wird ein Beitrag zur Verbesserung der Luft geleistet, da Methanol eine wesentlich geringere Abgasfracht beim Verbrennungsmotor mit sich bringt als der Einsatz von Dieselmotorkraftstoff.

Da der Versuch noch nicht abgeschlossen ist, kann noch keine Kostenangabe gemacht werden.

#5. Schutzkleidung zur Verhinderung gesundheitsschädlicher Einwirkungen auf die Arbeitnehmer

Über die Ausstattung der Beschäftigten mit Schutzkleidung gibt es bei den BSR eine Betriebsvereinbarung zwischen der Geschäftsleitung und dem Personalrat.

Für die größten Beschäftigtengruppen bei den BSR erfolgt eine Ausstattung mit folgenden Schutzgegenständen:

Angestellte:

Bezeichnung der Beschäftigten	Art der Schutzkleidung

Technische Angestellte der Haupt- abteilung Technik mit Außendienst- tätigkeit	a) Parka b) Sicherheitshalbschuhe c) Monteuranzug
Angestellte bei BM,BS,BSoD mit Außendiensttätigkeit	
Hauptabteilung AB	
Referat AS	

Technische Angestellte AFS, MV	a) Monteuranzug
und Umladestationen: Betriebsleiter,	b) Parka
Betriebsingenieure, Betriebsinspek-	c) Sicherheitshalbschuhe
toren, Schichtleiter, Leiter der	d) Schutzkittel
Instandsetzungs- und Wartungsdienste	e) Arbeitshemd
Sachgebietsleiter Waage und Eingangs-	
kontrolle	

Betriebsleiter und Assistenten,	a) Dienstanzug mit 2 Hosen
Betriebsstellenleiter	b) Sicherheitshalbschuhe
Außenrevisoren	c) Wetterschutzmantel oder
	Parka
	d) Oberhemd

Arbeiter Müllabfuhr:

Bezeichnung der Beschäftigten	Art der Schutzkleidung
Kraftfahrer	a) Latzhose nach DIN 30711
	b) Jacke nach DIN 30711
	c) Sicherheits-
	schnürstiefel
	d) Bluse
	e) Regenschutzjacke
	f) Unterhemd
	g) Warn-Kälteschutzweste
	h) Sommer- u. Wintermütze

Müllwerker

- a) Latzhose nach DIN 30711
 - b) Jacke nach DIN 30711
 - c) Sicherheits-
schnürstiefel
 - d) Bluse
 - e) Regenschutzjacke
 - f) Unterhemd
 - g) Warn-Kälteschutzweste
 - h) Sommer- u. Wintermütze
-

Arbeiter Straßenreinigung:

Bezeichnung der Beschäftigten

Art der Schutzkleidung

Kraftfahrer und
Schaufelladerfahrer

- a) Latzhose nach DIN 30711
- b) Jacke nach DIN 30711
- c) Sicherheits-
schnürstiefel
- d) Bluse
- e) Regenschutzjacke
- f) Sicherheitsgummistiefel
- g) Unterhemd
- h) Warn-Kälteschutzweste
- i) PU-Latzhose
- j) Sommer- u. Wintermütze

Baggerer sowie Fahrer von
Baggersaugwagen und
Ladekranwagen

- a) Latzhose nach DIN 30711
- b) Jacke nach DIN 30711
- c) Sicherheits-
 schnürstiefel
- d) Sicherheitsgummistiefel
- e) Regenschutzjacke
- f) Warn-Kälteschutzweste
- g) Bluse
- h) Unterhemd
- i) Sommer- u. Wintermütze

Handreiniger

- a) Latzhose nach DIN 30711
 - b) Jacke nach DIN 30711
 - c) Sicherheits-
 schnürstiefel
 - d) Bluse
 - e) Regenschutzjacke
 - f) Sicherheitsgummistiefel
 - g) Unterhemd
 - h) Warn-Kälteschutzweste
 - i) PU-Latzhose
 - j) Sommer- u. Wintermütze
-

Arbeiter Sonderdienste:

Bezeichnung der Beschäftigten	Art der Schutzkleidung

BA-Reiniger und BA-Handwerker	a) Latzhose nach DIN 30711 b) Jacke nach DIN 30711 c) Sicherheits- schnürstiefel d) Bluse e) Regenschutzjacke f) Sicherheitsgummistiefel g) Unterhemd h) PU-Latzhose i) Sommer- u. Wintermütze

BA-Reinigerinnen	a) Latzhose n. Anfertigung b) Jacke nach Anfertigung c) Bluse d) Arbeitshalbschuhe e) PU-Latzhose f) Kittelschürze (halber Arm) nach Anfertigung g) Sicherheitsgummistiefel

Kraftfahrer und Transportarbeiter der Sperrmüllabfuhr	a) Latzhose nach DIN 30711 b) Jacke nach DIN 30711
Fahrer und Beifahrer auf Fäkalienwagen	c) Sicherheits- schnürstiefel d) Bluse e) Regenschutzjacke f) Sicherheitsgummistiefel g) Unterhemd h) PU-Latzhose i) Sommer- u. Wintermütze j) Warn-Kälteschutzweste

Kraftfahrer der
Autobahnreinigung

- a) Latzhose nach DIN 30711
- b) Jacke nach DIN 30711
- c) Sicherheits-
schnürstiefel
- d) Bluse
- e) Regenschutzjacke
- f) Sicherheitsgummistiefel
- g) Unterhemd
- h) PU-Latzhose
- i) Sommer- u. Wintermütze
- j) Warn-Kälteschutzweste

Baggerer sowie Fahrer von
Baggersaugwagen und
Ladekranwagen der
Autobahnreinigung

- a) Latzhose nach DIN 30711
- b) Jacke nach DIN 30711
- c) Sicherheits-
schnürstiefel
- d) Bluse
- e) Regenschutzjacke
- f) Sicherheitsgummistiefel
- g) Unterhemd
- h) Sommer- u. Wintermütze
- i) Warn-Kälteschutzweste

Handreiniger der	a) Latzhose nach DIN 30711
Autobahnreinigung	b) Jacke nach DIN 30711
	c) Sicherheits- schnürstiefel
	d) Bluse
	e) Regenschutzjacke
	f) Sicherheitsgummistiefel
	g) Unterhemd
	h) Sommer- u. Wintermütze
	i) Warn-Kälteschutzweste
	j) PU-Latzhose

Arbeiter Müllverbrennung, Umladestationen und Labor:

Bezeichnung der Beschäftigten	Art der Schutzkleidung
-------------------------------	------------------------

Elektromonteure, Obermonteure,	a) Monteuranzug
Schaltwarte, Oberschaltwarte,	b) Sicherheitshalbschuhe
Metallhandwerker und -helfer,	c) Parka
Maschinen, Kessel- und Feuerungs-	d) Arbeitshemd
maschinen, Leitungs- und Fahr-	e) Unterhemd
maschinen, Maurer an Feuerungs-	
anlagen, Kranfahrer, Maschinen	
für Entaschung und Entschlackung	

Kraftfahrer	a) Latzhose nach DIN 30711
Müllverbrennung	b) Jacke nach DIN 30711
	c) Sommer- und Wintermütze
	d) Sicherheitsschnürstiefel
	e) Regenschutzjacke
	f) Unterhemd
	g) Bluse
	h) Warn-Kälteschutzweste

 Werkstatt- u. Anlagenpersonal
 Hofarbeiter

- a) Monteuranzug
- b) Sicherheitshalbschuhe
- c) Regenschutzjacke
- d) Arbeitshemd
- e) Unterhemd
- f) Warn-Kälteschutzweste

 Kraftfahrer der
 Umladestationen

- a) Latzhose nach DIN 30711
- b) Jacke nach DIN 30711
- c) Sicherheitsschnürstiefel
- d) Bluse
- e) Regenschutzjacke
- f) Unterhemd
- g) Warn-Kälteschutzweste
- h) Sommer- und Wintermütze

 Kraftfahrer UN
 "Transportgefährliche Güter"

- a) Latzhose nach DIN 30711
- b) Jacke nach DIN 30711
- c) Sicherheitsschnürstiefel
- d) Bluse
- e) Regenschutzjacke
- f) Unterhemd
- g) Warn-Kälteschutzweste
- h) Sommer- und Wintermütze
- i) Nomex-Latzanzug orange
- j) Overall (plastiklos) mit Kapuze
- k) Schutzbrille (farblos)
- l) Uniplast-Schutzhandschuhe (35er Stulpe)
- m) Atemschutzmaske
- n) Sicherheitsgummistiefel

Kraftfahrer der Sonder-	a) Nomex-Latzanzug (orange)
abfallumschlagsanlage	b) Sicherheitsschnürstiefel
	c) Sicherheitsgummistiefel
	d) Bluse
	e) Unterhemd
	f) Regenschutzjacke
	g) Warn-Kälteschutzweste

Arbeiter Gesamtbetrieb:

Bezeichnung der Beschäftigten	Art der Schutzkleidung
Kfz.-Handwerker	a) Monteuranzug
Auszubildende für das Kfz.-	b) Sicherheitshalbschuhe
Handwerk	c) Regenschutzjacke
Wagenwäscher	d) Arbeitshemd
	e) Sicherheitsgummistiefel
	f) Mütze
	g) Unterhose (Winter)
	h) Unterhemd (Winter)
	i) Wagenwäscheranzug
	j) Warn-Kälteschutzweste
	k) Parka

Die Ausstattung der Beschäftigten mit Schutzkleidung entspricht in vollem Umfang den Unfallverhütungsvorschriften (UVV) und wird teilweise übererfüllt (z.B. Warn-Kälteschutzwesten). Bis zum Juli 1981 wurde die Schutzkleidung turnusgemäß ausgegeben. Mit einer Änderung der Dienstvereinbarung wird Schutzkleidung ab dem Juli 1981 nur noch nach Bedarf ausgegeben.

Der Aufwand für die BSR für Schutzkleidung hat sich wie folgt entwickelt:

(Mio. DM)	1975	1978	1979	1980	1981

Aufwand für Schutzkleidung	1,24	1,60	1,06	1,59	1,41

V.1.2 Materialien zu:

**Der Einsatz von Werkzeugen, Maschinen,
Fahrzeugen und Anlagen (Indikator #6 - #9)**

**#6. Einsatz von Werkzeugen oder werkzeugähnlichen
Hilfsmitteln zur Erleichterung der Arbeit**

Für die Handreiniger der Straßenreinigung wurden folgende
Hilfsmittel angeschafft (Stand Juli 1983):

Einsatz von 200 Grünstreifenkarren
809 Kehrlichtkarren
450 Kippjapanern

Die Anschaffungskosten für diese Hilfsmittel lagen

für die 200 Grünstreifenkarren bei	86200 DM
" " 809 Kehrlichtkarren	" 724100 DM
" " 450 Kippjapaner	" 152600 DM

Die gesamten Anschaffungskosten beliefen sich auf 982850 DM.

Die sich daraus ergebenden jährlichen Kosten wurden nicht erhoben.

Für die Müllwerker der Müllabfuhr wurden zum Transport der 1101
Müllbehälter 748 Tonnenkarren angeschafft (Stand Juli 1983), die
den Transport der Müllabfuhr erheblich erleichtern. Die
Anschaffungskosten für 748 Tonnenkarren belaufen sich auf
189200 DM. Die sich daraus ergebenden jährlichen Kosten konnten
nicht erhoben werden.

Die 181 Fahrzeuge (Stand 7/1983) der 110l-Behälter-Müllabfuhr sind mit besonderen Führerhäusern (Baumgärtner-Führerhaus) ausgestattet. Die zusätzlichen Anschaffungskosten und die jährliche Kostenbelastung war nicht erhebbar.

309 Fahrzeuge (Stand 7/1983), die mit dem Abfalltransport beschäftigt sind, haben Achslastanzeiger. Damit soll durch die Möglichkeit ständiger Kontrolle das Fahren mit überladenen Fahrzeugen verhindert werden. Dies ist vor allem bei Müllsammelfahrzeugen wichtig. Die zusätzlichen Kosten für die Anschaffung und den Einbau von Achslastanzeigern bei 309 Fahrzeugen belief sich auf 1,05 Mio. DM. Der jährliche Kostenaufwand war nicht erhebbar.

Bei 29 Kehrfahrzeugen, 5 Spülfahrzeugen und 2 Containerfahrzeugen wurden Monitoranlagen zur Beobachtung des rückwärtigen Fahrzeugverkehrs beim Rückwärtsfahren eingebaut. Die gesamten Anschaffungskosten beliefen sich auf 126000 DM. Die jährliche Kostenbelastung war nicht erhebbar.

Die gesamten Anschaffungskosten für die ermittelbaren (Auflistung ist lückenhaft) Werkzeuge oder werkzeugähnlichen Hilfsmittel zur Erleichterung der Arbeit belaufen sich auf 2,336 Mio. DM.

#7. Abwendungen der Ursachen besonderer Belastungen durch Veränderung von Werkzeugen, Maschinen, Fahrzeugen oder Anlagen

In allen schweren LKW sind luft- bzw. hydraulisch gefederte Fahrersitze eingebaut. Der zusätzliche Aufwand pro Fahrzeug beträgt ca. 600 DM. Alle Fahrzeuge der BSR sind mit atmungsaktiven Sitzbezügen ausgestattet. Angaben über die Anschaffungskosten oder den jährlichen Gesamtaufwand sind nicht möglich.

#8. Abschirmungen von Lärm, Staub, Qualm, extremen Temperaturen, Erschütterungen an ihren Entstehungsquellen gegenüber Arbeitnehmern

Ausrüstung von 47 Kehrfahrzeugen (Fahren mit geringer Geschwindigkeit) mit elektrischen Dachlüftern zur besseren Klimatisierung des Führerhauses (Kostenangaben nicht vorhanden).

Ausrüstung von 5 Kehrfahrzeugen mit Klimaanlage (Stand 7/1983). Die Anschaffungskosten für 5 Klimaanlage betragen 22300 DM. Der jährliche Aufwand war nicht erhebbar.

Ausrüstung von ca. 50 Fahrzeugen mit einer motorunabhängigen Fahrzeugheizung. Die Anschaffungskosten haben ca. 100000 DM betragen. Der jährliche Aufwand war nicht erhebbar.

Für die Baggersaugfahrzeuge (Gullyreinigung) und die Kehrfahrzeuge (maschinelle Straßenreinigung) läuft bei den BSR derzeit ein gemeinsames Forschungsvorhaben mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung (BAU) zur Lärminderung. In der Hauptwerkstatt der BSR wurde in Zusammenarbeit mit den "Schalltechnischen Büros Berlin" ein schallgedämpfter Prototyp des Baggersaugfahrzeugs entwickelt. Diese Entwicklung kostete die BAU 80000 DM und die BSR 60000 DM. Das Fahrzeug entwickelt jetzt 80 statt bisher 100 Dezibel.

In den nächsten zwei Jahren sollen alle 25 Baggersaugfahrzeuge umgerüstet werden. Die Umrüstung kostet pro Fahrzeug ca. 30000 DM. Die gesamten Umrüstungskosten betragen ca. 750000 DM. Die Lärminderung kommt vor allem den an den Baggersaugfahrzeugen arbeitenden Beschäftigten zugute, aber auch die jeweiligen Anwohner werden mit weniger Lärm belastet.

Für die Kehrfahrzeuge sind ähnliche Maßnahmen geplant, jedoch ist hier das Forschungsvorhaben noch nicht abgeschlossen.

**#9. Abwendungen von Ursachen für Lärm, extreme Temperaturen,
Erschütterungen usw. gegenüber der Umwelt**

Die Lärminderungsmaßnahmen an Baggersaugfahrzeugen und an Kehrmaschinen sind in Indikator #8 aufgeführt.

Bei den Fahrzeugen des Müllferntransports ist eine Untersuchung über Bremsenquietschen 1982 begonnen worden. Es soll versucht werden, über Veränderungen des Bremssystems die Lärmbelästigung beim Bremsen der Fahrzeuge zu beseitigen. Da das Programm noch läuft, ist der Kostenumfang noch nicht abzuschätzen.

V.1.3 Materialien zu:

Die Verwendung von Gebäuden und Grundstücken (Indikator #10 - #11)

**#10. Bauliche Veränderungen an Produktionsgebäuden zur
Reduzierung von Lärm, extremen Temperaturen, Erschütterungen
usw. an den Arbeitsplätzen**

Zu diesem Indikator liegen keine Angaben vor.

**#11. Bauliche Veränderungen an Produktionsgebäuden oder
Grundstücken zur Reduzierung von Lärm, extremen Temperaturen,
Erschütterungen etc. gegenüber der Umwelt**

Zu diesem Indikator liegen keine Angaben vor.

V.1.4 Materialien zu:**Die gasförmigen, flüssigen und festen****Abfälle der Produktion (Indikator #12 - #14)****#12. Ausstoß von Schadstoffen**

Dieser Punkt ist vor allem auf das Müllverbrennungswerk und den Fahrzeugpark anzuwenden. Da die BSR nicht Abfallerzeuger sondern Transporteur sind, und der gesamte Abfall entweder zum Müllverbrennungswerk oder in die DDR gebracht wird, kann die Deponierung durch die BSR für die heutige Betrachtung unberücksichtigt bleiben. Ein produktionsbedingter Ausstoß von Schadstoffen in das Wasser liegt auch nicht vor.

Zu dem gasförmigen Schadstoffausstoß, der von ca. 1450 Fahrzeugen mit eigenem Antrieb ausgeht, kann keine Mengenangabe gemacht werden. Eine Maßnahme zur Reduzierung von Fahrzeugabgasen besteht in der Teilnahme an einem Forschungsvorhaben zum Einsatz von Methanol als Kraftstoff.

Das Müllverbrennungswerk

Der Ausstoß gasförmiger Stoffe unterliegt nach der TA-Luft Grenzwerten für Staub, Chlorverbindungen, Fluorverbindungen und Kohlenmonoxid. Die Staubemissionen stellen bei der MVA der BSR kein Problem dar, da eingebaute Elektro-Filter eine elektrostatische Trockenentstaubung der Rauchgase vornehmen.

Die Fluorverbindungen und das Kohlenmonoxid werden zwar nicht eliminiert, stellen aber kein großes Problem dar, da die Emissionen nur geringfügig über den Grenzwerten liegen.

Bei den Chlorverbindungen wird der Grenzwert der TA-Luft erheblich überschritten. Um diesen Wert unter den Grenzwert zu senken, muß eine Rauchgaswäsche eingebaut werden. Die BSR sind hierzu jedoch nicht

verpflichtet, da die TA-Luft-Grenzwerte nur für Neuanlagen zwingend sind. Die Müllverbrennungsanlage wurde jedoch schon vor 1970 errichtet.

Der Verwaltungsrat der BSR hat jedoch aus umweltpolitischen Überlegungen im Sommer 1983 den Bau einer Rauchgaswaschanlage beschlossen. An diese Anlage soll Ende 1986 der letzte Kessel angeschlossen sein. Die gesamte Anlage erfordert 17 Mio. DM an Investitionen. Der jährliche Betrieb soll 6 bis 7 Mio. DM kosten. Das bedeutet 17 DM Mehrkosten für jede verbrannte Tonne Müll.

#13. Überfüllung bzw. Unterschreitung gesetzlicher Normen für Schadstoffausstoß

Hierzu liegen keine Daten vor.

#14. Kompensationszahlungen an Personen, Gebietskörperschaften, gezahlte Geldbußen, verhängte Strafen für Verletzungen der Umweltbestimmungen, anhängige Verfahren etc.

Zu diesem Indikator liegen keine Daten vor.

V.2 Materialien zu:**Die Arbeitnehmer im Betrieb****V.2.1 Materialien zu:****Beschäftigung (Indikator #15 - #23)****#15. Personalzahlen der BSR im Jahresdurchschnitt**

	AN insg.	Arbeiter	Angest.	Beamte	AZUBI's
1975	5133	4576	539	8	10
1978	5298	4669	609	7	13
1979	5460	4806	633	6	15
1980	5529	4860	643	5	21
1981	5575	4888	656	5	26
1982	5495	4796	659	5	35

	ausländische Arbeitn.		schwerbehinderte Arbeitn.	
	absolut	in % aller AN	absolut	in % aller AN
1975	nicht erhhebbar		174	3.39
1978	272	5.13	223	4.21
1979	280	5.13	241	4.41
1980	280	5.06	269	4.87
1981	278	4.99	295	5.29
1982	274	4.99	343	6.24

#16. Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer (20-Std.-Stellen)

	Arbeiter	Angestellte
1975	-	5
1978	-	5
1979	6	7
1980	8	11
1981	4	12
1982	4	13

Befristete Arbeitsverhältnisse

	Arbeiter	Angestellte (im Jahresdurchschnitt)	
1975	89	7.3	vor 1981 gab es keine
1978	132	9.6	Probezeit, sondern
1979	75	7.5	Halbjahresverträge
1980	25	4.6	
1981	6	3.9	
1982	-	8.8	

Angaben zu Fremdpersonal der BSR (in TDM)

	Personalabordnungen von anderen Dienstst. (hauptsächl. BVG)	Zeit-/Interims- Arbeitskräfte (haupts. Verwaltungsbereich)
1975	149.6 (Tausend DM)	89.5
1978	240.8	53.6
1979	79.0	78.4
1980	78.0	123.2
1981	95.0	19.3
1982	82.0	182.3

#17. Offene Stellen(1)

	Arbeiterstellen		Angestelltenstellen		Beamten offene Aus-	
	offen	davon Sperrv.	offen	davon Sperrv.	stellen bild.plätze	
1975	295	keine Ang.	20	0	0	0
1978	466(2)	226	87	45	0	2
1979	388(2)	226	80	47	2	0
1980	162(2)	23	44	6	0	0
1981	253(2)	41	70	4	0	0
1982	280(2)	0	49	1	0	0

(1) Offene Stellen werden als Unterschied zwischen Stellennachweis und Stellenbesetzung am 31.12. ermittelt.

(2) Für 8 freigestellte Personalräte ist eine Vertretung vorgesehen, aber niemand eingestellt.

offene	davon				
Stellen	mit Sperr-	ausge-	davon		
insgesamt	vermerk	schrieben	intern	extern	

1975	315	-	keine Angaben		
1978	553	271	58	39	19
1979	470	273	61	29	32
1980	206	29	142	77	65
1981	323	45	70	32	38
1982	329	1	72	28	44

#18. Beschäftigte Arbeiter unterteilt nach Lohngruppen (Sollzahlen)

Lohngruppe/ Bezeichnung		1975	1978	1979	1980	1981	1982
Handwerker mit							
schwieriger	VII	104	160	160	175	176	176
Tätigkeit	VI/VII	-	177	177	187	201	201
Schaltwart							
	VI/VII	-	-	-	-	-	-
	VI	173	-	-	-	-	-
gelernter und ange-							
lernter Arbeiter mit							
besonderer handwerkli							
Tätigkeit	V/VI	25	48	48	49	35	35
	V/Va	4	-	-	-	-	-
Kraftfahrer							
	IV/Va	1170	1399	1399	1358	1358	1348
Kranführer							
	IV/V	-	39	39	48	48	48
Maschinist							
	IV/IVa	72	38	28	26	86	84
BA-Reiniger							
mit KFZ	IV	-	79	79	55	-	-
angelernter Arb.							
mit handwerkli.							
Tätigkeit	III/IVa	3	3	3	3	15	15
angelernter							
Arbeiter	III/IV	52	66	66	61	49	46

/Fortsetzung von vorheriger Seite:

Lohngruppe/

Bezeichnung		1975	1978	1979	1980	1981	1982
-------------	--	------	------	------	------	------	------

Arbeiter mit

schwieriger

Tätigkeit	III	1495	1818	1798	1735	1736	1721
-----------	-----	------	------	------	------	------	------

Arbeiter mit

einfacher

Tätigkeit	II	1081	1228	1228	1233	1232	1242
-----------	----	------	------	------	------	------	------

Arbeiter mit II/III

fachlicher	Ia/II	20	-	-	-	-	-
------------	-------	----	---	---	---	---	---

Einarbeitung	Ia	183	-	-	-	-	-
--------------	----	-----	---	---	---	---	---

Arbeiter mit

einfachster

Tätigkeit	I	-	68	68	75	66	66
-----------	---	---	----	----	----	----	----

Angestellte unterteilt nach Vergütungsgruppen (Sollzahlen)

Vergüt.							
Bezeichnung	gruppe	1975	1978	1979	1980	1981	1982

Geschäfts-							
leiter	SR	2	3	3	3	3	3
Stellvertr.							
Gesch.leiter	SR	2	1	1	1	1	1
Angestellte/r	I	0	2/1	2/1	3/1	3/1	3/1
	Ia	4/2	3/1	3/1	3/1	3/1	3/1
	Ib/Ia	0	1	1	1	1	1
	Ib	12/8	16/11	17/11	18/11	18/11	19/12
	IIa/Ib	10/5	19/13	19/13	24/16	27/16	25/14
	IIa	6/6	6/6	6/6	2/2	2/2	2/2
	III/2a	0	1	7	15	16	18
	III	18/8	24/12	20/11	18/16	19/17	19/17
	IVa/III	0	1	5	7	8	7
	IVa	27/16	43/28	42/28	44/28	44/28	43/28
	IVb	38/17	36/14	33/14	16/1	34/19	38/23
	Va/IVb	7/7	17/17	17/17	30/30	24/24	18/18
	Vb/IVb	44	50	49	52/1	52/1	58/2
	Vb	11/11	9/9	8/8	16/16	6/6	6/6
	Vc/Vb	0	5	44	70/6	71/6	74/4
	Vc	83/4	87/3	52/3	53/3	101/3	101/3
	Vib/Vc	0	0	0	14/1	13	14
	Vib	126	132/1	128/1	113/2	88/2	84/2

/Fortsetzung von vorheriger Seite:

Vergüt.

Bezeichnung	gruppe	1975	1978	1979	1980	1981	1982
-------------	--------	------	------	------	------	------	------

VII/VIb	96/3	124/4	124/4	88/4	84/3	84/3
VII	6	6	6	6	6	6
VIII/VII	42	85	85	58	60	59/1
IXb/VII	0	0	0	17	17	17
IXb/IXa	2	1	1	4	4	5
X/IXb	6	5	5	5	5	5

Angaben nach dem Schrägstrich entsprechen
dem Anteil der technischen Angestellten.

Anteil der leitenden Angestellten (Vergütungsgruppe IIa und mehr)

Jahr	leitende Ang. (Stellensoll)
------	-----------------------------

1975	36
1978	53
1979	52
1980	55
1981	58
1982	57

#19. Anzahl der Beamten

Jahr	Beamte
------	--------

1975	8
1978	7
1979	6
1980	5
1981	5
1982	5

#20. Versetzungen

Daten zum Indikator #20 können nicht erhoben werden.

#21. Änderungskündigungen

Daten zum Indikator #21 waren nicht erhebbar.

#22. Durchschnittsalter der Arbeitnehmer nach Betriebsteilen

Durchschnitts- alter jeweils Ende des Jahres	gewerbliche Arbeitnehmer					Angest. und BSR		
	Abfallbeseitigung Müll	MV	insg.	SOD	insg.	Beamte	insg.	
1976	39.1	38.6	39.0	36.6	41.5	38.4	42.7	38.9
1978	39.6	39.7	39.6	36.8	40.0	38.7	42.5	39.1
1979	40.4	40.6	40.4	37.2	40.0	39.2	42.8	39.6
1980	41.1	40.9	41.0	37.3	39.4	39.5	43.1	39.9
1981	41.7	41.7	41.7	38.1	40.2	40.2	43.3	40.6
1982	42.7	40.8	42.4	38.8	40.5	40.9	42.8	41.1

31.12.1982 (Angaben in %)	gewerbliche Arbeitnehmer						Angest.	
	Abfallbeseitigung Müll	MV	insg.	Stra	SOD	insg	und Beamate	BSR insg.
bis 19 Jahre	1.3	0.2	1.1	0.3	-	0.7	2.1	0.9
20 bis 29 J.	4.7	10.1	5.7	21.1	21.6	12.6	6.6	11.8
30 bis 39 J.	22.1	30.0	23.7	27.4	20.4	24.8	27.9	25.2
40 bis 49 J.	54.1	45.1	52.3	37.5	37.3	45.8	36.1	44.6
50 bis 59 J.	17.1	14.0	16.5	12.8	19.0	15.3	23.9	16.4
60 J. und älter	0.7	0.6	0.7	0.9	1.7	0.8	3.4	1.1
insgesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

**Altersaufbau der Arbeiter und Angestellten des größten privaten
Städtereinigungsbetriebes in Berlin (Firma Alba)**

1981 in % bis 19J. 20-29J. 30-39J. 40-49J. 50-59J. 60-65J. insg.

Arbeiter	0.0	30.4	42.4	20.7	6.5	0.0	100%
Angestellte	3.5	20.7	34.5	37.9	0.0	3.5	100%

1982 in % bis 19J. 20-29J. 30-39J. 40-49J. 50-59J. 60-65J. insg.

Arbeiter	0.0	21.7	48.9	22.8	5.4	1.0	99.8%
Angestellte	3.9	26.9	30.8	38.5	0.0	0.0	100.1%

V.2.1.1 Materialien zu:

Fluktuation (Indikator #24 - #28)

#24. Dauer der Betriebszugehörigkeit der Arbeitnehmer
nach Unternehmensbereichen (Stand 6/1983)

Unter- nehmens- bereich	Beschäf- tigte insges.	unter 6J.	6 bis 10	11 bis 15	16 bis 20	21 bis 25	26 bis 30	31 bis 35	über 35J.

HV	475	187	148	128	5	2	0	0	5
HW	246	109	65	29	17	20	4	1	1
Müll	1743	57	452	504	380	270	63	17	0
MV	251	94	51	85	20	0	0	1	0
SOD	506	138	131	114	63	44	8	7	1
Stra	1818	534	639	351	153	105	26	8	2
UN	127	29	39	33	17	7	2	0	0
US	219	106	40	43	22	4	3	1	0
sonst.	49	27	22	0	0	0	0	0	0

BSR insg.	5434	1281	1587	1287	677	452	106	35	9

**#25. Dauer der Betriebszugehörigkeit nach Unternehmensbereichen,
Arbeiter (Stand 6/1983):**

Unter- nehmens- bereich	Total	6 unter 6J.	11 bis 10	16 bis 15	21 bis 20	26 bis 25	31 bis 30	über 35	35J.
HV	57	26	19	5	5	2	0	0	5
HW	246	109	65	29	17	20	4	1	1
Müll	1667	36	427	474	380	270	63	17	0
MV	204	74	40	69	20	0	0	1	0
SOD	468	120	120	106	63	44	8	7	0
Stra	1765	518	618	336	153	105	26	8	1
UN	116	22	36	32	17	7	2	0	0
US	194	89	37	38	22	4	3	1	0
sonst.	49	27	22	0	0	0	0	0	0
BSR insg.	4766	1021	1384	1089	677	452	106	35	2

**Dauer der Betriebszugehörigkeit nach Unternehmensbereichen,
Angestellte (Stand 6/1983):**

Unter- nehmens- bereich	Total	6		11	
		unter 6J.	bis 10	bis 35	über 35J.
HV	418	161	129	123	5
HW	0	0	0	0	0
Müll	76	21	25	30	0
MV	47	20	11	16	0
SOD	38	18	11	8	1
Stra	53	16	21	15	1
UN	11	7	3	1	0
US	25	17	3	5	0
sonst.	0	0	0	0	0
BSR insg.	668	260	203	198	7

#26. Einstellungen von Arbeitnehmern

Einstellungen	1975	1978	1979	1980	1981	1982	1983
insgesamt	704	555	324	398	156	132	-
davon -Arbeiter	639	488	263	339	110	75	-
-Angest. mit unbefrist.Vertr.	30	39	32	32	20	20	15(1)
-Angest. mit Zeitvertrag	30	20	21	17	13	15	6(1)
-neu eingestellte Auszubildende	5	8	8	10	13	22	25(1)
Lohnempfänger in unbefrist.Angest. verhältnis übern.	21	32	6	31	18	15	11(1)
Eigene Auszubildende in Arbeitsverh. übernommen	-	5	3	5	6	7	-

(1) Stand 7/1983

Resozialisierungsmaßnahmen werden für Freigänger bzw. ehemalige Strafgefangene durchgeführt, aber nicht erfaßt. Die übrigen Rubriken des Indikators (26) waren nicht getrennt erfaßbar.

#27. Abgangsstatistik

		1976	1977	1980	1981	1982
Abgänge insgesamt:	Arbeiter	199	178	147	152	170(1)
	Ang./Bea.	30	30	41	41	
davon Ruhestand:	Arbeiter	71	47	31	40	46(1)
	Ang./Bea.	13	17	9	11	
davon VVA-Abgänge	Arbeiter	-	-	12	10	22
	Ang./Bea.	-	-	7	5	6
Berufsunfähigkeit	Arbeiter	-	-	14	12	18
	Ang./Bea.	-	-	10	6	6
auf eigenen Wunsch	Arbeiter	32	34	51	36	49(1)
	Ang./Bea.	8	5	19	10	
Kündigung durch BSR	Arbeiter	78	70	34	38	33(1)
	Ang./Bea.	1	0	1	13	
Tod	Arbeiter	16	21	17	26	18(1)
	Ang./Bea.	3	1	2	1	
sonstige	Arbeiter	2	6	-	-	-
	Ang./Bea.	5	7	-	-	-

(1) Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammen

Abgänge insgesamt

1970	'71	'72	'73	'74	'75	'76	'77	'78	'79	'80	'81	'82
496	344	426	498	407	363	229	208	-	-	188	193	170

Abgänge die Anspruch auf eine VVA-Rente haben

	Arbei-	Durchschn.	Ange-	Durchschn.	Gesamtzahl der
	ter	alter	stellte	alter	VVA-Ausgeschiedenen
1978	23	57.9	3	58.0	26
1979	14	56.3	5	57.8	19
1980	12	56.3	7	59.3	19
1981	10	57.2	5	56.4	15
1982	22	53.1	6	57.0	28

Abgänge wegen Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit in 1982,
gegliedert nach Geburtsjahr

Jahrgang	Arbeiter/in	Angestellte/r
1920	1	-
21	1	-
22	1	-
23	2	-
24	1	-
25	1	2
26	2	-
27	-	1
28	-	1
29	2	-
30	-	1
31	1	-
34	1	-
35	1	-
36	2	-
41	-	1
42	2	-
Gesamt	18	6

Anzahl der nach §28 BMT-G beschäftigten erwerbsgeminderten
Arbeitnehmer in 1982, gegliedert nach Jahrgängen der Arbeitnehmer

Jahrgang Anzahl der Arbeitnehmer

1919	1
21	1
23	3
24	3
25	6
26	8
27	7
28	2
29	3
31	2
32	1
34	1
35	2
36	1
37	2
42	1

Gesamt 44 Arbeitnehmer

#28. Arbeitnehmer mit Unkündbarkeit

(Arbeitnehmer mit einer Betriebszugehörigkeit von mehr als 15 J.)

Stand Juni 1983

Arbeitnehmer insgesamt	1470
Arbeiter Müllabfuhr	730
Arbeiter Straßenreing.	293
Arbeiter Sonderdienste	122
Arbeiter HV,HW,MV,UN u.US	127
Angestellte(1)	198

(1) Angestellte, die länger als 10 Jahre im Betrieb sind.

Eine andere Differenzierung war nicht möglich.

Die Zahl von 1470 Arbeitnehmern, die unkündbar bei den BSR beschäftigt sind, ist mit Sicherheit noch zu tief gegriffen, da die Arbeitnehmer, die älter als 55 Jahre sind, noch dazu gerechnet werden müßten. Hierzu liegen allerdings keine Daten vor.

V.2.2 Materialien zu:

Qualifikation (Indikator #29 - #34)

#29. Qualifikationsstruktur der Arbeiter und Angestellten

(Sollzahlen)

Arbeiter	1975	1978	1979	1980	1981	1982	1983
ungelernte in LG I(1)	203	68	68	75	66	66	
angelernte LG II u.III(1)	2631	3198	3178	3123	3123	3115	
Facharbeiter LG IV-VII(1)	1548	1940	1930	1898	1904	1892	
Arbeiter insgesamt	4382	5206	5176	5096	5093	5073	

(1) Die Unterteilung der Arbeiter in Ungelernte, Angelernte und Facharbeiter hat einige Unschärfen. Sie berücksichtigt nicht den Anteil der Arbeiter, die über Bewährungsaufstieg in höhere Lohngruppen gekommen sind. Außerdem handelt es sich um Sollzahlen und nicht Jahresdurchschnittsangaben. Ein weiteres Problem besteht darin, daß diese Daten keine Auskunft über die tatsächliche Qualifikation der Mitarbeiter, sondern nur über die vom Betrieb geforderte Qualifikation geben.

Angestellte	1975	1978	1979	1980	1981	1982	1983

Geschäftsleitung und							
Vergütungsgruppen I-IIa	36	53	52	55	58	57	
Angestellte mit Ausbildung							
der Verg.gr. III/IIa-VII/VIb	450	528	529	536	560	564	
Angelernte Angestellte der							
Verg.gr. VII-IXb/VII (1)	48	91	91	81	83	82	
Ungelernte Angestellte der							
Verg.gr. IXb/IXa u. X/IXb(1)	8	6	6	9	9	10	
Angestellte insgesamt	542	678	678	681	710	713	

(1) Die Unterteilung der Angestellten in Ungelernte und Angelernte ist etwas unscharf, da der Bewährungsaufstieg nicht einbezogen ist. Außerdem handelt es sich um Sollzahlen.

#30. Berufsabschluß

Der Aufwand zur Erhebung der Daten für den Indikator (30) war nicht vertretbar.

#31. Bildungsmaßnahmen und Bildungsaufwand

Im Betrieb kommt lediglich der gesetzlich geregelte Bildungsurlaub Anwendung. Es gibt keine tarifvertraglichen oder betrieblichen Zusatzvereinbarungen. Es gibt auch keine überbetrieblichen Berufsbildungsmaßnahmen.

Über durchgeführte Bildungsmaßnahmen konnten hinsichtlich der Teilnehmerzahlen und der Dauer keine Daten gewonnen werden.

Bildungsaufwand (nur Kosten der Fortbildungsmaßnahmen; ohne Kosten für Lohnfortzahlung etc.):

Fortbildungskosten für Betriebsangehörige in TDM

1975	1978	1979	1980	1981	1982
59.2	89.3	77.5	160.6	150.5	145.8

#32. Bildung mit anschließender Höhergruppierung

Die Daten zu Indikator (32) waren nicht erhebbar.

#33. Berufsausbildung

Ausbildungsberufe KfZ-Schlosser und
ab 1982 Industrie- und DV-Kaufleute

	1975	76	77	78	79	80	81	82	83
Zahl d.angebot. Ausb.plätze	10	11	13	17	20	25	30	45	100
Neu eingestellte Auszubildende	5	3	5	8	8	10	13	22	25
vorzeitige Auflösung des Ausbildungsverhältnisses	1	2	-	1	-	-	1	-	-
vorzeitige Abschlußprüfung	-	4	3	2	3	5	7	7	2
Abschlußprüfung	4	-	-	3	-	-	-	-	-
nicht bestandene Abschl.prüfung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
in ein Arbeitsverhältnis übern.	-	4	3	5	3	5	6	7	
Anzahl der Berufsausbilder	1	1	1	1	1	2	2	2	

#34. Bildungsaufwand Berufsausbildung

Jahr	Ausbildungsvergütung 1. Ausbildungsjahr	Aufwand für Ausbil- dungsvergütungen insg.	Anzahl der Ausbilder
1975	340,- DM	41200,- DM	1
1978	401,65 DM	75200,- DM	1
1979	440,- DM	88800,- DM	1
1980	467,72 DM	127100,- DM	2
1981	500,- DM	162800,- DM	2
1982	518,- DM	239600,- DM	2

Über den Aufwand für Ausbilder und den Aufwand für die Einrichtung und Unterhaltung der Ausbildungsplätze waren keine Daten zu gewinnen.

Staatliche Zuschüsse für Maßnahmen zur Berufsausbildung sind nicht erfolgt.

V.2.3 Materialien zu:**Arbeitszeit (Indikator #35 - #44)****#35. Am Stichtag Beschäftigte in Schichtarbeit**

Anzahl der in Schicht arbeitenden Arbeitnehmer 1983 (Stand Juli 83)

Arbeiter im Zweischichtbetrieb	980
Angestellte im Zweischichtbetrieb	27
Arbeiter im Dreischichtbetrieb	221
Angestellte im Dreischichtbetrieb	23
Arbeitnehmer im Zwei- und Dreischichtbetrieb	1251

- Arbeiter im Zweischichtbetrieb:

Hierbei handelt es sich um einen Zweischichtbetrieb von Montag bis Freitag, der zum größten Teil auf den 7 Betriebshöfen der Straßenreinigung Anwendung findet. Ebenfalls in zwei Schichten arbeiten die Kraftfahrer im Müll-Ferntransport und Handwerker der Umladestationen. Die Frühschicht geht von 5 Uhr 30 bis 14 Uhr und die Spätschicht von 14 Uhr bis 22 Uhr 30.

- Angestellte im Zweischichtbetrieb:

Die 27 Angestellten, die in zwei Schichten arbeiten, sind auf den Betriebshöfen der Straßenreinigung, den Umladestationen und dem Müllverbrennungswerk beschäftigt.

- Arbeiter im Dreischichtsystem:

Von den 221 Arbeitern sind 206 Arbeiter während des gesamten Jahres im Dreischichtbetrieb beschäftigt. Dieser wird im 5-Schichtsystem organisiert. Hierdurch fällt natürlich auch Arbeit an Sonn- und Feiertagen an.

15 Arbeiter sind von Montag bis Freitag im Dreischichtbetrieb beschäftigt. Der Dreischichtbetrieb findet in folgenden Betriebsbereichen Anwendung: auf den Umladestationen, dem Müllverbrennungswerk, im Wächterdienst und bei dem Bereitschaftswagen.

- Angestellte im Dreischichtbetrieb:

Von den 23 Angestellten sind 9 Angestellte von Montag bis Freitag im Dreischichtbetrieb und 14 Angestellte während des ganzen Jahres. Somit fällt für letztere auch Sonn- und Feiertagsarbeit an.

Diese Angestellten sind auf den Umladestationen, dem Müllverbrennungswerk und in der Funkzentrale beschäftigt.

#36. Wechselschicht

Anzahl der Arbeitnehmer in Wechselschicht	Stand Juli 1983
--	-----------------

Arbeiter	221
Angestellte	23
BSR	244

#37. Gleitende Arbeitszeit

Gleitende Arbeitszeit findet bei dem größten Teil der Angestelltenarbeitsplätze Anwendung. Ausnahmen gibt es nur auf den Umladestationen, dem Müllverbrennungswerk und den Betriebshöfen. Es handelt sich um eine Größenordnung von ca. 600 Gleitzeitarbeitsplätzen.

Arbeitnehmer, die regelmäßig Sonn- und Feiertagsarbeit leisten Stand Juli 1983

Arbeiter	206
Angestellte	14
BSR	220

#38. Bezahlte Mindesturlaubzeit

Regelungen über **bezahlte** Mindesturlaubzeiten gibt es bis heute bei den BSR nicht. Durch die Einführung der EDV wird es jedoch in naher Zukunft für Bildschirmarbeitsplätze eine Regelung über bezahlte Mindesturlaubzeiten geben.

#39. Urlaubsquote in % bei den BSR

Bereich	1978	1979	1980	1981	1982
Arbeiter Müllabfuhr	14.3	14.3	15.0	15.5	15.6
Beseitigungs-Anlagen	12.1	12.7	12.8	14.2	16.3
Ø Arbeiter Abfallbeseitg.	14.0	14.0	14.5	15.2	15.8
Arbeiter Straßenreinigung	12.5	12.9	12.5	13.5	12.7
Arbeiter Sonderdienste	12.2	12.6	12.7	13.5	16.4
Ø Arbeiter insgesamt	13.3	13.4	13.6	14.5	14.7
Angestellte und Beamte	12.8	12.0	13.3	13.5	13.5
BSR insgesamt	13.2	13.3	13.6	14.3	14.5

Die Höhe der Urlaubsquote erklärt sich aus zwei Faktoren.

- 1) Urlaubsansprüche für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst, wie sie sich aus dem BMT-G, dem BAT und dem JArbSchG ergeben.
- 2) Zusatzurlaub und zusätzliche freie Tage, wie sie sich aus dem Zusatztarifvertrag Nr.1 der BSR zum Bundesmanteltarifvertrag

für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe BMT-G
ergeben.

Zusatztarifvertrag
Berliner Stadtreinigungs-Betriebe Nr. 1
zum Bundesmanteltarifvertrag für Arbeiter
gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe - BMT-G
vom 28. Februar 1980

Zwischen der Arbeitsrechtlichen Vereinigung öffentlicher Verwal-
tungen, Betriebe und gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen in
Berlin (AV Berlin) und
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Bezirksverwaltung Berlin -
wird folgendes vereinbart:

§13

Vor- bzw. Nacharbeit ausgefallener Tagesleistungen und Abgeltung
von Zeitzuschlägen nach §22 BMT-G

- (1) Fällt für die von den Abschnitten A und B betroffenen Arbeiter, für die Handwerker der Hauptwerkstatt, die Lagerwarte/Lagerarbeiter des Zentrallagers, die Arbeiter der Umladestationen (einschließlich der Kraftfahrer, die Abfalltransporte in die DDR durchführen) und für die in der Autobahnreinigung tätigen Kraftfahrer und Handreiniger wegen eines Wochenfeiertages die für diesen Tag vorgesehene Arbeitsleistung aus, so ist diese Arbeitsleistung von den betroffenen Arbeitern in vollem Umfange vor- oder nachzuleisten.

Diese Regelung schließt das Recht der Geschäftsleitung ein, an dem dem Wochentag unmittelbar folgenden freien Sonnabend eine Tagesarbeitsleistung zu verlangen. Fallen in einer Woche durch Feiertage zwei Tagesarbeitsleistungen aus, ist jeweils eine Tagesarbeitsleistung am vorangehenden Sonnabend vor- und eine Tagesarbeitsleistung am folgenden Sonnabend nachzuleisten.

Für die im Schichtdienst tätigen Arbeiter der Umladestationen (einschließlich der Kraftfahrer, die Abfalltransporte in die DDR durchführen) gelten die Sätze 2 und 3 mit der Maßgabe, daß die ausgefallene Arbeitsleistung der zweiten Schicht am vorangegangenen oder nachfolgenden Sonnabend und die der ersten Schicht an anderen Sonnabenden (in der Regel in der zweiten Schicht) vor- oder nachzuleisten ist.

- (2) Für das Vor- und Nachleisten einer ausgefallenen Tagesarbeitsleistung werden 3/65 des Monatsgrundlohnes zuzüglich des Erschwerniszuschlages nach §6 Abs.2 des Zusatztarifvertrages Berliner Stadtreinigungs- Betriebe Nr.2 zum BMT-G und eines gegebenenfalls zustehenden Schichtlohnzuschlags gezahlt.

Daneben erhalten die in Absatz 1 Satz 1 genannten Arbeiter zum Ausgleich der gesamten mit dem Vor- oder Nachleisten verbundenen Mehrarbeit - sofern sie das ganze Jahr als solche beschäftigt werden - in jedem Kalenderjahr vier zusätzliche freie Tage unter Fortzahlung des Lohnes. Arbeiter, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, weil sie im Laufe eines Kalenderjahres eingestellt werden, ausscheiden oder umgesetzt werden, erhalten für je drei in die Zeit ihrer Beschäftigung als Arbeiter im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 fallende Vor- oder Nachleistungstage einen zusätzlichen freien Tag unter Fortzahlung des Lohnes. Damit sind auch die Zeitzuschläge nach §22 BMT-G abgegolten. Ist die Gewährung der zusätzlichen freien Tage aus betrieblichen Gründen nicht möglich, erfolgt am Ende des Kalenderjahres oder beim vorherigen Ausscheiden aus dem Kreis der von Absatz 1 Satz 1 betroffenen Arbeiter Barabgeltung.

- (3) Bei den Arbeitstagen gemäß Absatz 1 und bei den freien Tagen gemäß Absatz 2 handelt es sich nicht um zusätzliche Arbeitstage bzw. um zusätzliche arbeitsfreie Tage im Sinne des §43 BMT-G.

Protokollerklärung: Von der Nachladeregulierung für die Bereiche Müllabfuhr und Straßenreinigung werden Tankwarte, Werkstattarbeiter, Reiniger, Hofarbeiter und Lagerwarte miteinfaßt.

§14

Zu §42 BMT-G - Zusatzurlaub -

(1) Der nach Maßgabe des §42 Abs. 1 und 2 sowie der Anlage 11 BMT-G zu gewährende Zusatzurlaub beträgt:

- a) zwei Arbeitstage für Spritzlackierer in geschlossenen Räumen
- b) drei Arbeitstage für Arbeiter, die 1. unmittelbar am Müll- oder Schlacketransport beteiligt sind
2. Müllbehälter, Container und Fahrzeuge der Betriebe Müllabfuhr, Straßenreinigung, Sonderdienste sowie Fahrzeuge der Umladestationen reparieren
3. in den Wasch- und Wartungsanlagen für Fahrzeuge tätig sind
4. in der Sperrmüllabfuhr tätig sind
5. mit der Abfallbehandlung oder der Instandsetzung der maschinellen Anlagen im Abfallverbrennungswerk und den Umladestationen betraut sind
6. im Bereich der Bedürfnisanstalten als Anstaltsreiniger, Handwerker sowie als Fahrer von Fäkalienfahrzeugen tätig sind
- c) vier Arbeitstage für Arbeiter, die auf den Deponien der Müllabfuhr tätig sind.

(2) Arbeiter im Bereich der Straßenreinigung und der Autobahnreinigung.

- a) die an mindestens einem Wochenende oder Feiertag, höchstens an sechs Wochenenden oder Feiertagen, im Wintereinsatz zur Schnee- und Glättebeseitigung tätig sind, erhalten einen Arbeitstag Zusatzurlaub,

- b) die an sieben bis neun Wochenenden oder Feiertagen im Wintereinsatz zur Schnee- und Glättebeseitigung tätig sind, erhalten zwei Arbeitstage Zusatzurlaub,
- c) die an zehn bis zwölf Wochenenden oder Feiertagen im Wintereinsatz zur Schnee- und Glättebeseitigung tätig sind, erhalten drei Tage Zusatzurlaub,
- d) die an mehr als zwölf Wochenenden oder Feiertagen im Wintereinsatz zur Schnee- und Glättebeseitigung tätig sind, erhalten vier Arbeitstage Zusatzurlaub.

**#40. Resturlaubstage am 1.1.1983 aus dem Kalenderjahr 1982
und die dafür gebildeten Rückstellungen**

	Rest- tage	Brutto- arbeits- entgelt	17.55% Ar- beitgeber- anteil SozV.	4% VBL Umlage

Angestellte	2046	339240,- DM	59540,- DM	13570,- DM
kfm. Auszubildende	72	1760,- DM	310,- DM	---
Geschäftsleiter	-	-	-	-
Beamte	23	5450,- DM	-	-
Arbeiter	4814	686780,- DM	120530,- DM	27470,- DM
Insgesamt	6955	1033230,- DM	180380,- DM	41040,- DM

Der Resturlaub entspricht ungefähr 27 Arbeitsplätzen und einer Urlaubsüberhangquote von 3,3% der gesamten in 1982 angefallenen Urlaubsansprüche.

Resturlaubstage am 31.12.:	1978	1979	1980	1981	1982

	2801	5140	9753	7602	6955

#41. Urlaubsüberhang nach Betriebsteilen

Der Urlaubsüberhang in Resttagen kann nicht nach Betriebsteilen differenziert werden, lediglich das dafür zu entrichtende Bruttoentgelt.

Nach Schätzungen gemäß der Entgelte entfällt die Hälfte des Urlaubsüberhangs auf den Bereich Abfallbeseitigung und die andere Hälfte auf die Bereiche Straßenreinigung und Sonderdienste.

#42. Überstunden je betroffenen Arbeitnehmer und Monat in 1981

Diese Quote kann nur gebildet werden aus der Summe aller in 1981 angefallenen Überstunden und der Gesamtzahl der Beschäftigten. Weitere Angaben liegen nicht vor.

Summe der in 1981 bei den
BSR geleisteten Überstunden: 427650 Stunden
1981 im Jahresdurchschnitt
bei den BSR beschäftigt: 5575 Arbeitnehmer
Pro Arbeitnehmer und Monat geleistete Überstunden in 1981: 6,4 Stunden

Für andere Jahre liegen keine Daten über den Umfang der Überstunden vor.

#43. Summe aller Überstunden im Betrieb in 1981

davon abgegolten durch:

- Freizeit
- Bezahlung

	Anzahl der Überstunden	finanziell abgegolten	durch Freizeit abgegolten

Überstunden insgesamt	427.650	98,8%	1,2%
davon Überstunden für:			
- Vor- und Nachladearbeit	218.168	100,0%	0,0%
- verschiedene Ursachen	209.482	97,6%	2,4%

Rechnet man die Überstunden auf Arbeitsplätze um, so ergibt sich 1981 ein rechnerisches Stellenmanko von ca. 260 Stellen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Überstunden für Vor- und Nachladetätigkeit nicht in feste Planstellen umwandelbar sind und daß ein Teil der restlichen Überstunden im Straßenwinterdienst anfällt. Trotzdem verbleibt ein nicht unbeträchtlicher Teil an Überstunden, der in Planstellen umgesetzt werden könnte.

Für andere Jahre liegen keine Daten über den Umfang der Überstunden vor.

#44. Ausfallzeiten wegen Urlaub, Krankheit und Unfall

Ausfallquoten in %	1978	1979	1980	1981	1982

Urlaubsquote in %	13.2	13.3	13.6	14.3	14.5
Krankenstandsquote in %	7.9	8.6	9.0	9.2	9.5

Ausfalltage wegen Unfall pro Jahr und Betriebsangehörigen:

	1978	1979	1980	1981	1982

Anzahl der Tage	1.6	2.0	2.1	1.8	1.9

Angaben über Ausfallzeiten:

- durch Erholzeiten gibt es nicht, da kein Arbeitnehmer bei den BSR Anspruch auf bezahlte Erholzeiten hat,
- durch Bildung konnten nicht erhoben werden.

V.2.4 Materialien zu:**Arbeitsgestaltung (Indikator #45 - #51)****#45. Arbeitnehmer mit gleichen (monotonen) Arbeitsvorgängen**

Dies trifft im wesentlichen auf Arbeiter der Lohngruppe I und Angestellte der Vergütungsgruppen IXb/IXa und X/IXb zu.

Anzahl der Arbeitnehmer	1975	1978	1979	1980	1981	1982
Arbeiter, Lohngruppe I	183	68	68	75	66	66
Angest., Verg.gr. IXb/IXa, X/IXb	8	6	6	9	9	10

Bei den Arbeitern der Lohngruppe I handelt es sich ausschließlich um Reinigungskräfte.

#46. Arbeitnehmer ohne unmittelbare**Kommunikationsmöglichkeit mit Kollegen**

Die größte hiervon betroffene Gruppe ist die der Handreiniger der Straßenreinigung. Hierfür waren 1982 1102 Planstellen vorgesehen. Um derartige Arbeitsplätze handelt es sich auch bei den Kraftfahrern der Kehrfahrzeuge und der Spülfahrzeuge, bei den Kraftfahrern der Umladestationen im Ferntransport, bei Pförtnern und Wächtern und einigen kleineren anderen Bereichen. Außer bei den Handreinigern ist es jedoch schwierig, genaue Angaben über die Zahl der Arbeitsplätze zu machen.

#47. Arbeitsplätze mit erweitertem Arbeitsinhalt

Betrifft alle Arbeitnehmer, die nicht unter Indikator (45) fallen. Diese Aussage ist jedoch zu undifferenziert. Das Lohngruppenverzeichnis gibt hier nähere Auskunft.

Lohngruppenverzeichnis
für die Arbeiter
bei den Berliner Stadtreinigungs-Betrieben

Lohngruppe I

1. Folgende Arbeiter mit einfachsten Tätigkeiten (Ausschließlichkeitskatalog): Reiniger in Gebäuden
2. Arbeiter mit einfachen Tätigkeiten
Den Arbeitern der Fallgruppe 2 sind gleichgestellt:
3. Wächter

Lohngruppe II

1. Arbeiter mit Tätigkeiten, für die eine eingehende fachliche Einarbeitung erforderlich ist
2. Arbeiter der Lohngruppe I Fallgruppen 2 und 3 nach fünfjähriger Bewährung in diesen Fallgruppen der Lohngruppe I
3. Arbeiter, die die Reinigung in Gebäuden mit besonderen Reinigungsmaschinen und -geräten ausführen (sogenannte Feuchtwischmethode)
4. Handreiniger
5. Hausarbeiter
6. Hofarbeiter
7. Küchenarbeiter, soweit nicht anderweitig einzureihen

Protokollerklärung

Arbeiter der Fallgruppe 7 erhalten nach dreijähriger Bewährung als solche eine Lohnzulage von 2 v.H. des Monatstabellenlohns der Lohngruppe II Stufe 4.

8. Laboratoriumsarbeiter
9. Magazin- und Lagerarbeiter
10. Werkstattarbeiter, Werkstatt- und Laborreiniger sowie Reiniger im Abfallverbrennungswerk

Den Arbeitern der Fallgruppe 1 sind gleichgestellt:

11. Boten

12. Pförtner
13. Wächter mit besonderen Aufgaben

Lohngruppe III

1. Arbeiter mit erfolgreich abgeschlossener Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit einer Ausbildungsdauer von weniger als zweieinhalb Jahren, die in ihrem oder einem diesem verwandten Beruf beschäftigt werden
2. Arbeiter der Lohngruppe II Fallgruppe 1, die Arbeiten verrichten, die an das Überlegungsvermögen und das fachliche Geschick des Arbeiters Anforderungen stellen, die über das Maß dessen hinausgehen, was von solchen Arbeitern üblicherweise verlangt werden kann
3. Arbeiter der Lohngruppe II Fallgruppen 1 und 11 bis 13 nach fünfjähriger Bewährung in diesen Fallgruppen der Lohngruppe II
4. Anstaltsreiniger
5. Arbeiter im Wartungs- und Abschmierdienst
6. Baggerer
7. Boten, die mit dem Transport von Geld oder Wertgegenständen beauftragt sind
8. Deponiearbeiter und Entladearbeiter in Umladestationen und im Abfallverbrennungswerk
9. Handwerkerhelfer
10. Hausarbeiter mit besonderer Tätigkeit
11. Hausmeister
12. Heizer
13. Hilfslaboranten nach sechsmonatiger Bewährung als Laboratoriumsarbeiter
14. Kesselreiniger im Abfallverbrennungswerk sowie Anlagenreiniger im Umschlagbereich
15. Küchenwirtschaftsarbeiter, die Speisen zubereiten

Protokollerklärung

Die Grundprodukte für die Speisenzubereitung können auch aus Tiefkühlkost bestehen. Arbeiter der Fallgruppe 15 erhalten nach dreijähriger Bewährung als solche eine Lohnzulage in Höhe von 2 v.H. des Monatstabellenlohnes der Lohngruppe III Stufe 4.

16. Magazin-, Tank- oder Lagerwarte, die mit der Einnahme oder Ausgabe von Materialien und deren Verbuchung beschäftigt werden.
17. Müllwerker
18. Pförtner mit Telefonvermittlungsdienst
19. Reifenmonteure
20. Transportarbeiter, die mit schweren Transportarbeiten, z.B. mit dem Transport von Möbeln oder anderen schweren Lasten beschäftigt werden

Protokollerklärung

Der überwiegende Transport von Stühlen gilt nicht als Möbeltransport in diesem Sinne. Um andere schwere Lasten handelt es sich, wenn das Gewicht der zu transportierenden Gegenstände mindestens 25 kg je Arbeiter beträgt. Küchenarbeiter, die überwiegend andere schwere Lasten in diesem Sinne transportieren, gelten ebenfalls als Transportarbeiter.

21. Werkzeugausgeber

Lohngruppe IV

1. Arbeiter mit erfolgreich abgeschlossener Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit einer Ausbildungsdauer von mindestens zweieinhalb Jahren, die in ihrem oder einem diesem verwandten Beruf beschäftigt werden
2. Arbeiter der Lohngruppe III Fallgruppe 1, die Arbeiten verrichten, die an das Überlegungsvermögen und das fachliche Geschick des Arbeiters Anforderungen stellen, die über das Maß dessen hinausgehen, was von solchen Arbeitern üblicherweise verlangt werden kann

3. Arbeiter der Lohngruppe III Fallgruppe 1 nach dreijähriger Bewährung in dieser Lohn- und Fallgruppe
4. Anstaltsreiniger, die ein Kraftfahrzeug führen
5. Arbeiter, die nach einer mindestens dreijährigen Tätigkeit in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit einer Ausbildungsdauer von weniger als zweieinhalb Jahren und nach Vollendung des 21. Lebensjahres eine verwaltungs- oder betriebseigene Prüfung nach den Richtlinien für verwaltungs- und betriebseigene Prüfungen (Anlage 2) erfolgreich abgelegt haben und eine entsprechende Tätigkeit ausüben
6. Fahrer von Elektrofahrzeugen oder Motorkarren, die nach der StVZO mit amtlichen Kennzeichen im öffentlichen Verkehr zugelassen sind
7. Fahrer von Kraftwagen mit Verbrennungsmotoren (ausgenommen Motorkarren)
8. Heizer mit Zeugnis über die erfolgreiche Teilnahme an einem amtlich anerkannten Kesselwärterlehrgang oder gleichwertigem Nachweis (Zeugnis über bestandene Dampfmaschinisten- oder Lokführerprüfung)

Protokollerklärung

Nach dreijähriger ununterbrochener Tätigkeit als Heizer und Vollendung des 50. Lebensjahres wird auf das Zeugnis verzichtet.

9. Hilfslaboranten mit schwierigen Aufgaben nach dreijähriger Bewährung als Laboratoriumsarbeiter/Hilfslaboranten
10. Kranführer
11. Magazin-, Tank- oder Lagerwarte, die mit der Einnahme oder Ausgabe von Materialien und deren Verbuchung beschäftigt werden, nach dreijähriger Bewährung als solche oder in einem einschlägigen Handwerk
12. Maschinisten für Entschlackungs- und Entaschungsanlagen
13. Maschinisten für Wartungsarbeiten und Maschinisten an der Sperrgutschere
14. Reifenmonteure nach dreijähriger Bewährung als solche

15. Schweißer und Brenner ohne handwerkliche Ausbildung mit Schweißerprüfung
16. Werkzeugausgeber, denen die Pflege und Instandsetzung des Werkzeuges obliegt, nach dreijähriger Bewährung in der Lohngruppe III Fallgruppe 21

Den Arbeitern der Fallgruppe 1 sind gleichgestellt:

17. Arbeiter, die nach mindestens dreijähriger Tätigkeit in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit einer Ausbildungsdauer von mindestens zweieinhalb Jahren und nach Vollendung des 21. Lebensjahres eine verwaltungs- oder betriebseigene Prüfung nach den Richtlinien für verwaltungs- und betriebseigene Prüfungen (Anlage 2) erfolgreich abgelegt haben und eine entsprechende Tätigkeit ausüben.

Protokollerklärung:

Sofern Lohnempfängern der Lohngruppe III Fallgruppe 9 oder 15 eine Tätigkeit des entsprechenden Ausbildungsberufes übertragen wird, wird die in Lohngruppe III Fallgruppe 9 oder 15 abgeleistete Tätigkeit der Tätigkeit im Ausbildungsberuf gleichgestellt.

Lohngruppe IVa

Arbeiter der Lohngruppe IVa Fallgruppen 2, 3, 5, 14, 15 und 16 sowie in die Lohngruppe IV Fallgruppe 11 eingereihte Magazin- oder Lagerwarte der Hauptwerkstatt, der Umladestationen und des Abfallverbrennungswerkes nach dreijähriger Bewährung in diesen Fallgruppen der Lohngruppe IV.

Lohngruppe V

1. Arbeiter der Lohngruppe IV Fallgruppe 1, die hochwertige Arbeiten verrichten
Hochwertige Arbeiten sind Arbeiten, die an das Überlegungsvermögen und das fachliche Geschick des Arbeiters Anforderungen stellen, die über das Maß dessen hinausgehen, was von solchen Arbeitern üblicherweise verlangt werden kann.
2. Arbeiter der Lohngruppe IV Fallgruppen 1 und 17 nach

- dreijähriger Bewährung in diesen Fallgruppen der Lohngruppe IV
3. Fahrer von Kraftwagen mit Verbrennungsmotoren (ausgenommen Motorkarren), die überwiegend im öffentlichen Straßenverkehr eingesetzt sind, nach einjähriger Bewährung als solche
 4. Fahrer von Spezialfahrzeugen, die mit technischen vom Fahrer zu bedienenden Zusatzeinrichtungen ausgestattet sind
 5. Heizer mit Prüfzeugnis im Sinne der Lohngruppe IV Fallgruppe 8 ohne einschlägige Ausbildung als Metallhandwerker
 - a) an Anlagen für feste Brennstoffe mit einer Leistung von mindestens 1,74 MW oder an Anlagen für flüssige Brennstoffe mit einer Leistung von mindestens 3,48 MW,
 - b) an Niederdruckdampfheizungen mit festen Brennstoffen
 6. Heizer mit Prüfungszeugnis im Sinne der Lohngruppe IV Fallgruppe 8 und einschlägige Ausbildung als Metallhandwerker, die selbständig kleinere Instandsetzungsarbeiten durchführen
 7. Kranführer im Abfallverbrennungswerk und in Umladestationen nach dreijähriger Bewährung
 8. Maschinisten an Aufbereitungsanlagen
 9. Maschinisten an Schrotttrennanlagen im Leitstand und Maschinisten im Pressenbetrieb
 10. Maschinisten in Speiseanlagen und Dampfverteilungsstationen
- Den Arbeitern der Fallgruppe 1 sind gleichgestellt:**
11. Arbeiter mit verwaltungs- oder betriebseigener Prüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit einer Ausbildungsdauer von mindestens zweieinhalb Jahren, die Voraussetzungen der Lohngruppe V Fallgruppe 1 erfüllen
 12. Kessel- und Feuerungsmaschinisten
 13. Köche

Lohngruppe Va

Arbeiter der Lohngruppe V Fallgruppen 1, 6, 11 und 13 nach dreijähriger Bewährung in diesen Fallgruppen der Lohngruppe V oder

Arbeiter der Lohngruppe V Fallgruppen 3, 4, 8 und 12 nach dreijähriger Bewährung in diesen Fallgruppen der Lohngruppe V

Lohngruppe VI

1. Arbeiter der Lohngruppe IV Fallgruppe 1, die besonders hochwertige Arbeiten verrichten
Besonders hochwertige Arbeiten sind Arbeiten, die neben vielseitigem hochwertigem fachlichen Können besondere Umsicht und Zuverlässigkeit erfordern.
2. Arbeiter der Lohngruppe V Fallgruppen 1 und 11 bis 13 nach fünfjähriger Bewährung in diesen Fallgruppen der Lohngruppe V bzw. in der Lohngruppe V bzw. in der Lohngruppe Va.
3. Heizer mit Prüfungszeugnis im Sinne der Lohngruppe IV Fallgruppe 8, die eine oder mehrere Heizungsanlagen mit zusammen mindestens 5,81 MW betreiben und von denen neben fachlichem Können besondere Umsicht und Zuverlässigkeit verlangt werden, nach einjähriger Berufserfahrung an gleichartigen Anlagen
4. Maschinisten in Speiseanlagen und Dampfverteilungsstationen nach dreijähriger Bewährung als solche in der Lohngruppe V

Den Arbeitern der Fallgruppe 1 sind gleichgestellt:

5. Betriebshandwerker, die als Alleinhandwerker in nicht unerheblichem Umfange Arbeiten im Sinne der Fallgruppe 1 verrichten
6. Kraftfahrzeughandwerker
7. Metallhandwerker, die hochwertige Unterhaltungs-, Überholungs- und Instandsetzungsarbeiten an komplizierten Maschinen oder an komplizierten Heizungsanlagen vornehmen
8. Schalt- und Leitstandwarte
9. Schweißer mit handwerklicher Ausbildung und abgelegter Prüfung gemäß DIN 8560
10. Werkzeugmacher oder Vorrichtungsbauer

Lohngruppe VII

1. Arbeiter der Lohngruppe VI Fallgruppen 1 und 5 bis 10 nach fünfjähriger Bewährung in diesen Fallgruppen der Lohngruppe VI
2. Dreher, die selbständig nach Zeichnungen oder kurzen Angaben

hochwertige Formteile anfertigen

3. Elektriker oder Elektromechaniker, die schwierige elektrische Anlagen (Schaltanlagen, Schutz-, Steuer-, Meß- oder Regeleinrichtungen, Fernwirkanlagen) selbständig erstellen oder selbständig instandsetzen und unterhalten
4. Fernmeldemechaniker und Fernmeldemonteure, die besonders schwierige Instandsetzungsarbeiten an komplizierten Funk-, Fernseh- oder Spezialgeräten ausführen
5. Gelernte Arbeiter im Sinne der Lohngruppe IV Fallgruppe 1, die dazu bestellt sind, Auszubildende in Betrieben, Werkstätten oder Schulen Unterweisungen zu erteilen

Protokollerklärung:

Bei zeitweiser Tätigkeit wird der entsprechende Lohnausgleich gezahlt.

6. Handwerker mit Gesellenprüfungszeugnis oder Arbeiter mit Facharbeiterbrief der Lohngruppe VI, die besonders schwierige Instandsetzungen oder Spezialarbeiten an hochempfindlichen oder komplizierten Geräten selbständig durchführen
7. Kraftfahrzeughandwerker, die als Motorenspezialisten tätig sind und eine einwandfreie Diagnose an Verbrennungsmotoren stellen sowie selbständig Instandsetzungen von Motoren, z.B. Lagerung von Kurbelwellen und Pleuel, Vermessen und Auswinkeln von Lagerung und Kolben, ausführen
8. Kraftfahrzeughandwerker, die in erheblichem Umfange die Vorarbeiten für die Überprüfung von Kraftfahrzeugen nach §29 oder §57 StVZO verantwortlich ausführen
9. Kraftfahrzeughandwerker, die selbständig durch Gewalteinwirkung beschädigte wesentliche und schwierig herzustellende Teile (insbesondere tragende Teile und Verstrebungen) von Kraftfahrzeugen und Containern wieder herstellen, ersetzen, spannen und richten
10. Kraftfahrzeughandwerker, die selbständig und verantwortlich Fehler an komplizierten Spezialgetrieben oder komplizierten Druckluft- oder hydraulisch gesteuerten Spezialaggregate in Omni-

bussen oder Sonderfahrzeugen feststellen und diese Getriebe bzw. Aggregate instand setzen, einstellen und überprüfen

11. Obermonteure, die sich aus der Lohngruppe VI dadurch herausheben, daß sie besonders schwierige Überholungs- und Instandsetzungsarbeiten an den Maschinen- und Kesselanlagen auszuführen haben
12. Oberschaltware und Hauptleitstandware, die sich aus der Lohngruppe VI dadurch herausheben, daß sie komplizierte Maschinenanlagen eigenverantwortlich zu betreiben haben
13. Werkzeugmacher oder Vorrichtungsbauer, die selbständig nach Zeichnungen oder kurzen Angaben besonders schwierige Spezialvorrichtungen herstellen

Arbeiter der Lohngruppe IV Fallgruppe 1 mit Tätigkeiten, die in dem die vorstehenden Fallgruppen 2 bis 13 der Lohngruppe VII umfassenden Ausschließlichkeitskatalog festgelegt sind, erhalten nach fünfjähriger Bewährung als solche eine Lohngruppenzulage in Höhe von 5 v.H. ihres jeweiligen Monatstabellenlohnes (§67 Nr.26a BMT-G).

#48. Arbeitnehmer, die überwiegend außerhalb geschlossener Räume arbeiten

Bei den Arbeitern, die überwiegend außerhalb geschlossener Räume arbeiten, handelt es sich um die Müllwerker und Kraftfahrer im Gedinge der Müllabfuhr, um die Handreiniger, die Fahrer der Kehrichtsammelfahrzeuge und die Baggerer der Straßenreinigung, die Müllwerker und Kraftfahrer im Gedinge der Sonderdienste und die Handreiniger (Autobahn). Die Anzahl der Arbeiter in den aufgezählten Beschäftigungsbereichen umfaßte 1982 ca. 3400 Arbeitsplätze. Das sind ca. 60% aller Beschäftigten.

#49. Arbeitnehmer, die schwere körperliche Arbeit leisten

Unter diese Rubrik fallen im wesentlichen die Müllwerker und Sperrmüllwerker im Gedinge.

Anzahl der Planstellen	1975	1978	1979	1980	1981	1982

Müllwerker im Gedinge	1111	1325	1345	1322	1302	1302

Es gibt auch noch andere Arbeitsplätze mit schwerer körperlicher Arbeit. Eine genauere Differenzierung war jedoch nicht leistbar.

#50. Arbeitnehmer, die unter erschwerten Umständen arbeiten

Hierunter fallen fast alle Arbeiter der Müllabfuhr, der Straßenreinigung, der Sonderdienste, der Hauptwerkstatt, der Müllverbrennung und der Umladestationen. Es handelt sich um Belastungen wie Lärm, Hitze, Kälte, Gestank, Staub etc. Eine genauere Analyse der Arbeitsplätze mit verschiedenen Belastungsfaktoren hätte den zeitlichen Rahmen gesprengt.

#51. Arbeitsorganisation, wie sie aus Zusatztarifverträgen hervorgeht

Im folgenden wird der Zusatztarifvertrag der Berliner Stadtreinigungs-Betriebe Nr. 1 dokumentiert, soweit er auf Arbeitsorganisation und Leistung eingeht.

Zusatztarifvertrag

Berliner Stadtreinigungs-Betriebe Nr. 1
zum Bundesmanteltarifvertrag für Arbeiter
gemeindlicher Veraltungen und Betriebe - BMT-G -
vom 28. Februar 1980

Zwischen
der Arbeitsrechtlichen Vereinigung öffentlicher Verwaltungen,
Betriebe und gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen in Berlin
(AV Berlin)
und
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Bezirksverwaltung Berlin -

wird folgendes vereinbart:

§1 Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für die bei den Berliner Stadtreinigungs-
Betrieben beschäftigten Arbeiter, die vom Geltungsbereich des
Bundesmanteltarifvertrages für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen
und Betriebe - BMT-G - erfaßt werden und Mitglieder der Gewerk-
schaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr sind.

§2 Allgemeines

Für die von diesem Tarifvertrag erfaßten Arbeiter gelten die
jeweiligen Vorschriften des BMT-G und der ihn ergänzenden Tarif-
verträge, soweit dieser Tarifvertrag keine andere Regelung
enthält.

A. Besondere Regelungen für Arbeiter im Bereich der Müllabfuhr

§3 Besetzung der Fahrzeuge

(1) Die Besetzung der Fahrzeuge besteht im Normalfall

- a) bei Fahrzeugen zur Entleerung von 110 l-Behältern aus einem Kraftfahrer
und vier Müllwerkern,
- b) bei Fahrzeugen zur Entleerung von 35 l-Behältern aus einem Kraftfahrer
und zwei Müllwerkern,
- c) bei Umleerbehälterfahrzeugen der MGB-Abfuhr nach DIN 30700 (1,1 m³
Rollenbehälter) aus einem Kraftfahrer und zwei Müllwerkern,
- d) bei Umleer- und Wechselbehälterfahrzeugen der MGB-Unterflurabfuhr aus
einem Kraftfahrer und zwei Müllwerkern und bei nur ebenerdiger
MGB-Abfuhr aus einem Kraftfahrer und einem Müllwerker,

- e) bei Fahrzeugen zur CT-Abfuhr aus einem Kraftfahrer und einem Müllwerker,
 - f) bei Fahrzeugen für die Abfuhr von Schlacke und lose aufbewahrten Abfällen aus einem Kraftfahrer und einem Müllwerker.
- (2) Betrieblich notwendig werdende Abweichungen werden im Einvernehmen mit dem zuständigen Personalrat angeordnet.

Bei schwierigen Stellen und langen Wegen zum Standort der Gefäße bzw. zum Lagerort der Schlacke wird dem Fahrzeug ein zusätzlicher Mitarbeiter beigegeben, ohne daß sich die Leistung erhöht.

§4 Arbeitsleistung

- (1) Für Fahrzeuge zur Entleerung von 110 l-Behältern beträgt die der Entlohnung zugrunde liegende Arbeitsleistung wöchentlich 66 bis 78 m³ je Müllwerker, gemessen am Fassungsvermögen der Behälter. Hierbei sollen durchschnittlich effektive Leistungen zwischen 72 und 75 m³ pro Müllwerker und Woche erreicht werden. Mit Schlacke veranlagte Behälter rechnen doppelt.

Diese Leistungsbemessung gilt nicht für die Entleerung von 35 l-Behältern.

- (2) In der MGB-Abfuhr ohne Normung mit Umleerbehälter oder Wechselbehälterfahrzeugen unter Verwendung von Behältern mit einem Fassungsvermögen von 1,1 m³ beträgt die wöchentliche Arbeitsleistung:
- a) für Wechselbehälterfahrzeuge bei einer Fahrleistung bis zu 750 km bis zu 48 Fahren, das sind 240 Behälter,
 - b) für Umleerbehälterfahrzeuge bei einer Fahrleistung bis zu 500 km 384 Behälter.
- (3) In der MGB-Abfuhr nach DIN 30700 (1,1 m³ Rollenbehälter) beträgt die wöchentliche Arbeitsleistung unter Berücksichtigung einer wöchentlichen Fahrleistung von 600 km die Entleerung von 600 Behältern.

Sie reduziert sich auf wöchentlich 450 Entleerungen, wenn mehr als die

Hälfte der Standorte weiter als 15 m von einer befahrbaren Straße entfernt liegen.

Treten Erschwernisse in nicht unerheblichem Ausmaße auf oder wird die tägliche Fahrleistung überschritten, reduziert sich die Leistung in angemessener Weise.

Das Leistungsmaß legt die Dienststelle im Einvernehmen mit dem Personalrat fest.

- (4) In der Containerabfuhr umfaßt die wöchentliche Arbeitsleistung die Entleerung von 25 Containern.
- (5) In der Schlackeabfuhr und in der Abfuhr von lose aufbewahrten Abfällen beträgt die Arbeitsleistung je Arbeiter 7 m³ täglich.

Werden diese Abfälle aus schwer zugänglichen Räumen zum Fahrzeug gebracht, verringert sich das Gedingemaß um ein Drittel.

- (6) Betriebsbedingte Minderleistungen bleiben unberücksichtigt.

B. Besondere Regelungen für Arbeiter im Bereich der Straßenreinigung

§5 Arbeitsleistung

Der Entlohnung liegen folgende Leistungen zugrunde:

a) Handreiniger

Die wöchentliche durchschnittliche Fegeleistung beträgt 20000 m Kantenlänge.

Die Fegeleistung verringert sich bezogen auf den Umfang der Erschwernisse für jede Papierkorbentleerung um 10 m
bei Gehwegen über 5 m Breite um 10 %
bei Gehwegen über 10 m Breite um 20 %

bei Gehwegen über 15 m Breite um 30 %

...der jeweiligen Kantenlänge dieses Teils des Gehweges.

Zur regelmäßigen Reinigung öffentlichen Straßenlandes nach Plan gehören:

Kehren der Gehwegfläche sowie der Rinnsteine

Reinigen der Baumscheiben

Entleeren von Papierkörben nach Plan

Einfüllen und Sammeln der Abfälle in hierfür vorgesehene Behältnisse

Bereitstellen gefüllter Abfallbehältnisse für den

Abtransport an hierfür vorgesehenen Punkten

Wartung und Pflege der Arbeitsgeräte

Feststellen und Melden von Ablagerungen und

außerordentlichen Verschmutzungen im Bereich der Tour

Melden von nicht mehr vorhandenen, defekten oder zerstörten Papierkörben

Vorschläge zur Erhöhung oder Reduzierung der Papierkörbeanzahl in der Tour

Feststellen und Melden funktionsunfähiger Straßeneinläufe

Fertigen des Tagesberichtes

Erfüllen von Aufgaben nach Maßgabe besonderer

Einsatzpläne der Tourenstelle

Auf besondere Weisung: Beseitigung von Unkrautnestern

Die tägliche Leistung des Handreinigers in der Reinigung

von Grünflächen oder Mittelstreifen besteht aus dem

Absammeln von 15000 bis 20000 m² Fläche nach Plan.

Zum regelmäßigen Absammeln nach Plan gehören:

Kehren der Gehwegfläche sowie der Rinnsteine von Übergängen auf Mittelstreifen, von Verkehrsinseln, Parkplätzen und Parkhäfen

Entleeren der Papierkörbe im Reinigungsgebiet

Reinigen der Baumscheiben

Absammeln von Abfällen auf Grünstreifen

Einfüllen der abgesammelten Abfälle in hierfür vorgesehene

Behälter

Bereitstellen gefüllter Abfallbehältnisse für den
 Abtransport an hierfür vorgesehenen Punkten
 Wartung und Pflege der Arbeitsgeräte
 Feststellen und Melden funktionsunfähiger Straßeneinläufe
 Fertigen des Tagesberichtes
 Erfüllen von Aufgaben nach Maßgabe besonderer
 Einsatzpläne der Tourenstelle
 Auf besondere Weisung: Beseitigung von Unkrautnestern

b) Kraftfahrer von Kehrtrucksammelfahrzeugen

Die tägliche durchschnittliche Fegeleistung beträgt bis
 1500 m Kantenlänge. Die Fegeleistung verringert sich bezogen
 auf den Umfang der Erschwernisse
 für jede Papierkorbentleerung um 10 m
 bei Gehwegen über 5 m Breite um 10 %
 bei Gehwegen über 10 m Breite um 20 %
 bei Gehwegen über 15 m Breite um 30 %

...der jeweiligen Kantenlänge dieses Teils des Gehweges.
 Zur regelmäßigen Reinigung öffentlichen Straßenlandes
 nach Plan gehören:
 Kehren der Gehwegfläche sowie der Rinnsteine
 Reinigen der Baumscheiben
 Entleeren von Papierkörben nach Plan
 Einfüllen und Sammeln der Abfälle in hierfür
 vorgesehene Behältnisse
 Wartung und Pflege der Arbeitsgeräte
 Feststellen und Melden von Ablagerungen und
 außerordentlichen Verschmutzungen im Bereich der Tour
 Feststellen und Melden funktionsunfähiger Straßeneinläufe
 Fertigen des Tagesberichtes
 Erfüllen von Aufgaben nach Maßgabe besonderer
 Einsatzpläne der Tourenstelle
 Transportieren der Handreiniger mit ihren Geräten zum und
 vom Einsatzort

Einsammeln, Transportieren und Entladen von Abfällen
des gesamten Reinigungsquartiers
Verantwortung für die ordnungsgemäße Erledigung
der Tourenpläne des Reinigungsquartiers
Auf besondere Weisung: Beseitigung von Unkrautnestern

Die tägliche Leistung des Kraftfahrers von Kehrrihtsammel-
fahrzeugen in der Reinigung von Grünflächen oder Mittel-
streifen umfaßt maximal 15000 m² Sammelfläche.
Neben dem regelmäßigen Absammeln nach Plan (s. Arbeitsauf-
gaben der Handreiniger in der Reinigung von Grünflächen
oder Mittelstreifen) fallen folgende Kraftfahreraufgaben an:

Transportieren der Handreiniger mit ihren Geräten
zum Einsatzort
Einsammeln, Transportieren und Entladen von Abfällen
des gesamten Reinigungsquartiers
Verantwortung für die ordnungsgemäße Erledigung der
Tourenpläne der Kolonne
Bei Bedarf Übernahme der Funktion des Kraftfahrers
eines Kehrrihtsammelfahrzeuges einer Handreinigerkolonne.

- c) Kraftfahrer von Spezialfahrzeugen, die nach besonderen Plänen der
Tourenstelle zum Einsatz kommen (Kehrfahrzeuge, Spülfahrzeuge,
Papierkorbentleerungs-, Baggersaug-, Baggerkranfahrzeuge,
Ladekranfahrzeuge, Containerfahrzeuge)

Leistungen

Kehrfahrzeuge:

Bei einer Besetzung mit einem Kraftfahrer je Schicht
bei der Reinigung von Innenkanten = 15 km täglich
bei der Reinigung von Außenkanten = 12 km täglich

Baggersaug-/Baggerkranfahrzeuge:

Bei einer Besetzung mit einem Kraftfahrer und einem Handreiniger = 260 bis 300 Papierkörbe täglich.

Spülfahrzeuge:

Bei einer Besetzung mit einem Kraftfahrer je Schicht
= 7 km Spüllänge = 7 Tankfüllungen

Ladekranfahrzeuge:

Bei einer Besetzung mit einem Kraftfahrer umfaßt die wöchentliche Leistung die Reinigung eines vorgegebenen Quartiers von Laubsäcken und widerrechtlich abgelagerten Abfällen.

Containerfahrzeuge:

Bei einer Besetzung mit einem Kraftfahrer umfaßt die Wochenleistung 25 Entleerungen. Sie reduziert sich, wenn die Tagesleistung mit unterschiedlichen Behältereinheiten erbracht werden muß und hierdurch zusätzliche nicht unerhebliche Belastungen eintreten.

Protokollerklärung:

Soweit nach übereinstimmender Auffassung der betrieblichen Partner bei der CT-Abfuhr aus Sicherheitsgründen die Notwendigkeit besteht, wird dem Kraftfahrer ein Handreiniger zugeordnet.

Zu den weiteren Aufgaben der Kraftfahrer von Spezialfahrzeugen gehören insbesondere:

Wartung und Pflege der Arbeitsgeräte

Führen von Tagesberichten

Erfüllen von Aufgaben nach Maßgabe besonderer

Einsatzpläne der Tourenstelle.

Betriebsbedingte Minderleistungen bleiben unberücksichtigt.

Protokollerklärung:

Reinigungstour ist der tägliche Arbeitsbereich eines Handreinigers, in dem die Leistung gemäß §5 zu erbringen ist. Reinigungsquartier ist der tägliche Arbeitsbereich der Besatzung eines Kehrichtsammelfahrzeuges.

§6 Arbeitsleistung in besonderen Fällen

- (1) In Notfällen und bei besonderen Witterungsverhältnissen sind die Arbeiter verpflichtet, auch außerhalb der festgesetzten Arbeitszeit Arbeitsleistungen auszuführen. Dies trifft insbesondere bei Verkehrsstörungen und -gefährdungen durch Wolkenbrüche, Glatteisbildung, Schneefälle und sonstige außergewöhnliche Vorkommnisse zu.
- (2) Wenn Schneefall und Glätte mit Sicherheit zu erwarten sind, werden die Arbeiter im Voraus bestimmt, die sich im Falle des zu erwartenden Ereignisses auch außerhalb ihrer normalen Arbeitsleistung einzufinden haben.

C Besondere Regelungen für Arbeiter im Bereich der Sonderdienste

**§7 Arbeitsleistung und Besetzung der Fahrzeuge
bei der Autobahnreinigung**

- (1) Die Fegeleistung der Reinigungskolonne bei der Reinigung der Autobahn beträgt 35000 m wöchentlich. Die Kolonne besteht entsprechend ihrem Einsatz aus zwei Kraftfahrern, zwei Warnposten und fünf Handreinigern.
- (2) Für diese Mitarbeiter gilt §6 entsprechend.

§8 Arbeitsleistung und Besetzung der Fahrzeuge bei der Reinigung der Bedürfnisanstalten

- (1) Die Kolonne besteht aus vier Anstaltsreinigern, wovon einer das Kraftfahrzeug führt.

Die tägliche Leistung der Kolonne besteht aus dem zweimaligen Reinigen von 12 Vollanstalten/Sanitärcontainern und den im Bereich ihres Reinigungsquartiers befindlichen Stehanstalten unter der Voraussetzung, daß jeweils zwei Stehanstalten als eine Vollanstalt angerechnet werden.

Zur Reinigung gehören:

Einsprühen der Wand- und Fußbodenflächen sowie der PP-Rinnen mit Lösungsmitteln

Reinigen und Desinfizieren der Sitzbecken

Reinigen der Wand- und Fußbodenfliesen sowie der PP-Rinnen

Neutralisieren der verwendeten Lösungsmittel

Trockenwischen aller naß gereinigten Flächen

Aussäuern der Geruchsverschlüsse

Entfernen von Schmierereien

Reinigen der unmittelbaren Umgebung der Bedürfnisanstalt

Außerdem sind folgende Aufgaben wahrzunehmen:

Öffnen und Schließen der Bedürfnisanstalten

Feststellen und Melden von Beschädigungen

Ersetzen verbrauchter Hygieneartikel

Überprüfen der Einstellung von Zeituhren

Kontrollieren der Hebeanlagen

Fertigen von Tagesberichten

Erfüllen besonderer Aufgaben nach Maßgabe

von Einsatzplänen der Tourenstelle

Der Anstaltsreiniger, der das Kraftfahrzeug führt,

trägt die Verantwortung für die ordnungsgemäße

Erledigung der Tourenpläne.

Im Winter außerdem:

Heizen und Einlegen von Brennmaterial

Beseitigen von Heizungsrückständen

Schnee- und Glättebeseitigung in unmittelbarer Umgebung
der Bedürfnisanstalt

Protokollerklärung:

Reinigungsquartier ist der tägliche Arbeitsbereich der Besatzung eines
Fahrzeuges.

- (2) Die Kolonne für die Fäkalienabfuhr besteht aus einem Kraftfahrer und einem
Anstaltsreiniger. Die durchschnittliche tägliche Leistung umfaßt das
Entleeren und Spülen von sechs Fäkalienbehältern und das Befüllen der
Frischwassertanks.
- (3) Die Fahrzeuge für den Auf- oder Abbau von Sanitärcontainern werden mit
einem Kraftfahrer und einem Anstaltsreiniger besetzt. Als wöchentliche
Arbeitsleistung sind 15 Sanitärcontainer auf- oder abzubauen.
- (4) Betriebsbedingte Minderleistungen bleiben unberücksichtigt.

§9 Arbeitsleistung und Besetzung der Fahrzeuge der Sperrmüllabfuhr

- (1) Die für die Sperrmüllabfuhr eingesetzten Fahrzeuge (mit Ausnahme der
CT-Fahrzeuge) werden im Normalfall mit einem Kraftfahrer und einem
Müllwerker besetzt.

Der Kraftwerker wirkt beim Be- und Entladen des Fahrzeuges mit. Die
Containerfahrzeuge werden mit einem Kraftfahrer besetzt.

Protokollerklärung:

Soweit nach übereinstimmender Auffassung der betrieblichen Partner bei der CT-Abfuhr aus Sicherheitsgründen die Notwendigkeit besteht, wird dem Kraftfahrer ein Müllwerker zugeordnet.

- (2) Die für die Kraftfahrer und Müllwerker in der Sperrmüllabfuhr zu erbringende Leistung beträgt je Fahrzeug eine Fuhre pro Tag nach Maßgabe der vom Betrieb zu erstellenden Abfuhrpläne unter Berücksichtigung einer Ladung von maximal 40 m³.

In der Containerabfuhr umfaßt die wöchentliche Arbeitsleistung 25 Entleerungen.

Betriebsbedingte Minderleistungen bleiben unberücksichtigt.

- (3) Für die Kraftfahrer und Müllwerker gelten im übrigen die jeweiligen Löhne für die im Gedinge beschäftigten Kraftfahrer und Müllwerker der Müllabfuhr.

V.2.5 Materialien zu:**Einkommen (Indikator #52 - #60)**

#52. Verhältnis zwischen dem Durchschnitt der Gehälter des Zehntels der Beschäftigten, die die höchsten Gehälter erhalten, und dem Durchschnitt der Löhne und Gehälter des Zehntels der Beschäftigten, die die niedrigsten Entgelte erhalten.

Daten waren nicht erhebbar.

#53. Zahl der Arbeitnehmer im Akkord, im Gedinge...

Bei den BSR gibt es Zeitlohn, Festgehälter, Gedingezulagen und Sonderverträge. Akkord- und Prämienlohn gibt es nicht.

Anzahl der Arbeitnehmer	1978	1979	1980	1981	1982
im Zeitlohn (2)	4669	4806	4860	4888	4796
davon zusätzl. im Gedinge(1)	-	-	-	4187	4162
mit Festgehältern (2)	609	633	643	656	659
mit Sonderverträgen(1)	4	4	4	4	4

(1) Planstellen (2) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

#54. Verfahren bei Eingruppierung

Es gibt keine Kommission, die sich mit Eingruppierungsproblemen befaßt. Die Eingruppierung wird entweder nach dem BAT (für Angestellte) oder nach dem BMT-G in Verbindung mit dem Lohngruppenverzeichnis aus dem Zusatztarifvertrag der BSR (für

Arbeiter) vorgenommen.

**#55. Durchschnittsbruttolohn bzw. -gehalt je
Arbeiter bzw. Angestellten und Monat**

	1975	1978	1979	1980	1981

Bruttolohn je Arbeiter	DM 2430	2907	3079	3238	3344
davon Tabellenlohnanteil	-	60%	58%	60%	61%
Bruttogehalt je Angest.(1)	DM 2550	3035	3159	3348	3494

(1) inklusive Beamte

Die gemachten Angaben sind hinsichtlich einer Interpretation mit Vorsicht zu handhaben. Da in die Beträge ein hohes Durchschnittsalter, lange Betriebszugehörigkeit und damit verbundener Bewährungsaufstieg, alle Formen von Zulagen, Zuschlägen, Überstundenentgelte etc. eingehen, ist ein Vergleich mit anderen Arbeiterbe-
reichen auf dieser Ebene völlig unzulässig.

#56. Ausbildungsvergütung im ersten Ausbildungsjahr

	1975	1978	1979	1980	1981	1982

DM	340.-	401.65	440.-	476.72	500.-	518.-

#57. Zuschläge und Zulagen wie:

- Gedingezulagen
- Funktionszulagen
- Zeitzuschläge für Mehrarbeit
- Erschwerniszuschläge

Lohnkosten f.Arbeiter,Mio.DM	1978	1979	1980	1981	1982
Lohnkosten insgesamt	163,22	185,32	189,29	196,68	196,79
davon: Gedingezulagen	24,51	25,79	27,12	28,06	28,20
Funktionszulagen	2,75	2,98	3,74	4,12	4,20
Zeitzuschläge	7,00	10,34	7,36	8,16	6,45
Erschwerniszuschläge	5,45	5,78	6,09	6,36	6,42

Kosten der gesamten Vergütungen

der Angestellten in Mio. DM	1978	1979	1980	1981	1982
Gesamte Kosten der Vergütungen	-	24,19	26,40	27,92	28,85
davon: Zulagen	-	0,60	0,61	0,60	0,60
Zeit- u.Mehrarbeitszuschläge	-	1,00	1,03	1,05	1,13

#58. Sonstige Zahlungen und Leistungen

Zahlungen an Arbeiter,Mio.DM	1978	1979	1980	1981	1982
Weihnachtsgeld	12,56	13,56	14,86	15,22	15,50
Urlaubszuschläge/geld	1,46	2,54	3,94	3,22	3,82
Essenszuschüsse	1,05	1,08	1,10	1,11	1,09
Sozialzuschlag	4,97	5,13	5,28	5,34	5,02

...an Angestellte, Mio.DM	1978	1979	1980	1981	1982
Essenszuschuß	0,14	0,14	0,14	0,15	0,15
Urlaubsgeld	-	0,16	0,16	0,12	0,18
Weihnachtsgeld	-	1,73	1,93	2,04	2,08
Ortszuschlag	-	4,61	4,95	5,25	5,41

Es gibt noch eine Reihe kleinerer sonstiger Leistungen, die hier jedoch nicht dargestellt werden sollen.

#59. Zusatzversorgung

in Mio. DM	1975	1978	1979	1980	1981	1982
Ausbezahlte VVA-Renten	11,47	11,38	11,85	12,84	13,48	13,21
Arbeiter-Versorgungs- empfänger nach VVA (1)	1502	1363	1332	1283	1242	
Angestellten-Versorgungs- empfänger nach VVA (1)	205	209	210	213	215	1442
Beamten-Versorgungs- empfänger nach VVA (1)	42	38	34	34	31	
4% VBL-Umlage	5,55	7,05	7,74	8,29	8,71	8,78
Lohn- und Kirchensteuer auf die VBL-Umlage	0,15	0,39	0,42	0,49	0,47	0,54
VBL insgesamt	5,70	7,44	8,16	8,78	9,18	9,32
VVA-Renten + VBL-Umlage	17,17	18,82	20,01	21,62	22,66	22,53

(1) Anzahl der Versorgungsempfänger

Anzahl der Arbeitnehmer, für die VBL-Umlage bezahlt wird						
	1975	1978	1979	1980	1981	1982
Arbeiter	(1)4613	4476	4694	4839	4789	
Angestellte	(1)	574	583	617	627	

(1) 1975: Arbeiter und Angestellte zusammengekommen

#60. Soziale Einrichtungen

- 1) Die BSR verfügen über Sozialräume auf jedem Betriebshof, jeder Betriebsstelle, den Umladestationen, der Müllverbrennungsanlage und der Hauptwerkstatt. Diese umfassen Umkleieräume nach dem "Schwarz-weiß-System" und Duschräume. Der jährliche Aufwand für diese Sozialleistung läßt sich nicht ermitteln.
- 2) Der Betrieb verfügt über Hobbyräume auf den einzelnen Betriebshöfen, die allen Beschäftigten zugänglich sind. Auch hier keine Aufwandsangaben in DM.
- 3) Die Kantinen des Betriebes, die auf allen Betriebshöfen, den Umladestationen und der Hauptwerkstatt existieren, wurden schon in den 50er Jahren von der Personalvertretung und der Belegschaft aufgebaut und geführt. Im Augenblick ist die Geschäftsleitung bemüht, die Kantinen ausschließlich ihrer Leitung unterzuordnen. Eine ausführlichere Behandlung dieses Punktes kann an dieser Stelle nicht geleistet werden.
- 4) Die BSR unterhalten seit 1974 ein Freizeit- und Erholungsheim in Kladow. Dies wurde durch einen Mehrheitsbeschluß im Verwaltungsrat beschlossen und hatte somit die Zustimmung des Senats von Berlin. Dieses Freizeit- und Erholungsheim ist bisher nur den Beschäftigten der BSR zugänglich, soll aber ab April 1984 allen Beschäftigten der Berliner Eigenbetriebe zugänglich gemacht werden:

Der nicht gedeckte Aufwand des Freizeit- und Erholungsheimes betrug seit 1978 in Mio. DM:

	1978	1979	1980	1981	1982
Mio.DM	1,157	1,182	1,326	1,306	

- 5) Die BSR haben zur Unterstützung der existierenden Betriebssportgruppen folgenden Aufwand getragen:

	1975	1978	1979	1980	1981	1982
in DM	5.544,-	21.002,-	24.641,-	24.948,-	23.531,-	11.038,-

- 6) Eine Beratungsstelle zur Sozialbetreuung der Beschäftigten befindet sich derzeit im Aufbau.

V.2.6 Materialien zu:

Mitbestimmung und Information (Indikator #61 - #65)

#61. Mitbestimmungsgremien im Betrieb

Bei den BSR gibt es 5 verschiedene Mitbestimmungsgremien:

- 1) Der Verwaltungsrat (VR) der BSR. Die Zusammensetzung und die Aufgaben des Verwaltungsrates ergeben sich aus den §§ 6 und 7 des Gesetzes über die Eigenbetriebe des Landes Berlin - Eigenbetriebsgesetz - EigG.
- 2) Der Gesamtpersonalrat (GPR) der BSR. Der GPR umfaßt derzeit 21 Mitglieder. Seine Aufgaben, Rechte und Pflichten ergeben sich aus dem Personalvertretungsgesetz.
- 3) Der Personalrat (PR) Müllabfuhr der BSR. Dieser Personalrat verfügt über derzeit 17 Mitglieder. Hiervon sind 15 Sitze für Arbeitnehmervertreter und 2 Sitze für Angestelltenvertreter. Die Aufgaben, Rechte und Pflichten ergeben sich ebenfalls aus dem Personalvertretungsgesetz.
- 4) Der Personalrat (PR) Straßenreinigung der BSR. Der Personalrat umfaßt 17 Mitglieder; 15 Arbeitnehmervertreter und 2 Angestelltenvertreter. Die Aufgaben, Rechte und Pflichten ergeben sich aus dem Personalvertretungsgesetz.
- 5) Der Personalrat (PR) Hauptverwaltung der BSR. Dieser Personalrat hat derzeit 13 Mitglieder; 8 Arbeitnehmervertreter und 5 Angestelltenvertreter.

Sowohl dem GPR als auch den drei örtlichen Personalräten ist je ein Jugendvertreter und ein Schwerbehindertenvertreter zugeordnet. Diese sind jedoch nicht stimmberechtigt.

Sitzverteilung in den Mitbestimmungsgremien

- Der Verwaltungsrat:

Von 10 Sitzen werden 5 Sitze vom Senator für Arbeit und Betriebe und 5 Sitze vom Gesamtpersonalrat besetzt.

- Der Gesamtpersonalrat:

Die 21 Sitze sind wie folgt verteilt:

	Arbeiter Müllabfuhr	Arbeiter Straßenr.	Arbeiter Hauptverw.	Angestellte	Beamte
1977	9 (ÖTV)	5 (ÖTV)	3 (ÖTV)	3 (ÖTV)	1 (ÖTV)
1980	9 (ÖTV)	5 (ÖTV)	3 (ÖTV)	3 (ÖTV)/1 (DAG)	-
1983	10 (ÖTV)	4 (ÖTV)	3 (ÖTV)	3 (ÖTV)/1 (DAG)	-

- Der Personalrat Müllabfuhr:

die Sitze sind wie folgt verteilt:

	Arbeiter	Angestellte	Sitze insgesamt
1977	13 (ÖTV)	2 (ÖTV)	15
1980	15 (ÖTV)	2 (ÖTV)	17
1983	15 (ÖTV)	2 (ÖTV)	17

- Der Personalrat Straßenreinigung:
Die Sitze sind wie folgt verteilt:

	Arbeiter	Angestellte	Sitze insgesamt
1977	13 (ÖTV)	2 (ÖTV)	15
1980	15 (ÖTV)	2 (ÖTV)	17
1983	15 (ÖTV)	2 (ÖTV)	17

- Der Personalrat Hauptverwaltung:
Die Sitze verteilen sich wie folgt:

	Arbeiter	Angestellte	Beamte	Sitze insgesamt
1977	3 (ÖTV)	3 (ÖTV)/2 (DAG)	1 (ÖTV)	9
1980	8 (ÖTV)	3 (ÖTV)/2 (DAG)	-	13
1983	8 (ÖTV)	3 (ÖTV)/2 (DAG)	-	13

#62. Zahl der Personalräte

1980 und 1983	GPR	PR-Müll	PR-Stra	PR-HV	Gesamt
Anzahl d. Personalräte	21	17	17	13	68
davon freigestellt	2	4	4	3	13
Jugendvertreter	1	1	1	1	4
Schwerbehindertenvertr.	1	1	1	1	4

Ein Wirtschaftsausschuß ist bei den BSR nicht vorhanden.

- Bis 1982 gab es bei den BSR jährlich eine gemeinsame Personalversammlung. 1983 war dies nicht möglich. Stattdessen fanden 3 Teilpersonalversammlungen entsprechend der örtlichen Personalratsbereiche

statt.

- Auf der Ebene der Betriebshöfe gibt es seit mehr als 20 Jahren Teilpersonalversammlungen, die als Frühsprachen bezeichnet werden. Diese wurden bis zum Juni 1983 alle 1 bis 2 Wochen morgens durchgeführt. Seit Juli 1983 dürfen die Frühsprachen nur noch nach vorheriger Anmeldung bei der Geschäftsleitung durchgeführt werden. Für den Betrieb sind diese Teilpersonalversammlungen kostenneutral, da sie am Tag der Durchführung nicht leistungsmindernd auf das Gedinge wirken.

#63. Wahlbeteiligung bei der Wahl der Personalvertretungen 1977, 1980 und 1983

Gesamtpersonalrat:

(Prozent)	1977	1980	Differenz	1983	Differenz
Arbeiter (2)	78.95	76.31	-2.64	79.90	+3.59
Angestellte (1)	81.83	80.89	-0,94	85.20	+4.31

Personalrat Müllabfuhr:

(Prozent)	1977	1980	Differenz	1983	Differenz
Arbeiter (2)	80.98	79.81	-1.17	84.00	+4.19
Angestellte (1)	83.63	85.57	+1.95	86.60	+1.03

Personalrat Straßenreinigung:

(Prozent)	1977	1980	Differenz	1983	Differenz
Arbeiter (2)	77.83	74.92	-2.91	78.10	+3.18
Angestellte (1)	87.85	84.21	-3.64	89.80	+5.59

Personalrat Hauptverwaltung:

(Prozent)	1977	1980	Differenz	1983	Differenz
Arbeiter (2)	66.10	69.64	+3.54	71.85	+2.21
Angestellte (1)	79.43	81.57	+2.14	83.64	+2.07

(1) Listenwahl (2) Personerwahl

#64. Anzahl der Sitzungen der Arbeitnehmervertreter in den verschiedenen Gremien

- Der Verwaltungsrat tagt 4-6 mal pro Jahr.
- Der Gesamtpersonalrat hat in den letzten Jahren pro Jahr 12 bis 14 ordentliche und ca. 10 außerordentliche Sitzungen durchgeführt.
- Die Personalräte Müllabfuhr, Straßenreinigung und Hauptverwaltung tagen ca. einmal pro Woche, das ergibt ca. 50 Sitzungen pro Jahr.

#65. Besondere Konflikte

1982 wurden 15 Einigungsstellenverfahren wegen Kündigungen oder Regressionsansprüchen abgeschlossen. 13 Einigungsstellenverfahren aus 1982 laufen noch.

V.2.7 Materialien zu:**Gesundheit und Arbeitssicherheit (Indikatoren #66 - #73)****#66. Durchschnittlicher Krankenstand der Arbeiter
und Angestellten in %**

Krankenstand in %	1975	1978	1979	1980	1981	1982
Arbeiter		8.2	8.8	9.1	9.5	9.9
Angestellte u. Beamte		5.8	6.7	7.7	7.2	6.2
BSR insgesamt	8.0	7.9	8.6	9.0	9.2	9.5

**#67. Durchschnittlicher Krankenstand
getrennt nach Arbeitern und Angestellten und
nach Betriebsteilen**

Krankenstand in %	1976	1978	1979	1980	1981	1982
Arb. Müllabfuhr	7.6	7.8	8.8	8.2	8.5	9.2
Beseitigungsanl.	10.2	6.9	8.5	9.8	9.4	9.4
Ø Arb. Abfallbeseitg.	7.8	7.7	8.5	8.5	8.7	9.2
Arb. Straßenreiniqg.	8.5	8.7	9.2	9.8	10.3	10.4
Arb. Sonderdienste	8.7	9.1	8.8	9.4	11.3	12.4
Ø Arb. insgesamt	8.9	8.2	8.8	9.1	9.5	9.9
Beamte u. Angestellte	5.2	5.8	6.7	7.7	7.2	6.2
BSR insgesamt	7.8	7.9	8.6	9.0	9.2	9.5

**Krankenstandsquoten der Arbeiter und Angestellten des
größten privaten Städtereinigungsbetriebs in Berlin (Firma Alba)**

in %	Gesamt- fehltag	bis 19J.	bis 29J.	bis 39J.	bis 49J.	bis 59J.	bis 65J.
1978	3.21	5.56	3.30	3.23	3.44	1.26	-
1979	4.42	5.16	3.76	4.32	5.35	4.37	5.16
1980	4.41	5.36	3.81	4.96	3.86	4.62	9.13
1981	4.24	8.34	3.86	4.26	3.93	6.09	9.92
1982	3.26	0.40	3.11	3.80	2.41	4.77	-

#68. Angezeigte Arbeitsunfälle

	1975	1978	1979	1980	1981	1982
Angezeigte Unfälle	558	575	705	720	646	630
davon meldepflichtig		462	589	595	547	512
davon Wegeunfälle					83	69
meldepflichtige Unfälle						
pro 1000 Beschäftigte		87	108	108	98	93
durchschn. Ausfallzeit						
pro Unfall in Tagen					18	20
tödliche Unfälle	0	1	0	1	0	0

**Unfallquoten der Arbeiter und Angestellten des größten
privaten Städtereinigungsbetriebs in Berlin (Firma Alba)**

Anzahl der meldepflichtigen Unfälle pro 1000 Beschäftig- te und Jahr	1978	1979	1980	1981	1982
	296	227	138	240	161

**#69. Meldepflichtige Unfälle differenziert nach
Arbeitern, Angestellten und Betriebsteil**

Anzahl der meldepflichtigen Unfälle	1979	1980	1981	1982
Müllabfuhr	245	232	190	213
Straßenreinigung	179	177	164	138
Sonderdienste	53	52	51	52
Abfallbeseitigungsanlagen	49	69	55	46
Hauptwerkstatt	51	40	61	45
Hauptverwaltung	12	25	26	18
BSR insgesamt	547	512	547	512

Unfallgeschehen 1981 nach Unfallschwerpunkten

Kennzahl (s.u.)	Müll M 1-7	Stra S 1-7	SoD 1-3,5-7	Anlagen MV, UN, US	HW	HV (Gew)	HV (Ang)	BSR
1	82	9	10	-	-	1	-	102
2	19	15	6	2	-	-	-	42
3	2	1	-	-	-	-	-	3
4	18	43	5	5	7	-	1	79
5	3	8	3	17	30	1	-	62
6	12	7	11	6	2	4	4	46
7	23	8	3	1	3	-	1	39
8	-	1	-	-	-	-	-	1
9	1	-	1	-	-	-	-	2
10	9	8	1	-	-	-	-	18
11	-	-	-	-	1	-	-	1
12	2	6	1	3	-	-	1	13
13	23	25	7	11	6	4	7	83
14	25	68	15	24	12	3	2	149
15	-	3	-	-	-	-	-	3
16	-	3	-	-	-	-	-	3
I	219	205	63	69	61	13	16	646
II	190	164	51	61	55	12	14	547
III	1708	1835	499	429	335	108	661	5575
IV	111	83	102	142	164	111	21	98
V	3805	2592	1020	1235	774	308	324	10058
VI	20	15	20	22	13	26	23	18

Unfallgeschehen 1982 nach Unfallschwerpunkten

Kennzahl (s.u.)	Müll M 1-7	Stra S 1-7	SoD 1-3,5-7	Anlagen MV,UN,US	HW	HV (Gew)	HV (Ang)	BSR
1	70	6	12	-	-	-	-	88
2	33	14	11	1	-	-	1	60
3	-	-	-	-	-	-	-	-
4	41	33	5	3	-	-	-	82
5	3	9	-	16	30	-	-	58
6	23	13	13	5	6	1	5	66
7	10	6	2	3	3	2	-	26
8	-	-	-	-	-	-	-	-
9	1	1	-	-	1	-	-	3
10	4	7	-	-	-	-	-	11
11	-	-	-	-	-	-	-	-
12	5	6	-	1	-	-	2	14
13	19	28	11	4	3	1	3	69
14	30	44	18	28	14	6	6	146
15	-	4	3	-	-	-	-	7
16	-	-	-	-	-	-	-	-
I	239	171	75	61	57	10	17	630
II	213	138	52	46	45	7	11	512
III	1675	1806	470	424	347	104	686	5512
IV	127	76	111	109	130	67	16	93
V	4548	2772	1343	807	469	78	222	10239
VI	21	20	26	18	10	11	20	20

Bedeutung der Kennzahlen:

- 1 Transport und Umgang mit Müllgefäßen, Abfallbehältern...
- 2 Einkippen von Müll- und Sperrgut, Auf/Abladen am Fahrzeug
- 3 Sturz vom Schaffnertritt
- 4 Ein/Aussteigen am Fahrzeug, Schließen der Fahrzeigtür

- 5 Reinigen, Pflegen u. Warten, Instandhaltung und Bedienung von Maschinen
- 6 Fallen von Leitern, Treppen u. Tritten, Stolpern, Fehltreten, Um- und Herabfallen von Gegenständen
- 7 Ausgleiten durch Eis, Schnee, Nässe, Öl usw. auf Straßen, in Korridoren und Duschräumen
- 8 Verletzungen durch spitze scharfe Gegenstände beim Entleeren von Abfallbehältern
- 9 Verletzung durch Säure, Gase, Dämpfe, Verbrühungen, Verbrennungen
- 10 Hundebisse, Insektenstiche
- 11 Stromunfälle
- 12 Verletzung im Straßenverkehr
- 13 Wegeunfälle
- 14 sonstige Unfälle
- 15 Überfälle, Schlägereien
- 16 Unfälle beim Schneeinsatz

- I Gesamtzahl der angezeigten Unfälle
- II davon meldepflichtige Unfälle
- III Belegschaft (Jahresdurchschnitt)
- IV Unfälle pro 1000 Beschäftigte
- V Ausfalltage vom 1.1. bis 31.12. (Arbeitstage)
- VI durchschnittliche Ausfalltage pro Unfall

#70. Schwerpunkte der Arbeitsunfälle und Maßnahmen zur Behebung

- Bereich Müllabfuhr
1982 und in den Jahren davor gab es drei Unfallschwerpunkte. Es handelt sich um den Transport und Umgang mit Müllgefäßen, das Ein- und Aussteigen am Müllsammelfahrzeug und das Auf- und Abladen am Müllsammelfahrzeug sowie das Einkippen von Müllgut. In den Jahren 1981 und 1982 entstanden hierbei vorwiegend Verletzungen an Fingern, Füßen und Beinen, die in Verbindung mit Prellungen und Brüchen standen.

- Bereich Straßenreinigung

Die beiden Unfallschwerpunkte liegen 1981/82 beim Ein- und Aussteigen und Schließen der Beifahrertür am Kehrrechtsammelfahrzeug und bei den sonstigen Unfällen. Verletzt wurden hierbei vorwiegend Finger, Beine und Füße.

- Bereich Sonderdienste

Durch die Vielschichtigkeit der Tätigkeiten im Bereich Sonderdienste lassen sich keine Unfallschwerpunkte ermitteln.

- Bereich Abfallbeseitigungswerke

Der Unfallschwerpunkt lag bei den Instandhaltungsarbeiten und den sonstigen Unfällen. Die Verletzungen sind vielfältig und lassen keine Schwerpunktbildung zu.

- Bereich Hauptwerkstatt und Hauptverwaltung

In der Hauptwerkstatt gibt es drei Unfallschwerpunkte; die Wartungs-, Instandsetzungs- und Reinigungsarbeiten. Dadurch entstanden hauptsächlich Fingerverletzungen, verbunden mit Prellungen und Brüchen. Bei der Hauptverwaltung lassen sich keine Schwerpunkte ermitteln.

Unfallgeschehen 1982 nach Verletzungsart

Kennzahl (s.u.)	Müll M 1-7	Stra S 1-7	SoD 1-3,5-7	Anlagen MV,UN,US	HW	HV (Gew)	HV (Ang)	BSR
1	14	15	10	5	8	1	-	53
2	23	21	14	9	4	1	2	74
3	5	-	1	6	1	-	1	14
4	-	2	-	1	2	-	-	5
5	33	33	12	11	13	1	1	104
6	137	71	25	19	16	7	9	284
7	-	-	-	-	-	-	-	-
8	-	1	-	-	-	-	-	1
9	4	-	-	-	-	-	-	4
0	23	28	13	10	13	-	4	91

Bedeutung der Kennzahlen:

- 1 Riß- oder Schnittwunde
- 2 Platz- oder Schürfwunde
- 3 Splitter, Fremdkörper
- 4 Verbrennung
- 5 Verstauchung, Quetschung
- 6 Prellung, Bruch, Zerrung
- 7 elektr. Stromeinwirkung
- 8 Umknicken
- 9 Vergiftung, Verätzung
- 0 Sonstiges

Unfallgeschehen 1982 nach verletztem Körperteil

Kennzahl (s.u.)	Müll M 1-7	Stra S 1-7	SoD 1-3,5-7	Anlagen MV,UN,US	HW	HV (Gew)	HV (Ang)	BSR
1	23	18	14	9	4	1	1	70
2	9	4	3	8	2	-	2	28
3	35	22	5	7	4	3	5	81
4	10	9	3	4	7	-	1	34
5	33	22	4	3	7	-	2	71
6	32	37	14	11	23	3	4	121
7	35	27	12	7	3	1	4	89
8	52	28	17	11	7	2	1	118
9	9	2	1	-	-	-	-	12
0	1	2	2	1	-	-	-	6

Bedeutung der Kennzahlen:

- 1 Kopf
- 2 Augen
- 3 Körper
- 4 Arme
- 5 Hände
- 6 Finger
- 7 Beine
- 8 Füße
- 9 Zehen
- 0 sonstiges (innere Organe)

Maßnahmen zur Einschränkung des Unfallgeschehens

Seit 1980 werden vom Referat Arbeitssicherheit (vier Mitarbeiter) Sicherheitsaktionen durchgeführt. Hierzu werden Schautafeln verwendet, die sowohl auf die Unfallschwerpunkte als auch einen aus der Sicht der Arbeitssicherheit korrekten Arbeitsablauf darstellen. Außerdem erfolgte eine

Ausstellung von persönlichen Schutzausrüstungen wie Sicherheitsschuhe, Schutzhandschuhe, Warnschutzkleidung etc. Begleitet wurden diese Veranstaltungen durch kostenlose und freiwillige Sehtests und Überprüfungen der privaten Fahrzeuge auf Verkehrssicherheit.

1983 wurden diese Aktionen noch in Verbindung mit einem Preisausschreiben durchgeführt, das vom Bundesverband der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand erarbeitet wurde. Hierzu wurden vom Betrieb Preise wie Pannenkoffer, Warndreiecke, Erste-Hilfe-Kästen, Warnleuchten und Feuerlöscher beschafft.

Das Referat Arbeitssicherheit befaßt sich mit einer ständigen Unfallauswertung und der Erstellung einer Unfallstatistik. Die Beschaffung und Verbesserung der Arbeitsschutzbekleidung und sonstiger Schutzausrüstungen ist ebenfalls Aufgabe des Referats.

Schon bei der Planung baulicher oder technischer Neuerungen im Betrieb werden sicherheitstechnische Gesichtspunkte berücksichtigt.

#71. Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Das Referat Arbeitssicherheit existiert bei den BSR seit 1973. Seit 1979 ist es mit 4 Vollzeitstellen für Sicherheitsingenieure ausgestattet. Dies entspricht in vollem Umfang den gesetzlichen Erfordernissen (gemäß UVV, GUV 05). Nebenamtlich (ohne Bezahlung) gibt es im Betrieb heute 43 Sicherheitsbeauftragte. Sie gewährleisten in allen Fragen der Arbeitssicherheit den Kontakt zwischen den einzelnen Betriebseinheiten der BSR und dem Referat für Arbeitssicherheit.

Vollzeitbeschäftigte Fachkräfte im Referat Arbeitssicherheit

Anzahl der Stellen	1975	1978	1979	1980	1981	1982	1983*)
	1	2	4	4	4	4	4

*) Stand August 1983

#72. Beschäftigte Fachkräfte im betriebsärztlichen Dienst

Das Referat betriebsärztlicher Dienst ist 1977 bei den BSR eingerichtet worden. Heute ist es mit einer Betriebsärztin (Vollzeitstelle), einer Laborassistentin (Vollzeitstelle) und einer Schreibkraft (30 Stunden pro Woche) personell ausgestattet. Dies entspricht nicht in vollem Umfang den Anforderungen der UVV. Nach dem anzuwendenden Schlüssel und unter Berücksichtigung der auf ganz Berlin verteilten Betriebshöfe und Betriebsstellen, der Umladestationen und dem Müllverbrennungswerk wären zumindest zwei ärztliche Vollzeitstellen einzurichten.

Die durchgeführten Untersuchungen der Arbeiter und Angestellten in den letzten Jahren entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Nicht verpflichtet ist der Betrieb zu den auf freiwilliger Basis durchgeführten Gripeschutzimpfungen, Tetanusschutzimpfungen und Schluckimpfungen.

**#73. Aufwand für Gesundheitssicherung,
Verbesserung der Arbeitssicherheit**

Für diesen Indikator waren keine Daten zu gewinnen.

V.3 Materialien zu:

Die produzierten Waren bzw. Leistungen

V.3.1 Materialien zu:

Die Struktur des Angebots und die

Waren bzw. Leistungen an sich (Indikator #74 - #77)

**#74. Das Gesamtvolumen des Angebots und die
Hauptgruppen des Angebots**

Bei den BSR gibt es drei große Bereiche des Angebots:

- I. Auf ganz Berlin (West) bezogene flächendeckende Sammlung und Annahme von Haushaltsabfällen, gewerblichen Abfällen und Sonderabfällen und deren Beseitigung bzw. Verwertung.
- II. Reinigung (manuell und maschinell) aller öffentlichen Straßen (incl. Straßenbegleitgrün und Straßenmittelstreifen), Gehwege, Plätze und Freiflächen.
- III. Angebot der Sonderdienste, bestehend aus: Reinigung der Autobahn, Unterhaltung der Bedürfnisanstalten, Sperrmülleinsammlung, Beseitigung von Unrat auf Freiflächen, Straßenwinterdienst, Reinigung von Marktplätzen und sonstige Sonderleistungen.

Die einzelnen Hauptgruppen des Angebots gliedern sich in:

- 1) Flächendeckende Sammlung von Haushaltsabfällen und gewerblichen haushaltsähnlichen Abfällen und gewerblichen Abfällen. Für die regelmäßige bzw. einmalige Abfuhr werden folgende Behältergrößen angeboten:
35 l Hausstandgefäß

110 l Hofstandgefäß

1100 l Behälter (Rollenbehälter und Umleerbehälter =
"Berliner Behälter")

BSR-Container in den Größen von 6 - 40 m³

BSR-Preßcontainer in den Größen von 6-24 m³

- 2) Seit Juli 1983 Aufbau einer flächendeckenden getrennten Sammlung von Altpapier und Altglas direkt auf den Standorten der Abfallbehälter.
- 3) Annahme von Alt-, Wert- und Schadstoffen auf Betriebshöfen der BSR. Hierunter fallen Altglas, Altpapier, Althausrat, Altholz, Altreifen, Batterien, Laub und Gartenabfälle.
- 4) Abfallannahme von normal zu behandelnden Siedlungsabfällen auf der Abfallumladestation Nord (Ruhleben) und der Abfallumladestation Süd (Britz).
- 5) Annahme von Sonderabfällen auf der Umladestation für Sonderabfälle (Ruhleben).
- 6) Verbrennung von normal zu behandelnden Siedlungsabfällen im Müllverbrennungswerk (Ruhleben) der BSR.
- 7) Maschinelle Reinigung aller öffentlichen Straßen und Plätze in Berlin mit Kehrfahrzeugen und Spülfahrzeugen.
- 8) Manuelle Reinigung von allen öffentlichen Gehwegen, Plätzen, Fußgängerzonen etc. durch Handreiniger der BSR.
- 9) Manuelle Reinigung des öffentlichen Straßenbegleitgrüns und der Straßenmittelstreifen.
- 10) Entleerung aller Straßenpapierkörbe in Berlin.

- 11) Reinigung aller Straßeneinläufe (Gullys) mit Hilfe von Baggersaugfahrzeugen.
- 12) Schnee- und Eisglättebeseitigung auf öffentlichen Straßen und Plätzen. (Für die Gehwege sind die Anlieger verantwortlich.)
- 13) Reinigung und Instandhaltung aller öffentlicher ortsfester und mobiler Bedürfnisanstalten.
- 14) Abholung von Althausrat (Sperrmüllabfuhr) in ganz Berlin nach vorheriger telefonischer Vereinbarung.
- 15) Marktreinigung bei allen städtischen Wochenmärkten auf öffentlichem Straßenland.
- 16) Reinigung der Bundesautobahnen, Stadtring.
- 17) Beseitigung von Unrat auf Freiflächen.
- 18) Sonstige Sonderleistungen (Bereitschaftswagen für Sonder-einsätze etc.)

#75. Anzahl der konkurrierenden Anbieter...

Neben den BSR gibt es in Berlin ca. 30 konkurrierende Müllabfuhrunternehmen, die unter anderem auch Straßenreinigung, Marktentorgung und Winterdienste ausführen. Das Verhältnis zwischen BSR und den konkurrierenden privaten Unternehmen kann jedoch nur hinsichtlich der Abfuhrmenge von Siedlungsabfall und Sonderabfall quantifiziert werden.

(in 1000 t)	1976*)	1977*)	1978*)	1979	1980	1981	1982
Abfallaufkommen							
gesamt	1217	1237	1266	1289	1322	1346	1329
davon:							
Siedlungsabfall	1202	1219	1237	1256	1290	1314	1290
davon:							
Sammlung BSR	895	917	923	949	932	923	912
Sammlung priv.	307	302	314	307	358	391	378
Sonderabfälle	15	18	29	33	32	30	36
davon:							
Sammlung BSR (ca.)	5,0	6,0	9,7	11,0	11,0	12,8	18,7
Sammlg. priv.(ca.)	10,0	12,0	19,3	22,0	21,0	17,2	17,5

*) Die Angaben sind durch Umrechnung ermittelt, da vor 1979 auf der Deponie Wannsee keine Waage vorhanden war.

Bei der Sammlung von Siedlungsabfällen und Sonderabfällen arbeiten die privaten Unternehmen vorwiegend mit 1,1 m³ Behältern und mit Containern. Die größte private Firma hält ca. ein Drittel des von den Privaten eroberten Marktes. Es handelt sich hierbei um die Firma Alba GmbH & Co KG.

Abfallaufkommen von normal zu behandelndem Abfall:

(in %)	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
davon:							
Sammlung BSR	74	75	75	76	72	70	71
Sammlung priv.	26	25	25	24	28	30	29

#76. Nicht dem Ziel der Gewinnmaximierung unterworfenen Veränderungen der Angebotsstruktur grundsätzlicher Art

- 1) Durch den am 11.12.1974 abgeschlossenen Langfristvertrag zwischen der BBH (Bergbau-Handel-GmbH) im Auftrag der DDR und BC (Berlin-Consult GmbH) im Auftrag des Landes Berlin kam es zu einer Neuorganisation der Abfallbeseitigung durch die BSR. Der Langfristvertrag hat eine Laufzeit vom 1.1.1975 bis 31.12.1994. Für diesen Zeitraum wurde eine Verbringung von Abfallstoffen durch die BSR in die DDR von 35 Mio. t vereinbart. Diese Menge gliedert sich in 1 Mio. t von 1975-77, in 3,4 Mio. t von 1978-80, in 4,2 Mio. t von 1981-83, in 1,6 Mio. t in 1984 und in 24,8 Mio. t von 1985-94. 1984 besteht die Möglichkeit, eine Mengenkorrektur für die Zeit von 1985-94 zu vereinbaren.

Die Abfälle werden von den BSR in gepreßtem Zustand in Containerfahrzeugen in die DDR verbracht. Hierzu wurde der Bau von 2 Umladestationen für Siedlungsabfälle und einer Umladestation für Sonderabfälle erforderlich. Die hieraus resultierenden ganz erheblichen Kostensteigerungen (von 1970 - 1981 = 1964%) sind von den BSR zu tragen, obwohl die Neuorganisation von der Regierung des Landes Berlin durchgeführt wurde.

Da die Entwicklung des Abfallaufkommens von 1975 - 1994 völlig falsch eingeschätzt wurde und bei einer Abfalllieferung unterhalb 80% der vereinbarten Menge Ausgleichszahlungen erforderlich werden, ist zu Beginn der 80er Jahre der Durchsatz des Müllverbrennungswerkes zurückgefahren worden. Seit 1983 wird jedoch wieder maximaler Durchsatz gefahren.

- 2) 1975 wurde die Organisation der Sperrmüllabfuhr geändert. Bis 1975 brachten die Berliner Bürger zu vereinbarten Tagen ihren Sperrmüll auf die Straße, wo er dann von den Beschäftigten der BSR eingesammelt wurde. Ab 1975 wird der Sperrmüll direkt bei den einzelnen Haushalten abgeholt. Es bedarf hierzu einer vorherigen telefonischen Anmeldung bei den BSR. Bisher werden die vollen Kosten hierfür vom Landeshaushalt getragen. Ab 1984 soll dies nicht mehr der Fall sein.

#77. Veränderung der Qualität der angebotenen Waren oder Leistungen...

- 1) Von Jan. 1983 bis Juni 1983 wurde in zwei Bezirken ein Versuch zur getrennten Erfassung von Altglas und Altpapier direkt auf den Hausmüllstandorten durchgeführt. Da dieser Versuch erfolgreich war, wird er seit Juli 1983 mit dem Ziel entwickelt, eine flächendeckende getrennte Erfassung von Glas und Papier auf den gesamten Raum von West-Berlin auszudehnen.

Dieses neue Leistungsangebot der BSR ist vorwiegend auf umweltpolitische Überlegungen zurückzuführen.

- 2) Seit 1982 beteiligen sich die BSR an der Einrichtung von sogenannten Recyclinghöfen, die auf den Betriebshöfen der Müllabfuhr und der Straßenreinigung eingerichtet worden sind. Dort können kostenlos Altglas, Altpapier, Altmetalle, Altholz, Althausrat, Altreifen, Batterien, Laub und Gartenabfälle abgegeben werden.

Diese Maßnahme geht auf die Initiative des Senators für Stadtentwicklung und Umweltschutz aus dem Jahr 1982 zurück.

- 3) Seit dem Winter 1979/80 wird das Streusalz in zunehmendem Maße vom Granulat ersetzt. In diesem Winter betrug der Streusalzanteil am ausgebrachten Streugut 49%. Im Winter 1981/82 waren es nur noch 4%.

Diese Umstellung geht auf einen Beschluß des Abgeordnetenhauses von Berlin zurück. Die Gründe hierfür waren eindeutig umweltpolitischer Natur, da z.B. eine starke Schädigung der Straßenbäume durch Streusalz erfolgt.

V.3.2 Materialien zu:

Die Preisstruktur des Angebots (Indikator #78 - #82)

#78. Präzise Beschreibung der Preisstruktur

Preise der Abfallbeseitigung:

- 1) Das Entgelt für Abfallbeseitigung in Behältern und Containern beträgt bei einer regelmäßigen wöchentlichen einmaligen Entleerung je Vierteljahr für:

	1977	1978	1979	1980	1981	1982*)	1983	1984
Hausstandgefäß bis 35 l	17.65	17.65	17.65	17.65	17.65	22.95	22.95	22.95
Hofstandgefäß 110 l	49.15	49.15	49.15	49.15	49.15	-	-	-
Hofstandgefäß bis 120 l	-	-	-	-	-	63.90	63.90	63.90
Hofstandgefäß bis 240 l	-	-	-	-	-	115.--	115.--	115.--
Schlackegefäß 110 l	98.30	98.30	98.30	98.30	98.30	115.--	115.--	115.--
Großbehälter 1100 l	439.20	439.20	439.20	439.20	439.20	449.20	449.20	449.20
BSR-Container bis 6 m ³	2360.-	2360.-	2360.-	2360.-	2360.-	3068.-	3068.-	3068.-
BSR-Container über 6-12 m ³	3290.-	3290.-	3290.-	3290.-	3290.-	4277.-	4277.-	4277.-
BSR-Container über 12-18 m ³	4090.-	4090.-	4090.-	4090.-	4090.-	5317.-	5317.-	5317.-
BSR-Container über 18-24 m ³	4891.-	4891.-	4891.-	4891.-	4891.-	6358.-	6358.-	6358.-

/Fortsetzung der vorherigen Seite:

	1977	1978	1979	1980	1981	1982*)	1983	1984

BSR-Container								
über 24-30 m ³	5821.-	5821.-	5821.-	5821.-	5821.-	7567.-	7567.-	7567.-
BSR-Container								
über 30-40 m ³	7155.-	7155.-	7155.-	7155.-	7155.-	9245.-	9245.-	9245.-
Preßcontainer								
bis 6 m ³	2760.-	2760.-	2760.-	2760.-	2760.-	3588.-	3588.-	3588.-
Preßcontainer								
über 6-12 m ³	4090.-	4090.-	4090.-	4090.-	4090.-	5317.-	5317.-	5317.-
Preßcontainer								
über 12-18 m ³	5291.-	5291.-	5291.-	5291.-	5291.-	6878.-	6878.-	6878.-
Preßcontainer								
über 18-24 m ³	6492.-	6492.-	6492.-	6492.-	6462.-	8440.-	8440.-	8440.-

*) ab 1.4.1982

2) Das Entgelt für die Abfallbeseitigung in Behältern und Containern beträgt bei einer nicht regelmäßigen Abfuhr (Einzel- bzw. Zusatzabfuhr) je Entleerung:

	1977	1978	1979	1980	1981	1982*)	1983	1984
Hausstandgefäß								
bis 35 l	1.45	1.45	1.45	1.45	1.45	-	-	-
Hofstandgefäß								
110 l	5.30	5.30	5.30	5.30	5.30	-	-	-
Hofstandgefäß								
bis 120 l	-	-	-	-	-	6.90	6.90	6.90
Hofstandgefäß								
bis 240 l	-	-	-	-	-	12.40	12.40	12.40
Schlackegefäß								
110 l	10.60	10.60	10.60	10.60	10.60	13.80	13.80	13.80
Großbehälter								
1100 l	52.80	52.80	52.80	52.80	52.80	54.00	54.00	54.00
BSR-Container								
bis 6 m³	227.-	227.-	227.-	227.-	227.-	295.-	295.-	295.-
BSR-Container								
über 6-12 m³	299.-	299.-	299.-	299.-	299.-	389.-	389.-	389.-
BSR-Container								
über 12-18 m³	360.-	360.-	360.-	360.-	360.-	468.-	468.-	468.-
BSR-Container								
über 18-24 m³	422.-	422.-	422.-	422.-	422.-	549.-	549.-	549.-
BSR-Container								
über 24-30 m³	493.-	493.-	493.-	493.-	493.-	641.-	641.-	641.-
BSR-Container								
über 30-40 m³	596.-	596.-	596.-	596.-	596.-	770.-	770.-	770.-

/Fortsetzung der vorherigen Seite

	1977	1978	1979	1980	1981	1982*)	1983	1984
--	------	------	------	------	------	--------	------	------

Preßcontainer

bis 6 m³	258.-	258.-	258.-	258.-	258.-	335.-	335.-	335.-
----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Preßcontainer

über 6-12 m³	360.-	360.-	360.-	360.-	360.-	468.-	468.-	468.-
--------------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Preßcontainer

über 12-18 m³	453.-	453.-	453.-	453.-	453.-	589.-	589.-	589.-
---------------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Preßcontainer

über 18-24 m³	545.-	545.-	545.-	545.-	545.-	709.-	709.-	709.-
---------------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

*) ab 1.4.1982

Legende s.u.	1977	1978	1979	1980	1981	1982*)	1983	1984
--------------	------	------	------	------	------	--------	------	------

1.	3.20	3.20	3.20	3.20	3.20	4.-	4.-	4.-
----	------	------	------	------	------	-----	-----	-----

2.	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70	2.-	2.-	3.-
----	------	------	------	------	------	-----	-----	-----

3.	44.-	44.-	44.-	44.-	44.-	57.-	57.-	63.-
----	------	------	------	------	------	------	------	------

4.	9.-	9.-	9.-	9.-	9.-	12.-	12.-	12.-
----	-----	-----	-----	-----	-----	------	------	------

5.	88.-	88.-	88.-	88.-	88.-	114.-	114.-	114.-
----	------	------	------	------	------	-------	-------	-------

6.	18.-	18.-	18.-	18.-	18.-	24.-	24.-	24.-
----	------	------	------	------	------	------	------	------

7.	9.-	9.-	9.-	9.-	9.-	30.-	30.-	30.-
----	-----	-----	-----	-----	-----	------	------	------

8.	-	-	-	-	-	30.-	30.-	30.-
----	---	---	---	---	---	------	------	------

9.	135.-	135.-	135.-	135.-	135.-	169.-	169.-	169.-
----	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

10.	135.-	135.-	135.-	135.-	135.-	-	-	-
-----	-------	-------	-------	-------	-------	---	---	---

11.	50.-	50.-	50.-	50.-	50.-	50.-	50.-	50.-
-----	------	------	------	------	------	------	------	------

12.	-	-	-	-	-	k o s t e n l o s		
-----	---	---	---	---	---	-------------------	--	--

*) ab 1.4.1982

Legende:

- 1 Entgelt für einen Müllsack, der neben Müllbehältern abzustellen ist
- 2 Entgelt für einen Laubsack, der an der Straße abzustellen ist
- 3 Entgelt für die Annahme von normal zu behandelnden Abfällen, je Tonne
- 4 Entgelt für die Annahme von normal zu behandelnden Abfällen, je m³
- 5 Annahme von Abfällen, die unter Einsatz der Sperrgutschere zerkleinert werden müssen oder auf Fahrzeugen verkleinerte Abfälle, die nicht gegen Windverwehung gesichert sind, je Tonne
- 6 Annahme von Abfällen, die unter Einsatz der Sperrgutschere zerkleinert werden müssen oder auf Fahrzeugen verkleinerte Abfälle, die nicht gegen Windverwehung gesichert sind, je m³
- 7 Mindestentgelt für Kleinmengen
- 8 Mindestentgelt für Kleinmengen nach 15 Uhr
- 9 Annahme von Sonderabfällen je Tonne
- 10 Annahme von Sonderabfällen je m³
- 11 Mindestentgelt je Anlieferung von Sonderabfällen
- 12 Kleinstmengen von Sonderabfällen bis 20 kg

Preise der Straßenreinigung:

Das Entgelt für die ordnungsgemäße Reinigung je Meter

Straßenfrontlänge eines Grundstückes beträgt vierteljährlich:

		bis	ab	ab			ab	
Reinigungs-		30.9.	1.10.	1.1.			1.4.	
klasse*)	1977	1978	1978**)	1979	1980	1981	1982	1983
1	DM 22.15	22.15	9.80	9.80	9.80	9.80	12.25	12.25
2	DM 11.20	11.20	7.-	7.-	7.-	7.-	8.75	8.75
3	DM 6.70	6.70	1.40	2.80	2.80	2.80	3.50	3.50
4	DM 3.10	3.10	entfällt	1.40	1.40	1.40	1.75	1.75
5	DM 1.15	1.15	entfällt		entfällt		entfällt	

*) Durch die Neufassung der Verordnung über die Reinigungsverzeichnisse und die Einteilung von Reinigungsklassen vom 27.7.1978 (GVBl. S.1853) und 17.1.1980 (GVBl. S.442) wurden die Reinigungsklassen mit Wirkung vom 1.Okt.1978 bzw. 1.1.1979 neu festgelegt. Die neuen Reinigungsklassen sind mit den bisherigen Reinigungsklassen gleicher Bezeichnung nur bedingt vergleichbar.

**) Das ab 1.1.1979 geltende Tarifklassengefüge ist zum Vorteil für die betroffenen Kunden auch für den zurückliegenden Tarifzeitraum 1.10. bis 31.12. 1978 angewendet worden.

Preise der Sonderdienste	1977 - 1984 (in DM)	1983	1984
Reinigung der Bundesautobahn/Stadtring		0,00	0,00
(Der Aufwand geht zu Lasten des Landeshaushalts)			
Bedürfnisanstalten (öffentliche)		0,00	0,00
(Der Aufwand geht zu Lasten des Landeshaushalts)			
Sperrmüllabfuhr (nach telefonischer Vereinbarung)		0,00	15,00 DM/m ³
(Der Aufwand geht zu Lasten des Landeshaushalts)			
Für jeden weiteren m ³			5,00

Beseitigung von Unrat auf Freiflächen 0,00 0,00
(Der Aufwand geht zu Lasten des Landeshaushalts)

Schnee- und Eisglättebeseitigung (Winterdienst) 0,00 0,00
(Der Aufwand geht zu Lasten des Landeshaushalts)

Reinigung städtischer Wochenmärkte auf
öffentlichem Straßenland 0,00
(Der Aufwand geht zu Lasten der zuständigen Bezirksämter)

Preise für verkauften Dampf:

Durchschnittspreis pro Tonne Dampf

in DM	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
-------	------	------	------	------	------	------	------	------

an Fa. Drauschke	8.78	8.78	8.78	8.78	20.40	20.42	25.12	31.49
------------------	------	------	------	------	-------	-------	-------	-------

an die BEWAG *)	3.67	3.61	3.43	3.26	7.40	7.42	7.92	8.74
-----------------	------	------	------	------	------	------	------	------

*) Die Qualität der Dampflieferungen an die BEWAG ist wesentlich besser als die Qualität der Dampflieferungen an die Fa.Drauschke

Die Dampfpreise für die Lieferungen an die BEWAG liegen weit unterhalb vertretbarer Marktpreise.

#79. Veränderungen der Preisstruktur...

In der Zeit von Jan. 1977 bis Dez. 1983 haben die BSR nur einmal am 1.4.1982 die Preise erhöht. Im Zeitraum 1.1.1977 - 1.4.1982 stiegen die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik um 31,2%. Die BSR haben am 1.4.1982 die Preise im Bereich Abfallbeseitigung um 30% erhöht. Eine Ausnahme bildet hier nur der 1100l-Abfallbehälter mit einer Preissteigerung von 2,3%.

Die Preise der Straßenreinigung wurden am 1.4.1982 einheitlich um 25% angehoben.

Die Preisstruktur wurde also lediglich bei der Abfallbeseitigung bei dem 1100l-Behälter geändert. Kosten- und Preisstruktur stehen in einem großen Mißverhältnis. Während die Erträge und die Aufwendungen für die Müllabfuhr im Bereich der privaten Haushalte von 1977-1982 annähernd kostendeckend sind, existiert bei der Abfallannahme seit 1977 eine ganz erhebliche Unterdeckung. 1981 liegen die Kosten für die Abfallbeseitigung 94% über den Abladeentgelten.

Bei dem Müllverbrennungswerk können zwar die Kosten seit 1970 nicht über den Dampfverkauf gedeckt werden, jedoch könnte der Kostendeckungsgrad erheblich erhöht werden, wenn der Hauptdampfkunde marktübliche Preise bezahlen würde. Der tatsächliche Dampfpreis, den die BEWAG bezahlt, liegt 1981 bei ca. 1/3 des marktüblichen Preises.

Die Preise werden nicht von den BSR, sondern vom Abgeordnetenhaus festgesetzt (Eigenbetriebsgesetz). Die Gründe für die Existenz der Preisstruktur bzw. für eine die Kostenstruktur nicht berücksichtigende Preiserhöhung am 1.4.1982 sind eine Mischung aus wirtschaftspolitischen und parteipolitischen Überlegungen. Unverständlich ist jedoch, wie politische Entscheidungsträger einem kommunalen Eigenbetrieb über mehr als 7 Jahre eine Subventionierung der eigenen Konkurrenz aufzwingen.

#80. Sind durch die kalkulierten Preise Aufwendungen abzudecken, die aufgrund allgemeiner politischer Entscheidungen entstanden sind?

- a) Durch den vom Land abgeschlossenen Langfristvertrag mit der DDR zur Beseitigung von Siedlungsabfällen und Sonderabfällen in die DDR sind für die BSR die Beseitigungskosten um fast 2000% (seit 1970) gestiegen.

Die Beseitigung von 1 Tonne Abfall kostet heute fast 90,- DM. Dieses Kostenniveau liegt eindeutig über den Kosten vergleichbarer Ballungsgebiete in der Bundesrepublik. Das heißt, ein Teil der Kosten ist Resultat der besonderen politisch-geographischen Lage von Berlin-West. Dieser Anteil der politischen Kosten der Abfallbeseitigung in Berlin sollte vom Landehaushalt ausgeglichen werden. Dieses Finanzierungsprinzip

wird bei der Beseitigung von Bauschutt (wird von den BEHALA durchgeführt) seit Abschluß des Langfristvertrages praktiziert. Es ist deshalb unverständlich, weshalb eine derartige Regelung bei den BSR nicht praktiziert wird.

- b) Das Müllverbrennungswerk Ruhleben wurde 1970 von den BSR unter der Bedingung übernommen, daß der nicht gedeckte Kostenaufwand vom Landeshaushalt ausgeglichen wird. Bis 1976 wurde diese Kondition eingehalten. Von 1977 bis 1979 wurde der Erlösanteil für den nicht gedeckten Aufwand auf 25% reduziert und danach völlig gestrichen. 1976 betrug der Kostenanteil, der durch den Landeshaushalt erstattet wurde, noch 28,4 Mio. DM.
- c) Forderungen an die Deutsche Reichsbahn.
Seit 1957 erbringen die BSR Straßenreinigungsleistungen für die Deutsche Reichsbahn. Seit diesem Zeitpunkt sind allerdings von der Deutschen Reichsbahn die daraus entstehenden Forderungen nicht beglichen worden. Diese Forderungen waren bis Ende 1981 auf ein Niveau von 7,17 Mio. DM aufgelaufen. Bis zum heutigen Tag dürften es etwa 8,5 Mio. DM sein.

Für dieses Problem müßte - und nicht erst seit heute - eine politische Lösung gefunden werden. Der Senat könnte hier eine Zahlung zu erwirken versuchen. Wenn dies scheitern sollte, müßten dieser Aufwand bzw. diese Forderungen als politische Kosten festgelegt und vom Landeshaushalt ausgeglichen werden.

#81. Verkaufspreissubventionen, d.h. Abgabe von Waren zu Preisen unterhalb der Selbstkosten

- a) Subventionen an private Abfallanlieferer

	1978	1979	1980	1981	1982

Mio. DM	16.2	12.4	12.9	16.2	14.1 (vorläufig)

Die Berechnung dieser Subvention ist folgendermaßen durchgeführt worden:

Selbstkosten für die Beseitigung einer Tonne Abfall minus bezahltes Abladeentgelt multipliziert mit der von Dritten angelieferten Menge (in Tonnen) an Siedlungsabfällen.

b) Dampfpreisgeschenke an die BEWAG

	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981

Mio. DM	2.3	2.5	2.6	2.8	6.3	7.1	6.6	9.7

Die Berechnung dieser Dampfpreissubventionen an die BEWAG wurde folgendermaßen durchgeführt:

Der Preis pro Tonne für die Dampflieferung an die Fa. Drauschke multipliziert mit der Liefermenge an die BEWAG minus tatsächlich von der BEWAG bezahltem Preis und einer Berücksichtigung von 20% Mengenrabatt.

Bei dieser Berechnung ist noch zu berücksichtigen, daß die Qualität des gelieferten Dampfes an die BEWAG wesentlich besser ist als die der Lieferungen an die Fa. Drauschke.

#82. Erfolgen staatliche Zuschüsse für Subventionierungen von Konsumenten oder -gruppen?

Derartige Zuschüsse des Landeshaushaltes gibt es nicht. Nach dem Eigenbetriebsgesetz unterliegen die BSR dem Kostendeckungsprinzip. Sie müssen kurzzeitig gemachte Gewinne nicht abführen, erhalten aber auch keine Verlustzuweisung. Gewinne bzw. Verluste sind auf neue Rechnung vorzutragen.

V.3.3 Materialien zu:

Die Konsumenten der produzierten

Waren bzw. Leistungen (Indikator #83 - #84)

#83. Die gesamte verkaufte Warenmenge

- Bei dem gesamten Bereich Abfallbeseitigung kann eine präzise Aufteilung nach Konsumentengruppen nicht vorgenommen werden. Lediglich die Daten des Indikators #75 können herangezogen werden. Jedoch ist in der Menge Abfall, die von den BSR gesammelt wird, auch noch ein kleiner, aber nicht quantifizierbarer Teil von gewerblichen Abfällen enthalten.
- Die Leistungen der Straßenreinigung werden zu 60% an die direkten Anlieger verkauft (private Haushalte und Gewerbe und Industrie), 40% werden vom Landeshaushalt als Eigentümer öffentlicher Straßen und Plätze bezahlt.
- Alle Leistungen der Sonderdienste (außer Marktreinigung) werden vom Landeshaushalt bezahlt. Konsumenten sind der Möglichkeit nach alle Bürger des Landes Berlin. Die Marktreinigung auf öffentlichen Wochenmärkten wird von den Bezirksämtern gekauft, welche ihrerseits von den Marktbenutzern Gebühren erheben.

#84. Möglichkeiten, von Seiten der Konsumenten Einfluß

auf Struktur, Qualität oder Preis der produzierten Waren
oder Leistungen zu nehmen...

Da der Eigenbetrieb BSR im Verwaltungsrat 5 Vertreter des Senats hat, können die Konsumenten versuchen, über die politischen Entscheidungsträger des Landes Berlin bzw. über die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien Einfluß auf Struktur, Qualität bzw. Preis der Waren und Leistungen zu nehmen.

Am weitgehendsten trifft dies für die Preise der Leistungen und Waren der BSR zu, da diese durch das Abgeordnetenhaus festgesetzt werden (§2,

Eigenbetriebsgesetz).

Eine weitere Möglichkeit, auf die Preise Einfluß zu nehmen, besteht durch den Preisbeirat von Berlin. Im Preisbeirat sind eine Reihe gesellschaftlicher Gruppen vertreten. Dieser Preisbeirat prüft die Preiserhöhungsforderungen des Eigenbetriebes und leitet die Forderungen mit einer eigenen Empfehlung an den Senat von Berlin weiter.

Anmerkungen zu Kapitel I:

- (1) Verfechter solcher Vorstellungen für öffentliche Unternehmen sind CDU, FDP, IHK, Sachverständigenrat, Bund der Steuerzahler usw. Begründet werden solche Forderungen unter anderem von: E. Hamer, Privatisierung als Rationalisierungschance, Minden 1981, und Rainer Pausch, Möglichkeiten der Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Göttingen 1978.
- (2) Verfechter solcher Vorstellungen für öffentliche Unternehmen sind DGB, ÖTV, SPD, Memorandumgruppe usw. Begründet werden solche Forderungen unter anderem von: Achim v. Loesch, Die gemeinwirtschaftliche Unternehmung, Köln 1977.
- (3) Damit sind u.E. die wesentlichen Erklärungsansätze erfaßt. Eine weitergehende Differenzierung der Ansätze sollte nicht erfolgen.
- (4) Darunter vereinen sich Ansätze wie Neoklassik, Neue Politische Ökonomie, Neoliberalismus, Monetarismus. Das hier wiedergegebene Grundmuster orientiert sich vor allem an der Neoklassik. Folgende Literatur wurde u.a. verwandt: Robinson/Eatwell, Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Frankfurt/M 1977, Schumann, Grundzüge der Mikroökonomie, Berlin/Heidelberg 1976, Gahlen u.a., Volkswirtschaftslehre, Tübingen 1977.
- (5) Der Nachweis pareto-optimaler Eigenschaften ist wesentlich für neoklassische Gleichgewichtsmodelle: Pareto-Optimalität liegt ex definitione vor, wenn kein Individuum besser gestellt werden kann, ohne daß sich damit ein anderes verschlechtert. Dieses Kriterium soll die Handlungsweisen von Haushalten und Unternehmen bestimmen. Es ist auch eine produktions- bzw. leistungsorientierte Norm für die

optimale Entlohnung der Faktoren. Dadurch berücksichtigt man zum einen nicht mehr den Aspekt der "Bedürfnisgerechtigkeit", und zum anderen gehen die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen auf der Seite des Faktorangebots nicht in die Betrachtung ein. Eine solche Norm für die Faktorentlohnung macht die Berücksichtigung der Faktorverteilung erforderlich, "die aber gerade als exogen vorgegeben betrachtet und durch die Formulierung der Optimalität gemäß Pareto tabuisiert ist." (G.Blümle, Theorie der Einkommensverteilung, Berlin Heidelberg 1975, S.123)

(6) Unter "Gemeinwirtschaft" versteht man in der neueren Literatur: Entweder einzelne Betriebe, die nicht privatwirtschaftlichen Zielen sondern einem "öffentlichen Interesse" oder "öffentlichen Aufgaben" dienen; oder den gesamten Bereich gemeinwirtschaftlicher Einzelwirtschaften im oben genannten Sinne innerhalb einer prinzipiell erwerbswirtschaftlichen Ordnung. Welche Betriebe "gemeinwirtschaftlich" sind, ist umstritten. Der **Terminologieausschuß der Gesellschaft für Öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft** teilt ein in

1) **öffentliche Unternehmen** (Unternehmen mit öffentlich-rechtlicher Trägerschaft).

2) **frei-gemeinwirtschaftliche Unternehmen**, d.h. Unternehmen in der Hand nicht-staatlicher - und nur in diesem Sinne "freier" - gesellschaftlicher Kräfte, die sich - ohne durch den Staat dazu gezwungen zu sein - gemeinwirtschaftlichen Aufgaben widmen.

Bei Betrieben in diesem Sinne können wir unterscheiden in **widmungswirtschaftliche Unternehmen**, die ihre Leistungen nicht nur Angehörigen der Trägerorganisation widmen (z.B. frei-gemeinnützige Krankenhäuser) und in Unternehmen gemeinsamer Selbsthilfe, v.a. die **Genossenschaften**.

3) **öffentlich gebundene Unternehmen** (public utilities), d.h. ihrem eigentlichen Sinn nach "privatwirtschaftliche" Unternehmen, bei denen durch Gesetz bestimmte Betriebsprozesse (z.B. Angebots-, Preis-, Investitionspolitik usw.) einer Reglementierung in Hinsicht auf verteilungs- oder allokatonspolitische Ziele unterworfen werden. Die öffentliche Bindung schlägt sich u.a. in sogenannten "Pflichtkatalogen" nieder, wie z.B. Betriebs-, Versorgungs-, Anschluß-, Tarifveröffentlichungs-, Aufnahme-, Mindestreservepflicht usw.

Vgl. z.B. Theo Thiemeyer, Artikel 'Gemeinwirtschaft' und 'öffentliche Unternehmen' in: G.von Eyern (Hrsg.), Wörterbuch zur politischen Ökonomie, S.114ff. und S.255ff.

(7) Vgl. Theo Thiemeyer, Wirtschaftslehre öffentlicher Betriebe, Reinbek bei Hamburg 1975, S.32ff. Sander/Weiblen, Kommunale Wirtschaftsunternehmen, Köln, Stuttgart, Hamburg, Hannover, Kiel, Mainz, München 1982, S.1ff.

Auch die nähere Bestimmung des Begriffs "öffentliche Unternehmen" ist relativ schwammig in der Gemeinwirtschaftslehre: Ö.U. sind Einzelwirtschaften, deren Eigentümer (Träger) die öffentliche (öff.) Hand ist. Abgrenzungsprobleme ergeben sich einerseits zum nichtöff. Bereich und zwar bei solchen Unternehmen, bei denen neben der öff. Hand auch private Eigentümer beteiligt sind ("gemischt-wirtschaftliche Unternehmen"). Auf der anderen Seite sind die Grenzen zur "Hoheitsverwaltung" fließend. Der Begriff "Unternehmen" wird sehr weit gefaßt und meint nicht nur die öff. Erwerbsunternehmen, sondern alle Betriebe einschließlich der defizitären, die häufig als "Anstalten" bezeichnet werden (z.B. Theater, Krankenhäuser). Unter Ö.U. wird hier also - unabhängig von der Rechtsform - der gesamte Bereich zwischen den öffentlichen Eigengesellschaften (Gesellschaften in privater

Rechtsform) bis hin zu den "Regiebetrieben" (Gesellschaften in öffentlicher Rechtsform) verstanden.

- (8) R. Johns, Artikel "Betriebe, öffentliche" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd.4, 1957, S.50
- (9) Walter Nickel, Warum haben die Gewerkschaften eigene Unternehmen?, in: Die Quelle 5/1982, S.272.
- (10) R.A. Musgrave, P.B. Musgrave, L. Kullmer, Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis, 1. Band, Tübingen 1975, S.54
- (11) R.A. Musgrave, P.B. Musgrave, L. Kullmer, a.a.O., S.55
- (12) Vgl. Theo Thiemeyer, Öffentliche Unternehmen als Instrumente einer sozial orientierten Wirtschaftspolitik, in: Für eine ökonomische Reformpolitik, ohne Verfasser, Frankfurt/Main 1980, S.95ff.
 Die "Theorie öffentlicher Güter" erklärt in der Form, wie Musgrave sie verwendet, eigentlich die Allokationsfunktion der staatlichen Budgetpolitik bei Nichtproduktion gesellschaftlicher Güter durch den privaten Sektor. Vor dem Hintergrund eines wohlfahrtstheoretischen Modells, das die Erklärungen des Marktmodelles auf die Ebene der Politik transformiert, werden Grundsätze effizienter Ressourcenverwendung entwickelt. Dieser Ansatz schließt z.B. nicht aus, daß private Unternehmen mit solchen Aufgaben betreut werden. Zur Prämissenkritik vgl. K.-M. Groth, Die Krise der Staatsfinanzen, Frankfurt am Main 1978, S.41ff.
- (13) Vgl. Theo Thiemeyer, Wirtschaftslehre öffentlicher Betriebe, Reinbek bei Hamburg 1975, S.60ff.
 Von Loesch z.B. faßt die wirtschaftspraktischen Aufgaben

gemeinwirtschaftlicher Unternehmen in der Marktwirtschaft wie folgt zu einem Überblick zusammen: "Da sind zuerst die **Leistungsaufgaben**, erstens die Aufgabe, die Träger zu entlasten und zu unterstützen, die Ausgliederungs- und die Eigenbetriebsfunktionen, zweitens die Voraussetzung für das Funktionieren des marktwirtschaftlichen Systems zu schaffen, die Stützfunktionen. Drittens das marktwirtschaftliche System zu ergänzen, die Ergänzungsfunktion, viertens Pionieraufgaben, neue Unternehmen zu gründen, die fünfte, die Rationalisierungsaufgabe, bestehende zu rationalisieren, die sechste, die Stilllegungsaufgabe, "alten" Industrien zu helfen, sich gesund zu schrumpfen. Auf die Leistungsaufgaben folgen die **Regulierungsaufgaben**. Sie umfassen die siebente Funktion, Mißstände zu beseitigen, die Mißstandsbekämpfungsfunktion, ferner die achte Aufgabe, an den Märkten als Wettbewerbsförderer tätig zu werden. Man nennt sie auch die Korrekturfunktion. Sie tritt wiederum in jeder Marktform in verschiedener Weise in Erscheinung. Außer diesen wirtschaftspolitischen erfüllen viele gemeinwirtschaftliche Unternehmen auch **gesellschaftspolitische Aufgaben**. Da ist die neunte gemeinwirtschaftliche Aufgabe, als "countervailing power" tätig zu sein, die Gegenmachtfunktion. Die zehnte Aufgabe besteht darin, bessere Verhaltensweisen zu erproben und durchzusetzen, die Schrittmacherfunktion, und die elfte Aufgabe, anhand von Beispielen zu demonstrieren, daß es eine funktionsfähige Alternative zu den privaten Unternehmen gibt, -die ihnen in vielem sogar überlegen ist, die Alternativfunktion. Die letzte Funktion, in unserem Katalog die zwölfte, ist die Aufgabe der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, durch Vielfalt mehr Freiheit zu geben und sicherzustellen: die Aufgabe, die Freiheit gebende Vielgestaltigkeit des sozialen Lebens zu erweitern." (Achim von Loesch, Die gemeinwirtschaftliche Unternehmung, Köln 1977, S.116/117)

- (14) Theo Thiemeyer, Öffentliche Unternehmen als Instrumente einer sozial orientierten Wirtschaftspolitik, a.a.O., S.94
- (15) Vgl. Theo Thiemeyer, Wirtschaftslehre öffentlicher Betriebe, Reinbek bei Hamburg 1975, S.161ff. und Achim von Loesch, a.a.O., S.149ff.
- (16) Das Wirtschaftlichkeitsprinzip wird hier als Ziel-Mittel-Relation gefaßt: Wirtschaftlichkeit im Umgang mit Ressourcen meint den rationellen Einsatz von Mitteln, mit denen man ein vorgegebenes Ziel erreichen will. Das Zitat: R.Johns, Artikel 'Betriebe, öffentliche' in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd.4, S.50.
- (17) Karl Oettle, Grundfragen öffentlicher Betriebe II, Baden-Baden 1976, S.169
- (18) vgl. Projektgruppe im WSI, Grundelemente einer Arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre, WSI-Studien Bd.23, Köln 1974.
- (19) Koubek, Brauchen wir eine neue Betriebswirtschaftslehre? Kritik aus gewerkschaftlicher Sicht und Elemente einer Alternative, in: Koubek/Küller/ Scheibe-Lange, Betriebswirtschaftliche Probleme der Mitbestimmung, Frankfurt/M 1974, S.187.
- (20) Norbert Koubek, ebenda, S.190
- (21) Norbert Koubek, ebenda, S.196
- (22) Norbert Koubek, ebenda, S.202

- (23) Norbert Koubek, Grundelemente einer Arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre, in: WSI-Forum Arbeitsorientierte Einzelwirtschaftslehre contra Kapitalorientierte Betriebswirtschaftslehre, WSI-Studien Bd. 24, Köln 1973, S.89.
- (24) Norbert Koubek, a.a.O., S.196
- (25) Norbert Koubek, ebenda, S.199
- (26) Vgl. dazu z.B. N.Kaldor, Die Irrelevanz der Gleichgewichtsökonomie, in: W.Vogt (Hsg.), Seminar: Politische Ökonomie, Frankfurt/M 1973, S.80ff., H.Riese, Politische Ökonomie oder mathematische Scholastik? in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 13.Jg. (1975), Heft 3, S.193ff., J.Robinson, Ökonomie als Ideologie, Frankfurt/M. 1974. Vor allem die als Cambridge-Kontroverse bekanntgewordene Diskussion lieferte eine Kritik der produktionstheoretischen Fundierung des neoklassischen Modells und zeigte damit immanent die logischen Inkonsistenzen dieses Modells auf. Vgl. Piero Sraffa, Warenproduktion mittels Waren, Frankfurt am Main 1976; G.C.Harcourt, Some Cambridge Controversies in the theory of capital, Cambridge University Press 1972.
- (27) Maurice Dobb, Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith, Frankfurt am Main 1977, S.264
- (28) Demgegenüber hat Smith - auf den die "Neo"-Klassiker gern verweisen - noch auf die Möglichkeit öffentlichen Wirtschaftens im Falle des Versagens privaten Wirtschaftens hingewiesen: Im 'System der natürlichen Freiheit' (dem Marktsystem - d.V.) habe das 'Staatsoberhaupt' u.a. "die Pflicht, gewisse öffentliche Werke und Anstalten zu errichten und zu unterhalten, deren Errichtung und

Unterhaltung niemals in dem Interesse eines Privatmannes oder einer kleinen Zahl von Privatleuten liegen kann, weil der Profit daraus niemals einem Privatmanne oder einer kleinen Zahl von Privatleuten die Auslagen ersetzen würde, obgleich er in einer großen Gesellschaft oft mehr als die Auslagen ersetzen würde." (Adam Smith, *Wealth of Nations*, 4.Buch, S.556)

- (29) vgl. Theo Thiemeyer, *Wirtschaftslehre...*, S.54ff.
- (30) U.Kaminski/D.Schwiering, Brauchen wir eine neue Betriebswirtschaftslehre? in: N.Koubek u.a.(Hsg.), *Betriebswirtschaftliche Probleme der Mitbestimmung*, Frankfurt/M. 1974, S.228/229.
- (31) Vgl. z.B. Peter Eichhorn, 'Öffentliche Betriebe, Organisation der', in: Erwin Grochla (Hsg.), *Handwörterbuch der Organisation*, 2.Auflage, Stuttgart 1980, Sp.1395-1407; Heinz Benck und Helmut Diederich, *Öffentliche Produktion I: Volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Probleme*, in: *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*, 5.Bd., Stuttgart, New York, Tübingen, Göttingen 1980, S.431ff.
- (32) Eine werttheoretische Fundierung staatlicher Wirtschaftstätigkeit findet sich zum ersten Mal bei A.Resch, *Die Staatsbetriebe*, Dissertation, Berlin 1982.
- (33) Andreas Resch, ebenda, S.60
- (34) Eine nähere Charakterisierung der Eigenbetriebe (Leistung, Personal- und Wirtschaftsentwicklung, Perspektiven) erfolgt in einem Sonderteil.

- (35) Von den hier genannten Unternehmen wird die Vorgabe 'Gewinnerzielung' nur von den BWW erfüllt. BVG und GASAG weisen Defizite aus. Diese werden durch entsprechende Verlustzuweisungen abgegolten. Vgl. im weiteren dazu die jeweiligen Eigenbetriebsportraits.
- (36) Die Tarife von BEHALA und KPM werden laut Eigenbetriebsgesetz durch den Verwaltungsrat festgelegt. Sie richten sich bei den ersten beiden Unternehmen nach der jeweiligen Marktsituation. Die Tarife von BVG, GASAG, BSR BWW, BEW und VuS werden nach einer entsprechenden Senatsvorlage vom Abgeordnetenhaus gebilligt. Das Abgeordnetenhaus kann allerdings noch einmal Veränderungen vornehmen, ehe es endgültig zustimmt. Im einzelnen ist die Tarifstruktur und ihre Entwicklung dem jeweiligen Portrait zu entnehmen.
- (37) Die konkreten Auswirkungen des derzeitigen Tarifkonzepts werden bei den Portraits der acht Eigenbetriebe aufgezeigt.
- (38) Vgl. Herkommer/Bierbaum, Industriesoziologie, Stuttgart 1979, S.75ff.
- (39) vgl. Karl Oettle, Grundlagen öffentlicher Betriebe II, Baden-Baden 1976, S.167ff.

Anmerkungen zu Kapitel II:

- (1) Klaus von Wysocki: Das Unternehmen in seiner Umwelt: Möglichkeiten und Grenzen der Sozialbilanz; in Elmar Pieroth (Hsg.): Sozialbilanzen in der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf und Wien 1978, S.15.
- (2) Peter Eichhorn: Arten gesellschaftsbezogener Unternehmensrechnung; in: Gemeinwirtschaft, Zeitschrift für Führungskräfte in der Wirtschaft (Österreichs), Heft 1/2, 20.Jahrgang 1981, S.5
- (3) Hans-Detlef Küller: "Sozialbilanzen" - Kritische Anmerkungen aus gewerkschaftlicher Sicht; in Elmar Pieroth (Hsg.): Sozialbilanzen in der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf und Wien 1978, S.255
- (4) Peter Eichhorn, a.a.O., S.6
- (5) Klaus von Wysocki: Sozialbilanzen, Stuttgart und New York 1981, S.107f.
- (6) Peter Eichhorn, a.a.O., S.6
- (7) Vgl. hierzu Peter Eichhorn, a.a.O., S.6f.
- (8) Peter Eichhorn, a.a.O., S.7f.
- (9) Theo Thiemeyer: Wirtschaftslehre öffentlicher Unternehmen, Reinbek bei Hamburg 1975, S.262
- (10) Theo Thiemeyer, a.a.O., S.271f.

- (11) ebenda S.273
- (12) Achim von Lösch: Die gemeinwirtschaftliche Unternehmung, Köln 1977, S.176
- (13) ebenda, S.177
- (14) ebenda, S.178f.
- (15) Vgl. hierzu Wolfram Elsner: On Constructing and Implenting an Extended Goal Variable for Economic Policy. In: Social Indicators Research, Vol. 13, No.2
- (16) Vgl. hierzu Andreas Resch: Die Staatsbetriebe - Zur theoretischen Bestimmung produktiver Bereiche staatlicher Tätigkeit, Berlin 1982, Dissertation, S.47ff.
- (17) Vgl. hierzu auch Peter Eichhorn, a.a.O., S.7f.
- (18) Peter Eichhorn, a.a.O., S.7
- (19) Klaus von Wysocki, a.a.O., S.117
- (20) Vgl. hierzu Norbert Vogelpoth: Die französische Sozialbilanz, Frankfurt/Main 1980, Dissertation, insbesondere S.295ff.
- (21) DGB-Bundesvorstand, Abteilung Gesellschaftspolitik, Arbeitskreis der Sachbearbeiter "Gesellschaftsbezogene Rechnungslegung/ Sozialbilanzen" (Hsrg.): Abschlußbericht - zur Frage der Gesellschaftsbezogenen Rechnungslegung/ Sozialbilanzen von Großunternehmen, Manuskript Düsseldorf 1979

Anmerkungen zu Kapitel IV:

- (1) Vgl. Kumpf, Maas, Straub: Müll- und Abfallbeseitigung - Handbuch über die Sammlung, Beseitigung und Verwertung von Abfällen aus Haushaltungen, Gemeinden und Wirtschaft -, Berlin 1964, Band 4, Ziffer 7240, S.1
- (2) F. Brigham u.a.: Arbeitsbedingungen bei der Stadtreinigung, Forschungsbericht Nr. 230 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, Dortmund 1980, S.50
- (3) ebenda, S.49
- (4) ebenda, S.54

Tabellarischer Lebenslauf

- 03.11.1952 Geboren in Tett nang/Bodenseekreis
- 05.06.1975 Abitur am Wirtschaftsgymnasium Friedrichshafen/
Bodenseekreis
- 15.10.1975 Immatrikulation an der Freien Universität Berlin
im Fach Soziologie
- 15.02.1980 Diplom im Fach Soziologie mit einer Arbeit zum
Thema "Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen
Konzeption der SPD von 1945 bis 1978"
- 01.08.1981 Einstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter
im Projekt "Analyse sozialer Dienste in Berlin"
an der Fachhochschule für Sozialarbeit und
Sozialpädagogik in Berlin
- 01.12.1981 Einstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter an
der Freien Universität Berlin aufgrund eines be-
willigten Forschungsantrags bei der "Berlin-For-
schung" mit dem Thema "Die Relevanz der Berliner
Eigenbetriebe aus ökonomischer und gesellschafts-
politischer Sicht"
- 30.11.1983 Beendigung des auf zwei Jahre befristeten
Forschungsvorhabens

